Stand: 12.09.2026 15:42:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/8826

"Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebietes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/8826 vom 17.08.2007
2. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 25.09.2007
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/9261 des KI vom 08.11.2007
4. Beschluss des Plenums 15/9318 vom 15.11.2007
5. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 15.11.2007
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.11.2007

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8826**
17.08.2007

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl CSU**

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets

A) Problem

Seit Abschluss der Gemeindegebietsreform wurden in jeder Legislaturperiode einmal Änderungen der kommunalen Gliederung vorgenommen, um in Einzelfällen der Entwicklung der betroffenen Gemeinden Rechnung zu tragen. Mit dem zum 01.01.2007 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebietes vom 08.12.2006 (GVBl S. 974) wurde die Verwaltungsgemeinschaft Pähl - Raisting, Landkreis Weilheim-Schongau, aufgelöst und der Markt Emskirchen, Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim, aus der Verwaltungsgemeinschaft Emskirchen entlassen.

Eine neuerliche Überprüfung ergab, dass einem weiteren Neugliederungswunsch entsprochen werden kann. Es handelt sich um den Markt Wachenroth, Landkreis Erlangen-Höchstadt, der nach den Kriterien der Gemeindegebietsreform und der Nachkorrektur aus der Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch entlassen werden kann.

B) Lösung

Der Gesetzentwurf sieht die Entlassung des Marktes Wachenroth aus der Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch vor.

Damit verändert sich die Zahl der Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften von 988 auf 987 und die Zahl der kreisangehörigen Einheitsgemeinden von 1043 auf 1044.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Der Verwaltungsaufwand für die betroffene Gemeinde kann sich durch die Neugliederung in gewissem Umfang erhöhen: Mitgliedsgemeinden, die selbständig werden, müssen eine eigene Verwaltung aufbauen und unterhalten; dafür entfällt die bisherige Umlage an die Verwaltungsgemeinschaft. Neuinvestitionen, über die von den Selbstverwaltungskörperschaften zu entscheiden ist, können nach Wirksamwerden des Gesetzes in Einzelfällen notwendig werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Für die verbleibenden Mitgliedsgemeinden können Mehraufwendungen in Form von höheren Umlagen durch die Verkleinerung der Verwaltungsgemeinschaft entstehen. Auswirkungen auf den laufenden Staatshaushalt sind allenfalls dann denkbar (aber nicht zu erwarten), wenn sich aus Neugliederungsmaßnahmen finanzielle Härten ergeben, die zur Gewährung von Bedarfszuweisungen nach Art. 11 FAG führen.

Für die Bürger und die Wirtschaft wird die Änderung keine Kostenauswirkungen haben.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8826**
17.08.2007

Gesetzentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets

§ 1

Das Gesetz über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 659, BayRS 1012-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 974), wird wie folgt geändert:

Es wird folgender Art. 4 angefügt:

„Art. 4

Aus der Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch, Landkreis Erlangen-Höchstadt, Regierungsbezirk Mittelfranken, wird der Markt Wachenroth entlassen."

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2007 treten alle Vorschriften außer Kraft, die diesem Gesetz entgegenstehen oder entsprechen.

Begründung:

I. Allgemeines

1. Voraussetzungen für die Auflösung von Verwaltungsgemeinschaften

   1.1. Nach Art. 9 VGemO kann durch Gesetz aus Gründen des öffentlichen Wohls eine Verwaltungsgemeinschaft aufgelöst oder eine Mitgliedsgemeinde aus einer Verwaltungsgemeinschaft entlassen werden. Seit dem In-Kraft-Treten der Gemeindegebietsreform hat der Gesetzgeber bereits siebenmal, zuletzt durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 974) die Zugehörigkeit von Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften geändert.

   1.2. Zur Ausfüllung des Begriffs „öffentliches Wohl" sind die landeseinheitlichen Kriterien zugrunde zu legen, die bei der Gemeindegebietsreform und den folgenden sieben Änderungsgesetzen maßgebend waren.

   Die Kriterien der Gemeindegebietsreform (Bekanntmachung des StMI vom 10. August 1971, MABl S. 845, geändert durch Bekanntmachung vom 7. Februar 1975, MABl S. 166) in ihrer Gewichtung durch die Nachkorrektur (LT-Drs. 9/1595, Abschnitt 15 - 7) sind von der Rechtsprechung des Bayer. Verfassungsgerichtshofs grundsätzlich gebilligt worden (z. B. Entscheidung vom 23. April 1980, VerfGH 33, 87/97, und vom 3. August 1983, BayVBl 1983, 752). Besonders hinzuweisen ist auf folgende Kriterien:

   - Die für die Einheitsgemeinden notwendige Leistungsfähigkeit besitzt in der Regel erst eine Gemeinde mit mehr als 2.000 Einwohnern (vgl. auch Art. 11 Abs. 3 Nr. 2 GO); dabei sind Abweichungen von 10 % nach oben oder unten nicht auszuschließen. Zuverlässige Übernachtungszahlen des Fremdenverkehrs können den Einwohnerzahlen nach dem Schlüssel 36.500 Übernachtungen = 100 Einwohner zugerechnet werden.
   - Trotz ausreichender Leistungsfähigkeit kann eine Gemeinde nicht entlassen werden, wenn die (Rest-) Verwaltungsgemeinschaft oder bei Zweier-Verwaltungsgemeinschaften die übrig bleibende Gemeinde nicht ausreichend leistungsfähig ist. Leistungsfähige Gemeinden sollen auch dann nicht entlassen werden, wenn sie aus anderen Gründen, z. B. als Mittelpunkt der Verwaltungsgemeinschaft, für den Bestand der Verwaltungsgemeinschaft benötigt werden.

   Die Kriterien werden durch den Gesetzentwurf nicht verändert.

2. Anhörung

   Vor der Auflösung einer Verwaltungsgemeinschaft oder der Entlassung einer Mitgliedsgemeinde aus einer Verwaltungsgemeinschaft sind die Verwaltungsgemeinschaft und die Mitgliedsgemeinden zu hören (Art. 9 Abs. 2 VGemO).

   Die Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch und die übrigen Mitgliedsgemeinden lehnen eine Entlassung des Marktes Wachenroth aus der Verwaltungsgemeinschaft ab. Begründet wird dies im Wesentlichen mit zu erwartenden finanziellen Mehrbelastungen.

3. Übergangsvorschriften

   Übergangsvorschriften sind aus folgenden Gründen nicht erforderlich:

   - Für die personalrechtlichen Folgen der Durchführung des Gesetzes sind Übergangsvorschriften entbehrlich. Für Beamte und Versorgungsempfänger betroffener kommunaler Körperschaften gelten insoweit die §§ 128 ff. des Beamtenrechtsrahmengesetzes. Für Arbeitnehmer sind die personalrechtlichen Folgen durch die Regierung zu regeln (Art. 9 Abs. 3 VGemO). Zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer und zur Sicherung einer reibungslosen Aufgabenerledigung wird insoweit eine Übernahme der Arbeitnehmer in entsprechender Anwen-

dung der §§ 128, 129 des Beamtenrechtsrahmengesetzes in gleicher Rechtsstellung und zu mindestens gleichen Arbeitsbedingungen bestimmt werden müssen.

- Auch eine eigene Härteausgleichsregelung ist entbehrlich; soweit sich aus einer Änderung der Gliederung von Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften finanzielle Härten ergeben, kann die Gewährung einer Bedarfszuweisung nach Art. 11 FAG in Frage kommen.
- Über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft und das Vermögen setzen sich die bisherigen Mitgliedsgemeinden untereinander durch Übereinkunft auseinander (Art. 9 Abs. 4 VGemO).
- Im Übrigen regelt die Regierung die mit der Änderung zusammenhängenden weiteren Rechts- und Verwaltungsfragen (Art. 9 Abs. 3 VGemO).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1

Durch Rechtsverordnung der Regierung von Mittelfranken zur Neugliederung der Gemeinden im Landkreis Erlangen-Höchstadt vom 7. April 1976 (RABl S. 59) wurde die Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch mit dem Sitz in Höchstadt a.d. Aisch gebildet.

Zur Verwaltungsgemeinschaft gehören die Gemeinden

			Steuerkraft 2007 € je Einwohner	
Gemeinden	Einwohner am 30.06.2006	Fläche in km^2	der Gemeinden	Landesdurchschnitt
Gremsdodrf	1.498	13	509	429
Lonnerstadt, M	1.977	23	365	429
Mühlhausen, M	1.700	17	352	429
Vestenbergsgreuth, M	1.618	32	1.576	429
Wachenroth, M	2.153	23	649	429

Der Markt Wachenroth hat seine Entlassung aus der Verwaltungsgemeinschaft beantragt. Er trägt vor, er sei in den letzten Jahren stark gewachsen und weise mittlerweile eine Bevölkerungszahl von 2.250 Einwohnern auf. Der Marktgemeinderat habe daher mit 12 : 2 Stimmen beschlossen, den Entlassungsantrag zu stellen. Der Markt habe eine intakte Infrastruktur. Im Gemeindegebiet seien einige namhafte Betriebe mit an die 1.000 Arbeitsplätzen angesiedelt. Die Finanzkraft der Gemeinde sei durch das hohe Gewerbesteueraufkommen gesichert, die Steuerkraft sei überdurchschnittlich. Mit der Entlassung könne den Bürgerinnen und Bürgern eine bürgernahe, zentrale und auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Verwaltung angeboten werden. Insbesondere könnten wesentlich kürzere Wege zur Erledigung der Amtsgeschäfte ermöglicht werden. Bisher müsse hierfür zum Sitz der Verwaltungsgemeinschaft in Höchstadt a.d. Aisch eine Entfernung von 12 km zurückgelegt werden, wobei eine direkte Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht bestehe. Das vorhandene, denkmalgeschützte Rathaus biete gute Erweiterungsmöglichkeiten und könne optimal für eine eigenständige Verwaltung genutzt werden. Der bereits begonnene Gemeindeentwicklungsprozess könne durch die direkte Einbindung der Verwaltung vor Ort effektiver fortgeführt werden. Es sei für den Markt bei einer eigenverantwortlichen Verwaltung gegenüber der Verwaltung in einer Verwaltungsgemeinschaft mit fünf Mitgliedsgemeinden eine Verkürzung der Vorfinanzierungszeiten für seine Investitionen und eine schnellere Abrechnung seiner öffentlichen Baumaßnahmen zu erwarten.

Die weiter bestehende Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch sei nicht gefährdet.

Bei einem Bürgerentscheid des Marktes Wachenroth am 19.11.2006 sprachen sich 58,47 % der Abstimmenden bei einer Beteiligung von 71,7 % der Stimmberechtigten für eine Entlassung aus.

Der Markt Wachenroth erfüllt mit 2.153 Einwohnern (Stand 30.06.2006) den Einwohnerrichtwert. Nach den Kriterien der Nachkorrektur ist der Markt, der 2007 zum Kleinzentrum aufgestuft wurde, leistungsfähig genug, um eine eigene Verwaltung aufzubauen und zu unterhalten.

Die Rest-Verwaltungsgemeinschaft hat nach dem Ausscheiden des Marktes Wachenroth 6.793 Einwohner (Stand 30.06.2006). Sie ist damit ausreichend leistungsfähig und in ihrem Bestand nicht gefährdet. Der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft befindet sich in der Stadt Höchstadt a.d. Aisch, die selbst der Verwaltungsgemeinschaft nicht angehört. Höchstadt a.d. Aisch ist der Mittelpunkt des Raumes. Der Markt Wachenroth nimmt innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft keine besondere Stellung und auch keine Mittelpunktfunktion ein. Die vom Markt dargelegten Vorteile für die Bürgernähe und Effektivität der Verwaltung sprechen als Gründe des öffentlichen Wohls im Sinne des Art. 9 Abs. 1 VGemO für eine Entlassung aus der Verwaltungsgemeinschaft. Mehrkosten für die verbleibenden Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften sind unter Abwägung mit den für eine Entlassung sprechenden Gründen hinzunehmen.

Zu § 2

Zu Absatz 1

Der Gesetzentwurf sieht in § 2 ein In-Kraft-Treten zum 1. Januar 2008 vor. Der Zeitpunkt ist so gewählt, dass bei der Umstellung auf die neue Verwaltungsorganisation, insbesondere beim Haushaltsvollzug, besondere Schwierigkeiten vermieden werden können.

Zu Absatz 2

Aufgehoben werden durch dieses Gesetz Teile von Neugliederungsverordnungen, die die Regierung im Rahmen der allgemeinen Gemeindegebietsreform erlassen hat.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode Plenarprotokoll

15/102

25.09.2007

102. Sitzung

**am Dienstag, dem 25. September 2007, 14.00 Uhr,
in München**

Geschäftliches 7603

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Erika Görlitz, Dr. Jakob Kreidl, Dr. Simone Strohmayr** und **Prof. Dr. Walter Eykmann** 7603

Ministerbefragung auf Antrag der SPD-Fraktion **„Bayern, aber gerechter: Büchergeld abschaffen und zwar sofort!“**

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 7603
Staatsminister Siegfried Schneider 7604, 7605, 7606, 7607, 7608
Franz Maget (SPD) 7604, 7605
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU) 7605
Georg Eisenreich (CSU) 7606
Simone Tolle (GRÜNE) 7606, 7607

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der CSU Fraktion
„Terrorgefahren wirksam bekämpfen“

Dr. Jakob Kreidl (CSU) 7608
Helga Schmitt-Bussinger (SPD) 7609
Christine Kamm (GRÜNE) 7611, 7620
Alexander König (CSU) 7613
Rudolf Peterke (CSU) 7614
Franz Schindler (SPD) 7614, 7620
Martin Neumeyer (CSU) 7615
Thomas Obermeier (CSU) 7616
Staatsminister Dr. Günther Beckstein . . 7617, 7621

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die **ohne Aussprache** an die jeweils federführenden Ausschüsse **überwiesen** werden sollen (s. a. Anlage 1)

Beschluss 7621, 7645

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften und der Bayerischen Bergverordnung** (Drs. 15/8794)
– Erste Lesung –

Staatsminister Eberhard Sinner 7622
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) 7622
Eberhard Rotter (CSU) 7623
Christine Kamm (GRÜNE) 7623

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 7623

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes** (Drs. 15/8783)
– Erste Lesung –

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7624
Ludwig Wörner (SPD) 7624
Johannes Hintersberger (CSU) 7625
Ruth Paulig (GRÜNE) 7625

Verweisung in den Umweltausschuss 7626

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften** (Drs. 15/8844)
– Erste Lesung –

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7626
Dr. Christoph Rabenstein (SPD) 7627
Dr. Marcel Huber (CSU) 7628
Ruth Paulig (GRÜNE) 7629

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Verweisung in den Umweltausschuss 7629

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Bayerischen Wassergesetzes** (Drs. 15/8876)
– Erste Lesung –

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7629
Ludwig Wörner (SPD) 7630
Helmut Guckert (CSU) 7631
Ruth Paulig (GRÜNE) 7632

Verweisung in den Umweltausschuss 7633

Neuwahl von zwei **berufsrichterlichen Mitgliedern** des **Bayerischen Verfassungsgerichtshofs**

Geheime Wahl 7633, 7638

Wahl eines stellvertretenden **nichtberufsrichterlichen Mitglieds** des **Bayerischen Verfassungsgerichtshofs** 7634

Wahl des zweiten stellvertretenden **Vorsitzenden** für den **Gefängnisbeirat** bei der **Justizvollzugsanstalt München** 7634

Abstimmung über **Anträge,** die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 2)

Beschluss 7634, 7646

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern** (Drs. 15/8802)
– Erste Lesung –

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser 7634
Christa Naaß (SPD) 7635
Dr. Marcel Huber (CSU) 7636
Thomas Mütze (GRÜNE) 7637
Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU) 7637

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 7638

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewichtungsfaktoren abschaffen und Gruppen verkleinern – Basiswert neu berechnen
(Drs. 15/8301)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 15/8625)

Renate Ackermann (GRÜNE) 7638, 7640
Sylvia Stierstorfer (CSU) 7639, 7640
Dr. Simone Strohmayr (SPD) 7640, 7643
Staatsministerin Christa Stewens 7641, 7643
Joachim Wahnschaffe (SPD) 7643

Beschluss 7644

Schluss der Sitzung 7644

(Beginn: 14.05 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. – Ich eröffne die 102. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde selbstverständlich wie immer erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie sehr herzlich nach der Sommerpause willkommen heißen. Sie hatten sicher genügend Zeit und Gelegenheit, um sich zu erholen, und hatten Abstand vom politischen Tagesgeschehen. Das heißt, Sie sind gerüstet für die anstehenden Aufgaben, die auf uns zukommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie alle miteinander während der langen Umbauphase um Geduld bitten. Sie haben bemerkt, dass sich in der Sommerpause einiges getan hat.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Ich habe gedacht, mit uns selbst!)

– Ich meine die Baustellen, die hier im Hohen Hause sind. Alles andere zu beurteilen steht mir nicht zu.

Gewohntes ist nicht mehr vorhanden bzw. wurde vorübergehend von der einen Seite auf die andere verlagert. Der Umbau der Ostpforte – ich sage das, damit Sie informiert sind, wie es weitergeht – hat sichtbar begonnen. Es wird auch weiterhin Beeinträchtigungen geben. Die Umbaumaßnahmen sind aber im Interesse unserer Sicherheit und vor allen Dingen im Interesse der Besuchergruppen. Wir haben damit in Zukunft größere Räume für eine zügigere Abwicklung.

Sie haben es sicher bemerkt: Auch unmittelbar gegenüber dem Plenarsaal im Senatssaal wird gearbeitet. Der Senatssaal wird vor allem unter technischen Gesichtspunkten saniert und modernisiert, ohne dass er dabei seinen historischen und traditionsreichen Charakter verliert. Zudem wurden an der Südseite des Altbaus die Fenster erneuert. Ich bitte Sie um Nachsicht für etwaige Unannehmlichkeiten und Lärmbelästigungen. Wir haben mit Umbauarbeiten hier im Hohen Hause schon reiche Erfahrung. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir auch diese Umbauphase mit Gelassenheit und Geduld ertragen und mit gewohntem Einsatz unsere parlamentarische Arbeit meistern werden. Ich wünsche uns dazu einen guten Start.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Glückwünsche aussprechen. Besondere Geburtstage haben in den vergangenen Wochen folgende Kolleginnen und Kollegen gefeiert: einen halbrunden Geburtstag am 23. Juli Kollegin Erika Görlitz und am 16. August Kollege Dr. Jakob Kreidl. Ich gratuliere beiden ganz herzlich. Alles Gute, Gesundheit und Glückauf!

(Allgemeiner Beifall – Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

– Herr Kollege Maget, nicht immer so ungeduldig. Das waren die halbrunden, jetzt folgen die runden Geburtstage. Hier darf ich ganz herzlich einem Mitglied des Präsidiums gratulieren, und zwar hatte Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr am 13. September einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und Glückauf, Frau Kollegin!

(Allgemeiner Beifall)

Ganz besonders herzlich – er ist momentan nicht im Plenarsaal, aber ich weiß, dass er mir zuhört, weil ich gerade bei ihm im Büro gewesen bin – gratuliere ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Eykmann. Er hat ebenso einen runden Geburtstag – auch sehr schön – gefeiert. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, alles Gute und weiterhin Gesundheit und Glückauf!

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf nun den Tagesordnungspunkt 1 aufrufen:

Ministerbefragung

Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat hierfür das Thema **„Bayern, aber gerechter: Büchergeld abschaffen und zwar sofort!“** benannt. Zuständig für die Beantwortung der Fragen ist Herr Staatsminister Schneider. Ich darf ihn bitten, ans Rednerpult zu kommen.

Ich darf Herrn Kollegen Pfaffmann bitten, die Hauptfrage zu stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich an die Redezeit zu halten. Ich möchte nicht einschreiten müssen und wäre Ihnen dafür dankbar, wenn Sie diszipliniert wären. Vielen Dank. – Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir haben in diesem Land seit 2003 eine Diskussion um das Büchergeld, seitdem der Ministerpräsident es sozusagen über Nacht verordnet hat. Seit dieser Zeit gab es überall Proteste: von Eltern, den Schulen, von Betroffenen in unzähligen Petitionen. Wir haben die Büchergelderhebung in den letzten Monaten und Jahren in diesem Hause konsequent abgelehnt, zuletzt in einem Gesetzentwurf vor eineinhalb Jahren.

Im Februar dieses Jahres 2007 hat die Staatsregierung auf unsere Frage, ob sie eine Rücknahme des Büchergeldes plant, mit einem klaren Nein geantwortet.

Die Gründe, die wir angeführt haben, waren immer die gleichen, nämlich: Das Büchergeld führt dazu, dass die Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Es ist eine weitere Belastung für die Familien. Es ist ein bürokratisches Monster. Alleine die Stadt München – um ein Beispiel zu bringen – muss für ein Mehr von einer Million Euro an Büchergeldeinnahmen 532 000 Euro Verwaltungskosten bezahlen.

(Unruhe und Zurufe von der CSU)

Wir haben immer wieder gesagt, dass die Erhebung des Büchergeldes die faktische Abschaffung der Lernmittelfreiheit bedeutet.

Sie haben immer wieder alle Begründungen abgelehnt und immer wieder gesagt, alle Begründungen seien nicht richtig. Deswegen meine Frage: Haben Sie mittlerweile erkannt, dass die Begründungen, die wir hier immer wieder genannt haben, richtig sind, und wenn das so ist, warum schaffen Sie das Büchergeld dann nicht sofort ab – Sie wollen es erst nächstes Jahr tun –, um sozusagen schon jetzt die Belastungen für die Familien zu reduzieren? Wenn Sie aber die Begründungen nach wie vor für falsch halten, frage ich Sie: Warum schaffen Sie dann das Büchergeld überhaupt ab?

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte!

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der letzten Debatte vor der Sommerpause darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr eine Revision über die Höhe des Büchergeldes ansteht, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Diese Revision wird durchgeführt. Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen ist in der Tat festzustellen, dass die Höhe des Büchergeldes in manchen Bereichen zur Diskussion steht. Das war der erste Punkt.

Zweitens ist es uns ein Anliegen, die Familien zu entlasten. Mit diesem Ziel treten wir auch in die Gespräche mit den Kommunen ein, um die Frage zu erörtern, wie es gelingen kann, eine gemeinsame Finanzierung ohne Beteiligung der Eltern zustande zu bringen.

Das ist auch der Grund, warum wir das Büchergeld nicht sofort abschaffen können; denn wir brauchen einfach die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden. Diese Gespräche beginnen in dieser Woche und werden eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Das Büchergeld beruht im Übrigen auf einem gültigen Gesetz, das für dieses Schuljahr gilt. Daher kann das Büchergeld aus unserer Sicht frühestens zum nächsten Schuljahr abgeschafft werden.

Ein Aufruf, die Zahlung des Büchergeldes zu boykottieren, ist im Prinzip ein Aufruf, ein geltendes Gesetz nicht einzuhalten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was machen dann die CSU-Oberbürgermeister? – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Deshalb werden wir ganz sukzessive arbeiten und versuchen, zum nächsten Schuljahr – wenn wir uns mit den Kommunen einigen können – die Entlastung für die Familien zu erreichen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nachfrage: Herr Kollege Maget!

Franz Maget (SPD): Herr Minister, im Juli, also kurz vor der Sommerpause, haben wir im Hohen Hause beantragt, das Büchergeld sofort abzuschaffen. Ihre Antwort lautete damals, Sie könnten das nicht tun; denn es gebe eine dreijährige Überprüfungsphase, deren Ergebnisse erst abgewartet werden müssten, um danach zu entscheiden, ob man das Büchergeld beibehalten werde, ob man es reduzieren werde oder in welcher Form man es erheben wolle.

Was hat sich nun faktisch zwischen Juli und September geändert, dass Sie jetzt entgegen Ihrer Auskunft, die Sie uns damals gegeben haben, das Ergebnis der Prüfung nicht abwarten müssen, sondern jetzt schon entscheiden können?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Er weiß es schon!)

Meine weitere Frage in diesem Zusammenhang lautet: Die kommunalen Spitzenverbände stehen nach deren Auskunft Gewehr bei Fuß, um sofort mit Ihnen gemeinsam eine Verabredung zu treffen,

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sofort!)

wie man den Ausfall der Geldmittel finanzieren kann, der durch den Verzicht auf die Erhebung in diesem Jahr zustande käme.

Ich frage Sie noch einmal: Warum müssen Sie für den nächsten September ein Wahlkampfgeschenk aufrechterhalten und was führt Sie dazu, die Eltern deshalb – nur deshalb – ein weiteres Mal mit dieser Sondersteuer „Büchergeld“ zu belegen?

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Wie vor der Sommerpause bereits gesagt, ist nach drei Jahren eine Revision angesagt. Ich habe damals deutlich gemacht, dass im Zuge dieser Erhebungen, die wir bereits stichprobenartig vorgenommen haben und auch in Zukunft vornehmen werden, die Höhe oder auch anderes revidiert werden kann.

(Franz Maget (SPD): Warum denn immer noch? Das Ergebnis steht doch fest!)

Jetzt haben wir einen Vorschlag, der lautet: Die Abschaffung des Büchergeldes ist wünschenswert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war es im Juli noch nicht?)

Dafür ist es notwendig, die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden zu führen. Und dass sie zu Gesprächen bereit sind, ist das eine.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Dann stimmt ja nicht, was Sie da sagen!)

– Lassen Sie mich doch antworten. Oder stellen Sie eine Frage, wenn Sie noch Fragen haben.

Die kommunalen Spitzenverbände stehen für Gespräche bereit; das weiß ich. Aber ich glaube nicht, dass Sie das Ergebnis der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden schon kennen können.

(Franz Maget (SPD): Aber wir entscheiden ja!)

Wir werden die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden führen und dann wird der Gesetzgeber darüber zu entscheiden haben, welches Gesetz an die Stelle des Büchergeldgesetzes treten soll.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ach so! – Franz Maget (SPD): Warum haben Sie das nicht schon im Juli gesagt? Im Juli haben Sie etwas anderes gesagt!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, Sie wollen gleich eine Nachfrage stellen? – Bitte sehr, aber denken Sie an die Zeit!

Franz Maget (SPD): Ich frage Sie, Herr Minister, warum Sie dem Parlament im Juli nicht die korrekte Auskunft gegeben haben. Warum haben Sie im Juli verschwiegen, dass Sie beabsichtigen, mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung zur Abschaffung des Büchergeldes zu suchen? Warum haben Sie das hier bei der Debatte über unseren Dringlichkeitsantrag verschwiegen? Sie haben damals eine ganz anders lautende Antwort gegeben. Sie haben damals gesagt: Es ist nicht sicher, ob es beim Büchergeld bleibt, ja oder nein. Abhängig sei das einzig und allein vom Ergebnis einer Überprüfung – nicht eines Gespräches mit den Spitzenverbänden! –, einer Evaluation, die erst in einem Jahr abgeschlossen sein könne. Warum haben Sie uns damals nicht Ihre tatsächliche Absicht übermittelt und die Wahrheit gesagt?

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich weise die Unterstellung zurück, nicht die Wahrheit gesagt zu haben. Mit Stand Juli war eindeutig – das ist auch heute noch so –, dass wir diese Überprüfung vornehmen werden und zunächst vor einer Änderung Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden für notwendig erachten. Diese Gespräche finden jetzt statt. Aus meiner Sicht ist es wünschenswert, zum nächsten Schuljahr eine gemeinsame Lösung zu finden, wie wir die Familien entlasten können.

(Zurufe von der SPD)

Dazu brauche ich die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und dann kann das im nächsten Schuljahr auch in Kraft treten.

(Weitere Zurufe von der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Vorbildliche Kürze der Antwort!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt für die Frage der CSU Herrn Kollegen Prof. Dr. Waschler bitten.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Staatsminister, Grundlage meiner Frage ist ein Schreiben der Landeselternvereinigung für die Gymnasien in Bayern, das mir heute zugegangen ist. In diesem Schreiben teilt mir der Vorsitzende mit – ich zitiere: „Ein Aufruf der Eltern zum Boykott des Büchergeldes im laufenden Schuljahr wird von der Landeselternvereinigung nicht ausgesprochen werden. Wir akzeptieren aus staatspolitischer Verantwortung ein geltendes Parlamentsgesetz."

Herr Staatsminister, ich frage Sie – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte schon, sich so zu verhalten, dass man sich zuhören kann, wenn das Ganze sinnvoll sein soll.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege, bitte.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Staatsminister, meine Frage lautet: Ich gehe davon aus, dass wir uns alle in einem Rechtsstaat befinden. Wie beurteilen Sie die Aussage von Mitgliedern dieses Parlaments, hier zum Boykott des Büchergeldes und damit gegen ein geltendes Parlamentsgesetz aufzurufen? Dann müsste doch der oder die Betreffende sofort aus dem Parlament Abschied nehmen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich habe aus meiner Haltung keinen Hehl gemacht, dass ich es für indiskutabel halte, wenn demokratische Parteien ein vom Verfassungsgericht in Bayern bestätigtes Gesetz in der Art und Weise politisch zu missbrauchen versuchen, indem sie zum Boykott dieses Gesetzes, das auch vor dem Verfassungsgerichtshof standgehalten hat, aufrufen. Das ist eindeutig indiskutabel.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr froh darüber, dass die Eltern mit viel mehr Gewissenhaftigkeit an diese Staatsfragen herangehen.

Ich würde mir wünschen, dass dieses Thema zumindest von den demokratischen Parteien nicht mehr aufgegriffen wird.

(Lachen bei der SPD)

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass es nicht nur die LEV war, die sich gemeldet hat. Ich weise auch darauf hin, dass der Bayerische Elternverband sehr deutlich gesagt hat, wir wollen dies nicht sofort auf Biegen und Brechen umsetzen, sondern es sollen Gespräche stattfinden und es soll solide finanziert sein. Dann kann zum nächsten Schuljahr die Entscheidung getroffen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine Nachfrage vonseiten der CSU: Herr Kollege Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass das Büchergeld eingeführt worden ist, war damals leider notwendig. Das wissen wir alle.

(Lachen bei der SPD – Franz Schindler (SPD): Wahrscheinlich hat es die SPD eingeführt, Herr Eisenreich!)

– Darf ich jetzt nachfragen oder Sie?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie dürfen nachfragen, das ist völlig richtig.

Georg Eisenreich (CSU): Danke für diese Klarstellung.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Auch ich würde um Ruhe bitten.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich tue hier natürlich mein Bestes. Aber es ist ein lebendiges Parlament. Ich schreite dann schon ein, wenn ich es für notwendig halte.

Der Herr Kollege Eisenreich hat das Wort; bitte.

Georg Eisenreich (CSU): Ich habe als Berichterstatter zum Büchergeld reden dürfen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe in meinen Reden extra nachgeschaut und festgestellt, es war aus zwei Gründen leider notwendig:

(Zuruf von der SPD)

Sie können es nachlesen: Einer der Gründe war der veraltete Bücherbestand, der zum Teil vorhanden war. Der zweite Grund war die finanzielle Lage.

(Zuruf von der SPD)

Es war damals kein Sonderweg Bayerns. Ich möchte nochmals aufzählen, welche Länder ebenfalls einen Beitrag der Eltern gefordert haben.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

– Darauf komme ich gleich zu sprechen, das ist eine Einleitung meiner Frage.

Eine Elternbeteiligung haben auch folgende Länder gefordert: Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Nun die Frage an den Minister:

(Zuruf: Frage!)

- jetzt die Frage an den Minister: Gibt es andere Bundesländer, die sich in der Zwischenzeit den finanziellen Spielraum erarbeitet haben, um ein wünschenswertes Ziel wie die Abschaffung des Büchergelds verwirklichen zu können?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Kollege Eisenreich, mir ist kein anderes Land in Deutschland bekannt, das jetzt diesen Weg geht und das sich auch von der Leistungsfähigkeit her so nach vorne gearbeitet hat, dass man dieses wünschenswerte Ziel auch erreichen kann, nämlich die Familien zu entlasten. Wir werden aber mit den Kommunen Gespräche führen müssen, um auch das zweite Ziel zu realisieren, damit wir an unseren Schulen eine gute Ausstattung mit Schulbüchern haben. Es geht darum, dass es auch der Sachaufwandsträger schafft, und dazu brauchen wir die Kommunen. Deshalb sind intensive Gespräche über eine gemeinsame Finanzierung und darüber notwendig, wie künftig gewährleistet werden kann, dass sich die Ausstattung mit Schulbüchern entsprechend darstellt.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Frau Kollegin Tolle bitten.

Simone Tolle (GRÜNE): Verehrter Herr Minister, ich möchte für meine Fraktion feststellen: Wir haben den Eltern geraten abzuwarten, weil die CSU immer wieder für eine Kehrtwendung gut ist. Ich erinnere an die Juli-Debatte, wo Sie, Herr Eisenreich, noch gefunden haben, dass das Büchergeld den Schülern, Lehrern und Schulen gutgetan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Plötzlich aber nehmen Sie das Büchergeld zurück. Für mich ist das das Eingeständnis eines gravierenden Fehlers, den Sie mit diesem Gesetz gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre angekündigte Rücknahme gibt uns recht: Das Büchergeld ist sozial ungerecht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, wollen Sie jetzt vom Herrn Staatsminister eine Auskunft zu diesem Thema? Wir haben jetzt hierzu keinen Beitrag.

Simone Tolle (GRÜNE): Frau Präsidentin, es ist mir erlaubt, zu sprechen. Das Büchergeld ist zum Rohrkrepierer geworden. Wir fordern die sofortige Abschaffung, weil es eine Unverschämtheit ist, den Eltern noch ein weiteres Jahr eine Auffrischung des Büchergeldes zuzumuten.

Herr Minister, wenn Sie nicht in der Lage sind, dieses Gesetz abzuschaffen, dann setzen Sie es aus! Das ist rechtlich möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Beispiel „Büchergeld“ zeigt mir, dass es Ihnen immer wieder möglich ist, mit einer Zweidrittelmehrheit Irrtümer durchzupeitschen. Ein Irrtum ist auch der Transrapid. Ich lese heute: Sie geben über Nacht aus der Tasche, aus der hohlen Hand 15 Millionen Euro für den Transrapid aus. Das ist genau der Betrag, den wir für die Abschaffung des Büchergeldes brauchen.

(Zuruf von der CSU: Das ist einmalig! – Weitere Zurufe von der CSU)

Warum haben Sie für einen Zentimeter Schiene 500 Euro übrig, für unsere Kinder aber nichts?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Soweit mir daraus eine Frage ersichtlich ist, kann ich nur sagen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Es heißt „Ministerbefragung“. Für eine Nachfrage haben Sie jetzt die Möglichkeit; bitte schön.

Simone Tolle (GRÜNE): Frau Präsidentin, ich darf reden und dann darf ich eine Frage stellen. Bevor ich weiterrede, klären Sie dies bitte schön. Es ist mir erlaubt, meine Statements zu machen. Das ist zumindest mir so mitgeteilt worden.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Natürlich ist es Ihnen erlaubt, sich zu Ihrer Frage auch inhaltlich zu äußern. Ich darf hier sagen: Als hier Herr Kollege Eisenreich am Mikrofon stand, kam von dieser Seite die Frage, wo denn jetzt die Frage sei.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber nicht von uns; denn wir kennen die Geschäftsordnung im Unterschied zu Ihnen!)

Simone Tolle (GRÜNE): Genau.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich will hier noch einmal Folgendes deutlich machen: Sie können Ihre Frage im Rahmen Ihrer Zeit natürlich in einen Beitrag einbauen. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben jetzt das Wort zur Nachfrage im Rahmen der Ministerbefragung. Bitte schön.

Simone Tolle (GRÜNE): Nein, Frau Präsidentin, ich protestiere dagegen. Das ist meine dritte Ministerbefragung. Ich habe das immer so gemacht, und es gab nie einen Einwand. Ich bitte, das doch im Ältestenrat zu klären. Sie beschneiden hier mein Fragerecht, wie es in der Geschäftsordnung formuliert ist. Dagegen protestiere ich aufs Schärfste. Ich werde hier benachteiligt.

Es bestätigt sich auch hier wieder: Sie haben die Macht. Es geht Ihnen eigentlich um nichts anderes. Das ist ein Wahlgeschenk für das Jahr 2008. Es geht Ihnen nicht um die Kinder, sondern darum, dass Sie den Eltern vormachen, Sie seien sozial. Für mich ist das eine Politik, die ich – ehrlich gesagt – für niveaulos halte.

Herr Minister Schneider, Sie haben im Juli das Büchergeld noch für gut befunden. Ihre Revision bezieht sich eigentlich nur auf die Kosten.

Wenn das Büchergeld im Juli den Schulen noch gutgetan hat, während es im September plötzlich wünschenswert ist, kein Büchergeld mehr zu haben, was soll ich Ihnen dann in Zukunft eigentlich glauben, wenn Sie wieder hier stehen und irgendwelche Dinge behaupten? Aus diesem Beispiel muss ich doch darauf schließen, dass es einzig und allein um die Verteidigung eines Beschlusses geht, bei dem Sie einmal aus der Hüfte geschossen haben. Ihr einziges Argument ist Ihre Mehrheit und sonst nichts. Herr Minister, die Ankündigung der Abschaffung des Büchergeldes ist für mich allein noch kein sozialpolitisches Signal. Unsere Kinder brauchen mehr, was die OECD-Studie, die in der letzten Woche veröffentlicht wurde, auch deutlich gezeigt hat.

Meine Frage ist: Meinen Sie Bildungsgerechtigkeit ernst? Werden Sie ein Konzept vorlegen, um in Bayern Bildungsgerechtigkeit herzustellen in der Stadt, auf dem Land, für Mädchen, für Jungen, für Kinder mit deutscher Herkunft, für Kinder mit Migrationshintergrund?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und werden Sie bereit sein, einen anderen Irrtum zuzugeben, nämlich das Festhalten am vielgliedrigen Schulsystem in Bayern?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Zum Ersten, ich weiß, dass Sie mir nicht glauben; das werde ich nicht ändern können. Zum Zweiten, die heutige Ministerbefragung betrifft das Büchergeld, nicht das gegliederte Schulwesen. Auch das könnte man der Einladung entnommen haben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das gehört schon dazu!)

Und zum Dritten, das Geld tut den Schulen gut. Es geht nicht darum, dass die Schulen das Geld nicht bräuchten. Es ist allein die Frage, wie die Finanzierung der Bücher geregelt wird. Da sagen wir, auch aufgrund unserer Entwicklung wäre es wünschenswert, dass man die Familien entlastet und mit Kommunen und Staat die Finanzierung der Bücher sicherstellt. Dazu brauchen wir Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden. Nur wenn gesichert ist, dass die Ausstattung an den Schulen gut bleibt, können wir das ändern. Das ist das Gleiche, was wir im Juli gesagt haben: Entscheidend ist, dass unsere Schulen gute Bücher haben.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Damit ist die Ministerbefragung beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu dem Thema **„Terrorgefahren wirksam bekämpfen“** beantragt.

Über das zeitliche Verfahren ist man sich hier im Hohen Haus im Klaren. Ich darf den ersten Redner aufrufen. Das ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Kreidl. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Jakob Kreidl (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie der erfolgreich vereitelte Terroranschlag vor wenigen Wochen im Sauerland und wie die fehlgeschlagenen Kofferbombenattentate im letzten Jahr auf dramatische Art und Weise gezeigt haben, ist Deutschland mehr denn je in das Fadenkreuz des internationalen islamistischen Terrorismus gerückt.

Deutschland ist nicht mehr Ruhe- und Vorbereitungsraum, sondern ist Zielraum konkreter Anschläge geworden. Die Drohbotschaften der letzten Monate, Selbstmordattentate auf Bundeswehrsoldaten in Afghanistan und vieles andere mehr zeigen, dass der islamistische Terrorismus auch Deutschland und deutsche Interessen ins Ziel genommen hat. Festnahmen in Pakistan im Juni dieses Jahres belegen, dass auch Deutsche und Personen mit Wohnsitz in Deutschland als neue Glaubenskämpfer ideologisch geschult und militärisch für den bewaffneten Dschihad, den heiligen Krieg, ausgebildet werden. Eine Zunahme der Reisetätigkeit nach Pakistan und in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet, wo sich islamistische Ausbildungscamps befinden, hat gezeigt, dass die Gefahr wächst. Die propagandistische Tätigkeit in den Medien, vor allem auch im Internet, mit terroristischem Hintergrund bis hin zu eindeutigen Drohbotschaften hat deutlich zugenommen.

Angesichts dieser Bedrohungssituation müssen alle rechtsstaatlichen Mittel ausgeschöpft werden, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Die Erkenntnisse von London zeigen, dass sich mit den so genannten HomegrownNetzwerken ein neues Täterprofil entwickelt hat, das wir bislang so nicht für möglich gehalten hatten, gerade auch deshalb, weil unsere Integrationspolitik in hohem Maße auf ein tolerantes, auf ein friedliches und gedeihliches Miteinander ausgerichtet ist. Wir müssen uns aber darauf einstellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Es gibt in der Tat junge Menschen, die nach außen hin zwar durchaus integriert erscheinen und völlig unauffällig sind, hinter den Kulissen aber zunehmend islamistisch radikalisiert und dann als Reservoir für potenzielle Selbstmordattentäter missbraucht werden.

Mit Sorge erfüllen uns die jüngsten Festnahmen von Deutschen im Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan. Erste Meldungen deuten darauf hin, dass sich diese Männer in Ausbildungscamps der Al Kaida aufhielten und zwei davon in Deutschland als mögliche Gefährder bereits identifiziert und bekannt waren. Bislang liegen uns zwar noch keine detaillierten Informationen zu den Aufenthaltsorten und Zielen dieser Personen vor. Die Festnahmen zeigen uns aber, dass wir gewappnet sein müssen und unser Kampf gegen Terroranschläge bereits weit im Vorfeld der bekannten Terrororganisationen beginnen muss.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, im Folgenden einiges zu den Maßnahmen sagen, mit denen wir auf die Terrorgefahr reagieren. Selbstverständlich haben wir in Bayern die Polizeipräsenz an gefährdeten Objekten und Plätzen wie Flughäfen und Bahnhöfen deutlich erhöht. Dazu gehört auch in besonderer Weise der Schutz amerikanischer, britischer, jüdischer und israelischer Einrichtungen. Gleichzeitig setzen wir besonders auf eine vertrauensbildende Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheitsbehörden und muslimischen Organisationen. Natürlich haben wir bereits unmittelbar nach dem 11. September 2001 erste lokale, regionale und überregionale Konzeptionen zur Steigerung der Sicherheit entwickelt, Konzepte, die wir in den vergangenen Jahren verbessert und den aktuellen Entwicklungen angepasst haben, Konzepte, die unsere Position im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus stärken.

Jenen Fundamentalisten, die wir als Gefährder für unsere demokratische pluralistische Gesellschaft erkennen, zeigen wir, dass für sie bei uns kein Platz ist. Dank der neuen Regelungen im Zuwanderungsgesetz können wir seit Januar 2005 auf zusätzliche sicherheitsrechtliche Instrumentarien wie etwa die erleichterte Abschiebung zurückgreifen. Um die neuen Möglichkeiten umfassend zu nutzen, haben wir die Arbeitsgruppe „BIRGiT“ – das steht für Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus – mit Spezialisten der Ausländerbehörden, des Verfassungsschutzes, der Polizei und anderen Behörden eingesetzt. Sie führt alle wichtigen Informationen über diese Gefährder zusammen. Es ist entscheidend, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass die Informationen fließen, dass die wichtigen Informationen dort gebündelt werden, wo die entsprechenden Maßnahmen in die Wege geleitet werden.

Unter dieser Koordination sind inzwischen 69 Ausweisungsbescheide gegen Gefährder und Hassprediger ergangen. Wohlgemerkt, 69 dieser Höchstgefährder mussten unser Land verlassen. In 43 Fällen wurde auch die Wiedereinreise untersagt. Ferner haben wir ein Konzept zur Aufklärung krimineller islamistischer Strukturen – „AkiS“ genannt – entwickelt. Das erklärte Ziel der speziell geschulten Einheiten ist es, Verbindungen und Strukturen krimineller Islamisten aufzudecken, Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren und festgestellte Straftaten konsequent zu verfolgen.

Um den heutigen Bedrohungen effektiv begegnen zu können, haben die Sicherheitsbehörden die notwendigen Befugnisse bekommen. So wurde aufbauend auf den polizeilichen Erfahrungen der letzten Jahre das Polizeiaufgabengesetz – kurz PAG genannt – geändert, indem wir die Befugnisse zur präventiven Wohnraum- und Telekommunikationsüberwachung neu geregelt haben. Unsere Polizei kann damit ihrem präventiven Auftrag noch umfassender nachkommen. In dem von mir geleiteten Ausschuss für Innere Sicherheit haben wir diese Regelungen auf den Weg gebracht. Wir haben die gesetzlichen Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass unsere Polizei und unsere Sicherheitsbehörden wirkungsvoll agieren können. Alles das erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium. So konnten diese wichtigen Maßnahmen, die ich hier natürlich nur stichpunktartig aufzeigen kann, auf den Weg gebracht werden. Die Anwendung dieser Instrumentarien hat schon zu einer Reihe von Erfolgen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande geführt.

Verehrte Damen und Herren, das Internet hat sich zu einer modernen Tatvorbereitungswaffe für Terroristen und andere schwere Straftäter entwickelt. Dort findet man Anleitungen zum Bombenbau, Propaganda für den heiligen Krieg, den Dschihad bis hin zur gezielten Aufforderung oder Verabredung zu terroristischen Anschlägen. Das Bundeskriminalamt muss deshalb rasch in die Lage versetzt werden, auf diese neuen Herausforderungen angemessen und wirkungsvoll zu reagieren. Auch die Landeskriminalämter müssen die erforderlichen Befugnisse bekommen.

Ein unverzichtbares Instrument ist der verdeckte Zugriff auf Computer von Terroristen. Mit der Beschlagnahme des Computers einschließlich der Festplatte ist es im Zeitalter der Hochtechnologie nicht mehr getan. Professionelle Täter – Terroristen gehen hochprofessionell zu Werke – verschlüsseln ihre Daten auf den Festplatten, sodass sie im Fall einer Beschlagnahme nichts mehr wert sind. Mit Hilfe von Online-Durchsuchungen können diese Daten vor der Verschlüsselung aber ausgelesen werden, sodass daraus die Maßnahmen abgeleitet werden können, die notwendig sind, um Straftaten zu verhindern und um zu verhindern, dass Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die dem Schutz der Bevölkerung entgegenstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ausdrücklich festhalten, dass es bei Online-Durchsuchungen nur um gezielte Maßnahmen gegen einzelne professionelle schwer kriminelle Terroristen geht. 99 % aller Menschen in Deutschland werden von diesen Durchsuchungen nie betroffen sein. Niemand denkt bei Online-Durchsuchungen an eine Schleppnetzfahndung im Internet. Zudem wird eine verfassungskonforme Online-Durchsuchung nur auf richterliche Anordnung erfolgen. Die Privatsphäre des Einzelnen bleibt selbstverständlich gewahrt. Es ist deshalb völlig abwegig, wenn in der Bevölkerung Ängste vor einer flächendeckenden Ausforschung ihrer Computer geschürt werden.

Verehrte Damen und Herren, es gibt eine Lebensweisheit, die lautet: Der Preis der Freiheit ist die Wachsamkeit. Wir müssen wachsam sein. Wir müssen die Instrumente anwenden, die notwendig sind, um schwere terroristische Straftaten zu verhindern. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir dürfen jedoch nicht stehen bleiben, denn Stillstand wäre ein Rückschritt. Die potentiellen Straftäter und Terroristen entwickeln ihre Methoden und hochtechnologischen Mittel immer weiter. Darauf müssen wir reagieren. Da dürfen wir nicht stehen bleiben. Ich fordere alle demokratisch gesinnten Kräfte auf, denen die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, gemeinsam mit uns den Weg der erfolgreichen bayerischen Sicherheitspolitik zu gehen, damit wir auch in meinem Fachausschuss die notwendigen Maßnahmen auf den Weg bringen und gewährleisten können, dass unsere Sicherheitskräfte, ausgestattet mit den richtigen Instrumentarien, den Kampf gegen den Terrorismus erfolgreich bestehen können.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der CSU Fraktion, Sie haben heute diese Aktuelle Stunde beantragt, um über die wirksame Bekämpfung von Terrorgefahren zu sprechen.

(Engelbert Kupka (CSU): Das hätten wir schon gern!)

Ich frage mich hier schon, was der aktuelle Anlass für dieses Thema ist. Wollen Sie, was offensichtlich ist, die Auseinandersetzung innerhalb der Großen Koalition unbedingt auf bayerischer Ebene fortführen? – Davon kann ich nur abraten. Solche konstruierten Debatten schaden nur.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie schaden der Glaubwürdigkeit der Politik und höhlen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger darauf aus, dass die Verantwortlichen verlässliche Lösungen für anstehende Sicherheitsprobleme finden werden. Vielleicht möchte sich der eine oder andere Kollege auch nur einmal vor der Kabinettsumbildung profilieren. Das ist aber nicht unser Thema.

Verehrte Damen und Herren, wie ist die aktuelle Sicherheitslage? Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Wochen nicht erkennbar verändert. Daran ändert auch die Festnahme von potentiellen Attentätern vor wenigen Wochen nichts. Wir wissen schon seit geraumer Zeit, dass Deutschland nicht mehr nur Ruhe- und Vorbereitungsraum ist, sondern dass es Teil eines abstrakten Gefahrenraums geworden ist, wie Sie, Herr Kollege Kreidl, es festgestellt haben. Schon Innenminister Otto Schily hat mit dem Gesetzespaket zur Terrorbekämpfung darauf klar und entschieden reagiert. Dass auch Deutschland Ziel von Anschlägen sein kann, wissen wir spätestens seit den versuchten Anschlägen in den Kölner Regionalzügen.

Ich habe deshalb den Eindruck, dass sich die Sicherheitslage seitdem nicht signifikant geändert hat. Offenbar sehen Sie es anders, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Zumindest kam aus den Reihen der Union in den letzten Wochen eine Vielzahl von Vorschlägen zur inneren Sicherheit. Die meisten waren unausgegoren, nicht durchdacht oder verfassungsrechtlich bedenklich bzw. sogar verfassungswidrig. Ich darf noch einmal daran erinnern, was alles gefordert wurde und was Sie, verehrter Kollege Kreidl, auch heute wieder aufgegriffen haben. Gefordert wurde zum Beispiel die Online-Durchsuchung von Computern, obwohl massive verfassungsrechtliche Zweifel bestehen. Darüber hinaus wurde der Abschuss von Passagierflugzeugen ins Gespräch gebracht, obwohl wir eine klare Weisung des Bundesverfassungsgerichts haben, nach der ein Abschuss unbeteiligter Fluggäste verfassungswidrig ist. Leichtfertig wurde die Registrierung sämtlicher zum Islam übergetretenen Konvertiten gefordert. Was daraus werden sollte, sollten Sie sich auch einmal überlegen. Wollen Sie dann die Telefone aller Konvertiten überwachen? Dazu muss man deutlich sagen: Hier wird ein Generalverdacht konstruiert, der keinen Zugewinn an Sicherheit bringt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Darüber hinaus wurde von Seiten der Union ein abstraktes Gefahrenszenario ohne konkreten Anlass an die Wand gemalt. Das gilt für den Einsatz der sogenannten schmutzigen Bombe ebenso wie für die von Ihnen, Herr Innenminister Beckstein, genannten Angriffe von der See aus.

Natürlich sind diese Themen ernst zu nehmen. Das muss man hier deutlich sagen. Natürlich kann jedes dieser abstrakten Szenarien einmal Wirklichkeit werden, auch wenn wir es nicht hoffen wollen. Da verbietet es sich, von der sprichwörtlichen „neuen Sau“ zu sprechen, die „durchs Dorf getrieben“ werden soll. Dennoch muss man sich fragen, was die Presseäußerungen der letzten Tage und Woche für die innere Sicherheit in Deutschland und in Bayern gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben nichts gebracht außer einer fahrlässigen Verunsicherung der Bevölkerung. Wir Sozialdemokraten sind bereit, mit Ihnen über notwendige und sinnvolle Änderungen zu reden. Denken Sie dabei an die Formulierung der Strafvorschriften gegen eine Ausbildung in Terrorcamps, an der Frau Zypries derzeit arbeitet.

Wie sich in einem aktuellen Fall gezeigt hat, stellt die Ausbildung zur Verübung von Terroranschlägen in ausländischen Trainingscamps eine Bedrohung für die Sicherheit in unserem Lande dar. Deshalb prüfen wir strafrechtliche Konsequenzen für jene, die sich in Terrorcamps ausbilden lassen, um terroristische Anschläge zu verüben. Wir haben mit unserem Ja dem Bundeskriminalamt – BKA – die präventiven Ermittlungsbefugnisse zugebilligt. Nun müssen die gesetzlichen Vorgaben geschaffen werden. Leider fasst Bundesinnenminister Schäuble das Ja zu den präventiven Befugnissen des BKA in einem Junktim bezüglich der T-Online-Untersuchungen zusammen. Diese Verzögerung – das sage ich deutlich – ist selbst gewählt und von uns nicht gewünscht.

Meine Damen und Herren, auch für Bayern kann man feststellen, dass die Debatte um die innere Sicherheit in eine gewaltige Schieflage gekommen ist. Auf der einen Seite fordern Sie ständig für die Polizei und den Verfassungsschutz neue Befugnisse insbesondere für die Bereiche, die technisch und personell sehr aufwendig sind. Auf der anderen Seite stellt sich die Realität in den bayerischen Polizeidienststellen ganz anders dar. Zur Haushaltssanierung werden Personalstellen abgebaut. In der Folge werden sogar Konzepte für die zeitweilige Schließung von Polizeidienststellen vorgelegt. Die Beamten in den Dienststellen streiten sich um die wenigen Computerarbeitsplätze, wenn sie ihre Berichte schreiben müssen, und – für die Terrorabwehr besonders prekär – es liegen beschlagnahmte Computer monatelang ohne Auswertung herum, weil das Personal für die Auswertung nicht ausreicht. Stellen Sie sich vor: Mögliche Erkenntnisse sind nicht möglich, weil kein Personal da ist, das diese Erkenntnisse beibringen könnte. Gleiches gilt für Telefonmitschnitte. Auch hier gibt es monatelange Verzögerungen bei der Auswertung. Die Weiterleitung von DNA-Daten an das BKA erfolgt ebenfalls verspätet. Das, meine Damen und Herren, ist die konkrete Aufgabe für die Bayerische Staatsregierung und für den noch amtierenden und den künftigen Innenminister.

Wir Sozialdemokraten fordern seit Jahren mehr Geld, Personal und Sachmittel für die bayerische Polizei. Sie kürzen an allen Ecken und Enden und rufen ständig nach neuen Kompetenzen. Ich kann Ihnen jetzt schon ankündigen, dass wir für den Nachtragshaushalt in diesem Herbst wieder Anträge einbringen werden, die eine Erleichterung für unsere Polizei zum Inhalt haben werden und die Polizei endlich in die Lage versetzen sollen, ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dies dient der inneren Sicherheit mehr als die hektischen Verlautbarungen diverser Minister in den letzten Wochen.

Verehrte Damen und Herren, wir sollten uns darauf einigen, dass Angstmacherei kein Mittel der Innenpolitik sein darf. Es ist hochgradig unanständig, aus parteipolitischen Gründen den Menschen Angst einzujagen, nur um sich strategische Vorteile zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich plädiere deswegen für eine Sicherheitspolitik mit klarem Verstand und kühlem Kopf. An einer Angstdebatte werden wir Sozialdemokraten uns jedenfalls nicht beteiligen, und schon gar nicht werden wir eine Debatte zulassen, in der aus parteipolitischen Gründen versucht werden soll, uns den Schwarzen Peter nach dem Motto zuzuschieben: Wir machen viele unreflektierte Vorschläge und wenn etwas passieren sollte, zeigen wir mit dem Finger auf die SPD und sagen, die haben Schuld. Dieses Spiel sollten Sie sein lassen. Das ist unwürdig, und da werden wir nicht mitspielen.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Staatsminister Dr. Beckstein, vermutlich ist es heute das letzte Mal, dass wir uns als Fachpolitiker für innere Sicherheit gegenüberstehen. Sie haben als Innenminister keine Kontroverse mit uns Sozialdemokraten gescheut und manche politische Finte angewandt, um Ihre Ziele zu erreichen. Wir haben uns politisch nichts geschenkt. Bei manchen Themen haben uns Welten getrennt. Ich brauche das nicht im Einzelnen aufzuzählen. Das werden wir heute noch hören. Der Umgang miteinander war aber kollegial und die gegenseitige Achtung beiderseits gewährleistet. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihnen.

An Ihrem Nachfolger oder auch Ihrer Nachfolgerin wird es nun liegen, die bayerischen Hemmnisse für eine wirksame Terrorbekämpfung abzubauen, die unserer Auffassung nach in der personellen und sachlichen Ausstattung besteht. Damit wird derjenige oder diejenige, die Ihnen nachfolgt, genug zu tun haben. Wir wollen hoffen, dass auf die Verbesserung der bayerischen Rahmenbedingungen mehr Zeit verwendet wird als auf die unreflektierten Vorschläge der vergangenen Wochen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Welchem Ziel dient die heutige Debatte im Bayerischen Landtag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU? – Wir haben den Eindruck, sie dient vornehmlich dazu, zu versuchen, die Machtgewichte in Berlin zulasten der SPD zu verschieben, und dazu ist Ihnen jedes Mittel recht, auch die Instrumentalisierung der Innenpolitik und die Verunsicherung der Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten Schäuble gestoppt, als er über die Sommermonate hinweg ein Schreckensszenario nach dem anderen entwickelte. Sie haben ihn leider auch dann nicht gestoppt, als er sagte, es wäre möglich, dass Terroristen eine Nuklearbombe bauen, um danach der Bevölkerung die Empfehlung zu geben: Genießen Sie bis dahin das Leben. Dieser so gezeigte Fatalismus, mit dem Sie das Vertrauen in die Politik unterminieren lassen, mit dem Sie den Eindruck erwecken, der demokratische Rechtsstaat sei mit seiner Verfassung in einer solchen Bedrohungslage nicht handlungsfähig, ist unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Land, in dem Sicherheitspolitik – und dies nicht erst seit ein paar Wochen, sondern schon lange – für vornehmlich parteipolitische Zwecke missbraucht wird, ist es um die Sicherheitspolitik schlecht bestellt.

Sicherheitspolitik erfordert eine rationale Debatte ohne Hysterie, ohne Aktionismus, ohne Übertreibungen, ohne Panikmache und ohne ständig neue Schreckensszenarien. Ich zitiere den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei – GdP –, Konrad Freiberg. Er sagt: „Ein Staat, wie Schäuble ihn an die Wand malt, will niemand in Deutschland, auch nicht die Polizei. Die Terrorgefahr darf nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden."

Kurzfristig, Herr Minister Dr. Beckstein, gab es die Hoffnung, Sie scherten aus der Riege der Panikmacher aus. Sie haben zumindest, als Schäuble die Forderung zur gezielten Tötung von Terroristen in den öffentlichen Raum stellte, gesagt, dass Sie mit diesem Vorschlag nicht einverstanden wären und die terroristische Gewalt nicht außerhalb des Grundgesetzes bekämpft werden dürfe. Mittlerweile haben Sie sich jedoch wieder in die Liste derer eingereiht, die Woche für Woche neue verfassungswidrige Forderungen in den Raum stellen. Beispielsweise haben Sie eine Begründung gesucht für Grundgesetzänderungen im Bereich der Bundeswehreinsätze im Inland, wobei Ihnen als bayerischer Innenminister die Sicherheit der Seehäfen in den Sinn kam, die man vor Bootsterroristen schützen müsse.

Die Liste der Vorschläge, die in den letzten Monaten gemacht worden sind, um eine angebliche Sicherheit im Inneren herzustellen, wird immer länger und bleibt dennoch

ohne Sinn und ohne Konsequenz. Ich zähle kurz auf: Sie fordern Handy-Verbote. Sie fordern Konvertitendateien. Sie forderten – zumindest der von Ihnen mitgetragene CDU-Verteidigungsminister – den Abschuss von Flugzeugen. Sie haben nichts dazu gesagt, als Herr Schäuble forderte, dass Verdächtige vorbeugend inhaftiert werden sollten. Sie sagten auch nichts, als Herr Schäuble den schwammigen Begriff der „Verschwörung" als Grundlage für Strafen einführen wollte. Sie fordern außerdem auch heute wieder die Online-Untersuchung von Computern.

Erst wurde gesagt, die Online-Untersuchung von Computern sollte – in Anführungszeichen – nur bei „terrorverdächtigen Menschen" durchgeführt werden. Gestern bereits forderte der CDU-Vorsitzende des Landes Rheinland-Pfalz, dass die Online-Untersuchung von Computern bitte schön auch bei Fußballrowdys durchgeführt werden sollte. Die Zahl der Forderungen wird Tag für Tag größer. Herr Kollege Dr. Kreidl, diese Forderungen sind zum Beispiel bei der Online-Untersuchung mit falschen Hoffnungen verknüpft. Ein geschulter Terrorist öffnet keine E-Mails mit angehängten Bundestrojanern. Ein geschulter Terrorist kann seinen Computer gegen Angriffe von außen abschotten, wie das ein gutes Unternehmen tut. Das Bundeswirtschaftsministerium tut dies zwar nicht, aber ein geschulter Terrorist und ein geschultes Unternehmen können dies tun.

Die Liste der von Ihnen geäußerten Forderungen reicht weiter über die Sammlung von Flugdaten und die Speicherung von Fingerabdrücken in Personalausweisen bis zur Speicherung von biometrischen Merkmalen in Personalausweisen. Dies würde zu einer Vollerfassung von biometrischen Daten der Bevölkerung führen. Sie fordern weiterhin die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung, des Kennzeichenscannings usw.

Ich möchte Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass unser Staat nicht schutzlos ist. Er hat eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeführt. Aufgrund dieser Maßnahmen konnten Terroranschläge in Deutschland erfolgreich vereitelt und verhindert werden.

Die Frage lautet: Was brauchen wir, um wirklich Sicherheit herzustellen? Frau Kollegin Schmitt-Bussinger ist darauf schon kurz eingegangen. Ich zitiere noch einmal den GdP-Chef Freiberg: „Eine Reihe von Gefährdern kennt die Polizei, aber leider ist die Polizei aus Personalmangel nicht in der Lage, diese Personen ausreichend zu überwachen." Weiterhin werden bundesweit und in Bayern Polizeistellen abgebaut. Sowohl die Reform der Bundespolizei als auch die Polizeireform in Bayern haben nicht dazu geführt, dass die Zahl der Polizisten, die unmittelbare Sicherheitsaufgaben leisten können, vergrößert wird. Stattdessen wird die Verwaltung aufgebläht. Die Zahl der Stabsstellen wird beispielsweise in Bayern durch die Teilung von Präsidien in Schwaben, in Oberbayern und in der Oberpfalz gemehrt.

(Beifall der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Diese Polizeireform bringt nicht mehr Beamte an den Einsatzort und an den Bürger, sondern bläht den Verwaltungsapparat auf.

Wer Terrorbekämpfung im Inneren vernünftig und richtig durchführen will, braucht die Zusammenarbeit und die Mitarbeit der Bevölkerung, auch der islamischen Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gewaltbereite und terroristische islamistische Gruppen müssen isoliert werden. Dazu ist ein Dialog erforderlich, der nicht von einem Generalverdacht gegen alle Muslime und gegen Konvertiten ausgeht. Herr Staatssekretär Schmid, Sie haben mit nicht haltbaren Äußerungen den Ruf eines islamischen Vereins für eine Penzberger Moschee beschädigt. Dies war ein Musterbeispiel, wie man es nicht machen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur mit einer Stärkung und Beteiligung der Gewalt ablehnenden und den Rechtsstaat sowie die Bürger- und Menschenrechte achtenden Muslime können die fundamentalistischen Einflüsse zurückgedrängt werden. Darauf sollten wir uns konzentrieren. Dafür sollten wir die Zeit und das Personal einsetzen, das hierzu erforderlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Kreidl, Sie haben gesagt, dass Sie mehr Schutz vor „dreckigen Bomben" erreichen wollen. Ich sage Ihnen, dass ein Flugzeug, das entweder abstürzt oder direkt in ein Atomkraftwerk gesteuert wird, die Auswirkungen einer „schmutzigen Bombe" bei weitem übertreffen würde. Wenn Sie unsere Bevölkerung vor atomaren Bedrohungen schützen wollen, sollten Sie als ersten Schritt alle sieben alten Atomkraftwerke sofort abschalten, die nicht einmal den Absturz eines kleineren Flugzeugs ohne die Gefahr der Freisetzung einer erheblichen Menge des Reaktorinhalts überstehen würden. Dazu gehört auch das Kraftwerk Isar 1.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bei einem solchen Unfall verursachten Schäden wären exorbitant. Wir fordern Sie auf, dieses Sicherheitsproblem nüchtern und rational anzugehen, die notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen und eine Sicherheitspolitik zu betreiben, die sich an den tatsächlichen Risiken und Gefahren orientiert. Sicherheitspolitik sollte sich nicht an Szenarien orientieren, die herbeigezogen werden, um irgendwelche Wunschvorstellungen durchzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Frage von Frau Kollegin Schmitt-Bussinger und Frau Kollegin Kamm beantworten, wie wir zu diesem Thema gekommen sind. Eigentlich liegt es auf der Hand. Die Veränderungen des internationalen Terrorismus, die Veränderungen der Vorgehensweise des Terrorismus auf der Welt sowie die Bedrohungslage im eigenen Land sind Grund genug, damit wir – das bayerische Parlament – uns mit dem Thema „Terrorismusbekämpfung“ in einer Aktuellen Stunde auseinandersetzen. Das haben auch die bisherigen Wortbeiträge gezeigt.

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger und Frau Kollegin Kamm, wir müssen immer wieder überprüfen, ob wir unsere Straftatbestände ausweiten oder neue Straftatbestände schaffen müssen. Denken Sie zum Beispiel an folgende Veränderungen, die inzwischen eingetreten sind: Beim Terrorismus in den Siebzigerjahren in Deutschland konnten Sie davon ausgehen, dass die Täter zusammen in terroristischen Gruppen auftreten. Heute zeigt sich weltweit zunehmend, dass auch Einzeltäter durchaus in der Lage sind, terroristische Straftaten zu verüben. Das Verbreiten von Handlungsanleitungen für terroristische Taten über das Worldwide Web, das Internet, ist nicht strafbar. Auch das Aufsuchen von Terrorcamps durch Menschen aus Deutschland, was zunehmend geschieht, ist nicht strafbar. Dies muss uns zu denken geben und wir müssen überlegen, was wir zu tun haben und wo wir Veränderungen vorzunehmen haben.

Sie wissen, dass gemäß §§ 129 a und b des Strafgesetzbuches das Bilden und die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung an die von einer Personengruppe von mindestens drei Personen ausgehende Gefährlichkeit gebunden ist. Tritt eine Person allein auf – wir haben zunehmend diese Erscheinungsform –, so haben wir eine Strafbarkeitslücke, weil keine terroristische Vereinigung vorliegt. Diese Lücke liegt auch vor, soweit der Straftatbestand des § 30 Absatz 2 des Strafgesetzbuches, der konkreten Verbrechensverabredung, nicht vorliegt. Dies ist eine eindeutige Strafbarkeitslücke, um die wir uns kümmern müssen. Auch gegen die Verbreitung von Handlungsanleitungen für Terroristen über das Internet oder gegen das Aufsuchen von Ausbildungscamps müssen wir vorgehen.

Kolleginnen und Kollegen, wir von der CSU-Landtagsfraktion begrüßen insofern ausdrücklich die Absicht der Bundesregierung, die vorhandenen Strafbarkeitslücken – die aufgezeigten, aber auch weitere – zu schließen. Im Bundesjustizministerium gibt es dazu bereits entsprechende Gesetzentwürfe. Leider sind uns diese im Wortlaut nicht bekannt. Uns ist lediglich eine Pressemitteilung der Frau Bundesjustizministerin vom 18. September bekannt. Danach ist davon auszugehen, dass seitens der Bundesregierung beabsichtigt ist, zwei neue Straftatbestände in das Strafgesetzbuch einzuführen, zum einen einen § 89 a „Vorbereitung einer Gewalttat“ und zum anderen einen neuen § 91 „Anleitung zu einer Gewalttat“.

Mit Letzterem soll das Verbreiten und das Anpreisen von terroristischen Anleitungen, zum Beispiel über das Internet, unter Strafe gestellt werden. Ohne dass ich im weiteren Verlauf darauf noch einmal eingehen will, sage ich einfach: Das begrüßen wir.

Als sehr problematisch erscheint uns aber im Detail die Absicht des vorgeschlagenen neuen Paragraphen 89 a StGB, soweit wir das der Pressemitteilung entnehmen können. Zum einen gibt es laut Pressemitteilung hier die Einschränkung, dass diese Taten bestimmt und geeignet sein müssen, um den Bestand oder die Sicherheit eines Staates zu beeinträchtigen oder die Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben. Das soll eine Voraussetzung für die Erfüllung der Straftatbestände in § 89 a mit folgenden Tatvarianten sein: Da gibt es einmal die Tatvariante, dass sich jemand ausbilden lässt, um eine terroristische Gewalttat zu begehen. Das ist der klassische Fall, dass Menschen nach Pakistan, in den Sudan oder sonst wohin gehen, um sich dort in den bekannten Terrorcamps für terroristische Handlungen ausbilden zu lassen. Ich sage gleich: Wir fordern eindeutig einen eigenen Straftatbestand dafür, dass sich jemand in solchen Terrorcamps ausbilden lässt. Wir halten es für höchst problematisch, subjektiv zu fordern, dass das nur dann strafbar wäre, wenn das geschieht, um eine terroristische Gewalttat zu begehen. Den subjektiven Tatbestand wird man in der Regel nicht nachweisen können. Deshalb wäre das unseres Erachtens ein Schuss in den Ofen. Es muss noch einmal darüber geredet werden, ob das so zielführend ist. Unseres Erachtens ist es das nicht.

Frau Präsidentin, ich darf noch weiter anführen, dass der neue § 89 a noch weitere folgende strafbare Vorbereitungshandlungen definiert: die Herstellung, das Sich-Verschaffen, Überlassen oder Verwahren von Waffen, bestimmten Stoffen oder besonderen zur Ausführung der vorbereitenden Tat erforderlichen Vorrichtungen sowie das Sich-Verschaffen oder Verwahren von erforderlichen wesentlichen Gegenständen oder „Grundstoffen“, um diese Waffen, Stoffe oder Vorrichtungen herzustellen, oder die Finanzierung eines terroristischen Anschlags. Die drei zuletzt genannten Tatbestandsmerkmale, die im Entwurf enthalten sind, sollte man in einen eigenen Paragraphen des Strafbesetzbuches eingliedern und nach unserer Meinung den ersten Tatbestand des Sich-Ausbilden-Lassens, um eine terroristische Gewalttat zu begehen, als eigenen Straftatbestand herausnehmen, und man sollte davon absehen, dass Voraussetzung ist, dass das geschieht, um eine terroristische Gewalttat zu begehen. Unseres Erachtens wäre es viel zielführender, darauf abzustellen, ob eine solche Ausbildung geeignet ist zur Ausführung von terroristischen Anschlägen. Bereits dies ist dann unter Strafe zu stellen.

Die Bundesregierung ist unseres Erachtens zwar auf dem richtigen Weg, um die Strafbarkeitslücken zu schließen, aber im Detail gibt es noch einen erheblichen Diskussionsbedarf dazu, wie das im Einzelnen geschehen soll.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf nun Herrn Kollegen Peterke bitten.

Rudolf Peterke (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon in früheren Plenardebatten zu diesem Thema zu verhindern versucht, dass unter völlig falschen Voraussetzungen diskutiert wird. Ich habe darauf hingewiesen, ich hätte den Eindruck, dass vieles schon vergessen worden ist. Haben Sie das World Trade Center vergessen, liebe Frau Kollegin Schmitt-Bussinger? Haben wir Istanbul vergessen? Haben wir Madrid vergessen? Haben wir London vergessen? Nehmen wir die ganzen Vorbereitungen zu Taten nicht zur Kenntnis – oder wollen wir das nicht tun –, die in unserem Land Gott sei Dank noch verhindert worden sind? Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf welcher Grundlage führen wir denn überhaupt diese Sicherheitsdiskussion?

(Zuruf von den GRÜNEN: Auf der bestehenden!)

Die anerkannten Sicherheitsfachleute, der Präsident des Bundeskriminalamtes und auch der von mir sehr geschätzte Herr Freiberg von der GdP, den Sie soeben so sehr bemüht haben, Frau Kollegin, weisen immer wieder aufs Neue auf die schwierigste und angespannteste Bedrohungslage hin. Deswegen stelle ich mir wirklich die Frage: Ist es Naivität oder politisches Kalkül, das Sie zu solchen Reden hier verleitet und immer wieder motiviert? Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedrohungslage – ich wiederhole das – ist äußerst angespannt. Wie ist darauf zu reagieren? – In vielfältiger Weise! Ich möchte die Themen nicht alle im Einzelnen wiederholen. Insbesondere die Polizei hat spätestens seit dem 11. September 2001 ihre Strategie, ihre Lagebeurteilung und ihre Einsatzbeurteilung völlig neu überprüfen müssen. Es hat seine Berechtigung, dass heute gefordert wird, dass die Prävention und das Verhindern von schweren Straftaten vor der Strafverfolgung kommen müssen. Das gilt im Übrigen nicht nur für den Terrorismus und die Schwerstkriminalität, sondern auch für andere Rechtsbereiche, zum Beispiel für das Sexualrecht oder die Kinderschändung. Hier müssen wir ansetzen.

Frau Kollegin, wenn Sie sich heute weigern, dem zu folgen, was die führenden Sicherheitsfachleute – nicht Politiker, sondern Fachleute – im weiten Vorfeld immer wieder einfordern – Stichwort Online-Durchsuchung –, wenn Sie sich weigern, der Polizei, den Sicherheitsbehörden, den Verfassungsschutzbehörden und den Nachrichtendiensten das rechtlich notwendige Instrumentarium an die Hand zu geben, müssen Sie auch die Verantwortung dafür übernehmen, wenn es auch bei uns morgen, übermorgen oder wann auch immer zu solch schrecklichen Vorfällen kommt, die wir unter anderen Umständen hätten vermeiden können. Ich sage ganz bewusst: Prävention war bei der Einsatzplanung der Polizei immer ein großes Thema, und heute ist sie das mehr denn je. Das hat auch seine Berechtigung. Das können Sie nicht einfach mit Ihren immerwährenden, gebetsmühlenartigen Forderungen abtun, der Polizei mehr Personal zu geben. Ich würde mich dem zwar nicht verweigern – das ist gar keine Frage –, aber Sie wissen ganz genau, dass wir selbst in diesem hochsensiblen Bereich haushalten müssen. Das Vernünftige und Notwendige wird aber zuverlässig und qualifiziert getan.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eben nicht!)

Es nützt aber nichts, die Polizeistärke zu verdoppeln, wenn Sie der Polizei nicht die Möglichkeit an die Hand geben, mit ihrem Personal qualifizierte Präventionsarbeit zu betreiben. Dann hat alles keinen Sinn. Man muss beides tun: die Polizei angemessen ausstatten und die notwendigen rechtlichen Instrumentarien schaffen.

Ich sage mit Nachdruck: Die Online-Durchsuchung ist gewiss kein Allheilmittel, aber sie ist das wichtigste und notwendigste Rechtsinstrumentarium, damit die Polizei tiefgehend und vorbeugend wirken kann. Ähnliches gilt auch für die schon seit Langem geforderten Identifikationsmerkmale im Personalausweis, Fingerabdrücke und biometrische Daten. All diese Möglichkeiten müssen heute genutzt werden, um die Freiheit und Sicherheit der Bürger in hohem Maße weiterhin zu gewährleisten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Peterke. Jetzt steht schon Kollege Schindler bereit. Bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema, das uns heute wieder einmal beschäftigt, ist nicht neu. Ich weiß nicht, wie oft wir darüber auch schon in dieser Legislaturperiode diskutiert haben. Herr Kollege Peterke, Sie werfen der Opposition vor, dass sie gebetsmühlenartig immer wieder mehr Stellen für die Polizei verlangt. Ich muss Ihnen vorwerfen, dass Sie gebetsmühlenartig immer wieder die gleichen alten Themen hier auftischen, ohne dass es dafür einen konkreten Anlass gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nehme Ihnen die Sorgen nicht ab, die Sie vortragen. Ich glaube nicht, dass die ernsthafte Sorge um die Sicherheitslage in unserem Land Sie dazu veranlasst hat, heute zum vierten, fünften oder wievielten Mal dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wie schaut es denn aus mit der Sicherheitslage? Stimmt es, wie Kollege Peterke gesagt hat, dass sie äußerst angespannt ist? – Wenn ich mich recht erinnere, hat der Bundesminister des Innern vor wenigen Tagen das durchaus anders beschrieben.

Als er mit der Frage konfrontiert worden ist, wie konkret die Nukleargefahr sei, hat er natürlich geantwortet, es gebe nichts Konkretes, es sei eigentlich schon seit Jahren und Jahrzehnten bekannt, dass es Leute gebe, die diese Waffen einsetzen möchten. Es gebe also nichts Konkretes, an der Sicherheitslage habe sich nichts verändert.

(Beifall bei der SPD)

Ist die Sicherheitslage also äußerst angespannt, oder ist sie es nicht? – Wenn sie äußerst angespannt ist, dann müsste man nicht hier im Bayerischen Landtag Debatten führen – dies als Allerletztes –, dann müsste man vielmehr in Berlin den Bundessicherheitsrat einberufen und die Parlamentarische Kontrollkommission verständigen.

Auch das bayerische Parlamentarische Kontrollgremium müsste darüber informiert werden, was Sache ist – wenn es denn so ist. Das passiert aber nicht. Vielmehr diskutiert man hier auf einem relativ unverbindlichen Niveau. Herr Kollege König, weil es mir gerade einfällt: Bei der Aufzählung der Strafbarkeitslücken haben Sie übersehen, dass wir auch den Paragrafen zur Gotteslästerung verschärfen müssten. Das wird in diesen Wochen von Ihren Freunden in diesem Zusammenhang auch diskutiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immer wenn der CSU kein anderes Thema einfällt, kommt sie mit diesem Thema daher. Ich sage noch einmal, ich kenne niemanden, der nicht will, dass wir in Sicherheit leben können. Ich kenne aber auch niemanden, der behauptet, das sei ausschließlich ein polizeiliches Problem oder ein Problem von Sicherheitslücken oder Strafbarkeitslücken.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist größer und globaler zu betrachten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn es aus Ihrer Sicht möglicherweise völlig unverständlich ist, bin ich der Meinung, wir müssen dann, wenn die Bedrohungslage so ist, wie Kollege Peterke es behauptet, darüber reden. Wenn sie aber nicht so ist – was ich vermute – gäbe es durchaus Anlass, in diesem Land etwas öfter über Freiheit und nicht nur über Sicherheit zu reden. Ich meine, dies stünde diesem Parlament gut an.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Bemerkung, meine Damen und Herren. Es ist doch nicht so, dass die Online-Durchsuchung die Probleme dieser Welt oder zumindest des BKA lösen würde. Ich muss einmal daran erinnern, wie die Sicherheitsarchitektur in diesem Land aussieht. Wir haben 16 Landespolizeibehörden; wir haben 16 verschiedene Polizeiaufgabengesetze mit allen denkbaren Befugnissen. Wir haben ein BKA, dessen Rechtsgrundlage aufgrund der Föderalismusreform novelliert werden muss. Wir haben 16 Verfassungsschutzbehörden; wir haben einen Bundesnachrichtendienst; wir haben einen Militärischen Abschirmdienst; wir haben den Zoll. – Wir haben eine Unzahl von Behörden, und das Problem, sagen Insider, sind nicht fehlende Befugnisse, sondern das Problem ist die mangelnde Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden auf nationaler und internationaler Ebene. Da hätte man viel zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Argumentation zur Online-Durchsuchung ist nicht neu. Ich bin lange genug hier, um das beurteilen zu können. Vor zehn, vor zwölf und vor acht Jahren haben Sie stereotyp und gebetsmühlenartig immer argumentiert, die organisierte Kriminalität bedroht unser Land, besonders wenn die Grenzen geöffnet werden, und wenn wir den Lauschangriff großer und kleiner Art nicht bekommen, geht das Abendland unter. – Stereotyp war das immer die gleiche Argumentation. Jetzt gibt es den großen und kleinen Lauschangriff. Frage: Was ist aus der organisierten Kriminalität geworden? Haben wir sie jetzt im Griff? – Wenn wir sie im Griff haben, würde ich sagen, Respekt, ich habe mich geirrt. Aber wenn ich richtig verstanden habe, was verlautbart worden ist, haben diese Befugnisse wohl nicht viel gebracht. Ich sage damit, wer so tut, als sei die Online-Durchsuchung das letzte fehlende Stück, um Sicherheit für die Menschen zu schaffen, der lügt das Publikum an. So ist es nicht; das ist ein Propagandainstrument zur politischen Profilierung Einzelner. Da machen wir nicht mit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, letzte Bemerkung: Ich weiß natürlich, warum Sie dieses Thema auftischen. Ich weiß natürlich auch, welchen politischen Zweck Sie damit verfolgen, und ich sage Ihnen Folgendes: Wir haben Skrupel. Das Problem in unserem Land besteht nicht darin, dass es einige wenige – leider, muss ich sagen – gibt, die Skrupel haben, in Grundrechte des Einzelnen einzugreifen, sondern das Problem in unserem Land besteht zunehmend darin, dass Sie und ein Großteil offensichtlich keinerlei Skrupel mehr haben.

(Beifall bei der SPD)

Nicht anders ist zu erklären, dass ein Bundesinnenminister als jemand, der auch für den Schutz der Verfassung zuständig ist, Vorschläge macht, die erkennbar der Verfassung widersprechen. Nun weiß ich, wir hatten in diesem Land immer Schwierigkeiten mit Bundesinnenministern von der CDU und der CSU. Ich erinnere an Zimmermann und Kanther und nenne ausdrücklich Schäuble. Es ist wohl ein Fluch, mit dem wir es hier zu tun haben. Das bedeutet nicht, dass wir nachgeben müssen, weil die objektive Lage nicht so ist. In diesem Sinne hoffe ich, dass es noch viel mehr Menschen gibt, die Skrupel haben und Ihre Argumentation als das durchschauen, was sie ist, nämlich politische Propaganda.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Martin Neumeyer ans Pult bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber fast alle Terroristen sind Muslime."

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Warten Sie nur.

Dieses Eingeständnis hat der Direktor des arabischen Senders Al-Arabija Abdel Rahman im „Spiegel"-Interview 2004 gemacht. Das Thema Terror beschäftigt die Medien. Der „Focus" schreibt: „Die Saat ist aufgegangen." Er bezieht sich dabei auf die Gefahren, die von Hasspredigern ausgehen, die großen Einfluss auf junge Menschen und insbesondere junge Männer haben. Necla Kelek hat in ihrem Buch „Die verlorenen Söhne" erzählt, wie türkische Kinder teilweise als Paschas erzogen werden. Es wird die

Überlegenheit der Religion dargestellt, und am Schluss kommt es zu der Unterscheidung: Wir und die.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die „taz“ formuliert zu diesem Thema „Die zornigen jungen Männer“ und berichtet über eine Veränderung der politischen Situation in Deutschland. Sie berichtet von einer Ideologie des Dschihadismus, der eine moderne politische Bewegung ist und den Liberalismus und Individualismus ablehnt. Er nährt sich – das ist interessant – aus dem Antiamerikanismus und dem Antisemitismus und ist eine Kampfansage an die Überlegenheit des Westens im ökonomischen, kulturellen und militärischen Bereich. Das Problem der Ideologie des Dschihadismus ist, dass sich sowohl Islamisten als auch rechtsextreme Terroristen dafür interessieren und sich damit identifizieren. Auffällig ist die Nähe der rechten Szene zur islamistischen Szene. Die Herausforderung ist religiös und ideologisch.

Nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn die Anschläge gelungen wären. Nicht auszudenken, welches Leid es gegeben hätte und wie viel Blut und Tränen geflossen wären. Wir hatten bisher Glück, das Glück des Tüchtigen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie lange noch? – Islam, Islamismus und eventuell auch Islamophobie. Der wieder gewählte türkische Ministerpräsident Erdogan hat in einem türkischen Sender gesagt, es gibt keinen moderaten Islam, es gibt nur den Islam. Konsequenterweise muss man sagen, wenn es nur den Islam gibt, dann gibt es auch keinen Islamismus.

Der Konvertit Dr. Ayyub Köhler, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime und FDP-Mitglied hat in seinem Buch „Islamische Leitbilder“ folgenden Satz geprägt – übrigens, Herr Dr. Köhler ist Mitglied der Islamkonferenz von Herrn Minister Schäuble –: „Das islamische Gesellschaftssystem wird damit aber keineswegs zu einer Demokratie, diese Staatsform ist dem Islam fremd.“ Wird das Gespräch nun einfacher oder schwieriger?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Untersuchung vom Islam-Archiv in Soest von Herrn Salim Abdullah, der bereits seit Jahrzehnten vom Bundesministerium unterstützt wird. Er hat die Frage gestellt: Ist das Grundgesetz mit dem Koran vereinbar? – 37 % der Antworten waren Ja, 21 % der Antworten waren Nein, 17 % keine Antwort und 8,25 % haben nicht nachgedacht. Wenn es wirklich so ist, dass der Koran nicht mit dem Grundgesetz kompatibel ist, dann war die zweite Frage: Wie halten Sie es damit? – 35 % würden sich an die Gesetze halten und 57 % haben dazu keine Angabe gemacht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss uns zum Nachdenken bringen. Und trotzdem: Fakt ist, dass wir keinen Generalverdacht aussprechen. Fakt ist auch, dass der größte Teil der Muslime in Deutschland friedlich und glücklich in diesem Land lebt. Fakt ist auch, dass dieser große Teil der Muslime für uns in der Zukunft ein sehr wichtiger Partner in der Politik und der Ausgestaltung unseres Lebens sein wird. Wir wollen ihnen Chancen und Schutz geben.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Dialog allein reicht nicht. Herr Kandler von der Friedrich-Ebert-Stiftung sagt, wir leben in einer „Dialogeritis“. Allein das Geld reicht auch nicht, um den sozialen und ideologischen Frieden zu bezahlen. Wir müssen für unsere Werte einstehen. Wir müssen mit unseren Werten überzeugen. Wir werden nicht umhin kommen, die deutsche und die europäische Leitkultur zu verteidigen: Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit. Wir haben genug davon – und das können wir überzeugend darstellen.

Menschenrechte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nicht teilbar. Deshalb darf es in Deutschland keinen rechtsfreien Raum geben. Der Einzug der Scharia in die deutschen Gerichte durch Zugeständnisse und Kompromisse aufgrund kultureller Herkunft und Tradition von Angeklagten ist nicht zu tolerieren. Das mag dem guten Menschen zwar gefallen, doch wer hier nachgibt, der hat schon aufgegeben. Deshalb ist unser Ziel: Null Toleranz der Intoleranz!

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Obermeier. Bitte sehr.

Thomas Obermeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Aktuellen Stunde schon sehr viel über die Bedrohung durch den internationalen Tourismus

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Terrorismus gehört und es wurde auf die Gefahren hingewiesen. Der Hinweis auf die Bedrohungen kam allerdings nur aus den Reihen der Mehrheitsfraktion, während von Seiten der SPD und von den GRÜNEN zwar von den Bedrohungen gesprochen wird, sie aber von großen Teilen der Opposition überhaupt nicht ernst genommen werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ha Ha! – Zurufe von der SPD)

Ich sage aber: Wer hier behauptet, dass mit der Diskussion, wie wir sie heute führen, Angst geschürt wird,

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das tun Sie doch!)

der hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir, was den internationalen Terrorismus betrifft, auf Unmögliches gefasst sein müssen. Viele Ihrer Redebeiträge, die wir heute gehört haben, zeigen aber, dass Sie auf dieses Unmögliche nicht eingestellt sind. Sie versuchen stattdessen, diese Gefahren herunterzureden.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Es ist unverantwortlich, was Sie da sagen! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und gelogen!)

Wir müssen unseren Sicherheitsbehörden die Möglichkeit geben, in jedem Stadium möglichst optimal eingreifen

zu können, um die Auswirkungen von Terrorhandlungen möglichst gering zu halten.

Eines ist klar, meine Damen und Herren: Jeder, der hier unmittelbare Verantwortung trägt, wünscht sich eine klare rechtliche Vorgabe für seine Entscheidung. Das gilt umso mehr, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten oder, unter Umständen, auch nicht zu retten. Genau vor diesem Hintergrund müssen wir die Diskussion sehen, die durch die Aussagen unseres Verteidigungsministers nunmehr in die Öffentlichkeit getragen wurde. Wenn wir die Diskussion aber ansehen, dann muss ich schon sagen, dass ich die Entrüstung, die in der SPD über die Aussagen herrscht, nicht nachvollziehen kann. Schließlich war es doch ein gewisser Verteidigungsminister Struck, der vor einigen Jahren klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er den Befehl geben würde, ein Passagierflugzeug abzuschießen, wenn es nicht anders ginge. Das, was Sie hier und heute zu diesem Punkt gesagt haben, kann ich deshalb nur als Heuchelei bezeichnen. Ich reihe es in die Rubrik der Ihnen angeborenen Reflexe ein, von Haus aus dagegen zu sein, wenn CDU und CSU etwas sagen, und zwar ganz egal, was man vor zwei oder drei Jahren selbst dazu sagte.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber hierin sind Sie doch viel besser!)

Wenn Sie sich heute hinter dem Bundesverfassungsgericht verstecken, dann zeigen Sie einmal mehr, dass Sie nicht bereit sind, die Gefährdungen durch den internationalen Terrorismus ernst zu nehmen und Ihre Sicherheitspolitik diesen Gefährdungen anzupassen. Frau Schmitt-Bussinger, Sie haben gesagt, Sie haben keine signifikante Änderung in der Sicherheitslage erkennen können. Da muss ich Ihnen entgegenhalten, Sie sollten sich einen Termin bei Ihrem Augenarzt geben lassen, denn jeder, der mit offenen Augen in der Sicherheitspolitik tätig ist, wird diese Veränderungen wahrnehmen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das war ein sehr hilfreicher Hinweis, Herr Kollege!)

Was machen wir denn, wenn ein Flugzeug, in der Hand von Terroristen, als Waffe benutzt, auf ein voll besetztes Fußballstadion zufliegt? Was machen Sie dann?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wollen Sie zusehen, wie das Flugzeug in das Stadion fliegt, und sagen: Da haben wir nichts machen können. Wollen Sie das im Nachhinein sagen? – Wäre es nicht besser, im Voraus nach Regelungen zu suchen, wie solche Extremsituationen zu verhindern sind?

Ich habe es bereits vorhin gesagt: Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen, die wir den Sicherheitsbehörden an die Hand geben müssen. Wir haben derzeit ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, aber wir haben keine klare gesetzliche Regelung. Ich fordere Sie deshalb auf: Suchen Sie mit uns nach solchen Regelungen! Beenden Sie Ihre destruktive Sicherheitspolitik, nehmen Sie die Gefahren ernst! Suchen wir gemeinsam nach Lösungen, streben wir gemeinsam nach den rechtlichen Grundlagen, die wir unseren Sicherheitsbehörden an die Hand geben können. Nur so wird es uns gelingen, den Terrorismus, wie es ihn derzeit gibt, in die Schranken zu weisen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Günther Beckstein das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Sicherheitslage hat sich verschärft, das ist allgemeiner Standard. Jeder weiß das. Die Situation ist hochaktuell, denn von Terroristen in Deutschland war geplant, in diesen Tagen einen Anschlag durchzuführen. Dieser Anschlag konnte nur durch die Verhaftung am 4. September verhindert werden. Die Erhöhung der Gefahr ergibt sich auch durch die Angriffe auf deutsche Soldaten in Afghanistan und durch Drohungen, die ausdrücklich gegen Deutschland ausgesprochen wurden. Der Präsident des Bundeskriminalamtes hat eindrucksvoll auf diese verschärfte Lage in einer Sonderkonferenz der Innenminister hingewiesen.

Ich denke, wir sind hierfür gut gerüstet. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich sage ganz ausdrücklich, die Kritik, die der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei am Personalstand übt, hat nichts mit Bayern zu tun. Wir haben ein Sicherheitspaket verabschiedet, das über 600 zusätzliche Stellen zur Bekämpfung des Terrorismus enthält.

(Zurufe von der SPD)

Solange wir noch die Gelegenheit haben, über 100 zusätzliche Polizisten für den Verkehr zu diskutieren, wäre es völlig absurd zu behaupten, im Kampf gegen Schwerstkriminalität hätten wir Personalmangel. Nennen Sie mir den polizeilichen Vorgesetzten, der sagt: Dafür habe ich kein Personal. Er würde von mir noch am selben Tag auf einen anderen Posten versetzt. Es wird aber keinen geben.

(Zurufe von der SPD)

Es wird niemanden geben, der Ihnen in Bayern eine solche Erklärung geben wird. Ich empfehle Ihnen, sprechen Sie mit Herrn Hauptmannl und geben Sie ihm das heutige Protokoll. Er wird Ihnen sagen: Von Bayern haben Sie wenig Ahnung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Wenn Sie dafür eintreten, dass in Straubing und in Kempten keine Polizeipräsidien entstehen, dann mag das Ihre Meinung sein. Sie sollten dann aber schon sagen, dass Sie für 27 zusätzliche Führungsdienststellen eingetreten sind. Wer gegen eine zusätzliche Behörde in zwei Regierungsbezirken eintritt, der sollte nicht sagen,

wir wollten 27 weitere Stellen haben. Das ist nicht glaubwürdig.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Hier verwechseln Sie etwas, Herr Minister!)

Wir sind insgesamt gesehen beim Föderalismus gut aufgestellt; das ist anders, als Herr Kollege Schindler gesagt hat. Das ist in der Zwischenzeit auch bewiesen.

Während sich der Föderalismus beim NPD-Verbotsverfahren blamiert hat,

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

hat er bei der Festnahmeaktion Anfang September hervorragend funktioniert. Es waren über Monate Hunderte von Polizisten aus mehreren Ländern und aus dem Bund eingesetzt und haben die Betreffenden observiert. Es war sehr aufregend, was man da mitbekommen hat. Zunächst haben die Betroffenen 100 Liter Wasserstoffperoxid gekauft. Ich weiß noch, wie der Landespolizeipräsident in mein Zimmer hineingestürmt ist und mir gesagt hat: Jetzt haben sie weitere 500 Liter Wasserstoffperoxid gekauft! – Die Sprengmittel hätten etwa die hundertfache Sprengkraft der Bomben von Madrid und London haben sollen. Die hundertfache Sprengkraft! – Und dann gibt es Abgeordnete, die sagen, die Sicherheitslage habe nichts mit Aktualität zu tun! Haben diese Abgeordneten denn überhaupt kein Verständnis?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es hat funktioniert, weil wir – übrigens gegen Ihren Widerstand hier im Parlament – das gemeinsame Terrorabwehrzentrum und die Antiterrordatei eingeführt haben. Beides will kein Sachverständiger in der deutschen Sicherheitsarchitektur mehr missen. Sie, Herr Schindler, vielleicht schon.

Aber wenn Sie das in Berlin auf der Sonderkonferenz der Innenminister gesagt hätten, hätte selbst Herr Stegner gesagt: Das ist dummes Zeug. Wir brauchen diese Dateien; sie haben sich hervorragend bewährt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Da war doch niemand dagegen!)

Und wenn Sie jetzt den Lauschangriff in Zweifel ziehen, frage ich Sie, ob Sie überhaupt keine Ahnung haben. Sie haben doch in diesem Parlament gehört, dass wir bei der Vereitelung des Sprengstoffanschlages auf die Jüdische Synagoge in München nur mittels eines großen Lauschangriffs erfolgreich gewesen sind. Das geschah übrigens in einem Schlafraum. Da, meine ich, kann nicht in dieser Oberflächlichkeit gesagt werden, solche Maßnahmen geschähen nur zu propagandistischen Zwecken.

(Beifall bei der CSU)

Sie dürfen die existenziellen Fragen der Sicherheit nicht in einer so oberflächlichen und – ich bitte um Nachsicht – so dummen Weise diskutieren. Damit schaden Sie allen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist meine große Sorge, und ich sage hier – dafür haben mich auch manchmal die Kollegen in meiner eigenen Fraktion geschimpft –, dass ich immer sehr viel Hochachtung vor Otto Schily hatte. Er war einer derjenigen, die diese Aufgabe ernst genommen haben. Der SPD werfe ich allerdings vor, dass sie nun in die Zeit vor Schily zurückgefallen ist, in der sie immer gegen die Sicherheitsbehörden war.

Ich will es am Beispiel der Online-Durchsuchung darlegen. Wer hat die Online-Durchsuchung erstmals angewendet? – Das war Otto Schily. Frau Zypries war damals übrigens mit in der Verantwortung. Damals ist den zuständigen Ausschüssen des Bundestages dargelegt worden, dass es herausragend wichtige Erkenntnisse im Bereich der Terrorabwehr durch die erste Online-Untersuchung gegeben hat.

Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass die Online-Durchsuchung ohne Rechtsgrundlage unzulässig ist. Er hat aber nicht gesagt, dass sie generell unzulässig wäre. Otto Schily hat dann die Online-Untersuchung ohne besondere Rechtsgrundlage angewendet und Sie wenden sich jetzt dagegen, eine Rechtsgrundlage dafür zu schaffen.

Ein anderer Punkt ist das Luftsicherheitsgesetz. Haben Sie denn schon vergessen, dass Rot-Grün ein Luftsicherheitsgesetz geschaffen hat? Jetzt sagen Sie hier, es sei dummes Zeug, solche Fragen zu diskutieren. Auch hier kann ich nur sagen, Sie sind auch hier wieder hinter Schily zurückgegangen. Sie sind in die Zeiten der alten APO zurückgefallen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Damit sind Sie um 15 Jahre verspätet; Sie sind die Dinosaurier der Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Zur Online-Durchsuchung. Einer der Täter, der am 4. September verhaftet wurde, war in München. Er hat hier einen Freund besucht. Wir wissen, dass er ins Internet gegangen ist. Über eine herkömmliche Überwachungsmaßnahme durch die Telefonüberwachung wissen wir auch, welche Seiten er aufgerufen hat. Darunter waren internationale Hassseiten. Es wäre sehr interessant gewesen, auch die weiteren Verflechtungen zu erfahren, was man aber nicht so ohne Weiteres kann.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Herr Ziercke, mit dem ich mich im Bundestagswahlkampf dauernd

herumgeärgert habe, weil er ein SPD-Mann ist oder war, sagt heute in der „Süddeutschen Zeitung“:

> Wenn man sich ansieht, wie sich der Terrorismus entwickelt hat, welchen technischen Vorsprung die Schwerstkriminellen inzwischen haben, wird klar, dass wir die Online-Durchsuchung brauchen.

In der Innenministerkonferenz hat er gesagt: Es ist nicht viel Zeit; wir brauchen sie spätestens im ersten Halbjahr 2008. Ich füge hinzu: Das ist nötig, weil die herkömmliche Telefonüberwachung nichts mehr bringt.

Bei einem der Täter hatten wir 67 Telefonüberwachungsmaßnahmen geschaltet, ohne dass wir irgendwelche Erkenntnisse erhalten hätten, weil dieser Täter jedes Handy nur ein einziges Mal verwendet und dann weggeworfen hat. Die eigentliche Kommunikation ist über E-Mail im Internet erfolgt. Deshalb ist es völlig eindeutig, dass wir hier entsprechende Regelungen brauchen.

Dabei handelt es sich natürlich nur um wenige Fälle, vielleicht 10 oder 20 im Jahr. Das hängt von der Lage ab.

Ich komme zum Stichwort Konvertiten. Kein Mensch verlangt ein Konvertitenregister. Der Bayerische Rundfunk hat sich für die Falschmeldung bei Herrn Bosbach entschuldigt. Auch ich habe einen solchen Quatsch nie verlangt. Es gibt nämlich auch Konvertiten, die sich den liberalen Seiten des Islam zuwenden und wunderbare humanistische Vorstellungen haben. Aber wenn ein Konvertit in eine kleine Sekte eintritt, die gewaltbereit ist und den Dschihad zum Inhalt hat, dann ist erhöhte Aufmerksamkeit geboten. Übrigens war der Bomber, der den Sprengstoff in seinen Schuhen hatte, auch ein Konvertit. Und es gibt einen Fall, in dem ein Konvertit den Befehl gegeben hat, in Tunesien einen Anschlag durchzuführen. Auch bei Anschlägen in anderen europäischen Ländern waren mehrfach Konvertiten dabei. Deshalb ist es selbstverständlich, dass man auf Konvertiten, die in verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Organisationen Mitglied sind, besonders aufpasst. Das ist eine besondere Problematik, die es zu berücksichtigen gilt.

Ein Wort nun zu den Terrorcamps. Mir leuchtet nicht ein, wie jemand auf die Idee kommen kann, über Wochen und Monate zu argumentieren, es sei ein Ausdruck der Freiheitsrechte, in ein Ausbildungslager der Islamisten zu gehen, in dem man Terrortechniken erlernen kann. Das hat nichts mit Freiheit zu tun, sondern so etwas gehört gescheit bestraft.

(Beifall bei der CSU)

In der Diskussion mit Frau Ilner hat Frau Zypries noch davon gesprochen, dass alles geprüft werde und sie hat auch gemeint, das könne man nicht nachweisen. Ich habe ihr dann zwei Fälle genannt. In dem einem Fall haben wir bei dem Betreffenden beim Grenzübertritt im Flughafen München Videoclips gefunden, in denen er sich selbst hatte aufnehmen lassen, wie er in einem Terrorcamp mit der Stinger-Rakete ausgebildet wurde oder wie er Autobomben hergestellt hat bzw. wie er trainiert hat, Sprengstoff herzustellen oder wie in einem Gepäckstück Bauanleitungen für Bomben untergebracht werden können.

Ich glaube, es ist Unsinn, hier noch die zusätzliche Absicht eines konkreten Anschlages nachweisen zu sollen; denn so blöd kann doch keiner sein zu sagen, ich habe die Absicht, einen konkreten Anschlag vorzubereiten.

Ich meine, allein die Tatsache, dass sich jemand in solchen Techniken ausbilden lässt, hat einen sozialen Unwert, der strafwürdig ist. Die Freiheitsrechte einer solchen Person darf man nicht verteidigen, sondern er gehört für Monate und Jahre ins Gefängnis.

(Beifall bei der CSU)

Ein Wort zur Frage des Luftsicherheitsgesetzes und der Bundeswehr im Inneren. Ich habe im Ausschuss schon einmal vorgetragen, dass wir vor gut einem Jahr in Bayern bereits einen solchen Fall hatten. Das war für mich eine sehr denkwürdige Situation. Da kam im Eröffnungsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft der Einsatzleiter zu mir und sagte, Herr Beckstein, drei Flugzeuge fliegen in die Sperrzone ein und direkt auf die Allianzarena zu. Wenige Minuten später meldete er, sie drehen nicht ab, sondern nehmen einen direkten Kurs. Das ist schon etwas sehr Aufregendes. Es waren 50 000 bis 60 000 Leute in der Arena. Es geht mir in diesem Zusammenhang, wenn ich das erwähne, nicht so sehr darum, jetzt die Frage des Abschusses zu regeln, sondern ich gebe zu überlegen, dass es vielleicht nicht richtig sein kann, dass die Polizei hier die letzte Verantwortung hat. Wir haben als Polizei keine Luftüberwachung. Wir machen Luftüberwachung mit Ferngläsern. Für Radar dagegen sind Bundeswehr und NATO zuständig. Ich frage, ob es nicht vielleicht vernünftig ist, denjenigen, die die Radarüberwachung haben, auch die Verantwortung im Air Policing zu geben. Dabei geht es natürlich nicht in erster Linie um den Abschuss, sondern zunächst um den Versuch, die Flugzeuge abzudrängen. Das können die Abfangjäger der Bundeswehr mit Sicherheit sehr viel besser als ein Hubschrauber der Polizei.

Im vorliegenden Fall waren es Gott sei Dank alte spanische Propellermaschinen, sodass der Hubschrauber der Polizei mit eingesetzt werden konnte. Wenn es etwas modernere Privatmaschinen gewesen wären, wäre das Abdrängen für die Abfangjäger der Bundeswehr überhaupt kein Problem gewesen, für uns von der Polizei hätte nur Beten geholfen. Ich glaube, jeder weiß, wie wichtig Beten für einen verantwortlichen Politiker sein kann, aber bei einer solchen Maßnahme wäre es sicherlich zu wenig gewesen. Darum sage ich: Selbstverständlich brauchen wir hier ein Luftsicherheitsgesetz, mit dem die Bundeswehr im Bereich von Air Policing und Sea Policing eingesetzt werden kann.

Im Übrigen sollten Sie doch wissen, dass Sie so etwas schon einmal verabschiedet haben. Rot-Grün hat ein solches Gesetz schon einmal verabschiedet, allerdings in einer handwerklich so dilettantischen Weise und ohne anständige Änderung des Grundgesetzes, dass Bayern

gesagt hat: So kann man das nicht machen. Wir waren auch Kläger beim Bundesverfassungsgericht, haben aber gleichzeitig immer angeboten, eine anständige handwerkliche Regelung mit zu schaffen.

Wenn Uneinigkeit darin bestanden hätte, dass man im Extremfall nicht abschießen darf, sondern auch dann, wenn sich jemand in ein Stadion stürzen will, hätte man den Fall auch breit öffentlich diskutieren müssen. Ich halte es aber für unabdingbar notwendig, wenigstens die anderen Fälle zu regeln. Denn es geht nicht darum, dass wir nicht gerüstet sind. Unsere Ordnung funktioniert insgesamt gut. Wir sind ordentlich aufgestellt. Übrigens ist auf diesem Gebiet der Föderalismus dem Zentralismus überlegen.

Herr Schindler, wenn Sie das bestreiten, empfehle ich Ihnen, einmal das „Homeland Security Office“ in Washington zu besuchen. Dann werden Sie merken, wie schwierig es in einer Bürokratie ist, die 350 000 oder 400 000 Leute hat, aber nicht mehr die Verbindungen besitzt. Sie kann vor Ort nicht mehr wirksam eingesetzt werden. Oder diskutieren Sie mit dem FBI über die Schwierigkeiten, die daher rühren, dass ein *agent* des FBI, wenn er eingeflogen wird, nicht ohne Weiteres alle die Erkenntnisse hat und bekommt, die der örtliche Polizist besitzt. Da sind föderale Systeme überlegen. Deswegen sage ich, wir sollten wieder zu der Gemeinsamkeit zurückkehren, die die Sicherheitspolitik eines Otto Schily in vielen Punkten gekennzeichnet hat. Ich bitte die SPD, sich ihrer Verantwortung wieder so bewusst zu werden, wie das in den Jahren, in denen Schily die Verantwortung hatte, der Fall war, ohne in die Verantwortungslosigkeit alter Oppositionsjahre zurückzufallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber das ist in Bayern von der Opposition vielleicht zu viel verlangt. Es ist vielleicht auch ganz gut, dass es zu viel verlangt ist.

Auch ich will mich abschließend bei Ihnen, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, aber auch insgesamt bei den beiden Seiten, bei den drei Parteien im Parlament bedanken. Es ist in der Tat aller Voraussicht nach meine letzte Rede, die ich hier zur Frage der Sicherheitspolitik halten darf. Wenn nicht irgendeine Sondersitzung stattfinden wird, werde ich kaum noch eine Gelegenheit haben, hierzu zu sprechen. Ich gebe zu, dass mich dieses Thema unglaublich gefesselt hat. Ich glaube auch, dass ich auf diesem Gebiet für die bayerische und für die deutsche Diskussion meinen Beitrag geleistet habe. Ich hätte aber diesen Beitrag nicht erbringen können, wenn ich nicht von der CSU unterstützt worden wäre. Ich darf mich deshalb bei Herrn Jakob Kreidl und bei der gesamten Fraktion ganz herzlich bedanken.

Ich sage aber auch, es war gut, eine Opposition zu haben, die einem immer wieder einmal auf die Zehen getreten ist, zumindest aber geholfen hat, Argumente zu schärfen; ich gestehe aber auch, da und dort den einen oder anderen Standpunkt durchaus verändert zu haben durch Diskussion, Argument und Gegenargument, durch Rede und Gegenrede. Da kommt man der besseren Lösung ein Stück näher. In diesem Sinne bedanke ich mich auch bei der Opposition.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Herr Minister, es könnte sein, dass es jetzt doch nicht Ihr letzter Beitrag war; denn entsprechend Ihrer Redezeit gibt es für die Fraktionen eine neue Runde.

Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm, dann Herr Kollege Schindler.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt wieder ein Beispiel dafür, wie man sich die Bedrohungsszenarien so schnitzt, dass man die Forderungen, die man eigentlich verfolgt, begründen kann. Es geht Ihnen darum, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu erreichen. Sie entwickeln ein Bedrohungsszenario, bei dem ein Flugzeug von einem Terroristen gekapert ist, und auf ein Fußballstadion zufliegt.

Erstens: Ich möchte dazu sagen, dass die Bundeswehr offenbar auch im Bereich der Sicherung des Luftverkehrs tätig ist; sie war es zumindest bei der Fußball-WM, wo bei verschiedenen Länderspielen sowohl AWACS als auch Phantoms das Stadion in München überwacht haben. Sie haben aber nichts dazu gesagt, was denn wäre, wenn ein gekapertes Flugzeug tatsächlich auf ein AKW fliegen würde. Dazu sind Sie die Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN)

Da würde nämlich eine Abschusserlaubnis kein Unheil verhindern können.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schindler.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In unserem frei gewählten bayerischen Parlament ist es zulässig, dass man sich gegenseitig Dummheit vorwirft; das ist mir auch egal. Sie müssen sich aber auch vorwerfen lassen, obsessiv zu sein, eine Obsession zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie Gemeinsamkeiten einfordern, nehme ich Ihnen das nicht ab, weil Sie im gleichen Atemzug schon anfangen zu spalten.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen keine Gemeinsamkeit; denn es war Ihnen nie recht, dass Otto Schily einige Ihrer Vorschläge mitgetragen hat. Das war Ihnen nie recht, weil es Ihnen in erster Linie um Parteipolitik ging – auch heute noch und künftig

wahrscheinlich noch mehr –, nicht um die zur Schau gestellte Gemeinsamkeit.

Zweitens: Weder die Kollegin Schmitt-Bussinger noch ich haben ein Wort über die Qualität des Luftsicherheitsgesetzes gesagt. Kein Wort haben wir davon gesagt. Sie haben uns etwas vorgeworfen, was wir überhaupt nicht gesagt haben. Insidern ist bekannt: Ich war vom Anfang bis zum Ende dieses Gesetzes dagegen und habe es für einen großen Fehler von Rot-Grün gehalten. Ich sage das auch heute. Und ich würde es für einen großen Fehler halten, wenn man das Gesetz neu auflegen würde.

Worum es Ihnen geht, ist doch, die SPD weichzuklopfen, dass sie Ihrer uralten Forderung endlich zustimmt, die Grenzen zwischen Polizei und Bundeswehr im Inneren aufzuheben. Sie wollen eine andere Republik. Es ist nicht die Republik des Grundgesetzes, die Sie propagieren. Sie wollen etwas anderes.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben aber keinen Anspruch darauf, dass alle so wie die CSU-Fraktion aus bestimmten Gründen auf die Knie fallen und sagen, jawohl, Herr Beckstein, du hast schon recht. So ist es nicht. Es muss zulässig sein, auch andere Meinungen zu haben. Da wird man von Ihnen natürlich als dumm und blöd beschimpft und es wird gesagt, dass man keine Ahnung habe. Das muss man bei dieser Mehrheit hinnehmen. Aber das bedeutet noch nicht, dass Sie recht haben.

Letzte Bemerkung: Sie appellieren an Verantwortung.

(Zuruf von der SPD: Ausgerechnet Sie!)

Sie haben völlig recht: Es ist die Verantwortung aller, dass die Leute in Deutschland in Sicherheit leben können. Da haben diejenigen mit Exekutivbefugnissen wie Sie eine höhere Verantwortung als das Parlament. Das wird wohl so sein – oder nicht?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sonst brauchen wir es nicht!)

– Das nehme ich an. Und es ist auch ganz natürlich, dass diejenigen mit Exekutivbefugnissen immer ein Stückchen mehr an Information haben als die anderen, die darauf angewiesen sind, dass sie die Informationen bekommen.

(Zuruf von der SPD: Hoffentlich!)

Daher sage ich noch einmal: Wenn es so ist, wie Sie in der „Bildzeitung“ und landauf, landab jeden Tag behaupten, dann legen Sie doch die Fakten auf den Tisch!

(Beifall bei der SPD)

Wieso berufen Sie eigentlich das Parlamentarische Kontrollgremium – PKG – nicht ein – das haben wir doch in Bayern auch – und sagen, Leute, die Sicherheitslage ist so gefährlich, jetzt müssen wir dieses und jenes machen. Warum tun Sie das nicht? Sie tun es offensichtlich viel lieber in Bierzelten, aber nicht dort, wo es hingehört, und das aus bestimmten Gründen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, es ist schwer erträglich, dass sich die Sozialdemokraten von Ihnen den Vorwurf mangelnder Verantwortung machen lassen müssen. Das ist schwer erträglich. Sie haben auch ein längeres politisches Leben hinter sich und wissen deshalb: Als dieses Land in ganz großer Gefahr war – vor 30 Jahren – das geht derzeit wieder durch die Presse –, da brauchte man keine Grundgesetzänderung, sondern damals haben Sozialdemokraten das getan, was erforderlich war. Damals hat es Sie nicht gebraucht und andere auch nicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege Schindler, ich habe in keiner Weise bestritten, dass die Sozialdemokraten in Verantwortung – Otto Schily habe ich beispielsweise mehrfach genannt – das Erforderliche getan haben. Aber es kann nicht richtig sein, dass man dann, wenn man nicht mehr in der Verantwortung ist, das für falsch hält, was man wenige Jahre vorher noch für notwendig gehalten hat.

Es ist unerträglich, wenn diejenigen, die jetzt in der Verantwortung sind, deswegen des Bruchs des Rechtsstaats bezichtigt werden, weil sie dieselben Dinge tun, die vorher von Ihren Vertretern für notwendig gehalten worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir kommen zu den Ersten Lesungen. – Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe aufgeführt. Die Liste enthält zu jedem Gesetzentwurf einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses.

(siehe Anlage 1)

Diese Liste wird ergänzt um den Tagesordnungspunkt 3 d:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Tierzuchtgesetzes (Drucksache 15/8807)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass es dazu keine Aussprache und vonseiten der Staatsregierung keine Begründung gibt.

Gibt es zu dieser Liste noch Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Damit kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer entsprechend der Liste der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Mehrere durch Nichtbeteiligung. Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften und der Bayerischen Bergverordnung (Drs. 15/8794) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatsminister Sinner.

Staatsminister Eberhard Sinner (Staatskanzlei): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel dieses Gesetzes ist ein Zungenbrecher. Ich darf den Gesetzentwurf in Vertretung des Kollegen Huber, der wegen anderer dienstlicher Verpflichtungen verhindert ist, vorstellen.

Es geht um den Bergbau. Jeder von uns weiß, wir haben in Bayern Übertagebau, Bentonit, Kaolin, Spezialtone und Quarze. Wir haben auch Untertagebergbau, Anhydritbergbau in Hüttenheim, Graphitbergbau bei Passau, und wir haben vor allen Dingen eine Renaissance in Bereichen, wo bergbautechnische Kenntnisse gefordert sind. Das sind die Gewinnung der Energierohstoffe Öl, Gas und die Geothermie. Wir denken auch an den Ausbau von unterirdischen Gasspeichern. Deswegen ist es notwendig, dass man hier umfassend ausgebildete Ingenieure hat. Einer davon ist der sogenannte Markscheider. Sein Aufgabenfeld ist im Bundesberggesetz geregelt. Wir brauchen eine Umsetzung in bayerisches Recht. Das heißt, was hier gemacht wird, ist eine Festlegung, die wir bisher so nicht hatten, weil der Bedarf nicht da war. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs wollen wir das jetzt tun. Es handelt sich um einen speziell ausgebildeten Vermessungsingenieur mit bergtechnischen und geotechnischen Kenntnissen, kurz: Er ist der Notar des Bergbaus, der auch die Risswerke, das heißt die ganze Kartografie anfertigt und fortführt. Das ist im Interesse der Sicherheit, die gerade im Bergbau eine besondere Rolle spielt, notwendig. Die Voraussetzungen für die Anerkennung als Markscheider werden hier geregelt. Wir machen kein neues Gesetz, sondern wir bauen auf vorhandenen Vorschriften auf und fügen das in das Gesetz über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften ein. Das ist das eine.

Das andere, das in diesem Gesetz ebenfalls geregelt wird, ist ein Stück Rechtsetzung, die ich als Europaminister begleitet habe. Zur Zeit der österreichischen Präsidentschaft ist die Idee geboren worden, benachbarten Regionen die Möglichkeit einzuräumen, in einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit zusammenzuarbeiten. Notwendig ist eine Zuständigkeitsverordnung, die diesen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit regelt. Dazu könnten sich Nachbarregionen wie zum Beispiel Niederbayern und Oberösterreich oder auch Landkreise zusammenschließen. Es muss eine zuständige Behörde bestimmt werden. Hier ist geregelt, dass aus Gründen der Konzentration die Regierung der Oberpfalz zuständig ist.

Soweit in aller Kürze der Inhalt des vorliegenden Gesetzentwurfs. Ich bitte, dieser Vorlage zuzustimmen und sie in den Ausschüssen wohlwollend zu begleiten.

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit ist fünf Minuten. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Sinner, Sie haben dargestellt, dass der Gesetzentwurf das Ziel hat, das Gesetz über die Zuständigkeit zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften in zwei Punkten zu ergänzen. Das Markscheidewesen ist sozusagen betroffen, und ich gestehe dem Hohen Haus, dass ich den Inhalt dessen, was da zu regeln ist, erst nachschauen musste. Denn wir sind keine typische Bergbauregion. Deshalb sind uns typische Begriffe nicht so geläufig. Ich habe festgestellt, Markscheide ist die Grubenfeldgrenze, und die Menschen, die diese Vermessung machen dürfen, sind eben die Markscheider. Der Inhalt selbst ist im Bundesbergbaugesetz geregelt. Aber es bedarf einer behördlichen Anerkennung für die Ausübung dieser Tätigkeit. Also ist es Sache der Länder festzulegen, welche Kriterien notwendig sind, damit jemand als Markscheider zugelassen wird.

In diesem Sinne sind wir damit einverstanden. Ich merke aber an, dass der Gesetzentwurf eigentlich eine Ermächtigung bedeutet und dass in der eigentlichen Verordnung, die die Staatsregierung ohne den Landtag erlassen wird, Genaueres stehen soll. Schon vor diesem Hintergrund bin ich ganz froh, dass in § 53 a des Gesetzentwurfes zumindest festgelegt ist, wann jemand als Markscheider zugelassen werden muss. Es ist auch festgelegt, dass, wenn jemand diese Befähigung nicht in Deutschland erreicht hat, nach dem Äquivalenzprinzip die Person zugelassen werden muss, wenn es eine Gleichwertigkeit gibt. Wir sind also einverstanden, möchten aber doch gerne Kenntnis haben, was in der Verordnung näher geregelt wird.

Herr Minister Sinner, Sie haben auch dargelegt, dass das neue europäische Rechtsinstitut, der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit – EVTZ – 2006 in Kraft getreten ist und die entsprechende europäische Verordnung überträgt den 16 Mitgliedsstaaten die Vollzugsaufgaben. Das ist in Ordnung. Ich habe heute herausgefunden, dass die Bundesregierung den Vollzug dieses europäischen Gesetzes weitgehend den Bundesländern überlässt. Also muss Bayern auch handeln. Ich kann nur sagen: Auch künftig werden wir – ob es einen Entbürokratisierungskommissar oder -beauftragten gibt oder nicht – solche Umsetzungen machen müssen mit aller Bürokratie, die letztlich damit verbunden ist. Das sei nur angemerkt.

Bayern wird festlegen müssen, wer die Genehmigungsrechte hat, wer die Zustimmungsrechte und die Kontrollrechte für diese neue europäische Rechtsfigur hat, die ich als Zweckverband interpretieren würde. Ich schaue Sie an. Nach dem, Herr Minister, was Sie gerade dargestellt haben – Sie haben sich schließlich lange damit befasst – haben Sie eine Interpretation gefunden, die auch in unsere Sprachwelt gut einzufügen ist. Es kann also ein Zweckverband gegründet werden, wenn es zum Beispiel um den Einsatz von EFRE-Mitteln geht, wenn es zum Beispiel grenzüberschreitend um ESF-Mittel geht. Es ist in Ordnung, dass Sie als Vollzugsbehörde die Regierung von der Oberpfalz vorsehen. Sie haben aber nicht schlüssig erklären können, warum die Regierung der Oberpfalz und nicht eine andere. Aber ich denke, dass ist von uns nicht weiter zu bezweifeln.

Beklagen müssen wir aber, dass wir der Staatsregierung wieder nur eine Vollmacht erteilen sollen. Die Erläuterung zum Gesetzentwurf gibt hierzu überhaupt keine Auskünfte. Aufgrund dieser Vollmacht regelt die Staatsregierung dann im Detail das, was ich jetzt im Zusammenhang mit den Genehmigungs-, Zustimmungs- und Kontrollrechten angesprochen habe. Diese Ermächtigung geht mir zu weit. Als ich heute den Entwurf durchgegangen bin, ist mir wieder eingefallen, dass Sie meinen, der bayerische Staat sei die Staatsregierung allein. Ich sage Ihnen, das Parlament hat als weitere Gewalt den gleichen Rang. Deswegen meine ich, dass wir zu dieser Frage genaue Informationen bekommen müssen. Möglicherweise müssen wir uns die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse über Schriftliche Anfragen einholen. Ich möchte aber gerne mehr wissen, denn ich glaube, dass der europäische Zweckverband Zukunft haben wird, wenn Europa mehr zusammenwächst. In diesem Sinne werden wir uns bei den Beratungen mit diesem Punkt intensiver befassen und hoffen darauf, dass wir dann die Erklärungen bekommen, die jetzt schriftlich nicht geliefert wurden.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Sinner hat eindrucksvoll begründet, warum dieser Gesetzentwurf erforderlich ist.

(Lachen bei der SPD)

Wenn man sich das Vorblatt des Gesetzentwurfs anschaut und sieht, dass es dazu keine Alternativen gibt, ist natürlich klar, dass wir diesem Gesetzentwurf auch zustimmen werden und zustimmen müssen. Sowohl die Anerkennung von Markscheidern als auch die Umsetzung der Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit bedürfen einer rechtlichen Grundlage.

Liebe Frau Kollegin Dr. Kronawitter, ich gestehe zu, dass auch mir der Beruf des Markscheiders vor Einbringung dieses Gesetzentwurfs noch nicht so ganz geläufig war. Wir wissen nun aber, dass das vor allem für den Bergbau ein sehr wichtiger Beruf ist, und gerade der Bergbau gewinnt in Bayern vor allem aufgrund der boomenden Bohrlöcher und der Erkundung und Nutzung von Geothermie, Erdöl und Erdgas immer mehr an Bedeutung. Auch aus diesem Grund werden wir den Gesetzentwurf sehr eingehend im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie beraten. Dabei werden Sie sicher alle Ihre Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, wiederholen und dann auch die Antwort darauf erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, mit dem die Staatsregierung ermächtigt wird, Regelungen zur Zulassung der Tätigkeit von Markscheidern, also von Bergbaunotaren, zu erlassen und auch die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu regeln. Wir teilen den Wunsch von Frau Kronawitter, nicht nur die Staatsregierung zu ermächtigen, eine diesbezügliche Verordnung zu erlassen, sondern auch über die Ziele und Inhalte der Verordnung informiert zu werden, Herr Kollege Rotter.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): So ist es! – Eberhard Rotter (CSU): Das machen wir auch!)

Präsident Alois Glück: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Es wird so verfahren.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass der Tagesordnungspunkt 3 c erst um ca. 17.30 Uhr aufgerufen wird, weil der Herr Finanzminister erst zu diesem Zeitpunkt im Hause sein wird.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 e auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (Drs. 15/8783) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Bernhard.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung hat einen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes im Landtag eingebracht. Der Entwurf hat zum Ziel, die EU-Umgebungslärmrichtlinie auch in Bayern umzusetzen. Im Bund ist das bereits geschehen.

Wie weit muss die Richtlinie bei uns in Bayern umgesetzt werden? – In einer ersten Stufe sind im Jahr 2007 Lärmkarten für Großflughäfen, große Ballungsräume, besonders stark frequentierte Straßen mit mehr als sechs Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr und Haupteisenbahnstrecken mit jährlich mehr als 60 000 Zügen zu erstellen. In Bayern gilt das also für die Großflughäfen München und Nürnberg, für die Ballungsräume Augsburg, München und Nürnberg, für ca. 3000 Kilometer Hauptverkehrsstraßen und 800 Kilometer Haupteisenbahnstrecken. 2008 müssen aufgrund dieser Karten Lärmaktionspläne aufgestellt werden.

In einer zweiten Stufe soll die Kartierung und Aktionsplanung auf Ballungsräume mit mehr als 100 000 Einwohnern, auf Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 3 Millionen Kraftfahrzeugen und Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 30 000 Zügen ausgedehnt werden. Lärmkarten und Aktionspläne sind künftig in einem fünfjährigen Turnus zu überprüfen.

Wer ist für diese Aufgabe zuständig? Bundesgesetzlich ist geregelt, dass die Gemeinden oder, sofern es eine landesrechtliche Regelung gibt, andere Behörden zuständig sind. Bisher gibt es in Bayern keine landesrechtliche Regelung. Grundsätzlich sind also für diese Aufgabe die Kommunen zuständig. Diese Lösung hat eine innere Berechtigung, weil der Lärm primär ein lokales Problem ist.

In Bayern wollen wir aber differenzieren. Die Gemeinden, insbesondere die Ballungsräume, sollen grundsätzlich weiterhin für die Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung zuständig sein. Davon abweichend soll durch landesrechtliche Regelung für die überörtlichen Verkehrsträger die Zuständigkeit des Landesamts für Umwelt für die Lärmkartierung festgeschrieben werden. Für die Aktionsplanung sind dann die Regierungen zuständig. Das Landesamt für Umwelt übernimmt also bayernweit die Lärmkartierung für die Großflughäfen und für die Autobahnen – auch innerhalb der Ballungsräume. Bei den Haupteisenbahnstecken erfolgt die Kartierung durch das Eisenbahnbundesamt. Die Regierungen sind verantwortlich für die Erstellung der Lärmaktionspläne für Großflughäfen, Bundesautobahnen und Haupteisenbahnstrecken.

In der ersten Stufe kartiert das Landesamt für Umwelt anstelle der Gemeinden den Lärm und stellt diese Kartierung dann den Kommunen kostenfrei zur Verfügung. Für die Aktionsplanung sollen Einvernehmensregelungen geschaffen werden, das heißt, keine Ebene wird der anderen eine Aktionsplanung aufdrücken, für die sie dann zuständig sein sollte und die sie finanzieren müsse. Wir haben hier größtmögliche Rücksicht genommen und wollen auf diesem Feld auch größtmögliche Flexibilität erreichen.

Zu den finanziellen Auswirkungen: Für die Bürger entstehen zunächst keine Kosten, weil zuerst nur eine Zuständigkeit festgeschrieben werden soll. Nach groben Schätzungen gehen wir davon aus, dass bis 2013 Kosten von ca. 15 Millionen Euro für die Lärmkartierung und die Lärmaktionsplanung aufgewandt werden müssen.

Ein wichtiger Punkt danach ist natürlich die Finanzierung konkreter Maßnahmen. Dazu haben wir vom Bund gefordert, dass eine Konferenz zwischen Bund und Ländern einberufen wird, bei der zur Finanzierung Vorschläge erarbeitet werden, damit die Bürger dann auch tatsächlich vor Lärm geschützt werden können.

Zunächst einmal stellt die Lärmkartierung eine große Herausforderung dar. Wir schaffen mit dem Gesetz eine gute Grundlage, um diese Maßnahmen realisieren zu können, um nach der Lärmkartierung und der Aktionsplanung die Bürger an Brennpunkten mit konkreten Maßnahmen schützen zu können. Ich bitte Sie, diesem Gesetz wohlwollend entgegen zu treten und ihm am Ende auch zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne damit die allgemeine Aussprache. Es gelten die üblichen fünf Minuten Redezeit. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieser Gesetzentwurf ist notwendig, um EU- und Bundesrecht in Landesrecht umzusetzen. Allerdings stehen im vorliegenden Gesetzentwurf noch einige andere Dinge, zu denen ich von Herrn Staatssekretär Dr. Bernhard nichts gehört habe.

Die Frage ist, ob ein solches Gesetz wichtig und notwendig ist. – Das Gesetz ist notwendig, weil offensichtlich die Einsicht, dass der bestehende Lärm bekämpft werden muss, noch nicht so weit durchgedrungen ist, dass die Länder selbst zu geeigneten Maßnahmen greifen, sondern dass die EU dies richten musste. Schade, weil man Zeit verloren hat, obwohl die Belastungen für die Menschen vorhanden sind. Nichtsdestotrotz muss das Gesetz im Einzelnen beraten werden.

Herr Staatssekretär, zum Belästigungsschutz, der mit den Artikeln 12, 13 und 13 a gestrichen werden soll, haben Sie nichts gesagt, was ich bedauere. Dies heißt, dass Streitigkeiten, die bisher der Staat im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu regeln versucht hat, auf die Schultern der Bürger übertragen werden nach dem

Motto: Rauft euch alleine, und wer das meiste Geld hat, der gewinnt. Ich finde es nicht gut, das zu streichen. Diesen Aspekt sollten wir zu anderer Zeit diskutieren. Wir halten die Streichung für falsch.

Im Gesetzesverfahren muss mit Kommunalpolitikern und den jeweils Betroffenen hinterfragt werden, ob die Aufgaben der Kartierung generell auf das Landesamt für Umwelt – LfU – und die der Aktionsplanung an die Regierungen übertragen werden sollen. Dies hätte eventuell den Vorteil, dass das gebündelt erledigt werden könnte und nicht jede Gemeinde eine Bürokratie aufbauen müsste. Da wir ansonsten für Verwaltungsvereinfachung sind, sollten wir die Gedanken darauf richten, weil das LfU die Aufgabe sehr gut erledigen könnte.

Im Übrigen sollen im Artikel 16 b die Worte „Landesentwicklung und Umweltfragen“ durch die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ ersetzt werden. Ich frage Sie vorweg – weiß aber, dass ich keine Antwort erhalten werde –, ob der Titel zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Gesetzes noch richtig sein wird. Ich habe meine Zweifel. Es könnte sein, dass das Ministerium dann ganz anders heißt. Es wäre spannend gewesen und hätte die Neugierde befriedigt, den neuen Titel im Gesetzestext vorzufinden.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

Wir werden den Gesetzentwurf mit Ihnen zusammen intensiv beraten. Insbesondere der Belästigungsschutz liegt uns am Herzen, den Sie in Richtung Bürger abschieben wollen. Außerdem ist zu prüfen, ob die Zuständigkeiten dort angesiedelt werden könnten, wo die geballte Kompetenz vorhanden ist. Darüber sollten wir diskutieren. Wenn Sie die Kommunen für den Gesetzentwurf gewinnen wollen, müssen wir darüber reden, ob das Land die Kommunen die 8,5 Millionen Euro Kosten alleine schultern lässt oder ob es ihnen unter die Arme greifen will. Gleiches gilt für die Ballungsräume.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär Dr. Bernhard hat ausgeführt, dass es aufgrund der EU-Umgebungslärmrichtlinie vom 24. Juni 2005 notwendig ist, das Bayerische Immissionsschutzgesetz anzupassen.

Ich denke, es ist unstrittig, dass durch die EU-Umgebungslärmrichtlinie Impulse zum Lärmschutz und für mehr Lebensqualität gegeben werden. Dies wird aufgegriffen. Lassen Sie mich hierzu einige thematische Aspekte nennen.

Grundsätzlich ist es wichtig, was im gesamten Diskussionsbereich nicht vernachlässigt werden soll, dass effektiver Lärmschutz auch dort ansetzt und Lärm dort bekämpft werden muss, wo er entsteht, nämlich an der Quelle. Dort bekämpfen, wo Lärm entsteht, heißt, dass aktiver Lärmschutz Vorrang vor allen passiven Maßnahmen hat, Ich denke, das ist eine wichtige und grundsätzliche Richtschnur bei der Diskussion über den einen oder anderen Punkt zur Änderung des Verfahrens.

Ein zweiter Aspekt: Im Grundsatz muss gelten: Was technisch machbar ist, muss durch innovative technologische Lösungen auch umgesetzt werden. Dies ist unserer Meinung nach wesentlich effizienter und nachhaltiger als alle oft vordergründigen aktionistischen ordnungspolitischen Maßnahmen. Auch diesen grundsätzlichen Punkt möchte ich an dieser Stelle festhalten.

Ein dritter Aspekt betrifft einen Einzelpunkt, der mir bei der Lärmreduzierung im verkehrlichen Bereich wichtig erscheint: der Flüsterasphalt. Dadurch können, nicht zuletzt durch die Initiative der Bayerischen Staatsregierung auf verschiedenen Pilotstrecken, sei es in Augsburg, auf der Ringstraße in Ingolstadt, sei es auch auf der A 3 bei Aschaffenburg, nachweislich 7 bis 8 Dezibel eingespart werden, was im Bereich des Lärmschutzes sehr viel ist. Wir müssen einen besonderen Schwerpunkt darauf setzen, mittel- und langfristig Flüsterasphalt verstärkt zu bauen. Ich denke, dass dies ein enges Miteinander von wirtschaftlicher Rentabilität und nachhaltigem Umweltschutz, in diesem Fall Lärmreduzierung, bedeuten würde.

Über die Zuständigkeitsregelung ist bereits gesprochen worden. Selbstverständlich, Herr Kollege Wörner, ist die finanzielle Zuteilung sehr wichtig. Es ist überfällig, dass seitens des Bundes die vom Bundesumweltminister schon längst angekündigte Entwicklung des Finanzierungskonzepts Bund/Länder/Kommunen angegangen und umgesetzt wird. Nach meinem Informationsstand ist dies noch nicht einmal mit Gesprächskontakten eingeleitet worden. Es wäre eine wichtige Grundlage für die Planungssicherheit der 600 Gemeinden, die mit ihren Schienen- bzw. Straßenabschnitten betroffen sind.

Bei der Umsetzung ist wichtig und für die CSU-Fraktion Grundlage, dass bei der Novellierung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes ein strikter Maßstab von 1 : 1 gegenüber der EU-Richtlinie eingehalten wird und nicht noch mehr und stärkere Maßnahmen gefordert werden. Von daher bitte ich, diese Vorlage an den zuständigen Umweltausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Hintersberger, Ihre Mahnung an das Bundesumweltministerium vermittelt den Eindruck, die CSU sei nicht in der Bundesregierung vertreten. Sie fühlen sich offensichtlich immer noch als Opposition aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie wegen der Umsetzung etwas anmahnen müssen, lassen Sie das bitte von Ihren Abgeordneten in den Bundestag, in das Bundeskabinett oder mindestens als Bundesratsinitiative einbringen.

Die Handlungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten haben Sie.

Zum Zweiten. Wir sind wirklich froh, dass diese EU-Umgebungslärmrichtlinie 2002 auf den Weg gebracht wurde. Ich denke, wir wären andernfalls heute längst nicht so weit, Lärm als eines der wichtigsten Umweltprobleme zu begreifen. Wir haben die wissenschaftlichen Erkenntnisse über gesundheitliche Schäden mit gesteigertem Herzinfarktrisiko sowie über Auswirkungen auf die psychische und intellektuelle Leistungsfähigkeit. Zur Minderung des Lärms reicht es nicht aus, auf technische Lösungen zu setzen. Kolleginnen und Kollegen der CSU, das müssten Sie irgendwann einmal begreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

65 % der Bevölkerung in Deutschland werden durch Straßenverkehrslärm in ihrer Wohnumgebung belästigt. Beim Flugverkehr sind es 37 %. Mit dem Flüsterasphalt wird es zum Beispiel nicht möglich sein, die massiven Lärmauswirkungen einer dritten Start- und Landebahn am Großflughafen München zu bekämpfen. Das sind strukturelle Entwicklungen, die Sie steuern müssen. Sie müssen hier eine andere Landesplanung umsetzen. Das ist die Aufgabe der EU-Umgebungslärmrichtlinie.

Wir hätten die Lärmkarten eigentlich bis Mitte 2007 gebraucht. Wir GRÜNEN haben im März einen Antrag auf einen Bericht gestellt. Der Bericht wurde dann im Juli gegeben. Das ist gut so. Sehen Sie einmal bei den Zuständigkeiten genau hin: Der Bayerische Gemeindetag hat gesagt, die Gemeinden wollten diese Aufgaben nicht übernehmen. Schauen Sie nach Baden-Württemberg: Auch dort sind zunächst einmal die Kommunen für die Erstellung der Lärmkarten zuständig. Dort wird diese Arbeit jedoch finanziell honoriert. Die Gemeinden bekommen für die Erstellung der Lärmkarten 50 Cent pro Einwohner. In Bayern wird diese Aufgabe den Kommunen unentgeltlich aufgebürdet.

Wir sind der Auffassung, das LfU hat eine hervorragende Arbeit geleistet, es hat die technischen Voraussetzungen und das koordinierte Know-how. Warum soll dann nicht das LfU generell die 600 Kommunen der ersten Stufe und in einem zweiten Schritt die 1000 Kommunen der zweiten Stufe entlasten? Sie machen es sich einfach: Sie reduzieren den Personalbestand im Landesamt für Umweltschutz und sagen den Kommunen: Macht ihr es. Im Gesetzentwurf ist die Möglichkeit der alternativen Zuständigkeit für Landesbehörden und Landesregierungen möglich. Das wissen Sie. Das steht bei den Alternativen dieses Gesetzentwurfs, den Sie vorgelegt haben.

Lasten Sie also nicht schwierige technische Aufgaben den Kommunen auf, die Sie aufgrund des Personalabbaus bei Ihren Landesbehörden nicht mehr bewältigen können. So geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Frage der Zuständigkeit werden wir uns sicher noch ausführlich unterhalten. Gehen Sie die Bekämpfung des Lärms nicht nur mit Lärmkarten an. Entwickeln Sie im nächsten Schritt wirksame Lärmaktionspläne. Wir GRÜNEN wollen das gleiche Dilemma und das gleiche Drama wie bei der Bekämpfung des Feinstaubs nicht noch einmal erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Feinstaub haben die Kommunen Vorschläge gemacht. Die Regierung und das Innenministerium haben dagegen eine jahrelange Blockade betrieben. Wir werden jetzt beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine Fortsetzung der Prozesse erleben, weil es München nicht möglich ist, Feinstaub konsequent zu bekämpfen, da das CSU-Innenministerium und im Auftrag die Regierung von Oberbayern die Maßnahmen ad absurdum führen.

Gehen Sie in sich und machen Sie Ihre Hausaufgaben: Erstens. Erstellen Sie durch das LfU pünktlich Lärmkarten. Zweitens. Entwickeln Sie wirksame Lärmaktionspläne, die nicht zwischen den Regierungen und den Kommunen hin- und hergespielt werden, sondern wirksame Maßnahmen enthalten. Drittens. Machen Sie eine Strukturpolitik, die den Lärm wirklich an der Quelle bekämpft, das heißt, ihn gar nicht entstehen lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 f auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drucksache 15/8844)
– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Bernhard.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes bringen wir ein ganz wichtiges und zentrales Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg. Die Veränderungen des Marktgeschehens in diesem Bereich, aber auch – wie wir gesehen haben – massive kriminelle Aktivitäten lassen es als dringend ge-

boten erscheinen, dass wir den Rechtsrahmen anpassen. Globalisierung und Kriminalität machen Spezialisierung, Veränderung des Rechtsrahmens, Verstärkung des Kontrollpersonals und auch der Ausrüstung erforderlich.

Die Staatsregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Einiges ist bereits umgesetzt: Das Qualitätsmanagementsystem ist eingeführt. Ab 1. Januar nächsten Jahres werden die Kreisverwaltungsbehörden auditiert. Das EDV-System „Tizian“ wird Ende 2007 flächendeckend zur Verfügung stehen. Es läuft bereits die Fortbildung. Außerdem hat sich der Informationsfluss innerhalb der Kreisverwaltungsbehörden verbessert, er kann jedoch – wie ich meine – noch besser werden.

Die Lebensmittelsicherheit kann insbesondere durch die Straffung der Überwachungsstruktur weiter optimiert werden. Die Kreisverwaltungsbehörden stehen dabei, was die Zuständigkeit anbelangt, weiterhin im Mittelpunkt. Für die Veterinäraufgaben, den Vollzug des Futtermittelrechts und der Lebensmittelüberwachung wird es eine Bündelung der Zuständigkeiten geben. Diese Maßnahme ist geeignet, die Lebensmittelsicherheit zu optimieren. Daher erhalten alle Gemeinden ab 100 000 Einwohnern zusätzlich zu den Aufgaben der Lebensmittelüberwachung auch die Aufgaben der Veterinärämter und die Aufgaben beim Vollzug des Futtermittelrechts als Kreisverwaltungsbehörden.

Damit wird insbesondere die Trennung von Vollzugszuständigkeit und Zuständigkeit für die veterinärmedizinischen Fachaufgaben abgeschafft. Die Kommunen erhalten einen Ausgleich nach dem Konnexitätsprinzip. Außerdem wird die finanzielle Gleichstellung derjenigen Gemeinden, die Veterinäraufgaben und Aufgaben im Bereich des Futtermittelrechts bereits bisher wahrgenommen haben, gesetzlich verankert.

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten für das Rotfleisch und für das Geflügelfleisch, die durch das europäische Lebensmittelrecht ohnehin überholt waren, werden vereinheitlicht. Diese Aufgabe wird dem Staat übertragen. So wird eine Anpassung und Neustrukturierung der Lebensmittelüberwachung erleichtert. Die Regierungen werden einheitliche Zulassungsbehörden für alle Zulassungsverfahren und sind auch für die Kontrolle der Zulassungsvoraussetzungen zuständig. Außerdem werden die Regierungen in ihrer Aufsichts- und Steuerungsfunktion gestärkt.

Lebensmittelkontrollen können qualitativ verbessert werden, indem wir unsere Ressourcen konzentrieren und zusätzlichen Sachverstand und Interdisziplinarität durch Spezialistenteams schaffen, wie wir das mit der Spezialeinheit getan haben, die sich außerordentlich bewährt hat.

Die Verantwortung für Kontrolle und Vollzug einschließlich angemessener Sanktionen bei Verstößen liegt weiterhin bei den Kreisverwaltungsbehörden. Diese haben die notwendige örtliche Nähe; dadurch ist eine Kontrolle aus einer Hand gewährleistet. Mit den Regierungen und den Kreisverwaltungsbehörden sowie mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wird ein risikoorientiertes Kontrollprogramm aufgelegt, das gemeinsam bearbeitet wird.

Beim Thema Rotation haben wir eine flexible Regelung gefunden. Hier geht es nicht um Misstrauen gegen die Mitarbeiter. Im Gegenteil: Wir wollen den Anschein vermeiden, dass es Interessenkonflikte geben könnte. Hinzu kommt eine Reihe von Anpassungen an das europäische Recht, auf die ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen will.

Wir sind der festen Überzeugung, dass diese rechtlichen Veränderungen eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung und Verstärkung der Lebensmittelkontrollen schaffen. Wir werden dadurch das Risiko der Kriminalität wesentlich vermindern. Wir können Kriminalität zwar nicht ausschließen, aber wir können das Risiko wesentlich vermindern. Damit werden wir einen möglichst optimalen Schutz der Verbraucher in der Zukunft gewährleisten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist schon gesagt worden: Bei diesem Gesetzentwurf geht es um zwei wichtige Elemente, zum einen um die Optimierung der Lebensmittelsicherheit, um die Optimierung der Überwachungsstrukturen, und zum anderen um die Anpassung des Landesrechts an die geänderten Lebensmittelrechte auf EU- und Bundesebene.

Zunächst zu dem an zweiter Stelle Genannten: Natürlich müssen wir die einschlägigen Verordnungen zu Hygienevorschriften auch in Bayern anpassen; das ist selbstverständlich. Auch die Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung müssen in diese Richtung geändert werden. Allerdings müssen wir bei den weiteren Beratungen die Auswirkungen gerade auf die kleinen und mittelständischen Schlachtbetriebe genau bedenken. Meine Fraktion und ich möchten nämlich nicht, dass diese kleineren und mittelständischen Betriebe noch schärfer überwacht und zum Teil mit unverständlichen Auflagen, die sie kaum mehr erfüllen können, überzogen werden; zumindest besteht die Gefahr. Das könnte dazu führen, dass viele dieser Betriebe schließen müssen, und wer möchte das schon?

Damit ich hier nicht falsch verstanden werde: Selbstverständlich sind wir auch für die Überwachung der kleineren Betriebe, aber man muss aufpassen, dass man mit einer aus Brüssel kommenden Regelflut nicht das verhindert, was man eigentlich nicht verhindern möchte.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Von den kleineren Betrieben geht nicht die große Gefahr aus, die wir jetzt beim Gammelfleisch feststellen mussten.

Eine Optimierung der Überwachungsstruktur – damit komme ich zum anderen Bereich – ist überfällig. Hier sind wir offen. Wir unterstützen natürlich Verbesserungen, die auch in diesem Gesetzentwurf angedacht sind. Allerdings möchte ich schon darauf hinweisen, dass man viele Skandale hätte verhindern können, wenn man den Anträgen, welche die SPD seit 2001 immer wieder gestellt hat, zugestimmt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich hat der Untersuchungsausschuss „Wildfleisch und Verbraucherschutz“ – auch das möchte ich betonen – genau auf diese Mängel hingewiesen, die jetzt im Gesetzentwurf aufgedeckt werden. Viele Regelungen wären wohl in den Gesetzentwurf nicht aufgenommen worden, wenn es diesen Untersuchungsausschuss nicht gegeben hätte. Es hat immer geheißen, er sei so überflüssig wie ein Kropf. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Leider müssen wir feststellen: In Bayern haben die Kontrollen versagt. Das war auch beim letzten Fall in Wertingen wieder so. Es war ein Außenstehender, ein Lastwagenfahrer, der den entscheidenden Tipp gegeben hat; das waren nicht die Kontrolleure, die eigentlich dafür zuständig gewesen wären. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir auch in den weiteren Beratungen genau darauf achten, ob die vorgeschlagenen Änderungen für die Zuständigkeiten der Überwachung zielführend sind; denn eines brauchen wir: eine deutlich bessere Überwachung der Kontrollen auch in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Monaten hat es viel Wirbel um etliche Betrügereien mit Nahrungsmitteln verschiedener Herkunft gegeben. Auch wenn wir bisher durch diese Machenschaften keinen einzigen Fall von Erkrankungen entdecken konnten, so haben doch die Menschen natürlich ein Anrecht auf ekelfreie und hygienisch einwandfreie Nahrungsmittel.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Woher kommt das? – Wir müssen konstatieren, dass es einzelne Verbrecher gegeben hat, die ganz gezielt, sehr geschickt und mit hoher krimineller Energie die Überwachungslücken ausgenutzt haben, die sich aus den veränderten Handelsströmen der heutigen Zeit ergeben haben. Wir haben ein vollkommen verändertes Spektrum der Lebensmittelüberwachung. Es geht nicht mehr um den angetrockneten Leberkäs in der Ladentheke, um die schlecht gereinigte Maschine in der Metzgerei oder um gesprungene Fliesen im Kühlraum. Wir haben es jetzt mit einer Verschiebung von großen Partien minderwertiger Produkte per Lastwagen zu tun, mit gefälschten Papieren, mit einem Vertrieb über Scheinfirmen mit doppelter EDV. Das stellt jetzt das eigentliche Problem der Lebensmittelüberwachung dar. Darauf gilt es zu reagieren. Der vorliegende Gesetzentwurf versucht, genau diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die Anpassung der Kontrollmaßnahmen an die veränderten Strukturen, wie sie sich in der letzten Zeit darstellen, ist das eigentliche Thema dieses Gesetzentwurfs. Der Gesetzentwurf beschreibt eine ganze Palette von Maßnahmen, die der Staatssekretär bereits im Detail dargestellt hat. Ich möchte mich daher auf einige Kommentare beschränken.

Die Risikoorientierung, die hier festgeschrieben ist, erhöht die Fahndungsschärfe. Ich betone das, weil Kollege Rabenstein darauf abgestellt hat, dass nicht die kleinen Metzgereien schikaniert werden sollen, sondern gerade die Betriebe, die mit ihrer neuen Art von Kriminalität im Lebensmittelsektor aufgefallen sind. Die Spezialisierung und die erhöhten Zugriffsmöglichkeiten, die zum Beispiel bereits der Spezialeinheit zugebilligt worden sind, erhöhen auch den Fahndungsdruck. Wenn eine solche Spezialeinheit mit einer ganzen Palette an Spezialisten, mit EDV, Warenstromanalyse, Hygiene- und Lebensmittelüberwachung auf den Hof fährt, wird sie in der Lage sein, Betrügereien aufzudecken, die einem einfachen amtlichen Tierarzt verschlossen gewesen wären.

Neue Kommunikationsebenen wie die Plattform „Tizian“ und die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll, Polizei und Lebensmittelüberwachung werden in Zukunft Reibungsverluste minimieren und Ergebnisse beschleunigt erbringen. Die Klärung der Zuständigkeiten, die inzwischen nachvollziehbar sind, bringt mit Sicherheit mehr Transparenz ebenso wie die Konzentration der Zulassungsvorgänge an den Regierungen. Die Zusammenführung der Aufgaben in der Lebensmittelüberwachung mit der neuen Definition der Aufgabenzuschnitte von amtlichem Tierarzt, Lebensmittelkontrolleur und Fachassistent bringt mit Sicherheit mehr Klarheit und auch mehr Synergieeffekte. Keiner kann nachvollziehen, warum der amtliche Tierarzt Tortellini mit Fleischfüllung kontrollieren muss, während Tortellini mit einer vegetarischen Füllung vom Lebensmittelüberwacher zu kontrollieren sind. Hier gibt es eine Straffung, aus der mit Sicherheit eine Verbesserung resultieren wird.

Der Maßnahmenkatalog verspricht eine Reihe von Verbesserungen. Ein Teil hat sich schon bewährt. Die Spezialeinheit kann mit ihren Aufgriffen zeigen, dass man hier auf dem richtigen Weg ist. Das Informationssystem „Tizian“ hat bereits seine erste Bewährungsprobe bestanden.

Wir bewegen uns zwar in die richtige Richtung, aber einige Probleme sind noch nicht endgültig gelöst. Für mich sind noch einige Fragen offen. Mir scheint die Erhöhung des Strafrahmens für Lebensmitteldelikte eine ganz wichtige Maßnahme zu sein. Auch der angedachte Lebensmittelsicherheitsbeauftragte, der mit eigener Verantwortung

in Großbetrieben geradestehen muss, und vor allem die Problematik der Handelsströme von K-3-Material harren einer Lösung.

Wir sind mit unserem Entwurf auf einem guten Weg und werden über diese Dinge noch im Detail sprechen, wenn wir in den Ausschüssen über die Angelegenheit debattieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Entschuldigung, Frau Kollegin Paulig. Ich bitte um Verzeihung.

Ruth Paulig (GRÜNE): Wir melden uns schon, keine Sorge.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Huber, in der Tat ist die Weiterentwicklung der Lebensmittelsicherheit notwendig. Wie die Vorfälle mit Gammelfleisch hier in Bayern und darüber hinaus gezeigt haben, stehen wir tatsächlich vor besonderen Herausforderungen und einer deutlichen Weiterentwicklung des Kontrollsystems. Sie haben den Strafrahmen für Lebensmitteldelikte und den Umgang mit K-3-Material angesprochen. Die Einfärbung ist ein wichtiger Schritt, wir müssen aber darüber hinaus die Warenströme exakt erfassen. Sie müssen jederzeit kontrollierbar sein, sonst werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen.

Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf so schön geschrieben: „Aktuelle Vorfälle haben gezeigt, dass eine weitere Optimierung in diesem Bereich geboten ist." Dazu kann man nur sagen: Wie wahr! Wenn man sich aber das Gesetz ansieht, muss man leider feststellen, dass die zur Optimierung ergriffenen Maßnahmen doch sehr bescheiden sind. Die Einführung einer Spezialeinheit beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und risikoorientierte Kontrollen sind ein Schritt, der allerdings nicht eines Gesetzentwurfs bedurft hätte. Viel wichtiger ist, hinzusehen, was passiert mit den Kontrollen, wann werden sie durchgeführt, wie erfolgen sie. In der Tat ist es für die zuständigen Behörden ausgesprochen peinlich, wenn beispielsweise ein einschlägig vorbestrafter Fleischhändler wie im Fall der Wertfleisch GmbH in Wertingen ganz offensichtlich nicht zum Kreis der Risikobetriebe gehört und nicht von der Spezialeinheit kontrolliert wird.

Als wenig wirkungsvoll hat sich auch die Regelung erwiesen, wonach es in das Ermessen der Kreisverwaltungsbehörden gestellt ist, ob sie die Spezialeinheit anfordern. Die Kreisverwaltungsbehörden haben natürlich auch Angst, dass Defizite oder Mängel in den Kontrollen aufgedeckt werden. Ich glaube, hier kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein wesentlicher Punkt in dem Gesetzentwurf ist die Zusammenführung der Fleischhygieneüberwachung in den Landratsämtern als Staatsbehörde. Wenn man sich allerdings die sechs Fleischskandale in Bayern ansieht, stellt man fest, sie hätten durch diese Maßnahme nicht aufgedeckt werden können. Diese Skandale wären nicht aufgedeckt worden. Die Zusammenführung der Fleischhygieneüberwachung bei den Landratsämtern ist Augenwischerei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, der uns sehr nachdenklich stimmt, ist, dass auch nach der neuen Regelung amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Lebensmittelsicherheit und des Futtermittelrechts – wenn auch mit gewissen Einschränkungen – Privaten übertragen werden können. Wir sind der Überzeugung, dass dies ausschließlich der staatlichen Kontrolle unterliegen muss und dass diese entsprechend ausgestattet werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie bei anderen Umweltgesetzen haben wir auch hier festzustellen: Es reicht nicht aus, untergeordneten Behörden Aufgaben zu übertragen und gleichzeitig bei den Landesbehörden Personal abzubauen. Wir brauchen effektive Strukturen, eine Konzentration und die zügige Umsetzung von Maßnahmen, die nicht am bayerischen Tellerrand von Spezln, Bezirken und Behörden enden. Wir brauchen eine wirklich straffe, gut organisierte und gut ausgestattete Überwachung und Überprüfung. Schieben Sie das nicht auf die lange Bank; denn die nächsten Skandale in Bayern gibt es möglicherweise schon morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Es gibt keinen Einwand. Dann ist so beschlossen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass nach dem nächsten Tagesordnungspunkt, einem Gesetzentwurf in Erster Lesung, die Neuwahl von zwei berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs in geheimer Abstimmung erfolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 g auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes (Drs. 15/8876)
– Erste Lesung –

Zur Begründung hat wieder Herr Staatssekretär Dr. Bernhard das Wort. Er ist heute im Dauereinsatz.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung legt einen Entwurf zur Änderung des

Bayerischen Wassergesetzes vor. Das Ziel ist zum einen eine Neuausrichtung der Regelungen für den Hochwasserschutz und zum anderen die Übertragung der Ausbau- und Unterhaltslast für Gewässer zweiter Ordnung auf die Bezirke. Außerdem geht es um eine Neuregelung der Überwachung von Abwasseranlagen.

Meine Damen und Herren, Bayern hat frühzeitig auf das Hochwassergeschehen und den Klimawandel reagiert. Wir haben nach dem Pfingsthochwasser 1999 das Aktionsprogramm 2020 geschaffen, das mit 2,3 Milliarden Euro ausgestattet ist und für die laufenden drei Jahre bis zu 150 Millionen Euro vorsieht. Ich meine, das ist eine massive Reaktion auf das, was sich beim Hochwasser getan hat.

Im Jahr 2006 hat es eine Änderung des Wassergesetzes durch den Bayerischen Landtag gegeben, in dem ein Programmsatz zur Hochwasserrückhaltung und Hochwasserentlastung fest formuliert worden ist. Außerdem wurde das Zulassungsverfahren für gesteuerte Flutpolder bei den Regierungen gebündelt. Der Erörterungstermin wurde als fakultativ festgeschrieben.

Nun gilt es, aufbauend auf den Vorgaben des Bundes die Belange des Hochwasserschutzes in Bayern weiter zu stärken. Wir schaffen Grundsätze für den Schutz vor Hochwasser und Dürre. Staat und Gemeinden sollen im Rahmen ihrer Aufgaben auf den Erhalt oder die Wiederherstellung der Versickerungsfähigkeit der Böden, auf die dezentrale Versickerung der Niederschlagswässer, auf Maßnahmen zur natürlichen Wasserrückhaltung und zur Wasserspeicherung hinwirken. Bei der Planung von Hochwasserschutzeinrichtungen müssen von Gesetzes wegen die Auswirkungen der Klimaänderung angemessen berücksichtigt werden. – Stichwort: Klimaschutzfaktor 15 %.

Es geht auch um die bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit über Hochwassergefahren. Es geht um die Stärkung der persönlichen Vorsorgepflichten in Bezug auf Gefahren durch steigendes Grundwasser. Es geht um eine klare Regelung für die Ermittlung und Festsetzung von Überschwemmungsgebieten, wobei die Ermittlung von den Wasserwirtschaftsämtern übernommen wird. Den Kommunen steht es allerdings frei, dies selbst zu tun. Es geht auch um die vorläufige Sicherung der Überschwemmungsgebiete. Ermittelte und öffentlich bekannt gemachte Gebiete gelten kraft Gesetzes für einen Zeitraum von maximal sieben Jahren als vorläufig gesichert mit der Folge, dass bestimmte Maßnahmen nur mehr zulässig sind, wenn sie genehmigt werden. Es geht um die Schaffung eines angemessenen ordnungsrechtlichen Instrumentariums zur Abwehr von Schäden in Überschwemmungsgebieten. Mit der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes greifen bestimmte Genehmigungsvorbehalte und Bauverbote. In einer Rechtsverordnung können entsprechende Auflagen gemacht werden.

Geregelt werden weiter die Ermittlung und Kartierung von überschwemmungsgefährdeten Gebieten und die Aufstellung von Hochwasserschutzplänen. Im Zuge der Neuordnung der Aufgaben der Bezirke sollen deren Zuständigkeiten für den Ausbau und die Unterhaltung der Gewässer Zweiter Ordnung auf den Staat übertragen werden. Schon bisher haben die Wasserwirtschaftsämter diese Aufgaben für die Bezirke weitgehend wahrgenommen und abgerechnet.

Kolleginnen, und Kollegen, ich glaube, dass wir jetzt, mit dieser Novelle des Bayerischen Wassergesetzes, die rechtlichen Voraussetzungen für einen effektiven Hochwasserschutz in der Zukunft schaffen. Die finanziellen Voraussetzungen dafür haben wir bereits mit dem von mir erwähnten „Aktionsprogramm 2020“ geschaffen. Ich bitte das Hohe Haus um gute Beratung und am Ende um Zustimmung zu dieser Novelle.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne jetzt die Aussprache. Die erste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Scheibchenweise, aber nicht als kompaktes, gesamtes Bild, kommt die Gesetzgebung zum Wassergesetz in Bayern voran. Eigentlich war man schon auf einem guten Weg, doch Sie novellieren das Gesetz nur in kleinen Portionen und so kann ich nur hoffen, dass nicht ein weiteres Hochwasser unseren Überlegungen zuvorkommt.

Herr Staatssekretär, Sie haben 15 % als Zuschlag verwendet. Es wäre schön gewesen, wenn diese 15 % bereits in der Vorlage des Gesetzestextes gestanden hätten. Dann wäre nämlich klar gewesen, worum es geht. Hierüber werden wir reden müssen. Auch weitere Punkte sind nicht klar im Gesetz formuliert. So geht nicht daraus hervor, wie Sie mit unserem Wunsch umgehen, in Hochwasser- und Überschwemmungsgebieten prinzipiell Öltanks zu entfernen und die Ölheizungen durch andere Heizanlagen zu ersetzen. In dieser Frage steht nur eine ungenaue Formulierung im Gesetzentwurf. Hier muss noch schärfer formuliert werden.

Im Übrigen glauben auch wir, dass es geboten ist, das Gesetz an einigen Stellen nachzujustieren, an denen das notwendig ist. Dafür müssten Sie aber eines tun, und zwar müssen Sie konsequenter als bisher über das Landesentwicklungsprogramm und weitere Stellschrauben dafür sorgen, dass in Überschwemmungsgebieten künftig nicht mehr gebaut wird. Herr Staatssekretär, wenn ich mir beispielsweise das Inntal ansehe, dann wundere ich mich immer wieder. Im Inntal gehen jetzt regelrechte Raufereien los. Es wurde nämlich ein Bauvorhaben mitten im Naturschutzgebiet, im Hochwassergebiet, genehmigt. Sie und Ihre nachgeordneten Behörden lassen zu, dass dort eine riesige Spedition im Hochwassergebiet gebaut wird. Wer zahlt dann den Schaden? – Der Steuerzahler. Besser wäre es doch, so einen Unfug endlich zu verbieten. An dieser Stelle aber sind Sie wieder einmal windelweich. Solche Fragen kann man nicht den Landräten überlassen. Nicht, weil die Landräte hier keine Entscheidung treffen könnten, sondern weil die einfach zu nah an den örtlichen Belangen dran sind und deshalb in einer anderen Situation stehen. Solche Fragen müssen deshalb

durch das Parlament in den Gesetzen geregelt werden, was auch der Logik entspricht.

Wir sollten an diesem Gesetz deshalb erheblich feilen und dort Nachbesserungen vornehmen, wo wir schon längst über Erkenntnisse verfügen. Wir von der SPD sind bereit, mit Ihnen darüber zu verhandeln. Wir glauben, im Interesse Bayerns und der Menschen, die häufig von Hochwasser betroffen sind, werden wir dann etwas Gutes tun. Akzeptieren Sie aber bitte auch Vorgaben, die notwendig sind, wenn Sie Ihnen auch noch schwer fallen. Als Beispiel nehme ich den Anbau von Mais in Hochwassergebieten. Jeder weiß, welches Problem es mit sich bringt, wenn es dort Hochwasser gibt. Trotzdem haben Sie nicht den Mut, mit den Bauernverbänden über die Organisation von Entschädigungen zu verhandeln, damit sichergestellt ist, dass dem Landwirt kein Schaden entsteht und trotzdem bei Hochwasser Sicherheit gegeben ist. Andernfalls schwimmt alles davon und in einem Maisfeld beispielsweise würde ein wahres Stauwehr errichtet, und zwar gerade dort, wo man es überhaupt nicht brauchen kann. Wir müssen deshalb zu anderen Maßnahmen greifen, um solche Probleme zu verhindern. Lassen Sie uns über diese Fragen diskutieren, damit das Gesetz enthält, was wir alle wollen: Schutz für die Menschen.

Im Übrigen schreiben Sie vom sich abzeichnenden Klimawandel und der damit einhergehenden Verschärfung. Der Klimawandel zeichnet sich aber nicht ab, sondern er ist inzwischen ein Faktum. Diese Fakten, die von uns allen geschaffen wurden, sollten wir im Einklang mit der Natur und im Interesse der Menschen korrigieren. Lassen Sie uns in diese Richtung verhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Guckert.

Helmut Guckert (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard hat für die Bayerische Staatsregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes zur Beratung vorgelegt. Der Gesetzentwurf enthält nach meiner Meinung folgende wesentliche Aspekte:

Erstens. Der Gesetzentwurf nennt die Gründe für die Änderungen. Es geht in erster Linie um den Klimawandel. Herr Kollege Wörner hat diesen Aspekt bereits angesprochen, allerdings sehr pauschal. Ich möchte deutlich herausstellen, dass aus heutiger Sicht ganz neue Erkenntnisse vorliegen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Doch, doch, Herr Kollege. Das gilt beispielsweise für die Daten. Da muss man schon einmal bedenken, wie die Daten früher erhoben wurden, wie sie sich heute entwickeln, und wie die neue Technik, die uns heute zur Verfügung steht, neue Daten liefert. Ich kenne das sehr gut durch unser Wasserwirtschaftsamt. Heute kann man ganz andere Berechnungen anstellen. Die Veränderungen führen zu Extremen, darin sind wir uns alle einig. Es gibt Dürre, Hagel und Starkregen. Diese Faktoren sind von entscheidender Bedeutung. Sie führen dazu, dass wir handeln müssen.

Ein weiterer Aspekt. Wir sind dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes verpflichtet und müssen gemäß der Paragraphen 31 und 32 handeln. Ich empfinde dies aber als Ergänzung zu unseren Programmen, dem „Drei-Säulen-Programm“ und dem „Aktionsprogramm 2020“, das Herr Staatssekretär Bernhard angeführt hat.

Ein weiterer Aspekt: Wir kommen zweifelsohne den Bezirken und damit den Kommunen entgegen. Wir entlasten diese, was wir bereits früher schon getan haben. Diese Entlastung ist nicht gering, und wir werden sie im Rahmen der Haushaltsdebatte auch zu behandeln haben.

Ein weiterer Punkt ist die behördliche Überwachung der Abwassereinleitung. Soweit es möglich ist, werden wir die Ergebnisse der Eigenüberwachung einbeziehen. Das ist vor allem im Hinblick auf unsere Kläranlagen und die Kleinkläranlagen von ganz entscheidender Bedeutung.

Nun zu den Lösungen des Gesetzes: Es geht vor allem um die Neuausrichtung aufgrund der neuen Erkenntnisse. Wir müssen die Bevölkerung darüber informieren, wir müssen Überschwemmungsgebiete festlegen. Ich glaube, gerade für die Bevölkerung ist dies von großer Bedeutung, es geht um die Rückgewinnung von Retentions- und Rückhalteflächen. Es geht um die damit in Zusammenhang stehende Entschädigung. Das ist ein Punkt, der im Wassergesetz zwar unter § 19 geregelt ist, der uns aber in der Debatte um dieses Gesetz mehr beschäftigen wird, als manche vielleicht glauben. Wir müssen versuchen, gerade für unsere Landwirtschaft eine Lösung zu finden. Es geht aber auch um überschwemmungsgefährdete Gebiete, über die bisher noch verhältnismäßig wenig gesprochen wurde. Ich kenne das vor allem an den alten Deichen an der Donau und am Lech. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das steuern können und wie wir vorgehen können. Dies muss in den Haushaltsplänen berücksichtigt werden.

Schließlich möchte ich noch die Kosten ansprechen. Hier ist in erster Linie der Freistaat Bayern betroffen, im kommunalen Bereich sind es vor allem die Bezirke. Da geht es um neun Milliarden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Millionen! Es geht um Millionen, übertreiben Sie nicht! Ich passe nämlich auf!)

Entschuldigung, es ist schön, dass Sie aufpassen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das sind aber Beträge, über die sich die Kommunen freuen, und über die wir im Hinblick auf den Staatshaushalt nachdenken müssen. Es geht dabei auch um die Personalsituation. Wenn wir fordern, dass die Überschwemmungsgebiete und die hochwassergefährdeten

Gebiete ermittelt werden müssen, wenn wir wollen, dass Hochwasseraktionspläne erstellt werden, dann müssen wir auch dementsprechend Personal zur Verfügung stellen. Ich möchte deshalb deutlich darauf hinweisen, dass wir an die Kosten denken müssen, die durch die Vergabe an Private entstehen werden. Allerdings muss auch gesagt werden, dass die Kommunen nach dem heutigen Stand nicht mit weiteren Belastungen und Aufgaben rechnen müssen. Die Belastung wird mehr auf der Seite des Freistaats liegen. Die Kosten für die Kontrollen bei den Kläranlagen, die hinzukommen, werden auf die Gebührennehmer und damit auf die Bürger übertragen werden müssen.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag auf Überweisung an den zuständigen Ausschuss zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs feststellen: Wir schätzen die Arbeit der Wasserwirtschaftsämter. Das ist eine fachlich kompetente Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man die Jahrzehnte überblickt, muss man feststellen, sie sind wirklich clever. Über Jahrzehnte wurden die Flüsse begradigt, und jetzt müssen wir über Jahrzehnte die Flüsse wieder renaturieren. Denn der Klimawandel zeigt, dass es absolut falsche Aktionen waren. Dennoch machen es die Wasserwirtschaftsämter gut; sie kämpfen an einsamer Front.

Dass wir mit dem Hochwasserschutz nicht vorankommen, sieht man auch daran, dass wir hier im Hohen Haus fast im jährlichen Turnus eine Novellierung des Bayerischen Wassergesetzes zu beraten haben. Wir haben das Bayerische Wassergesetz zum Beispiel im letzten Jahr novelliert; damals ging es um die Zuständigkeit und die Verantwortlichkeit für die Polderplanung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Da sind wir aber noch nicht allzu viel weiter. Jetzt ist gerade die Maßnahme Seifener Becken abgeschlossen, aber die Entschädigungsregelungen für die Landwirtschaft liegen immer noch nicht auf dem Tisch. Sie finden sie auch in diesem Gesetzentwurf nicht. Wir können uns also darauf einstellen, auch im nächsten Jahr wieder eine Novelle des Bayerischen Wassergesetzes vorgelegt zu bekommen.

Wir haben bereits im Jahre 2003 entsprechende Änderungsanträge zum Bayerischen Wassergesetz eingebracht und erneut im Jahre 2006. Dazu gehört zum Beispiel die Drucksache 15/6379 mit dem Thema „Überschwemmungsflächen zum Hochwasserschutz sichern“. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Heute steht genau diese Forderung als Vorschlag in Ihrem Gesetzentwurf.

Wir haben in unserer Drucksache 15/6376 gefordert, den Gewässerunterhalt ökologisch zu gestalten. Das war im vergangenen Jahr. Auch diesen Antrag haben Sie abgelehnt, und heute kommen Sie bei der Problematik der Wasseraufnahmefähigkeit der Böden mit der Frage, wie der Grünlandumbruch gesteuert und geregelt werden kann.

Schauen Sie Ihr Gesetz an! Es ist ein Gesetz mit sehr viel Bürokratie und sehr vielen schwammigen Aussagen. Sie trauen sich wieder nichts zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne ein paar Beispiele. Artikel 61 beschäftigt sich mit den Grundsätzen für den Schutz vor Hochwasser und Dürre. In Absatz 1 Nummer 1 wird der Erhalt oder die Wiederherstellung der Versickerungsfähigkeit der Böden angesprochen. Das ist richtig, und da bräuchten wir vielleicht mehr ökologische Landwirtschaft. Auch die Maßnahmen in Nummer 3 zur natürlichen Wasserrückhaltung und zur Wasserspeicherung sind eine richtige Forderung. Sie haben unsere Vorstöße dazu immer abgelehnt und wenn wir jetzt in die Novelle schauen, findet sich auch wieder nichts Gescheites. Es heißt zum Beispiel in Artikel 61 h in Absatz 3: Landwirtschaftliche oder sonstige Grundstücke sind so zu nutzen, dass mögliche Erosionen oder erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Gewässer, insbesondere durch Schadstoffeinträge, vermieden oder verringert werden.

Sagen Sie doch klipp und klar, wie ein Gewässerunterhalt ökologisch aussehen soll. Verbieten Sie klipp und klar den Gewässer begleitenden Grünlandumbruch.

In diesem Zusammenhang möchte ich meine Anerkennung aussprechen, dass drei Landkreise an der Donau jetzt den Maisanbau untersagt haben. Das war eine richtige und konsequente Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schreiben Sie das doch ins Gesetz, denn dann spart man sich die langwierigen Auseinandersetzungen.

Ein weiterer Punkt ist folgender: Sie wissen, wie schwierig es ist, Überschwemmungsgebiete bzw. potenzielle Überschwemmungsgebiete vor Bebauung zu sichern. Trotzdem belassen Sie diese Aufgabe weiter bei den Kommunen. Sowohl die vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten in Artikel 61 g wie auch die Veröffentlichung verbleiben bei den Gemeinden.

Wir fordern, die Gemeinden hier herauszunehmen und die Verantwortung für die Überschwemmungsgebiete in die übergeordneten Behörden zu verlagern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie erleichtern damit die Arbeit der Wasserwirtschaftsämter und setzen endlich die Sicherung der Überschwemmungsgebiete zum Hochwasserschutz durch.

In den Gemeinden kommen wir damit nicht weiter. Das wissen wir seit Jahren.

(Zurufe von der CSU)

Schauen Sie sich bitte den Artikel 61 i an. Da können in Absatz 2 Festsetzungen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen per Rechtsverordnung getroffen werden. Bürokratie pur! Sagen Sie doch ganz klar, dass in Überschwemmungsgebieten Heizungen auf Ölbasis nichts verloren haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau! – Beifall bei den GRÜNEN)

Sagen Sie das ganz klar, denn dann sparen wir uns eine immense Bürokratie. Lesen Sie doch bitte einmal Ihr Gesetz genau durch. Sie schreiben Ausnahmen hinein und legen Rechtsverordnungen fest, statt die Dinge klar zu regeln. Wir haben dann immer wieder diese bürokratische Problematik.

(Zuruf von der CSU: Sie wissen doch gar nicht, was Sie da fordern! – Weitere Zurufe von der CSU)

Auffällig ist, dass Sie zwar vom 15-prozentigen Sicherheitszuschlag bei der Deichhöhe sprechen, dem Gesetzentwurf ist dazu aber nichts zu entnehmen. Nehmen Sie bitte diesen 15-prozentigen Klimazuschlag auch für Überschwemmungsflächen hinzu. Auch dazu findet sich im Gesetz nichts.

(Unruhe)

Wir müssen im Hinblick auf den rasanten Klimawandel den Hochwasserschutz vorbeugend umsetzen und dürfen uns nicht immer erst hinterher darüber auseinandersetzen, wie die Schadensregulierung aussehen soll.

Es ist hier also eine Menge zu tun. Nehmen Sie sich bitte auch die Stellungnahme des Bayerischen Gemeindetages zu Herzen. Die Gemeinden sagen, sie lehnen die Vereinnahmung ab. Der Bayerische Gemeindetag sagt ganz klar, es ist Sache der Staatlichen Wasserwirtschaftsämter, Überschwemmungsgebiete zu ermitteln, fortzuschreiben und auch ortsüblich bekannt zu machen. Schieben Sie hier nicht den Schwarzen Peter an die Kommunen weiter, denn dann kommen wir mit dem Hochwasserschutz nicht voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Neuwahl von zwei berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass der Vorsitzende Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Dr. Horst Konrad, mit Ablauf des 30. Juni 2007 in den Ruhestand getreten und damit auch aus dem Verfassungsgerichtshof ausgeschieden ist. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs schlägt als Nachfolgerin in seiner Eigenschaft als berufsrichterliches Mitglied Frau Judith Müller, Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, zur Neuwahl vor.

Ferner hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass mit Ablauf des 31. Oktober 2007 der Vizepräsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, Dr. Erwin Pongratz, in den Ruhestand tritt und damit ebenfalls aus dem Verfassungsgerichtshof ausscheidet. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs hat als dessen Nachfolger in seiner Eigenschaft als berufsrichterliches Mitglied Herrn Andreas Schmitz, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, zur Neuwahl vorgeschlagen.

Die Richterwahlkommission hat heute Vormittag den Vorschlägen des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, diese Wahlvorschläge anzunehmen.

Die Vorgeschlagenen sind bereit, im Falle ihrer Wahl das Amt anzunehmen.

Wir kommen damit zu den Wahlen, die im Einvernehmen aller Fraktionen in einem Wahlgang durchgeführt werden.

An Ihrem Platz finden Sie zwei Stimmzettel in verschiedenen Farben vor, auf denen die vorgeschlagenen Kandidaten aufgeführt sind; außerdem ist die in Ihrer Stimmkartentasche enthaltene gelbe Namenskarte für diesen Wahlgang zu verwenden.

Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaales im Bereich der Eingangstüren sowie auf dem Stenografentisch. Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie bitte zu. Ich bitte, sowohl die Namenskarte als auch die Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamtes auszuhändigen, also direkt in die Hand zu drücken. Denn nur so können wir den ordnungsgemäßen Ablauf des Wahlvorgangs sicherstellen.

Wir beginnen mit dem Wahlgang. Fünf Minuten.

(Geheime Wahl: 17.18 bis 17.23 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wahlgang ist abgeschlossen. Die Wahlergebnisse werden außerhalb des Plenarsaals ermittelt und wie üblich später bekannt gegeben. Ich fahre zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Wahl eines stellvertretenden nichtberufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Die CSU-Fraktion hat vorgeschlagen, für das vor kurzem verstorbene bisherige stellvertretende nichtberufsrichterliche Mitglied des Verfassungsgerichtshofs, Herrn Rudolf Mayr, als Nachfolgerin Frau Eva-Maria Brandt zu wählen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Besteht damit Einverständnis, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen wird und stattdessen die Wahl durch Handzeichen erfolgen soll? Ist jemand für eine geheime Wahl? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse deshalb in einfacher Form abstimmen. Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe, Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die anderen Parteien sind dafür. Damit ist Frau Eva-Maria Brandt zum stellvertretenden nichtberufsrichterlichen Mitglied gewählt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden für den Gefängnisbeirat bei der Justizvollzugsanstalt München

Die SPD-Fraktion hat als Nachfolger für Herrn Kollegen Hans-Ulrich Pfaffmann Herrn Kollegen Rainer Volkmann für die Wahl zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt München benannt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Besteht damit Einverständnis, dass auch hier gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen wird? Wird eine geheime Wahl vorgeschlagen? – Das ist nicht der Fall. Dann erfolgt die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen. Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – War das eine Gegenstimme, Herr Kollege Kupka? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Herr Kollege Volkmann ist damit zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt München gewählt worden. Ich gratuliere dem Kollegen Volkmann und wünsche ihm schöne Tage in Stadelheim.

(Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der ausgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen. Wir übernehmen diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 c auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (Drs. 15/8802) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet.

Herr Minister, Sie sind genau pünktlich gekommen. Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Hochverehrter Herr Präsident, es ist eine Freude, unter einem Präsidenten reden zu dürfen, der schon ein fortgeschrittenes Alter hat und dies auch vor sich herträgt und zeigt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Danke, gleichfalls, Herr Minister.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Welnhofer (CSU))

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Meine Damen und Herren, das Gesetz, das wir heute einbringen, ist ein bedeutendes Gesetz, das langfristig nachhaltige Haushaltspolitik sicherstellt. Sie kennen die Situation, wir haben sie im Versorgungsbericht dargelegt: Wir haben im Jahr 2006 für die Beamten des Freistaates Bayern noch Versorgungsausgaben in Höhe von etwa 3 Milliarden Euro gehabt. Im Jahr 2050 werden wir Versorgungsausgaben in Höhe von mindestens 8 Milliarden Euro haben. Wir hatten im Jahr 2006 eine Versorgungshaushaltsquote von 8,7 %. In den nächsten 30 Jahren werden wir auf 13 % des Haushaltsvolumens kommen! Der Grund ist: Wir haben insbesondere in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren unglaublich viele zusätzliche Beamte – aus welch guten Gründen auch immer – eingestellt.

Wir haben versucht, hier seit 1999 Abhilfe zu schaffen durch die Bildung einer Versorgungsrücklage, die durch Einsparungen aus geminderten Bezügeanpassungen und einer Absenkung des Versorgungsniveaus finanziert wird. Aber das reicht nicht aus.

Aus der CSU-Fraktion sind zuletzt gerade von den Jüngeren die Forderungen gekommen, dass etwas geschehen müsse – in anderen Ländern war die Diskussion in gleicher Weise in Gang. Es wird etwas geschehen.

Mit diesem Gesetz werden wir deshalb ab dem 1. Januar 2008 die entsprechenden Akzente setzen, weil wir die offensichtliche Verschuldung, die wir noch haben, reduzieren und uns nicht neu verschulden wollen, weil wir die Verschuldung nicht nur stoppen und dann den Schuldenberg abbauen wollen, sondern diese implizite Verschuldung, also die indirekte Verschuldung, reduzieren wollen.

Ab 1. Januar 2008 werden wir für jeden neu eingestellten Beamten pro Monat 500 Euro auf die hohe Kante legen. Die Mindestzuführung beträgt in 2008 35 Millionen Euro und erhöht sich in jedem Folgejahr bis 2016 um jeweils weitere 35 Millionen Euro. Bis dahin liegen die Mindestzuführungen bei einem Betrag von 1,575 Milliarden Euro. Die Entnahme ist erst ab dem Jahr 2023 möglich.

Wir haben das System gewählt, das beweglich ist: Wir wollen kein Volldeckungsmodell, da werden die Entlastungen erst in 40 Jahren sichtbar.

Wir wollen gewissermaßen ab 2023 eine Art von Subventionierung unserer Haushaltspolitik aus diesem Topf. Damit können wir beweglich reagieren. Wir haben darüber lange diskutiert. Ich glaube, dieses System ist in hohem Maße wettbewerbsfähig, und dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass es diese Bayerische Staatsregierung ernst meint mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik.

Wenn wir den ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2006 entsprechend fortführen, wenn wir zweitens Schulden dann zurückzahlen, wenn wir das können – ich habe es bereits für das Jahr 2007 vor –, und wenn wir indirekte Zusatzbelastungen für die nächste Generation durch eine Reformkonzeption auffangen, dann ist das ein gutes Zeichen für die Jungen in unserer Gesellschaft.

Ich lege ein zukunftsorientiertes Gesetz vor. Ich hoffe auf konstruktive Debatten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Christa Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, die Einrichtung eines Pensionsfonds in Bayern kommt elf Jahre zu spät.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage, besser spät als nie. Nachdem die SPD-Landtagsfraktion bereits am 8. Februar 1996 die Staatsregierung aufgefordert hatte, für die späteren Pensionsleistungen an die Beamtinnen und Beamten einen Pensionsfonds einzurichten, erkennen nun auch die CSU und die Staatsregierung endlich die Notwendigkeit.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf will die Staatsregierung ein Problem angehen, das seit vielen Jahren bekannt ist und auf das andere Länder wesentlich frühzeitiger reagiert haben. Beispielsweise hat Rheinland-Pfalz bereits 1996 einen Pensionsfonds auf den Weg gebracht, und der Bund folgte im letzten Jahr.

Die Versorgung seiner Beamten und Richter zukunftssicher zu machen, ist vorrangige Aufgabe des Freistaates. Die Pensionen müssen für die Betroffenen berechenbar sein. Es muss ein angemessenes Versorgungsniveau garantiert werden, das ihnen und den Hinterbliebenen einen angemessenen Lebensstandard im Alter erlaubt.

Durch die Etatisierung der künftigen Versorgungsausgaben wird die Kostentransparenz des Haushalts erhöht. Die Versorgungsausgaben werden derzeit aus dem laufenden Haushalt bezahlt. Die Zahl der Versorgungsempfänger von derzeit rund 100 000 wird zum Jahr 2035 ihren Höchststand erreichen und bis dahin um rund 69 % zugenommen haben. Ich denke, es wird Zeit zu reagieren.

Durch das Sondervermögen Versorgungsrücklagen des Freistaates Bayern wurden ab dem Jahr 1999 in einem ersten Schritt Rücklagen gebildet, allerdings durch die Beschäftigten selbst finanziert. Bis zum Ende der Ansparphase im Jahr 2017 werden sich diese Rücklagen nach den derzeitigen Prognosen auf über 3 Milliarden Euro belaufen. Nun soll neben dem Sondervermögen „Versorgungsrücklagen“ ein weiteres Sondervermögen „Versorgungsfonds“ aufgebaut werden.

Ich bin der Meinung, dass das von der Staatsregierung favorisierte Teildeckungsmodell zu kurz greift. Es ist nicht konsequent genug und stellt nur – Sie haben es selber angeführt – eine Untertunnelung des Pensionsberges dar. Die SPD will sich an dem versicherungsmathematischen Modell orientieren, das seit 1996 in Rheinland-Pfalz praktiziert wird und nun auch vom Bund übernommen wurde.

Außerdem sollten wir uns bei den Beratungen in den Fachausschüssen mit der Zusammensetzung des künftigen Beirates befassen. Wie wir bereits 1999 in einem Antrag ausgeführt haben, sind wir der Meinung, dass es sich bei der Versorgungsrücklage um Geld der Beschäftigten handelt und deswegen die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in diesem Beirat erhöht werden muss. Nachdem die Versorgungsrücklage bis zum Jahr 2017 weiter einbezahlt wird, sind wir der Meinung, dass wir diese Änderung des Gesetzes zum Anlass nehmen sollten, um noch einmal gemeinsam über die Aufstockung des Beirates nachzudenken. Auch sind wir der Meinung, dass eine Vertretung der Sozialversicherungsbeschäftigten in diesem Beirat nach wie vor erforderlich ist. Denn diese Versorgungsrücklage wird auch für die Beschäftigten in der Sozialversicherung bis zum Jahr 2017 bezahlt. Von daher ist es nicht einzusehen, dass künftig dieser Vertreter nicht mehr im Beirat sitzen sollte.

Außerdem, Kolleginnen und Kollegen, ist es nicht nachvollziehbar, wenn wir schon diesen Schritt machen, dass der einzurichtende Pensionsfonds nur für Pensionsleistungen und nicht für Beihilfen verwendet werden soll. Beihilfen sind Teil der Versorgungsausgaben und sollten von daher mit einbezogen werden. Aber das geht wahrscheinlich nach Ihren Berechnungen nicht, wenn man nur von 500 Euro ausgeht.

Der Aufbau einer kapitalgestützten Deckung der zukünftigen Versorgungsausgaben setzt die genaue Kenntnis der Beamtenversorgung in Bayern voraus. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion bereits im vergangenen Jahr einen regelmäßigen Versorgungsbericht eingefordert, dem sich zum Glück die Mehrheit dieses Hauses angeschlossen hat.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Es liegt dem Parlament deshalb eine gute Zusammenstellung vor, die eine gute Grundlage für die Bewertung der Situation ist. Ich denke, wenn die SPD etwas Gutes fordert, ist es immer sinnvoll, wenn das Hohe Haus zustimmt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Diesem Beispiel sollte man eigentlich öfter folgen. In diesem Fall haben Sie es ja gemacht.

Aus diesem Wissen heraus ist es halbherzig, dass Sie unsere Vorschläge nicht aufgreifen – vielleicht greifen Sie sie auch noch auf –, die wir in den parlamentarischen Beratungen einbringen werden. Wenn man den Bericht genau liest, zeigt er gerade auf, dass eine „Untertunnelung“ nicht ausreichend ist, sondern es weitergehende Vorschläge geben sollte. Durch das offene Teildeckungsmodell wird lediglich eine „Untertunnelung“ des Pensionsberges erreicht und nur die Spitze des Eisberges kompensiert.

Herr Präsident, ich weiß, dass meine Redezeit bald zu Ende ist. Deswegen nur noch ganz kurz: Ein Vorschlag wäre gewesen, die massiven Einsparungen bei den Beschäftigten im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform und der Arbeitszeitverlängerung zur Finanzierung dieses Fonds mit zu verwenden. Der Bund hat dies übrigens so gemacht. Ich könnte mir vorstellen, dass dann die Beschäftigten die Kürzungen leichter hätten akzeptieren können als so, wo sie nur der Haushaltssanierung dienten.

Kolleginnen und Kollegen, Schluss muss auch sein mit dem Gejammer mancher, die ob der hohen Personalkostenquote jammern, die in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gar nicht so hoch ist. Jeder und jede der Beschäftigten wurde vom Freistaat Bayern eingestellt, um vorhandene Aufgaben zu erfüllen. Dass diese Beschäftigten im aktiven Dienst und im Ruhestand etwas kosten, das war allen klar. Fehler der Vergangenheit dürfen nicht den Beschäftigten angelastet werden. Von daher greift das Argument der hohen Personalkostenquote, das vor allem von Ihrer Seite häufig in der Vergangenheit gebracht wurde, in der Form nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ehrlich stolz darauf, einen weiteren Meilenstein heute als Gesetzentwurf kommentieren zu dürfen. Einigkeit besteht über die Parteigrenzen hinweg, dass die Ausgaben, die auf den Staat durch die Pensionslasten zukommen, enorm sein werden. Ich lege an der Stelle von der Wortwahl her wirklich Wert darauf, dass wir nicht von Versorgungslast sprechen, sondern dass sich die Beamten die Versorgungsleistung redlich verdient haben.

Aufgrund niedrigerer Bruttozahlungen hat ein Teil der Beamten auch einen Anspruch darauf erworben.

Die Beamten können nichts dafür, dass in den 60er-, den 70er- und den 80er-Jahren die öffentlichen Aufgaben ausgeweitet wurden. Die starke Stellenvermehrung, die damit einhergegangen ist, haben wir im Zusammenhang mit der Sicherheit oder im Zusammenhang mit der Bildung alle genossen. Die gesamte Gesellschaft hat davon profitiert. Dafür können die Beamten nichts. Die steigende Lebenserwartung und die damit verlängerten Ruhestandszeiten infolge unserer medizinischen Entwicklung sind auch nichts Negatives, auch wenn es mehr Geld kostet.

Notwendig ist es, zu reagieren. Darin sind wir uns einig. Den ersten Schritt haben Sie schon angesprochen. Es war 1999 die Versorgungsrücklage, die wohlgemerkt aus den verminderten Bezügeanpassungen für die Beamten finanziert wurde.

Jetzt haben wir ein zweites Stützbein. Der zweite Schritt, den wir heute machen, geht in dieselbe Richtung, nämlich weg von der Umlagefinanzierung hin zu einer über einen Kapitalstock finanzierten Vorsorgemaßnahme, wie wir es in unserem Versorgungsfonds vorfinden.

Sie haben darauf hingewiesen, das Bayern nicht allein sei. Bayern ist auch nicht das erste Land, das sich mit solchen Maßnahmen beschäftigt. Andere Länder haben es anders gemacht. Teilweise haben sie sogar schon wieder aufgehört und die Fonds wieder eingezogen. Bayern macht es ein bisschen besser als andere Länder.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So soll es auch sein! – Christa Naaß (SPD): Das sehen wir aber anders! – Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU): Da hat er jetzt schon recht!)

Die bayerische Version trägt die Handschrift der CSU und der Staatsregierung. Sie trägt die Handschrift von Professor Walter Eykmann und von Professor Kurt Faltlhauser. Das ist eine Garantie dafür,

(Widerspruch bei der SPD)

dass wir das Prinzip der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit wirklich beachten und nicht nur davon reden.

(Christa Naaß (SPD): Aber zu kurz gesprungen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite, Nachhaltigkeit bedeutet nicht, schöne Maßnahmen, die eine gute Wirkung für die Zukunft haben, auf Pump zu finanzieren oder sich überhaupt nicht darum zu kümmern, woher das Geld kommt. Generationengerechtigkeit ist auch dann nicht erfüllt, wenn man das Geld nur zur Verfügung stellt, um die gegenwärtigen Generationen zu befriedigen, sich um die zukünftigen Generationen aber überhaupt nicht kümmert. Nachhaltigkeit ist dann gegeben, wenn die Maßnahmen so finanziert werden – das können Sie im Gesetz auch nachlesen –, dass die folgenden Generationen nicht darunter leiden und dass deren Ansprüche sichergestellt sind. Generationenge-

rechtigkeit heißt für mich auch, dass man auf die zukünftigen Generationen blickt.

An der Stelle möchte ich nicht verhehlen, dass sich auch die jungen Mitglieder unserer Fraktion um dieses Problem gekümmert haben. Eine eigenständige Arbeitsgruppe mit Martin Sailer, Melanie Huml und Klaus Stöttner hat sich dieses Themas angenommen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Viel zu spät!)

Der Pensionsfonds, wie wir ihn heute vorschlagen, ist ein zweckgebundenes Sondervermögen, das im Gegensatz zum versicherungsmathematischen Modell ganz flexibel zur Pufferung von Auszahlungsspitzen herangezogen werden kann. Dieses offene Teildeckungsmodell erlaubt es uns, individuell zu reagieren. Gleichzeitig ist es aber auch durch verschiedene Maßnahmen gegen verwendungszweckfremde Zugriffe sicher geschützt. Der Pensionsfonds ist für mich ein Symbol für die Verlässlichkeit und das Streben nach echter Generationengerechtigkeit in der Politik der Bayerischen Staatsregierung. Mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf wird die Finanzierung der zukünftigen Pensionen für die kommenden Generationen auf gesunde Beine gestellt. Ich freue mich, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auf Ihre kongenialen Ergänzungen und Anregungen, die wir in der Diskussion in den Ausschüssen in der nächsten Zeit besprechen können.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Huber, habe ich Sie richtig verstanden, dass dieser Entwurf das Abschiedsgeschenk der beiden Professoren an uns ist?

(Zuruf von der CSU: Soweit sind wir noch nicht!)

– Soweit sind Sie noch nicht.

(Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU): Wir haben noch mehr auf Lager! Seien sie vorsichtig!)

– Wir zittern schon, Herr Professor Eykmann.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Gesetzentwurf ist erst einmal nur zu loben. Warum ist er zu loben?

(Zurufe von der SPD)

Dieser Gesetzentwurf enthält etwas Neues, das wir so nicht kennen. Er enthält die schonungslose Wahrheit. Das sind wir von Gesetzentwürfen der Staatsregierung nicht gewöhnt. Es wird festgestellt, dass das Sondervermögen Versorgungsrücklage, in das ich dankenswerterweise auch einzahlen durfte, nicht ausreicht.

Zweitens wird festgestellt, dass bei Verzicht auf den Pensionsfonds in Zukunft die Haushalte mit Zahlungsverpflichtungen belastet würden, die die Handlungsspielräume erheblich einschränken würden.

Drittens wird festgestellt, dass das bisherige System der Versorgungsausgaben nicht gerecht ist. Das ist eine Einschätzung, die ich auch für sehr mutig halte.

Wir fragen uns schon, warum Sie erst jetzt und nicht schon früher auf diese Feststellungen gekommen sind. Sie hätten es eigentlich schon viel früher tun müssen, aber das war politisch nicht opportun. Andere Länder haben es auch nicht getan. Sie haben aber immer noch früher gehandelt als Sie. Sieben Länder in Deutschland haben einen Pensionsfonds schon vor Bayern eingerichtet. Die wären aber nach Ihren Aussagen finanziell überhaupt nicht in der Lage gewesen, so etwas zu tun. Das ist komisch, dennoch haben sie es getan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, ich kann verstehen, dass Sie sich um diese Aufgabe gedrückt haben. Wer belastet seine Haushalte schon gern mit solchen Ausgaben? Das nimmt einem auch Spielräume. Der Staatssekretär wollte es auch nicht mehr machen, bevor er zum Landrat gewählt wird. Das dürfen jetzt die Nachfolgerinnen oder die Nachfolger machen.

Jetzt liegt der Entwurf endlich vor.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Mütze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Faltlhauser?

Thomas Mütze (GRÜNE): Aber natürlich, Herr Minister!

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Halten Sie es nicht für sinnvoll, dass man mit einem derartigen Fonds erst dann beginnt, wenn der Haushalt ausgeglichen ist? Halten Sie es umgekehrt nicht für unsinnig, mit Schulden – und das machen die anderen sieben Länder derzeit noch – einen derartigen Fonds zu finanzieren?

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Eine schwierige Frage!)

Thomas Mütze (GRÜNE): Eine schwierige Frage, aber eine einfache Antwort. Herr Minister, in Schleswig-Holstein wurden Privatisierungserlöse genutzt, um einen Fonds aufzulegen. Das hätten Sie auch tun können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt liegt Ihr Entwurf endlich vor. Natürlich haben wir dazu einige Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge.

Der erste Vorschlag: Sie wollen 500 Euro pro Monat für jeden neu einzustellenden Beamten bzw. jede neu einzustellende Beamtin in den Fonds einstellen. Warum orientieren Sie sich nicht am prozentualen Anteil des jeweiligen Einkommens, wie es in Rheinland-Pfalz oder in Sachsen geschehen ist? Kollegin Naaß hat bereits darauf hingewiesen. Warum bevorzugen Sie ein offenes Teildeckungsmodell, von dem klar ist, dass damit das Problem

nur teilweise gelöst wird? Wie der Name schon sagt, gibt es nur eine Teildeckung und keine Volldeckung.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Mütze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eykmann?

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Professor Eykmann, darf ich fertig reden? Es tut mir leid. Eine immer, aber nicht mehr.

Warum denken Sie nicht über das Volldeckungsmodell nach, welches in der Zukunft die besten Perspektiven für die Haushalte hätte? Das sagen Sie doch selber. In dem Gesetzentwurf lassen Sie es aber zumindest offen, ob es doch irgendwann ein Volldeckungsmodell werden könnte. Von daher ist es eine kleine Hintertür.

Warum lassen Sie eine Entnahme zu? Sie haben gesagt, dass es vor 2023 keine Entnahme geben wird. In der Begründung zum Gesetzentwurf steht allerdings, dass vorherige Entnahmen in den gesetzlich geregelten Fällen zulässig sind. Also sind sie sehr wohl zulässig. Das halte ich nicht für richtig. Das muss weg.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Nein! Nein!)

Mit einem ganz einfachen Gesetz könnten Sie die Mittel umdeklarieren und anders verwenden. Das darf es nicht geben.

Positiv ist, dass Sie sich vorstellen können, die Verwaltung der Mittel auch auf Stellen außerhalb der Staatsverwaltung zu übertragen. Wir könnten uns dabei einen Beirat vorstellen, dem Vertreter des Arbeitgebers, also des Staates, Wissenschaftler und Vertreter von Beamtinnen und Beamten angehören. Positiv halten wir es auch, dass für den Pensionsfonds keine neuen Schulden gemacht werden dürfen. Das dürfte aber selbstverständlich sein. Sie sehen, wir freuen uns auf die Debatte und hoffen, dass Sie unsere Vorschläge noch einarbeiten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Gibt es Gegenmeinungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich die Wahlergebnisse der vorhin durchgeführten Richterwahl bekannt. Wahlvorschlag Judith Müller: An der Wahl haben 132 Abgeordnete teilgenommen. Davon war kein Stimmzettel ungültig. Es entfielen auf Frau Müller 116 Stimmen. Mit Nein stimmte kein Abgeordneter. Der Stimme enthielten sich 16 Abgeordnete.

Wahlvorschlag Andreas Schmitz: An der Wahl haben auch 132 Abgeordnete teilgenommen. Davon war ebenfalls kein Stimmzettel ungültig. Mit Nein hat ebenfalls kein Abgeordneter gestimmt. Es entfielen auf Herrn Schmitz 116 Stimmen bei 16 Enthaltungen.

Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Judith Müller und Herrn Andreas Schmitz zu berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes gewählt hat. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewichtungsfaktoren abschaffen und Gruppen verkleinern – Basiswert neu berechnen (Drs. 15/8301)

Ich eröffne die Aussprache und weise noch einmal auf die fünfminütige Redezeit hin. Frau Ackermann, Sie haben als erste Rednerin das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schon vor der Verabschiedung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes – BayKiBiG –, aber erst recht nach seiner Verabschiedung, hat sich eine Flut von Kritik über das Gesetz ergossen. Es ist zu Recht landauf, landab als Spargesetz bezeichnet worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kritik überlasse ich den Experten und Expertinnen, die am Donnerstag bei der Anhörung sprechen werden, und ich denke, dass dann endgültig klar werden wird, dass das Gesetz – wie es jetzt verfasst ist – gescheitert ist.

Heute möchte ich mich nur auf einen Teilaspekt beziehen und zwar auf die Gewichtungsfaktoren. Sie wurden eingeführt, um angeblich mehr Gerechtigkeit in das Gesetz zu bringen. Leider sind sie diesem Anspruch nicht gerecht geworden. Ich möchte ausführen, warum dies so ist. Zum einen sind die Gewichtungsfaktoren für die Sprachförderung nicht treffsicher, denn sie fördern nur die Kinder sprachlich, die zwei ausländische Eltern haben, und nicht die Kinder, die Sprachförderbedarf haben. Leider ist die Zielgruppe nicht deckungsgleich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt sehr viele Kinder mit Sprachförderbedarf, die nicht zwei ausländische Eltern haben. Ich meine, auch diese Kinder sollten wir in das Blickfeld nehmen.

Ein weiterer Gewichtungsfaktor, der sein Ziel verfehlt, ist derjenige für behinderte Kinder. Die Kinder müssen bereits im Alter von drei Jahren stigmatisiert werden, weil sie nur dann den Gewichtungsfaktor bekommen, wenn sie als behinderte Kinder abgestempelt sind. Wer etwas Ahnung von der Entwicklung der Kinder hat, weiß, dass vor allem im Alter von drei Jahren die Streuungsbreite der Anlagen noch sehr groß ist und es unmöglich ist, bereits zu sagen, ob ein Kind entwicklungsverzögert, lernbehindert oder geistig behindert ist. Die Eltern werden aber wegen der Gewichtungsfaktoren gezwungen, ihr Kind vorzustellen, abstempeln und als behindert bezeichnen zu lassen, obwohl in diesem Alter mit passenden Förder-

maßnahmen noch viel zu erreichen wäre und sich unter Umständen das Vorurteil der Behinderung gar nicht bestätigen müsste.

Ein weiterer Fehler ist, dass 20 Prozent der Kinder, die dringend besonderer Förderung bedürften, überhaupt nicht von den Gewichtungsfaktoren erfasst sind. Dabei handelt es sich um die Kinder, die eine Verhaltensauffälligkeit aufweisen, zum Beispiel das Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörungs-Syndrom – ADHS-Syndrom –. Diese Kinder werden nicht erfasst. Fragen Sie Erzieherinnen. Diese werden Ihnen sagen, dass besonders diese Kinder den größten Betreuungsaufwand, sehr viel Aufwand und sehr viel Aufmerksamkeit bräuchten. In diesen Fällen werden die Erzieherinnen alleine gelassen, denn diese Kinder werden nicht erfasst.

Weiterhin ist die Förderung der Kinder unter drei Jahren, die in die altersgemischten Gruppen aufgenommen werden können, fast unmöglich. Auch das werden Ihnen die Erzieherinnen bestätigen. In einer Kindergartengruppe mit circa 25 Kindern ist es nicht möglich, Kinder unter drei Jahren, die gewickelt werden müssen und einen völlig anderen Förderbedarf haben, adäquat zu fördern. Damit werden die Erzieherinnen überfordert, und den Kindern tut man keinen Gefallen. Wir wollen keine Aufbewahrungsstätten, sondern wir wollen Bildungseinrichtungen für die Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Bedingungen, die jetzt herrschen, ist das nicht möglich.

Wegen der Gewichtungsfaktoren wurde zunehmend Planungsunsicherheit in die Kindergärten getragen. Stellen Sie sich vor, dass zwei behinderte Kinder mit je einem Gewichtungsfaktor von 4,5 plus x die Gruppe verlassen. Dann können Sie die Gruppe schließen, weil es nicht mehr genügend Kinder gibt. Deshalb und weil wir sehr viele Rückmeldungen über die Problematik mit den Gewichtungsfaktoren von Erzieherinnen, Eltern und Trägern bekommen haben, haben wir, abweichend von dem Konzept des Gesetzes, einen Vorschlag eingereicht, der bedeutet, die Gewichtungsfaktoren abzuschaffen und die Gruppen auf 15 Kinder zu verkleinern, was einen Betreuungsschlüssel von 7,5 Kindern pro Erzieherin bedeuten würde. Dann können Sie alle Kinder aufnehmen. und Sie können in einer verkleinerten Gruppe allen Kindern gerecht werden. Wenn Sie zu einer personalintensiveren Erziehung der Kinder Ja sagen, müssen Sie den Basiswert neu berechnen. Das darf kein Problem sein; denn der wird Ihrer Aussage nach ohnehin jedes Jahr neu berechnet. Er kann also nächstes Jahr noch einmal berechnet werden.

Tatsache ist, dass vermutlich nicht mehr Geld eingesetzt werden muss, weil der demografische Faktor – leider – unserer Forderung entgegenkommt. Es gibt immer weniger Kinder. Sie reagieren mit Ihrem Spargesetz und entlassen die Erzieherinnen. Wir schlagen vor, die Erzieherinnen zu behalten und die Gruppen kleiner zu machen. Dann können wir frühkindliche Bildung betreiben und nicht nur in Sonntagsreden schön reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Stierstorfer.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag wurde bereits im sozialpolitischen Ausschuss behandelt. Konkretes Ziel des Antrags ist es, alle Gewichtungsfaktoren abzuschaffen, verschärfte Anstellungsschlüssel getrennt nach Art der Kindertageseinrichtungen festzusetzen, Verfügungszeiten zu berücksichtigen und Ersatzkräfte bei Krankheit und Schwangerschaft zu finanzieren.

Ich begründe die Ablehnung des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik. Frau Ackermann, die finanziellen Ansätze wurden im Haushalt jährlich wesentlich erhöht. Der Antrag ist auch deshalb abzulehnen, weil die Verwirklichung das finanzielle Aus für Kinderkrippen, Horte und integrativ arbeitende Kindertageseinrichtungen bedeuten würde.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Warum das denn?)

Das wollen wir nicht mittragen. Die Integrationsbemühungen für Kinder mit nicht deutschsprachigen Eltern – das haben Sie angesprochen – würden untergraben. Zugleich würde der Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren wesentlich leiden und gestoppt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abschaffung der Gewichtungsfaktoren, kombiniert mit der Neuberechnung eines dann nivellierend wirkenden Basiswertes bedeutete eine 50-prozentige Kürzung der Förderung für Krippen, eine um ein Sechstel gekürzte Förderung für Horte und eine um sage und schreibe 78 % gekürzte Förderung für integrativ betreute Kinder. Mich wundert das sehr; denn die GRÜNEN haben immer gefordert, dass die Gewichtungsfaktoren erhöht werden. Jetzt fordern sie die gänzliche Abschaffung der Gewichtungsfaktoren.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Abenteuerlich!)

Ich kann nur sagen: ein Sinneswandel.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Ackermann?

Sylvia Stierstorfer (CSU): Nein. Frau Kollegin Ackermann hatte genügend Zeit, die Sachlage darzulegen.

Die geforderten verschärften Anstellungsschlüssel helfen den Einrichtungen keinesfalls weiter, weil zwar von den Trägern gefordert wird, mehr Personal einzustellen, es ihnen aber mangels der Gewichtungsfaktoren – die Sie abschaffen wollen – nicht ermöglicht wird, dieses Mehr an Personal zu finanzieren. Die Verfügungszeiten sind für den Träger in den Basiswert eingerechnet und damit bereits berücksichtigt. Die Dynamisierung des Basiswertes ist gesetzlich vorgeschrieben.

Im Hinblick auf die Finanzierung von Schwangerschafts- und Krankheitsvertretungen ist darauf hinzuweisen, dass das Angebot des Bayerischen Familienministeriums, eine Lösung anzubieten, von allen Wohlfahrtsverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden abgelehnt wurde. Im Übrigen ist mit Ausnahme der kommunalen Kindertageseinrichtung durch das Arbeitgeberaufwandsausgleichsgesetz für alle Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit geschaffen worden, Ersatzkräfte im Umlageverfahren zu finanzieren.

Der Freistaat fördert die Fort- und Weiterbildung. In den Jahren 2004 bis 2006 wurden Fortbildungskampagnen mit 623 000 Euro gefördert.

Unser Anliegen ist es – das haben wir im Ausschuss immer betont –, das Gesetz zu begleiten und zu evaluieren. Am Donnerstag wird eine große Anhörung stattfinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dieser Anhörung werden wir entscheiden, wie wir weiter vorgehen werden. Unser Anliegen ist es, neben der Quantität die Qualität zu verbessern, vor allem die pädagogischen Rahmenbedingungen und insbesondere die Personalausstattung. Zur Sprachförderung haben wir bereits einen Antrag eingereicht. Wir fordern damit die Schaffung eines Sprachförderkonzepts für alle Kinder.

Inzwischen gibt es viele hervorragende Beispiele von Einrichtungen und Kommunen, die gute Ideen zur Umsetzung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes entwickelt haben. Darauf gilt es, weiter aufzubauen; denn wir alle wissen: Unsere Kinder sind unsere Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Stierstorfer, bleiben Sie bitte gleich stehen; denn ich erteile Frau Kollegin Ackermann das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Kollegin Stierstorfer, ich würde mich sehr dafür interessieren, wer Ihnen diesen Blödsinn ausgerechnet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Ackermann, man kann das auch ein bisschen vornehmer formulieren.

Renate Ackermann (GRÜNE): Im Moment nicht.

(Widerspruch von Abgeordneten der CSU)

Sylvia Stierstorfer (CSU): Frau Kollegin Ackermann, ich glaube, auf diese Frage brauche ich keine Antwort zu geben.

(Beifall bei der CSU – Renate Ackermann (GRÜNE): Ich bin noch gar nicht fertig, Frau Stierstorfer!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Ackermann, Sie dürfen gern mit Ihrer Zwischenbemerkung weitermachen.

Renate Ackermann (GRÜNE): Ja, gern. Frau Kollegin Stierstorfer, es war mir klar, dass Sie darauf keine Antwort haben. Ich habe aber die Frage trotzdem gestellt. Natürlich ist klar, dass sich eine Fördermaßnahme, die bei Kindergärten greift, auch auf Krippen und Horte auswirkt. Inwiefern Krippen und Horte dadurch in ihrer Existenz bedroht sind, bleibt vermutlich für immer Ihr Geheimnis.

Sie haben dem Wunsch Ausdruck verliehen, dass sich die Rahmenbedingungen ändern mögen. Da muss ich mich schon fragen, wer diese Rahmenbedingungen gesetzt hat und wie sich diese Rahmenbedingungen ändern sollen, wenn Sie sich bislang noch nicht bewegt haben und auch in Zukunft nicht bewegen werden. Ich habe trotzdem die Hoffnung, dass die Experten bei der Anhörung Ihnen so viel Kritik und Klarheit entgegenbringen werden, dass Sie nicht mehr anders können, als dieses Gesetz zu verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Stierstorfer, Sie wollen darauf nicht mehr antworten? – Ich bedaure das, denn wir haben die Zwischenbemerkung eingeführt, damit wir ein lebendigeres Parlament haben. Hier sollte man sich in der Wortwahl so zurückhalten, dass die Sachthemen im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der CSU)

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Stewens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, das wievielte Mal wir jetzt über dieses Gesetz reden. Mittlerweile ist es wirklich mühsam.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Goppel hat mir schriftlich zum Geburtstag gratuliert und dabei ausgeführt, dass ihn meine Wortmeldungen immer wieder zum Überdenken seiner eigenen Positionen veranlassten. Genau das würde ich mir wünschen, dass dies in diesem Parlament eintritt, dass unsere Wortmeldungen Sie zum Überdenken Ihrer Positionen veranlassen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! – Herbert Ettengruber (CSU): Das hat er uns auch schon geschrieben!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen noch ein paar Argumente an die Hand geben, damit es Ihnen leichter fällt, Ihre eigenen Positionen zu überdenken. Zunächst möchte ich den Ba-

yerischen Gemeindetag anführen. Dieser hat unlängst eine repräsentative Umfrage bei seinen Kommunen gemacht. Eine Frage lautete: Hat sich das BayKiBiG bewährt? Als Schwäbin möchte ich Ihnen die schwäbischen Ergebnisse näher bringen. In Schwaben sagten 45 % der Befragten: Nein, dieses Gesetz hat sich nicht bewährt. Frau Staatsministerin Stewens, wenn Sie schon nicht unseren Argumenten folgen, so sollten Sie doch auf die Kommunen hören, mit denen Sie im Vorfeld dieses Gesetz abgestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole: 45 % der schwäbischen Kommunen sind mit diesem Gesetz unzufrieden. Warum sind sie denn unzufrieden?

(Karin Radermacher (SPD): Weil Sie sie aufgeklärt haben!)

– Nicht nur, weil ich sie aufgeklärt habe, sondern vor allem, weil es sich bei diesem Gesetz um ein bürokratisches Monster handelt, das einfach nicht umgesetzt werden kann.

Auch wir haben bei Erzieherinnen eine Umfrage gemacht. 80 % der befragten Erzieherinnen sagten, der Verwaltungsaufwand sei mit diesem BayKiBiG exorbitant angestiegen. Dieses Ergebnis deckt sich mit der Umfrage des Gemeindetages. Ich sage es einfacher: Dieses Gesetz ist nicht praktikabel und in sich nicht verständlich. Wir haben über 50 Newsletter gebraucht, die die Umsetzung nicht leichter machten. Träger, Kommunen und Erzieherinnen verwalten sich zu Tode. Die Zeit fehlt letztlich bei den Kindern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit kommen wir zu einem wichtigen Punkt, nämlich der Qualitätsverbesserung. Frau Stewens, ich muss Ihnen sagen: Mit diesem Gesetz haben wir das, was am wichtigsten gewesen wäre, nicht erreicht, nämlich Qualitätsverbesserungen im vorschulischen Bereich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wurde ebenfalls durch die Umfrage des Bayerischen Gemeindetages bestätigt. 56 % der Kommunen in Bayern sagen: Mit diesem Gesetz wurde die pädagogische Qualität in den Kita-Einrichtungen nicht weiterentwickelt oder verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Ein wesentliches Ziel, die Qualitätsverbesserung im vorschulischen Bereich, wurde mit diesem Gesetz nicht erreicht. Was nützt uns ein Bildungs- und Erziehungsplan, wenn er in vielen Einrichtungen nicht umgesetzt werden kann, weil dafür die Voraussetzungen fehlen? Sie haben vorhin auf ein neues Konzept zur Sprachförderung hingewiesen. Dabei sollen Sprachtrainer eingesetzt werden. Auch das zeigt, dass das BayKiBiG letztlich nicht ausreichend war.

Sie versuchen jetzt auf Verwaltungsebene, an diesem Gesetz herumzudoktern, anstatt Qualitätsmerkmale ins Gesetz hineinzuschreiben, zum Beispiel die Gruppengröße und den Personalschlüssel – 1 : 7 wäre im Kindergarten sicher sinnvoll –, und anstatt die Finanzierung zu sichern. Ich sage Ihnen: Wir brauchen in diesem Bereich vor allem mehr Geld. Es ist doch klar, dass das gleiche Geld für mehr Kinder einfach nicht ausreichen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Qualifizierungsmaßnahmen des Personals festschreiben. Wir müssen Verfügungszeiten und Vorbereitungszeiten im Gesetz festschreiben. Das alles sind erforderliche Maßnahmen. Sie müssen den Mut aufbringen, die erforderlichen Änderungen endlich einzuleiten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Schluss – ich bin schon am Limit meiner Redezeit angekommen – noch feststellen: Dieses Gesetz ist nicht zukunftsfähig. Die auf Bundesebene beschlossenen Dinge, zum Beispiel der Rechtsanspruch, den wir auch für Kinder unter drei Jahren für dringend erforderlich halten, können mit diesem Gesetz nicht umgesetzt werden. Wir ärgern uns in Bayern immer noch mit einer Bedarfsplanung und mit einer Gastkinderregelung herum, die nicht mit den jetzt auf Bundesebene getroffenen Regelungen konform sind. Ich kann Sie nur dazu auffordern: Erkennen Sie endlich die Zeichen der Zeit, haben Sie den Mut, ein modernes Gesetz auf den Weg zu bringen! Wir wollen nicht noch mehr Zeit verlieren. Drei Jahre der Kritik sind genug. Wir werden am Donnerstag all diese Argumente noch einmal hören. Ich kann Sie nur dazu auffordern, dann auch den Mut aufzubringen, hier Änderungen einzuleiten.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, auch wenn wir in der Zielsetzung weitgehend übereinstimmen. Wir stimmen nicht zu, weil wir ein anderes Finanzierungskonzept vorschlagen. Mit dem Inhalt sind wir aber weitgehend d'accord.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Ministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN enthält zum Anstellungsschlüssel Zahlen, die Wunschträumen entspringen, zum Teil reine Fata Morgana sind. Man müsste dann auch aufzeigen, wer das alles finanzieren wird. Frau Kollegin Ackermann, dazu sagen Sie aber kein Wort; ich kann mir schon vorstellen, warum.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Ich halte es für völlig falsch, dass Sie den Gewichtungsfaktor generell abschaffen wollen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und dass Sie sagen, dass behinderte Kinder, die einer verstärkten Integration bedürfen, stigmatisiert werden. Sie widersprechen sich übrigens im gleichen Atemzug, indem Sie sagen, Frau Kollegin Ackermann, dass eine Frühförderung natürlich ungeheuer wichtig ist. Eine Frühförderung setzt aber eine entsprechende Diagnose voraus. Erst wenn ich eine entsprechende Diagnose von der Fachstelle für Frühförderung habe, kann ich diese Kinder mit dem höheren Gewichtungsfaktor berücksichtigen. Im Übrigen sind jetzt die Rahmenleistungsvereinbarungen mit den Kostenträgern abgeschlossen worden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nach drei Jahren schon, immerhin!)

4,5 plus x wurde definiert, sodass damit Sicherheit für das neue Kinderbetreuungsjahr geschaffen wurde. Die Unsicherheiten sind damit beseitigt worden.

Noch einmal: Ich brauche die Diagnose, und keine Diagnose ist in irgendeiner Form stigmatisierend. Ich kann mit der Frühförderung nur dann helfen, wenn ich tatsächlich eine Diagnose habe und sagen kann: Das ist ein Kind mit einem spezifischen Integrationsbedarf. Sie sollten das deswegen nicht als Stigmatisierung bezeichnen; das halte ich – ich sage das ganz offen – für grundverkehrt. Da haben Sie nicht den richtigen Zugang zur Frühförderung und zu Kindern, die behindert sind; das möchte ich ganz klar sagen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Eltern empfinden das so!)

Sie möchten weiter eine Öffnung für alle ADHS-Kinder und ADS-Kinder. Das ist durchaus ein gesellschaftliches Problem, überhaupt keine Frage.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Strohmayr?

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Bitte nicht mitten im Satz, nachher. – Wenn wir das Ganze so öffnen, dann wette ich mit Ihnen, dass wir unendlich viele ADHS- und ADS-Kinder in Bayern bekommen. Wir werden dann sehr viele verhaltensgestörte Kinder in Bayern bekommen, die einer spezifischen Förderung bedürfen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die haben wir schon jetzt!)

Wir brauchen hier bestimmte Kriterien, weil wir ganz genau wissen, dass sich Träger dann mehr Geld abholen wollen.

Die Gewichtungsfaktoren dienen dazu, um die Bedürfnisse von Kindern gerecht abzudecken, egal, ob das behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder sind, ob das Kinder von Ausländern sind – über die Sprachförderung rede ich nachher noch – oder ob es Kinder unter drei Jahren oder Schulkinder sind. Das dient dazu, dass der Träger und die Erzieherin eine gerechte Leistung bekommen. Glauben Sie mir, Bayern ist nicht in Schwarz und Weiß getrennt. Ich war in vielen Einrichtungen, wo dieses hervorragend funktioniert.

Ich könnte mir durchaus einen besseren Anstellungsschlüssel vorstellen, wobei Sie Anstellungsschlüssel und Personal-Kind-Schlüssel verwechselt haben. Auch das möchte ich Ihnen sagen. Darauf müssen wir hinarbeiten, überhaupt keine Frage. Sie wollen also die Verfügungszeiten und die Krankheitszeiten alle wieder aus dem Basiswert herausgerechnet haben. Frau Kollegin Ackermann, die Träger sind bei der Feststellung des Basiswerts gefragt worden, ob sie einen Extratopf für die Verfügungszeiten und auch für die Krankheits- und Schwangerschaftszeiten haben wollen. Damals haben uns die Träger gesagt, sie wollten lieber die pauschale Förderung. Jetzt wollen Sie das wieder herausgerechnet haben. Man kann nicht jedes Jahr in seiner Stellungnahme etwas anderes sagen. Uns wäre das vom Grundsatz her egal gewesen. Wir haben uns in der Modellkommission nach den jeweiligen Wünschen der Träger gerichtet.

Bitte hören Sie endlich damit auf zu sagen, dass das ein Spargesetz sei.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Nein, das ist kein Spargesetz. Das wird nicht wahrer, auch wenn Sie es noch so oft wiederholen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist ein Spargesetz!)

Wir geben für weniger Kinder immer mehr Geld aus.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das Geld wird nur etwas gerechter ausgegeben. Ihre Aussage macht mich fast traurig,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und mich narrisch!)

weil Sie überhaupt nicht verstanden haben, was wir damit erreichen wollen, nämlich eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Wir wissen, dass gut 30 % unserer Einrichtungen mittlerweile wesentlich längere Öffnungszeiten anbieten. Genau das wollten wir. Hinter der Flexibilität, die wir mit dem Gesetz auf den Weg gebracht haben – das gebe ich schon zu – steckt ein Umdenken. Kollegin Strohmayr, ich war in den Einrichtungen und habe mit ihnen über Bürokratie gesprochen. Mir sagen die Träger, auch die Leiterinnen, die in aller Regel die Bürokratie zu bewältigen haben, dass das im zweiten Jahr wesentlich besser geht. Im ersten Jahr mussten sie die Gespräche mit allen Eltern führen und die Daten für jedes Kind in die EDV eingeben. Im zweiten Jahr ist das nur noch für lediglich 10 % der Kinder erforderlich. Dann läuft alles wesentlich besser.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Es kommen Kinder dazu, und es gehen wieder welche weg!)

Wenn sie die Software aus unserem Hause verwenden, haben sie überhaupt keine Probleme mehr mit der EDV.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, lassen Sie denn jetzt die Zwischenfrage zu? – Frau Kollegin Dr. Strohmayr, bitte.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Stewens, mich würde doch interessieren, ob Sie denn nicht glauben, dass bei einer Verkleinerung der Gruppengröße im vorschulischen Bereich alle Kinder individueller gefördert werden könnten.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Kollegin Strohmayr, wir haben generell die Gruppengrößen abgeschafft, sodass die Träger relativ flexibel reagieren können. Eine Verbesserung des Anstellungsschlüssels wäre durchaus wünschenswert; darin sind wir uns einig.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Sprachtrainern sagen, die Sie angeführt haben. Da braucht man mehr Flexibilität.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

– Wissen Sie, Herr Kollege Wahnschaffe, wenn Sie das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz mit altersgemischten Gruppen umsetzen – das funktioniert hervorragend und ist keineswegs schädlich für die Kinder; denn man muss nicht immer nur ein Alter in einer Kinderbetreuungseinrichtung haben –, dann werden Sie feststellen, dass die Träger mit den Vorgaben ganz gut hinkommen. Das wird mir jedenfalls in der Praxis berichtet.

Noch ein Wort zu den Sprachtrainern. Wir haben die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Ich gebe zu, dass man gleichzeitig feststellt, auch deutsche Kinder können oft nicht gut Deutsch sprechen. Wir haben uns deshalb wie Baden-Württemberg auf dem Markt nach einem erfolgreichen Konzept umgesehen. In Finnland werden Sprachtrainer für die Sprachförderung bei Kindern eingesetzt. Wir haben daraufhin die 25 Millionen Euro, die zusätzlich zur Verfügung gestellt worden sind, zur Verbesserung der Sprachkompetenz unserer Kinder eingesetzt. Derzeit erarbeiten wir das Programm, das ab 2008 laufen wird. Ich denke, es ist wichtig – und Sie sollten das nicht schlechtreden –, dass wir die Sprachkompetenz der deutschen Kinder bereits im frühkindlichen Stadium verbessern können.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass bayernweit 61 % der Kommunen gesagt haben, dass sie mit dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zufrieden sind, und das nach einem Jahr nach der Einführung und trotz der Tatsache, dass das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ein wirklicher Paradigmenwechsel ist. Ich denke, wir haben ein fortschrittliches Gesetz auf den Weg gebracht, das das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, vielen Dank. Nachdem die Redezeit um fünf Minuten überschritten wurde, stehen jetzt jeder Fraktion noch einmal fünf Minuten Redezeit zu. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Wahnschaffe.

(Unruhe bei der CSU)

Joachim Wahnschaffe (SPD): Ich bedanke mich, Herr Präsident. So viel Zeit muss sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie hatten jetzt zwei Monate Zeit, um sich zu erholen. Jetzt wird wieder gearbeitet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte mich eigentlich zu einer Zwischenintervention gemeldet, umso erfreuter bin ich nun, dass ich das Wort am Rednerpult erhalten habe.

Frau Staatsministerin, Ihre Erklärungsversuche zugunsten der Regelungen des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes zeigen, wie hilflos Sie agieren und wie notwendig eine generelle Überholung dieses Gesetzes ist. Genaueres werden wir am Donnerstag zu diagnostizieren haben, wenn all die Träger und all die, die dieses Gesetz exekutieren müssen, ihre Sorgen vor Ihnen ausbreiten. Ich hoffe, Sie haben Zeit, ihnen zuzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich aber wegen etwas anderem gemeldet. Ich glaube, Sie haben in die Debatte einen Zungenschlag hineingebracht, den Sie korrigieren sollten. Sie haben davon gesprochen, dass die Gefahr bestehen könnte, dass Träger ADS oder ADHS dazu benutzen, den Faktor zu erhöhen. Frau Staatsministerin, ich glaube, das ist eine ganz schwierige Sache. Wir wissen – das wurde neulich in einem Fernsehbericht auch sehr signifikant –, dass Ärzte leider oft falsche Diagnosen stellen und dass dies zu einer falschen Therapie führt. Wenn es aber darum geht, Kindern in diesem Alter zu helfen, dann meine ich, muss man sehr genau hinsehen und im Zweifelsfall die notwendigen Hilfen geben. Man kann nicht sagen, weil die Gefahr des Missbrauchs besteht, schert man alle über einen Kamm und löst das Problem damit, dass man überhaupt keine Förderung gibt. Das ist so, wie wenn ich sagen würde, ich weiß zwar, dass es demente Pflegebedürftige gibt, aber weil dies ein Finanzierungsproblem auslöst, nehme ich es nicht zur Kenntnis.

Das kann doch wohl nicht Ihre Lösung sein. In dem einen Fall fordern Sie vehement eine Nachbesserung vom Bund, weil dieser dafür zahlen muss, und im anderen Fall verweigern Sie die Hilfe, weil der Freistaat Bayern unter Umständen einen finanziellen Ausgleich schaffen muss. Das kann nicht die Lösung sein. Die Lösung muss eine optimale Förderung unserer Kinder sein. Das Geld, das

wir jetzt investieren, ist gut angelegt und wird auf Dauer Früchte tragen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rütting.

(Unruhe)

– Nein, Entschuldigung, Frau Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Vielen Dank, ich hätte gern meiner Kollegin Rütting das Wort überlassen, aber sie ist im Moment nicht hier, deshalb spreche ich.

Frau Ministerin, ich sehe Sie ungern traurig. Trotzdem muss ich Ihnen sagen, das Gesetz ist ein Spargesetz, weil bei sinkender Kinderzahl weniger Personal zur Verfügung steht. Das war die Absicht des Gesetzes, und dadurch hat sich das Gesetz selbst zu einem Spargesetz entwickelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Spargesetz wäre es, wenn bei sinkender Kinderzahl im Interesse der besseren Förderung von Kindern das Personal auf dem gleichen Stand bliebe. Das hat das Gesetz aber wirkungsvoll verhindert. Solange Sie dies nicht verändern, müssen Sie sich den Vorwurf immer wieder gefallen lassen.

Wenn Sie von gerechten Gewichtungsfaktoren sprechen, dann frage ich mich schon: ADHS-Kinder haben offensichtlich kein Recht, eine Förderung zu erhalten und diese Förderung im Gesetz festgeschrieben zu bekommen; denn sonst würden Sie das hineinschreiben. Das tun Sie aber nicht.

Zu der Stigmatisierung von behinderten Kindern muss ich Ihnen Folgendes sagen: Ich glaube, dass ich doch ein wenig Ahnung von behinderten Kindern habe, nachdem ich 14 Jahre mit ihnen gearbeitet habe. Von Kindern generell habe ich, glaube ich, auch etwas Ahnung, weil ich selbst fünf Kinder auf die Welt gebracht und aufgezogen habe. Aber das gehört weniger hierher als die Bemerkung, dass es mir sehr wohl bewusst ist, was Eltern durchmachen, wenn die Gefahr im Raum steht, dass ihr Kind eine Behinderung hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn von den Eltern eines dreijährigen Kindes bereits verlangt wird, dass sie sagen, jawohl, mein Kind ist behindert, dann ist das eine Grausamkeit den Eltern gegenüber. Ich weiß, wie lang die Eltern brauchen, bis sie allmählich akzeptieren, dass ihr Kind nicht nur eine kleine Verzögerung, sondern vielleicht eine große Schwäche, ja sogar eine Behinderung hat. Bitte nicht mit drei Jahren, und bitte nicht von jetzt auf dann. Das wird den Kindern nicht gerecht, und es wird auch den Eltern nicht gerecht. Wenn das nur wegen des Geldes geschieht, dann tun Sie mir leid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eine kleine Hilfestellung: Beim Basiswert müssen Sie die Verfügungszeiten und die Schwangerschaftszeiten nicht herausrechnen; denn diese sind gar nicht drin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wie ich sehe, liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann, liebe Genossinnen und Genossen – –

(Heiterkeit)

– liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte, den verständlichen Versprecher zu entschuldigen. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion und Teile der SPD-Fraktion? – Nein, alle. Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss unserer Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.29 Uhr)

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 102. Vollsitzung am 25. 09. 2007

Anlage 1 zur Tagesordnung der 102. Plenarsitzung:

Erste Lesungen
(Tagesordnungspunkt 3a)

Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

1. Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl CSU
   Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets
   Drs. 15/8826

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

2. Gesetzentwurf der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
   Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets
   Drs. 15/8863

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

3. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   zur Änderung des Bayerischen Abgrabungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften
   Drs. 15/8859

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

4. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze
   Drs. 15/8865

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

5. Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion SPD
   zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
   Abschaffung des Büchergelds
   Drs. 15/8885

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

6. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   zur Änderung des Bayerischen Tierzuchtgesetzes
   Drs. 15/8807

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E) **einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A) **Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z) **Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Anhörung achtjähriges Gymnasium
Drs. 15/7881, 15/8666 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU
Leasing von Polizeifahrzeugen
Drs. 15/8438, 15/8656 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	Z	Z	**ohne**

Die Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zu Grunde zu legen.

3. Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Christa Steiger, Joachim Wahnschaffe u.a. und Fraktion SPD
Auswirkungen des BayKiBiG
Finanzierung der Integration behinderter Kinder und von Behinderung bedrohter Kinder in Tageseinrichtungen
Drs. 15/8519, 15/8813 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	Z	Z	**ohne**

Die Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zu Grunde zu legen.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**9261**
08.11.2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl
CSU
Drs. 15/**8826**

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Herbert Ettengruber**
Mitberichterstatter: **Florian Ritter**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 86. Sitzung am 17. Oktober 2007 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 76. Sitzung am 08. November 2007 endberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Jakob Kreidl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**9318**
15.11.2007

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl CSU**

Drs. 15/**8826**, 15/**9261**

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets

§ 1

Das Gesetz über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 659, BayRS 1012-1-I), geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 974), wird wie folgt geändert:

Es wird folgender Art. 4 angefügt:

„Art. 4

Aus der Verwaltungsgemeinschaft Höchstadt a.d. Aisch, Landkreis Erlangen-Höchstadt, Regierungsbezirk Mittelfranken, wird der Markt Wachenroth entlassen."

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2007 treten alle Vorschriften außer Kraft, die diesem Gesetz entgegenstehen oder entsprechen.

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode Plenarprotokoll

15/109

15.11.2007

109. Sitzung

**am Donnerstag, dem 15. November 2007, 9.30 Uhr,
in München**

Geschäftliches 7915

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Christine Haderthauer, Hans Joachim Werner** und **Herbert Müller** 7915

Mandatsverzicht von Staatsminister a. D. **Dr. Werner Schnappauf** 7915

Landtagsmandat für **Peter Eismann** 7915

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein . 7915, 7659
Franz Maget (SPD) 7927
Margarete Bause (GRÜNE) 7941
Georg Schmid (CSU) 7948

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung aktueller Energie- und Klimadaten (Drs. 15/9299)

Ruth Paulig (GRÜNE) 7965, 7967, 7970
Johannes Hintersberger (CSU) 7966, 7968
Susann Biedefeld (SPD) 7968
Staatsministerin Emilia Müller 7969

Beschluss 7970

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess (Drs. 15/9300)

Peter Winter (CSU) 7970
Christa Steiger (SPD) 7971
Eike Hallitzky (GRÜNE) 7973
Staatssekretärin Melanie Huml 7975

Beschluss 7976

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)
Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts (Drs. 15/9301)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)
Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen (Drs. 15/9310)

Susann Biedefeld (SPD) 7976, 7979
Roland Richter (CSU) 7978, 7979
Ludwig Wörner (SPD) 7979
Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7979, 7980
Staatsministerin Emilia Müller 7981

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/9301 . 7983

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/9310 . 7983

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Biodiversitätskonzept erstellen (Drs. 15/9302)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Verweisung in den Umweltausschuss 7983

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhofer u. a. u. Frakt. (CSU)
Höchststrafe für Heranwachsende, die nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, auf 15 Jahre erhöhen! (Drs. 15/9303)

Verweisung ins den Verfassungsausschuss 7983

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein u. a. u. Frakt. (SPD)
Verbot und Nichtnutzung der Gen-Maissorte MON 810 in Bayern (Drs. 15/9304)

Verweisung in den Landwirtschaftausschuss 7983

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. u. Frakt. (SPD)
zur **Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes** (Drs. 15/8885)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/9262)

Simone Tolle (GRÜNE) 7983, 7986, 7988
Reinhold Strobl (SPD) 7984
Georg Eisenreich (CSU) 7985
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 7987, 7988
Staatssekretär Bernd Sibler 7987, 7988

Namentliche Abstimmung
(s. a. Anlage 1) 7988, 7996, 7997

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl (CSU)
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets (Drs. 15/8826)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses (Drs. 15/9261)

Beschluss 7988

Schlussabstimmung 7989

Erledigung des SPD-Entwurfs 15/8863 7989

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes** (Drs. 15/8211)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9259)

Beschluss 7989

Schlussabstimmung 7989

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur **Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG)** (Drs. 15/7215)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9257)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes** (Drs. 15/8370)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9258)

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7989, 7992
Ulrike Scharf-Gerlspeck (CSU) 7991
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) 7991
Staatsminister Joachim Herrmann 7992, 7993

Beschluss zum GRÜNEN-Gesetzentwurf 15/7215 7993

Beschluss zum Regierungsentwurf 15/8370 7993

Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf 15/8370 7993

Abstimmung über **Anträge,** die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO **nicht einzeln beraten** werden
(s. a. Anlage 2)

Beschluss 7993

Eingabe betr. die **Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten** (EB.2576.15.B)

Maria Scharfenberg (GRÜNE) 7994
Otto Zeitler (CSU) 7994
Hans Joachim Werner (SPD) 7995

Rückverweisung in den Petitionsausschuss 7996

Mitteilung betr. Ausschussumbesetzungen 7996

Schluss der Sitzung 7996

(Beginn: 9.31 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 109. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung live.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch drei Glückwünsche aussprechen, aber erst, wenn es etwas ruhiger im Saal ist.

Am 11. November feierte Frau Kollegin Christine Haderthauer einen halbrunden Geburtstag. Ebenfalls einen halbrunden Geburtstag feierte am 12. November Herr Kollege Hans Joachim Werner. Heute feiert Herr Kollege Herbert Müller Geburtstag. Ich wünsche der Kollegin und den Kollegen im Namen des gesamten Hauses und auch persönlich alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg bei der Ausübung Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatsminister a. D. Dr. Werner Schnappauf hat mit Ablauf des 7. November 2007 auf sein Landtagsmandat verzichtet und ist damit aus dem Landtag ausgeschieden. Dr. Werner Schnappauf gehörte dem Hohen Hause seit 2003 an und war seit 1998 als Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen bzw. ab 2003 für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Mitglied im bayerischen Kabinett. Ich danke Herrn Dr. Schnappauf für seinen engagierten Einsatz und wünsche ihm im Namen des Bayerischen Landtags und persönlich viel Erfolg für seine neue Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Die Landeswahlleiterin hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Peter Eismann aus Eggolsheim als Listennachfolger festgestellt. Seit dem 12. November 2007 ist Herr Kollege Eismann Mitglied des Bayerischen Landtags. Herr Kollege, ich heiße Sie herzlich willkommen in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Mit Selbstbewusstsein, aber ohne Überheblichkeit bauen wir auf der erfolgreichen Politik der CSU-geführten Staatsregierungen der letzten 50 Jahre auf – von Hanns Seidel über Hans Ehard, Alfons Goppel, Franz Josef Strauß, Max Streibl bis zu Edmund Stoiber. Wir stehen auf einem starken Fundament. Gerade die letzten 14 Jahre haben unter Führung von Edmund Stoiber unser Land weit nach vorne gebracht. Wir stehen heute an der Spitze in Deutschland. An der Spitze zu bleiben ist nicht einfacher, als an die Spitze zu kommen.

Ich trete mein Amt als Bayerischer Ministerpräsident mit Mut und mit Demut an. Es ist eine große Herausforderung. Mein Herz schlägt für ganz Bayern, für alle seine Regionen, für alle seine Stämme, für alle Menschen, die hier leben und arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zu Recht stolz auf Bayern, auf unsere wirtschaftliche Leistungskraft, auf die reiche und vielfältige Kultur, auf eine gesunde Umwelt und die landschaftliche Schönheit Bayerns. Sie sind stolz auf die Qualität unseres Bildungssystems,

(Franz Maget (SPD): Oh!)

auf ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und auf unseren ausgeglichenen Haushalt. Sie sind froh, in einem sicheren Land zu leben. Das soll so bleiben, auch wenn die Grenzkontrollen nach Osten wegfallen, auch wenn Terror und fundamentalistische Gewalt weltweit um sich greifen. Innere Sicherheit schützt gerade auch die Schwachen. Wir werden alles tun für eine starke und effiziente Polizei und Justiz. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Bayerns Spitzenposition in vielen zentralen Bereichen steht außer Frage. Dennoch beobachten wir Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die uns Anlass zur Sorge geben müssen. Lassen Sie mich einige symptomatische Eindrücke schildern, Alltagseindrücke.

Wir beobachten, dass Eltern ihrer Erziehungsverantwortung nicht nachkommen. So kamen zum Beispiel am Nürnberger Flughafen nach den Sommerferien rund 100 Eltern mit ihren Kindern erst eine Woche nach dem Schulbeginn aus dem Sommerurlaub zurück. Das ist kein Beispiel für Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Disziplin!

(Beifall bei der CSU)

Wir beobachten, wie sich Jugendliche bei Flatrate-Partys sinnlos bis ins Koma betrinken. Gesundheitliche Schäden, Sachbeschädigungen und Gewaltausbrüche sind die Folgen.

In der S-Bahn begegnen wir Menschen, die laut Musik hören, die ihre schmutzigen Schuhe auf dem gegenüber-

liegenden Sitzpolster abstellen, die mutwillig Fenster zerkratzen und Sitze aufschlitzen.

(Zurufe von der SPD)

Allein in Münchens öffentlichen Verkehrsmitteln richtet Vandalismus

(Zuruf von den GRÜNEN)

einen Schaden von 7,3 Millionen Euro pro Jahr an.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das eine Regierungserklärung?)

Leider erleben wir auch Fälle von Gewalt an unseren Schulen – bis hin zu einer Messerstecherei bei einer Schulabschlussfeier in Mittelfranken in diesem Sommer.

Ich habe bewusst alltägliche Beispiele aufgegriffen, von denen jeder hört oder liest. Es geht mir darum, für die im Kleinen beginnende Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sensibilisieren.

(Ludwig Wörner (SPD): Freiheit, die wir meinen!)

Diese Beispiele dürfen natürlich nicht verdecken, dass es ungemein viel Positives in unserer Gesellschaft gibt, großen ehrenamtlichen Einsatz, wie zum Beispiel bei der Aktion „Drei Tage Zeit für Helden“ des Bayerischen Jugendrings. Rund 40 000 Jugendliche haben sich an sozialen, ökologischen und anderen Projekten beteiligt. Sie haben mit Ideen und Disziplin gezeigt: Eine lebenswerte Gemeinschaft ist ihnen etwas wert.

(Beifall bei der CSU)

Großen ehrenamtlichen Einsatz erleben wir täglich bei den Vereinen, bei der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, bei der Jugendarbeit, bei der Hilfe für den Nächsten. Was hier im Ehrenamt geleistet wird, verdient allergrößte Hochachtung und Unterstützung.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und Geld!)

Diese gegensätzlichen Beobachtungen zeigen: Es wäre falsch, pauschal von einem Werteverfall zu sprechen. Dennoch müssen wir feststellen: Die deutsche Gesellschaft ist insgesamt heterogener, gegensätzlicher, gleichgültiger und rücksichtloser geworden. So manch innere Schranke der Rücksichtnahme, der Höflichkeit, des Anstands, der Solidarität ist zerbrochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auch in der CSU! – Gegenruf von Henning Kaul (CSU): Ausgerechnet der!)

Die Reibungsflächen zwischen Einheimischen und Zuwanderern, zwischen Armen und Wohlhabenden, zwischen Absteigern und Aufsteigern nehmen zu. Der breite, für fast alle verlässliche wirtschaftliche Aufstieg, den die westdeutsche Gesellschaft von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland an bis 1990 erlebte, setzt sich so nicht fort. Die Bürger erleben heute in größerem Umfang auch Abstiegsprozesse, längere Zeiten von Arbeitslosigkeit, materielle Stagnation. Die Einkommen driften auseinander.

(Franz Maget (SPD): Jawohl! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Armut hat zugenommen. Die frühere Gewissheit, „wenn es meinem Unternehmen gut geht, geht es auch mir gut“, stimmt heute immer weniger.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das stimmt!)

Ehe und Familienbande sind brüchiger geworden. All das verunsichert viele Menschen.

In Bayern ist der gesellschaftliche Zusammenhalt größer als anderswo. Das ist ein wertvolles Gut. Das dürfen wir nicht verspielen. Im Gegenteil: Wir müssen es vermehren. Wir wollen alles tun, damit kulturelle und emotionale Kräfte, die das innere Band unserer Gesellschaft bilden, nicht weiter erodieren. Unser Zusammenhalt hat uns auch wirtschaftlich stark gemacht. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hätte weniger Lebensqualität, wenn das menschliche Miteinander kälter und der Zusammenhalt schwächer würden.

Deshalb habe ich meine Regierungserklärung unter das Leitmotiv gestellt: „Es kommt auf jeden und jede an – also auf alle. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

(Beifall bei der CSU)

Jeder muss an seinem Platz, nach seinen Kräften Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwohl übernehmen. Verantwortung setzt Kräfte frei. Verantwortung fordert Leistung ab. Verantwortung hilft aber auch gerade den Schwachen in unserer Gesellschaft. Sie dürfen auf unsere Solidarität vertrauen. Menschen mit Behinderung gleichwertige Lebenschancen zu ermöglichen, ist eine Herausforderung für einen Sozialstaat – und für mich ein persönliches Herzensanliegen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wenn jeder Einzelne Verantwortung übernimmt, dann werden wir mit gemeinsamen Kräften Bayerns Zukunft in einer globalen Welt sichern. Das ist die Vision eines Bürgerstaates, der zwischen schützendem Staat und eigenverantwortlichen Bürgern die Balance hält. Weil wir wirtschaftlich stark sind und weil wir eine starke kulturelle Identität haben, können wir unsere Vision verwirklichen.

Wir wollen unsere Familien unterstützen.

Wir wollen stärken, was integriert und das Miteinander fördert.

Wir wollen Tugenden wie Eigenverantwortung und Leistung, aber auch Disziplin und Rücksichtsnahme stärken.

Wir stehen für Werte wie Freiheit, Demokratie und Toleranz.

Wir wollen Chancen für alle schaffen durch Bildung, Innovationen und Investitionen, damit wir Gewinner der Globalisierung bleiben.

Aus Vertrauen in das Miteinander wächst Vertrauen in die Zukunft. Wir wollen die innere Stabilität unserer Gesellschaft stärken, ihre kulturelle Identität fördern und ihr mehr Selbstbewusstsein und Zukunftsvertrauen geben.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Familien stärken.

Jedes Kind braucht Liebe und Zuwendung. Dies erfahren Kinder vor allem in der Familie. Was Familien bei der Wertevermittlung und Persönlichkeitsentwicklung nicht leisten, können Institutionen wie Kinderhort, Kindergarten und Schule kaum ausgleichen.

Heute sind Familien vielfältig. Zwei Drittel aller Eltern mit Kindern unter drei Jahren wollen ihre Kinder selbst zu Hause betreuen. Andere Eltern wollen oder müssen Familie und Beruf oder Familie und Ausbildung bzw. Studium miteinander verbinden. Sie brauchen Betreuungsangebote. Die vielen Alleinerziehenden, die es vielfach nicht leicht haben, brauchen sie noch dringender.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wie wahr!)

Wir wollen Lebensentwürfe nicht vorschreiben, wir wollen sie ermöglichen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch nicht! Genau! Sagen Sie etwas dazu!)

Was die Familien wollen, ist Wahlfreiheit. Wir wollen eine optimale Entwicklung aller Kinder, weil es auf alle ankommt.

(Beifall bei der CSU)

Zu dieser Wahlfreiheit gehört für uns auch das Betreuungsgeld. Die Diskussion gegen das Betreuungsgeld – vornehmlich bei SPD und GRÜNEN – ist unsäglich.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wer die Unterstützung für die ausschließliche Betreuung durch Vater oder Mutter mit dem Wort „Herdprämie“ verächtlich macht, bevormundet Millionen von Müttern und Vätern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Die SPD hat sich leider klar gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Ich frage Sie: Was sind Ihnen die Kinder wert?

(Zurufe von der SPD: Ach! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ein Kind in einer Betreuungseinrichtung wird mit rund 800 Euro gefördert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Also wirklich!)

Das gleiche Kind ist Ihnen keinen einzigen Euro wert, wenn es die Eltern ausschließlich alleine betreuen. Ist das familiengerecht?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und wie sieht es mit dem Ehegattensplitting aus? – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Nein! Das ist eine unerträgliche Arroganz gegenüber der Mehrheit der Eltern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt nicht!)

Hören Sie endlich damit auf, Eltern mit der Unterstellung zu diskreditieren, Kinder seien in einer Krippe besser aufgehoben als bei ihren Eltern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss man einmal in die entsprechenden Einrichtungen gehen! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Aus den veränderten Familienstrukturen ergeben sich drei Ansatzpunkte zur Stärkung der Familien.

Erstens: Wir fördern den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Zum Investitionszuschuss des Bundes geben wir im Rahmen des Programms „Bayern 2020“ 100 Millionen Euro dazu. Das tut in dieser Größenordnung kein anderes Land in Deutschland.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Damit erhalten die Kommunen eine deutlich höhere Förderung als bisher. Darüber hinaus fördern wir den laufenden Betrieb aller Kinderbetreuungseinrichtungen mit jährlich knapp 600 Millionen Euro.

Zweitens: Wir wollen, dass die Tagesmütterbetreuung weiter ausgebaut wird. Das geht von Eigeninitiative über Nachbarschaftsmodelle bis hin zu Netzwerken. Wir setzen auch bei den Betreuungsangeboten auf Vielfalt. Das wollen auch viele Eltern.

(Beifall bei der CSU)

Drittens: Unser Landeserziehungsgeld gibt Eltern Sicherheit und Wahlfreiheit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Na also, wirklich, für 150 Euro!)

Wir werden die Einkommensgrenzen spürbar anheben.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Damit können sich künftig mehr Familien in Bayern die Kinderbetreuung zu Hause leisten.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich betone: Der Ausbau der Kinderbetreuung ist auch eine kommunale Aufgabe. Ich erwarte von den Kommunen, dass sie dieser Aufgabe zum Wohle unserer Familien und Kinder nachkommen. Das hat heute mit Sicherheit eine höhere Priorität als so manche Mehrzweckhalle.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass junge Menschen jederzeit ein Kind bekommen können und die Sicherheit haben: Unser Kind wird von der Gesellschaft angenommen, es ist willkommen, wir können die Betreuung schaffen. Im Mittelpunkt unserer Politik steht das Kind. Deswegen geht es nicht nur um die Quantität der Betreuung, sondern gerade auch um die Verbesserung der Qualität der Betreuung.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Integration fordern und fördern.

Integration ist eine Schlüsselfrage für unser Land. Wir wollen, dass die Menschen, die bei uns leben, sich zu unserer Gesellschaft bekennen. Nur so bleibt unser Land mit offenen Grenzen und Angehörigen verschiedener Kulturen und Ethnien dauerhaft stabil und lebenswert.

Niemand muss deshalb seine Wurzeln vergessen oder leugnen, aber jeder und jede muss die rechtsstaatlichen Grundwerte und die gesellschaftlichen Spielregeln anerkennen und die kulturellen Sitten und Gebräuche respektieren. Das verstehen wir unter Leitkultur. Das fordern wir ein.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander. Weil es auf jeden, auch auf jeden ausländischen Mitbürger ankommt.

Ohne Sprache keine Integration! Nur wer Deutsch spricht, kann sich im täglichen Leben zurechtfinden, einen Schulabschluss erwerben und am Arbeitsmarkt aktiv teilnehmen. Sprache ist der erste Schritt in die Mitte unseres Lebens.

Wir wollen keine dauerhaft erhöhte Arbeitslosigkeit bei unseren ausländischen Mitbürgern. Sie ist heute mehr als doppelt so hoch wie bei den Einheimischen. Wir wollen keinen dauerhaft erhöhten Sozialhilfebezug bei unseren ausländischen Mitbürgern. Er ist rund doppelt so hoch wie der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung. Wir wollen keine dauerhaft erhöhte Kriminalität bei unseren ausländischen Mitbürgern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist die auch doppelt so hoch?)

Dies ist Ausdruck von Integrationsdefiziten. Damit wollen und damit werden wir uns nicht abfinden, gerade auch im Interesse unserer ausländischen Mitbürger.

(Beifall bei der CSU)

Bereits vor zehn Jahren habe ich verstärkten Deutschunterricht für Migrantenkinder gefordert.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo sind die Mittel?)

Damals wurde ich der rüden Germanisierung verdächtigt, auch in diesem Haus, von Ihrer Seite. Heute geben auch Rot undGrün zu: Multikulti ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU)

Diese verhängnisvolle „Kulturduselei“ hat Deutschland und vor allem den Zuwanderern geschadet.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie haben nichts getan!)

Was werden wir tun?

In den letzten Jahren haben wir die Vorkurse Deutsch im Kindergarten von 40 auf 160 Stunden systematisch ausgebaut. Es zeigen sich bereits deutliche Erfolge. Das reicht aber noch nicht aus. Wir werden auf Dauer nicht akzeptieren, dass Kinder, die nicht ausreichend Deutsch können, in eine Regelklasse kommen. Wir dürfen die Probleme nicht in der Schule, wir müssen sie vor der Schule lösen.

(Beifall bei der CSU)

Der Kultusminister wird dazu im Januar ein Konzept vorlegen, wie die Vorkurse Deutsch weiter optimiert werden können. Die Förderung von Kindern hat aber nur dann vollen Erfolg, wenn auch zu Hause deutsch gesprochen wird. Deshalb beziehen wir auch die Eltern, insbesondere die Mütter, in die Deutsch-Förderprogramme ein. Viele machen hier erfreulicherweise aus eigenem Antrieb mit. Wer sich diesem Angebot verweigert, bei dem werden wir die Verpflichtung zum Sprach- und Integrationskurs stärker einfordern.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen zusammen mit den Kommunen Sprachtrainer in die Kindertagesstätten schicken und dort das Personal fortbilden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hätten Sie schon lange machen können!)

Dies kommt allen Kindern zugute, gerade auch den deutschen Kindern, die immer häufiger Sprachdefizite haben. Dies ist ein Angebot an die Kommunen. Wir sind bereit, dafür jährlich 25 Millionen Euro auszugeben. Damit setzen wir auch ein Zeichen für Qualität in der Kinderbetreuung, die uns am Herzen liegt.

(Beifall bei der CSU)

Integration durch Sprache und Bildung ist wichtig. Doch Integration findet auch im Alltag statt. Gerade in Sportvereinen wird Fairness, Teamgeist, Akzeptanz von Regeln und Leistungsbereitschaft gelehrt und gelernt. Gerade über den Sport erfahren Jugendliche Anerkennung, die ihnen in der Schule vielfach versagt bleibt. Anerkennung ist auch der Einstieg dafür, dass viele Jugendliche für Integration und Bildung überhaupt erst erreichbar werden. Ich danke allen, die sich in Vereinen, Verbänden und Kirchen um die Integration ausländischer Mitbürger bemühen.

Integrierte Ausländer sind Vorbilder. Das kann der Spitzensportler oder der Medienstar ebenso sein wie der Ladenbesitzer um die Ecke, der Trainer im Fußballverein oder der Polizist. Wir werden Beispiele gelungener Integration künftig stärker herausstellen, weil sie zeigen: Integration lohnt sich. In Bayern stehen viele Türen zum Dialog offen. Wer zu uns kommt, muss bereit sein, sich auf das Land einzulassen, in dem er leben will. Die Bereitschaft dazu erwarten wir, weil es auf jeden Einzelnen ankommt.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: junge Menschen bilden. Es kommt auf jeden an!

Ich denke, Staatsregierung, Mehrheitsfraktion und Opposition sind sich im Ziel bayerischer Bildungspolitik einig: Wir wollen die bestmögliche Bildung für unsere Kinder. Und: Soziale Herkunft darf nicht über Bildungschancen entscheiden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das tut sie aber in Bayern!)

Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Frage, wie wir diese Ziele erreichen, haben wir aber unterschiedliche Ansichten. SPD und GRÜNE fordern, Kinder möglichst lange in einer Klasse zu unterrichten. Sie wollen doch die Einheitsschule bis zur zehnten Klasse! Die Gesamtschule hat die SPD in Deutschland lange genug ausprobiert, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen. Das ist doch ein Pisa-getesteter Holzweg!

(Beifall bei der CSU)

Gesamtschule kostet mehr und leistet weniger. Bei allen Tests – von Iglu bis Pisa – sind die bayerischen Schüler mit unserem gegliederten Schulsystem Spitze. International gehören sie zu den Top fünf der Welt, national lautet das Pisa-Zeugnis für die bayerischen Kinder: Mathematik: erster Platz, Lesen: erster Platz, Naturwissenschaften: erster Platz, Problemlösen: erster Platz.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem wärmen SPD-regierte Länder die Gesamtschuldebatte der 70er-Jahre wieder auf. Ihre Schulkonzepte haben die Note mangelhaft – Pisa-getestet. Geben Sie uns keine Ratschläge, schreiben Sie lieber bei uns ab!

(Beifall bei der CSU)

In die Schule kommen Kinder aus unterschiedlichen Kulturen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Damit können Sie nicht umgehen!)

Es kommen Kinder, die hochbegabt und weniger begabt sind. Menschen sind nun einmal unterschiedlich in ihren Stärken und Schwächen. Die Antwort darauf kann doch nicht eine Einheitsschule sein.

Für uns gehören zu einem optimalen Bildungsangebot des gegliederten Schulsystems erstens eine begabungsgerechte Schulwahl, zweitens eine individuelle Förderung in den Schulen und drittens größtmögliche Durchlässigkeit. Kein Abschluss ohne Anschluss.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass die Schulwahl nach der Begabung erfolgt und nicht nach der sozialen Herkunft.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer entscheidet denn über die Begabung?)

Dazu müssen Eltern das Potenzial ihrer Kinder und ihre Chancen im bayerischen Bildungssystem kennen und

richtig einschätzen. Deshalb werden wir die Schullaufbahnberatung in der Grundschule intensivieren und allen Schülern ein Übertrittszeugnis mit Schulempfehlung geben.

Wir wollen die individuelle Förderung in der Schule verbessern. Auch Kinder, die von ihren Eltern weniger gut unterstützt werden können, wollen wir in der Schule noch intensiver fördern. Dazu werden wir an den Grundschulen die Mittagsbetreuung bis 16.00 Uhr verlängern, sodass dort künftig eine zuverlässige Hausaufgabenbetreuung möglich sein wird. Wir werden die Ganztagsschulangebote an den weiterführenden Schulen ausbauen.

Mit den Intensivierungsstunden am G 8 haben wir die individuelle Förderung der Schüler bereits spürbar erweitert. Sie erfüllen aber nur dann ihren Zweck, wenn sie nicht zur Vermittlung von neuem Stoff verwendet werden. Hier wird Bekanntes in kleinen Lerngruppen gezielt geübt, wiederholt und vertieft. Hier werden auch die besonders Begabten intensiver gefördert.

Im achtjährigen Gymnasium legen wir stärker Wert auf Grundbildung und Grundwissen. Deshalb wurde bei der Einführung der Stoff gekürzt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Haben Sie das einmal nachgeprüft?)

Quantität des Wissens bürgt noch nicht für die Qualität der Bildung. Wir wollen kein stures Pauken, sondern sinnvollen Umgang mit Inhalten. Dennoch beklagen sich Eltern über eine zu große Stofffülle und über die Überforderung ihrer Kinder. Offensichtlich wird unsere Intention noch nicht überall im Unterricht umgesetzt. Wo es Schwachstellen gibt, werden wir sie konsequent beseitigen.

(Beifall bei der CSU)

Die individuelle Förderung - von der Grundschule bis zum Gymnasium - gibt unseren Kindern mehr Chancen. Es muss aber auch Freiraum für Jugendarbeit, für Sport, für musische Erziehung verbleiben. Aus eigenem Erleben weiß ich, dass dies für die Entwicklung junger Menschen außerordentlich prägend sein kann.

Bestmögliche Förderung unserer Kinder heißt natürlich auch, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jawohl!)

Unterricht muss für Schüler und Eltern verlässlich sein.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wäre schön!)

An Grund- und Hauptschulen stehen dafür im Laufe des Schuljahres 2180 mobile Reserven zur Verfügung. Ich wiederhole die Zahl: 2180 Lehrer stehen als mobile Reserve an Grund- und Hauptschulen zur Verfügung.

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich bin davon überzeugt, dass kein anderes Land eine mobile Reserve in diesem Umfang hat. Das ist richtig und notwendig.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Bei den anderen Schularten haben wir Stellen und Mittel für 1400 zusätzliche Lehrer und Aushilfskräfte geschaffen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mehr! Stocken Sie auf!)

Die Leiter und Leiterinnen der weiterführenden Schulen können mit zusätzlichen 33 Millionen Euro unmittelbar vor Ort Vorsorge gegen Unterrichtsausfall treffen. Das wird sich hoffentlich sehr bewähren. Wir müssen die Freiräume für die Schulen vor Ort insgesamt erweitern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine ernsthafte Bitte an die Opposition in diesem Haus: Streiten wir in der Sache über die beste Schulpolitik. Aber hören Sie auf, den Menschen in Bayern einzureden, dass sich in der 4. Klasse Grundschule das Schicksal für das gesamte weitere Leben endgültig und unwiderruflich entscheidet. Wer das behauptet, redet unredlich und verantwortungslos.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es aber! Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Zwei konkrete Beispiele für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems:

Erstens. Ein Hauptschüler mit „Quali“ hat eine Lehre zum Mechatroniker abgeschlossen und gleichzeitig die Mittlere Reife erworben. Nach dem Besuch der Berufsoberschule studiert er an der Fachhochschule Ingenieurwesen. Das ist vielfältige Realität in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie heißt der Hauptschüler?)

Zweitens. Ein damals junger Mann hat den Realschulabschluss erworben, eine Ausbildung in der Verwaltung gemacht und gearbeitet. Nach neun Jahren hat er das Abitur nachgeholt und Volkswirtschaft studiert. Heute ist er CSU-Vorsitzender und bayerischer Finanzminister. Das zeigt doch: Wer Talent hat, macht seinen Weg.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden die Durchlässigkeit unseres Schulsystems weiter ausbauen.

Ab dem kommenden Schuljahr richten wir spezielle Klassen ein, in denen gute Realschüler, Wirtschaftsschüler und Hauptschüler mit Mittlerer Reife auf den direkten Eintritt in die gymnasiale Oberstufe vorbereitet werden. Wir erweitern die zwölfjährige Fachoberschule flächendeckend um ein weiteres Jahr, damit man die allgemeine Hochschulreife erlangen kann. Besonders leistungsfähige Schüler mit mittlerem Abschluss können parallel zum Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erwerben. Künftig soll der Meisterbrief den fachbezogenen Zugang zur Fachhochschule ermöglichen.

Kein Abschluss ohne Anschluss, das ist in Bayern Realität. Die SPD hat das immer noch nicht zur Kenntnis genommen: Bereits heute kommen 43 % aller Hochschulzugangsberechtigten nicht vom Gymnasium. Das muss der Bevölkerung gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wer die Behauptung aufstellt, in der 4. Klasse Grundschule entscheide sich das Schicksal endgültig, der sagt die Unwahrheit und nimmt Menschen ihre Lebenschancen, weil er ihnen irreführende, falsche Informationen gibt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Na, na!)

Unterlassen Sie das in der Zukunft, liebe Kollegen von der SPD!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir werden nicht an der Qualität unserer Bildung rütteln. Kuschelpädagogik und Spaßpädagogik fordern Kinder nicht ausreichend. Zum Bildungserfolg gehören Fleiß, Durchhaltevermögen, Lernen, Willensstärke. Der Aspekt von Leistung und Anstrengung, von Pflichterfüllung und Verantwortung kommt mir in der gegenwärtigen Bildungsdebatte viel zu kurz.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Gerade in der Globalisierung gilt: Nur beste Bildung sichert den Menschen ein Leben lang Arbeit und Wohlstand. Nur wer mehr leistet, kann sich mehr leisten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist zynisch!)

So wie Bildung nicht ohne Leistung und Anstrengung denkbar ist, so ist Bildung auch nicht ohne Erziehung denkbar. Wir haben weniger Bildungsdefizite, sondern eher Erziehungsdefizite, bei manchen sogar Erziehungsnotstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das kann Schule nicht allein beheben. Die Eltern stehen in der Pflicht, Vorbild zu sein und zu erziehen. Eine eigenmächtige Ferienverlängerung vermittelt den Kindern doch das Gefühl, dass man für den Geiz-ist-geil-Urlaub auch blaumachen darf. Es ist notwendig, die Erziehungsfähigkeit und die Erziehungswilligkeit der Eltern zu stärken.

(Beifall bei der CSU)

Eltern müssen bei der Erziehung vertrauensvoll mit den Lehrern zusammenarbeiten und deren Autorität stützen, anstatt ihnen in den Rücken zu fallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich will die Lehrer in ihrem Erziehungsauftrag stärken. Die meisten setzen sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit und mit ihrem ganzen Können für das Wohl der Kinder ein. Lehrer haben Anspruch auf mehr Respekt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schüler auch!)

Wir wollen im neuen Dienstrecht Beförderungsmöglichkeiten schaffen, die nicht ausschließlich an Funktionen gebunden sind, sondern sich an besonderen pädagogischen Leistungen und Erfolgen orientieren.

Auch viele nichtstaatliche Schulen leisten bei der wertebetonten Erziehung und bei der Einbindung der Eltern in den Lebensraum Schule Beachtliches. Wir prüfen, wie wir diese Schulen besser unterstützen können.

Eine wichtige Säule unseres gegliederten Schulsystems ist die Hauptschule. Sie hat Zukunft, weil Bayern als Land des Mittelstands und des Handwerks auf die Absolventen der Hauptschule angewiesen ist. Die Wirtschaft erwartet motivierte und ausbildungsfähige junge Leute. Deswegen werden wir die Hauptschule, die ein Drittel unserer Kinder besucht, erheblich stärken.

(Zuruf von der SPD: Wie wollen Sie sie stärken?)

Die Wirtschaft setzt auf die Hauptschule.

Sie von der SPD bezeichnen die Hauptschule abwertend als „Restschule“. Ich frage Sie: Wenn für Sie 33 % der Rest sind, was ist dann für Sie die SPD in Bayern mit ihren 19 %?

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wollen Sie sich selber abschaffen wie die Münchener SPD die Hauptschule?

Wir werden flächendeckend jedem Hauptschüler ein verlässliches Ganztagsangebot machen. Wir werden die Jugendsozialarbeit ausbauen und im nächsten Jahr zusätzlich rund 100 Stellen bei den Kommunen fördern.

Die Hauptschule muss wieder stärker die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen vermitteln. Sie muss zu den Grundtugenden Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Disziplin, Höflichkeit erziehen. Das erwartet die Wirtschaft völlig zu Recht von jedem Schulabgänger.

Von all diesen Maßnahmen erwarten wir eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsreife. An manchen Standorten verlassen rund zehn Prozent der Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Diese Quote wollen wir in der nächsten Legislaturperiode halbieren.

Die Ausbildungssituation in Bayern verbessert sich zusehends. Dabei gibt es regionale Unterschiede. Wir haben hier in den vergangenen drei Jahren mit unserem Programm „Fit for work“ gut 15 000 Ausbildungsstellen eingeworben. Es muss uns künftig gelingen, dass jeder ausbildungsfähige junge Mensch eine Ausbildung erhält.

Wer nach neun Schuljahren nicht ausbildungsreif ist, dem bieten wir das Berufsvorbereitungsjahr an. Neu schaffen wir ein Berufseinstiegsjahr für ausbildungsreife Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Bislang waren diese Jugendlichen einen Tag in der Berufsschule und den Rest der Woche sich selbst überlassen. Jetzt haben diese Jugendlichen die halbe Woche Unterricht an der Berufsschule, und die andere Hälfte der Woche sind sie bei Maßnahmeträgern wie Betrieben, Kammern, Kommunen tätig. Wir holen sie weg von der Straße, damit sie einen regelmäßigen, zielgerichteten Tages- und Wochenablauf einüben können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Zu spät!)

Wir alle zusammen müssen noch mehr als bisher den Hunger nach Bildung wecken und die Entfaltung aller Talente fördern. Ein Hochlohnland braucht höchste Qualität in der Bildung, braucht Eliten als Motoren für Innovation. Wir können als Land nur an der Spitze bleiben, wenn wir spitze auch bei der Bildung sind. Jeder von uns muss nach seinen Begabungen spitze sein. Dann werden wir Gewinner der Globalisierung sein. Es kommt auf jeden an.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: die Bürger aktiv am Gemeinwesen beteiligen.

Wir wollen, dass sich möglichst viele Bürger mit ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihrem Können in unser Gemeinwesen einbringen. Viele Bereiche unserer Gesellschaft sind ohne das Mitwirken der Bürger gar nicht denkbar. Das gilt insbesondere für das kulturelle und soziale Gesicht Bayerns.

Auch im Kulturbereich sind Zigtausende von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig. Kultur verbindet, Kultur führt zusammen, Kultur schafft Identität. Daher werden wir mit besonderem Engagement auch künftig die Kultur fördern, von der Oper bis zur Volkskunst, vom Denkmalschutz bis zur Filmförderung, von den Museen über Bibliotheken bis zum Theater. Bayern wird auch künftig ein attraktiver Kulturstaat bleiben. Wir sind Spitzenreiter und werden es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso wird meine Regierung der sozialen Sicherheit in Bayern einen hohen Stellenwert geben. Wer krank, pflegebedürftig, behindert oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesen ist, muss sich auf unser soziales Netz verlassen können. Gerade die Pflege wird durch die Veränderung der Altersstruktur immer wichtiger. Die Qualität unseres Landes hängt nicht nur von Wirtschaft, Forschung und Zahlen ab, sondern gerade auch davon, wie wir mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft umgehen. Gerade diese Menschen brauchen unsere Zuwendung. Sie gehören in die Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Arbeit schaffen.

Bayern ist heute das wirtschaftlich erfolgreichste Land in Deutschland. Allein in den letzten zehn Jahren ist Bayerns Wirtschaftsleistung doppelt so stark gewachsen wie im Bundesdurchschnitt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und die von Baden-Württemberg?)

Wachstum schafft Arbeit und Wohlstand. In Bayern sind in den letzten zehn Jahren mehr Arbeitsplätze entstanden als in jedem anderen Land. Die Förderung derer, die Arbeit schaffen, die etwas unternehmen – Existenzgründer, Selbstständige, Mittelständler und Handwerk –, hat daher auch für meine Regierung höchste Priorität.

Deswegen haben wir in der Koalition dieser Tage eine Erbschaftsteuerreform durchgesetzt, die den Mittelstand deutlich entlastet. Das Vererben eines Unternehmens bleibt zu 85 % steuerfrei, wenn der Betrieb langfristig fortgeführt wird.

Politik für eine starke und dynamische Wirtschaft ist der Königsweg zu sozialer Gerechtigkeit. Sie schafft Chancen für alle und ist die Basis für die Solidarität mit den Schwachen.

Eine wichtige Weichenstellung für die künftige wirtschaftliche Stärke und Dynamik ist das Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeit“. Die Staatsregierung wird auf dieser Grundlage in den nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Milliarden Euro investieren.

Wir werden die gute Einnahmesituation auch dazu nutzen, die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung erheblich aufzustocken. Damit wollen wir alles tun, um gerade in

den strukturschwächeren Regionen Arbeit zu schaffen. Investitionen dürfen mangels Fördermöglichkeiten nicht an andere Standorte abwandern.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir werden die finanzielle Ausstattung des Mittelstandskreditprogramms anheben.

Zusätzliche Anstrengungen sind besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Ich möchte dazu die Hand in Richtung Arbeitgeber und Gewerkschaften ausstrecken. Ich suche den Dialog zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bayern nützen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine vernünftige und maßvolle Tarifpolitik betrieben

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber die war doch unvernünftig!)

und damit Arbeitsplätze in Deutschland und Bayern gesichert. Das möchte ich ausdrücklich würdigen.

Ebenso danke ich allen Arbeitgebern, die mit unternehmerischem Weitblick und Können Arbeitsplätze in Bayern gesichert und geschaffen haben.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Fortschritt vorantreiben und Chancen ergreifen.

Hochschulen und Forschung behalten hohe Priorität. In den kommenden Jahren werden so viele junge Menschen in Bayern eine Studienberechtigung haben wie nie zuvor. Das ist keine Last, das ist eine Riesenchance. Wir wollen jedes Talent in Bayern halten. Es kommt auf jeden an. Deshalb werden wir vor allem die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer stark ausbauen, ohne die Geisteswissenschaften zu vernachlässigen.

Neben dem bereits beschlossenen Ausbau der personellen Kapazitäten um 38 000 Studienplätze und 3000 Stellen müssen jetzt die Hochschulen den räumlichen Ausbau vorantreiben. Dafür stellen wir 236 Millionen Euro zur Verfügung. Die weitere schrittweise Sanierung und Modernisierung der Hochschulbauten werden wir angehen.

Die wissenschaftliche Zukunft wird im Kampf um die besten Köpfe entschieden. Wir werden mit der Dienstrechtsreform Freiräume in der Professorenbesoldung schaffen, weil wir die Besten gewinnen und behalten wollen.

Wir werden bis 2020 den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 3,6 % steigern. Wir werden die angekündigten Leuchtturmprojekte realisieren. Wir wollen uns an der Etablierung eines europäischen Höchstleistungsrechenzentrums beteiligen und gemeinsam mit den Forschungszentren Jülich und Karlsruhe ein „Gauß Center for Supercomputing“ errichten.

Wir unterstützen die Einrichtung neuer Fraunhofer-Institute und einen möglichen Ausbau der Max-Planck-Forschungsgruppe für Optik und Photonik in Erlangen zu einem Institut.

Zu den technologischen Leuchttürmen zählt auch der Transrapid. Ich stelle fest:

Erstens. Der Transrapid ist ein Projekt der Großen Koalition für ganz Deutschland. Er war bereits ein Projekt der rot-grünen Bundesregierung,

(Beifall bei der CSU)

auch wenn das die Technikfeinde von der bayerischen SPD immer noch nicht wissen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir brauchen eine bessere Anbindung des Flughafens München, übrigens für ganz Bayern. Eine Express-S-Bahn käme Bayern wesentlich teurer als der Transrapid. Sie ginge zulasten anderer ÖPNV-Projekte in ganz Bayern. Die Alternative lautet: Transrapid jetzt oder keine schnelle Bahnanbindung des Flughafens auf alle absehbare Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir wollen dieses Technologieprojekt in Deutschland und nicht in China. Es ist eine Riesenchance für Bayern und für Deutschland. Wir halten eine technische Innovation in unserem Land und schaffen damit Tausende von Arbeitsplätzen, übrigens die Mehrzahl davon in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Wir erwarten, dass das Anbieterkonsortium bald einen Festpreis für die Realisierung anbietet.

Fünftens. Die Schmerzgrenze für den Landeshaushalt ist mit 490 Millionen Euro klar beziffert. Wir lassen uns nicht in ein finanzielles Abenteuer treiben.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn die technologischen Leuchtturmprojekte, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen naturgemäß vor allem in den Metropolen angesiedelt sind – sie nutzen dem ganzen Land. Bayerns Stärke liegt aber nicht allein in den Metropolen. Sie liegt in hohem Maße auch und gerade im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: gleichwertige Lebensqualität in Stadt und Land.

Auf dem Land leben über 60 % der Bevölkerung. Hier gibt es attraktive Tourismusangebote, kompetente Handwerker und leistungsfähige Mittelständler. Auch „Global Player“ wie La Roche in Penzberg, BMW in Dingolfing, Siemens in Bad Neustadt oder Eurocopter in Donauwörth haben hier ihren Sitz, einschließlich vieler Zulieferer und vieler Dienstleister. Der ländliche Raum prägt unsere bayerische Identität mit seiner landschaftlichen Schönheit, mit Traditionen und Kultur, mit einem blühenden Vereinsleben und viel ehrenamtlichem Engagement. Im ländlichen Raum ruhen Bayerns Unverwechselbarkeit und Stabilität.

In Stadt und Land für gleichwertige – nicht etwa für gleiche – Lebensbedingungen zu sorgen, ist unsere Politik. Der ländliche Raum ist vielfältig. In vielen Regionen besteht wahrlich kein Grund zum Jammern. Sie haben mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten in ganz Bayern, erschwingliche Grundstückspreise, niedrige Mieten, weniger Kriminalität und hervorragende wirtschaftliche und demografische Zukunftsperspektiven. Selbst der ehemals im Schatten des Eisernen Vorhangs gelegene Landkreis Cham hat heute eine Arbeitslosenquote von unter 4 % – deutlich weniger als Nürnberg oder Augsburg. Cham trägt sogar die offizielle Bezeichnung „Region der Zukunft“.

Zum ländlichen Raum gehören aber auch Regionen, die von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, die von den Härten des Strukturwandels und von einem starken Abwanderungsdruck geprägt sind, vor allem in Nordostbayern. Hier werden wir unsere Anstrengungen weiter verstärken müssen, um die Schwächen auszugleichen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben Sie vor zwanzig Jahren auch schon versprochen!)

Ein zentraler Stützpfeiler im ländlichen Raum ist unsere Land- und Forstwirtschaft. Die Perspektiven für unsere Landwirte haben sich endlich verbessert. Ob bei Milch, bei Getreide, bei regenerativen Energien – überall tun sich neue Marktchancen auf. Auch für meine Regierung gilt: Wir stehen verlässlich an der Seite unserer Landwirte und Waldbauern. Wir fördern sie wie kein anderes Land. Wir kämpfen für ihre Interessen innerhalb der Europäischen Union und der WTO, der Welthandelsorganisation. Eine starke Landwirtschaft ist die Seele unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Novellierung der Erbschaftsteuer achten wir darauf, dass die Landwirtschaft insgesamt nicht höher als heute belastet wird.

Die Politik für den ländlichen Raum muss differenziert angelegt sein und die Potenziale vor Ort gezielt mobilisieren. Dazu müssen die Landkreise und Städte selbst initiativ werden und das Regionalmanagement ausbauen. Aus einer intensiven regionalen Vernetzung und Kooperation zwischen Kommunen, Kammern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen erwachsen wichtige Impulse. Die Staatsregierung bietet mit der Cluster-Initiative Unterstützung bei Finanzierung und Umsetzung.

Mit dem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ fließen fast 200 Millionen Euro speziell in den ländlichen Raum. Im Programm „Zukunft Bayern 2020“ sind für den ländlichen Raum zusätzlich über 100 Millionen Euro für Staatsstraßen, 15 Millionen Euro für Dorferneuerung und 15 Millionen Euro für die Städtebauförderung eingestellt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das bringt bestimmt etwas!)

Das Aktionsprogramm für den ländlichen Raum wird konsequent umgesetzt. Wir legen ein „Tourismusprogramm“ im Umfang von 300 Millionen Euro auf, vornehmlich für Betriebe außerhalb der Großstädte.

Wir haben im Bereich der Landwirtschaft trotz massiver Kürzung der EU-Mittel die bayerische Kofinanzierung in unveränderter Höhe beibehalten. Mehr noch: Wir haben zusätzlich 70 Millionen Euro über das ursprüngliche Haushaltsvolumen hinaus zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, für das Kulturlandschaftsprogramm, für die Dorferneuerung und weitere Maßnahmen bereitgestellt. Das unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung, die wir in Bayern der Land- und Forstwirtschaft einräumen.

Wir werden die Erschließung des ländlichen Raums mit Datenautobahnen verstärkt fördern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es ist höchste Zeit! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt, so schnell schon!)

Dazu legen wir ein Programm von 10 Millionen Euro auf, mit dem der Anschluss an das schnelle Internet möglich wird.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Ausbau der Fachhochschulkapazitäten in Lehre und angewandter Forschung sowie dem Ausbau des zweigleisigen Studienangebots „Hochschule dual“ stärken wir die Regionen zusätzlich. Wir sollten uns bewusst sein: Wir können die Kräfte der Globalisierung und des Marktes nicht außer Kraft setzen, aber wir müssen unsere Stärken erkennen und die Chancen nutzen.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: starke Kommunen.

In den Kommunen wird Gemeinschaft gelebt und staatliches Handeln erlebt. Starke Kommunen sind die Basis eines stabilen Gemeinwesens. Basis erfolgreicher kommunaler Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung. Wir haben den kommunalen Finanzausgleich in diesem Jahr deutlich aufgestockt. Für das kommende Jahr ist schon allein wegen der Steuerverbünde mit einer spürbaren Anhebung der FAG-Mittel zu rechnen. Meine Regierung legt ein Sonderprogramm von 150 Millionen Euro auf zur schnelleren Abfinanzierung staatlicher Förderung wichtiger Investitionsvorhaben. Das kommt auch

vielen privaten Trägern zugute. Damit wird der Abfinanzierungsstau deutlich reduziert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Nach der Sperrefreigabe vom Mai dieses Jahres in Höhe von 100 Millionen Euro haben wir mit sofortiger Wirkung nochmals 70 Millionen Euro zusätzlich freigegeben. Davon profitieren auch die Kommunen und freie Träger von Schulen.

Wir haben in diesem Jahr auch eine Aufstockung der Mittel für den kommunalen Hochbau beschlossen. Damit wollen wir ein zusätzliches Investitionsvolumen von 185 Millionen Euro anschieben. Dies kommt vor allem den Schulen zugute. Aber es sind auch wichtige Impulse für das Handwerk und die Bauwirtschaft. Das sichert Arbeitsplätze vor Ort.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen müssen aber künftig auch noch stärker selbst initiativ werden. Sie müssen gezielt an der Steigerung ihrer Attraktivität für Unternehmen, aber auch für junge Familien arbeiten. Dazu gehört ein aktives Regionalmanagement. Dazu gehört das Ausschöpfen von Effizienzreserven durch intensive kommunale Zusammenarbeit in der Verwaltung und beim Leistungsangebot an Bürger und Wirtschaft. Auch hier kommt es auf das Engagement jeder Kommune und jedes einzelnen Landkreises an.

Bayern ist ein kommunalfreundliches Land. Nicht ohne guten Grund wurde die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs in den Haushalten der letzten zehn Jahre immer mit Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände beschlossen. Unsere Kommunen stehen besser da als die Kommunen in anderen Ländern. Unsere Gemeinden erzielten 2006 einen positiven Finanzierungssaldo von 1,4 Milliarden Euro, während die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in allen drei vergangenen Jahren erhebliche Finanzierungsdefizite zu verzeichnen hatten. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz finanzieren sich mehr als 30-mal höher über Kassenkredite als bayerische Kommunen.

Nach der jüngsten Steuerschätzung erhalten die Kommunen in Deutschland in diesem Jahr im Durchschnitt über 7 % mehr Steuereinnahmen. Zudem werden unsere Kommunen gut 400 Millionen Euro über die Steuerverbünde zusätzlich bekommen. Sie müssen diese gute Situation zur Haushaltskonsolidierung nutzen. Dort, wo Kommunen aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind, muss auf der Grundlage von Sanierungsplänen durch Struktur- und Konsolidierungshilfen für rechtmäßige Haushalte gesorgt werden. Die Staatsregierung steht damit auch künftig an der Seite der Kommunen.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Natur und Lebensraum nachhaltig entwickeln. Bayern zählt zu den Ländern mit der höchsten Umwelt- und Lebensqualität. Das ist der Erfolg einer konsequenten Umweltpolitik ohne Ideologie und ohne Verteufelung der Wirtschaft.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch lächerlich!)

Wir wollen die Schöpfung bewahren. Dafür tut Bayern mehr als jedes andere Land in Europa.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

In jüngster Zeit zeichnen sich aber die Risiken des weltweiten Klimawandels für unsere Heimat immer deutlicher ab.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Seit 20 Jahren!)

Der Klimawandel betrifft nicht nur arktische Eismassen oder Inselwelten im Indischen Ozean. Auch unsere Heimat ist betroffen – unsere Wälder, die empfindlich auf Klimaveränderungen reagieren, die Artenvielfalt in Flora und Fauna, unsere Städte und Dörfer, die von Hochwässern bedroht sind, und unsere Landwirtschaft. Wir investieren deshalb in den nächsten vier Jahren 350 Millionen Euro zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln in den Klimaschutz.

Meine Regierung hat damit die im Programm „Bayern 2020“ beschlossenen Mittel mehr als verdoppelt.

(Beifall bei der CSU)

Das Klimaprogramm Bayern 2020 hat drei Ziele: Die Vermeidung von CO_2, den Schutz vor unvermeidlichen Folgen des Klimawandels und die Erforschung und Entwicklung klimaschonender Technologien. Bayern allein kann natürlich das Weltklima nicht retten, aber wir wollen einen Beitrag dazu leisten. Jeder kann etwas für den Klimaschutz tun. Es kommt auf jeden an. Priorität haben dabei die Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Deshalb werden wir den Schwerpunkt auf die energetische Gebäudesanierung setzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Uni München!)

Durch Wärmedämmung bei älteren Bauten wird pro investiertem Euro die höchste CO_2-Einsparung erreicht. Wir werden in den kommenden vier Jahren insgesamt 150 Millionen Euro in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben Sie vor fünf Jahren auch schon gesagt! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist zu wenig!)

Ich erwarte, dass auch die Kommunen ihrerseits aktiv diese Klimaschutzaufgabe erfüllen.

Wir werden aber auch unsere führende Position bei alternativen Energien weiter ausbauen.

(Henning Kaul (CSU): Erneuerbare Energien!)

So wird die Staatsregierung die Tiefen-Geothermie, also die Nutzung von Erdwärme fördern. Besondere Bedeutung hat die Nutzung nachwachsender Rohstoffe im Rahmen des Programms „Bioenergie für Bayern“. Zur Anpassung an den Klimawandel werden wir den Hochwasserschutz weiter ausbauen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Gibt es dafür auch Geld?)

Wir werden 23 Millionen Euro für den Umbau unserer Wälder und für Schutzmaßnahmen im Bergwald einsetzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und dazu noch Schneekanonen!)

Bayern als Hightech-Land muss die Chancen nutzen, die sich unserer Wirtschaft in der Energie- und Umwelttechnik bieten. Deshalb werden wir die Klimaforschung und die Entwicklung von Technologien zur effizienteren Energieerzeugung und von erneuerbaren Energien vorantreiben.

Das Klimaschutzprogramm wird sich für Bayern nicht nur für das Klima auszahlen, sondern auch für das heimische Handwerk, das Baugewerbe und für wichtige Hightech-Branchen. Hier entsteht ein weltweiter Wachstumsmarkt. Das Programm macht uns ein Stück weit unabhängiger von teueren Energieimporten. Den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie gibt es nicht. Sie gehen vielmehr Hand in Hand.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Grundlage unserer Politik für ein starkes und solidarisches Bayern bleiben solide Finanzen. Bayern hat mit seinem ausgeglichenen Haushalt einen Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik in ganz Deutschland erreicht. Heute fahren wir die Ernte unserer soliden Haushaltspolitik ein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf Kosten der Kommunen!)

Bayern kann mit den unerwartet hohen Steuereinnahmen gestalten, andere Länder müssen davon hohe Zinsen zahlen.

Erstens werden wir aus den Steuermehreinnahmen der beiden Jahre 2007 und 2008 die Gesamtfinanzierung des Programms „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeit“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro sicherstellen.

Zweitens werden wir die Investitionsquote auf 13 % steigern.

Drittens werden wir mit 150 Millionen Euro die Abfinanzierung der staatlichen Förderung wichtiger Investitionsvorhaben vorantreiben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Altschulden!)

Viertens werden wir Schulden in Höhe von 200 Millionen Euro tilgen – und das im Gegensatz zu anderen Ländern, die noch Schulden machen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens werden wir eine Rücklage in Höhe von 400 Millionen Euro für konjunkturell schwierige Zeiten bilden, die sicher auch wieder kommen werden.

Ausgeglichene Haushalte bleiben auch künftig die unverrückbare Grenze aller politischen Wünsche. Schulden tilgen, Rücklagen für die Zukunft bilden und zugleich die Investitionen steigern – diesen Dreiklang schafft kein anderes Land in Deutschland. Das ist Politik in der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg Bayerns steht und fällt mit unserer eigenständigen Gestaltungskraft. Mit einer soliden Haushaltspolitik haben wir uns finanzielle Spielräume und mit der Föderalismusreform I zusätzliche politische Kompetenzen für eine aktive Gestaltung der Zukunft erkämpft. Wir werden uns aber vehement Forderungen anderer Länder nach neuen finanziellen Belastungen für Bayern entgegenstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nach den Vorstellungen einiger Länder sollen sich alle Länder über einen Entschuldungsfonds an den Zins- und Tilgungslasten für Altschulden solidarisch beteiligen. Und noch mehr: Die finanzschwachen Länder fordern zusätzlich zum geltenden Finanzausgleich einen Nachteilsausgleich für aus ihrer Sicht bestehende Strukturunterschiede zwischen den Ländern. Dabei soll der Finanzausgleich weiterhin die Einnahmen auf über 95 % nivellieren. Das wäre ein „Rundum-Sorglos-Paket“ auf Kosten der Länder, die durch gute Wirtschaftspolitik und durch konsequentes, zum Teil auch schmerzhaftes Sparen ihren Haushalt ausgleichen und niedrige Schulden haben. Bayern zahlt bereits jetzt jedes Jahr knapp vier Milliarden Euro in den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Diese Belastung darf durch Nachteilsausgleich und Abfinanzierung fremder Schulden nicht weiter steigen.

(Beifall bei der CSU)

Die Föderalismusreform II muss die Eigenverantwortung der Länder stärken, sie darf sie nicht schwächen. Sie muss ein striktes, rechtlich verbindliches Neuverschul-

dungsverbot mit automatischen Folgen und Sanktionen enthalten. Wir werden die berechtigten Interessen Bayerns und seiner Bürgerinnen und Bürger im Bund selbstbewusst vertreten.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: die Bürger am politischen Prozess beteiligen.

Vielfach werden Politikverdrossenheit und eine Teilung der Gesellschaft in „die da oben“ und „die da unten“ beklagt. Deshalb möchte ich die Bürger an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

(Günter Gabsteiger (CSU): Sehr gut!)

Ich werde daher ein Bürgergutachten auf den Weg bringen, damit die Meinung der Bürger genauso in politische Entscheidungen über Zukunftsfragen Bayerns einfließen kann wie die Meinung von Politikern, Wissenschaftlern und anderen Experten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein modernes Land. Bayern ist ein stabiles Land. Ich werde mit meinem Kabinett das große Erbe, das wir von Edmund Stoiber übernommen haben, weiter mehren. Ich setze dabei auf Mannschaftsgeist und Teamarbeit. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion und dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid für die konstruktiven Anregungen und Vorschläge für unsere gemeinsame Politik.

Bayerns Zukunft zu gestalten, ist nicht allein Aufgabe des Staates. Es kommt auf jeden Einzelnen an. Jeder muss an seinem Platz Verantwortung übernehmen und seinen Beitrag leisten, in den Schulen, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, im Ehrenamt. Wir dürfen uns wirklich darüber freuen, dass das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement in Bayern so großartig ist. Ohne diesen Einsatz wäre unser Zusammenleben menschlich um Vieles ärmer. Jeder Einsatz für andere Menschen, für Kinder, für Kranke, für Pflegebedürftige, in Kirchen, in Vereinen, bei den Feuerwehren oder in der Kommunalpolitik macht uns unendlich reich. Eine vitale und solidarische Gesellschaft braucht aktive Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist das Leitmotiv dieser Regierungserklärung: „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

Es kommt auf jeden Einzelnen an, um wirtschaftlich stark zu bleiben. Es kommt auf jeden Einzelnen an, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass die Gesellschaft zusammenhält. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass unsere reiche Kultur und unsere Traditionen lebendig gehalten und weitergetragen werden. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass unsere Gesellschaft solidarisch bleibt.

Wenn jeder von uns seiner Verantwortung für sich und das Gemeinwohl nachkommt, dann werden wir gemeinsam Bayerns Zukunft sichern. Im Bewusstsein unserer gemeinsamen Geschichte, in gemeinsamer Anstrengung und mit gemeinsamen Werten wollen wir die Zukunft meistern – mit Mut und in Demut. „Es kommt auf jeden und jede an, also auf alle. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 75 Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in diesem Hause schon viele Regierungserklärungen gehört, aber das war die schlechteste.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kein Aufbruch, sondern Altbekanntes. Kein Neuanfang, sondern x-mal Gehörtes. Kein Elan und keine Begeisterung, sondern Zaudern, Zögern und Ängstlichkeit.

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Kein Mut, sondern Kleinmut. Keine Demut, sondern Hochmut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hatten etwas anderes erwartet. Wir hatten erwartet, dass ein neu ins Amt gekommener Protestant mit reformatorischem Eifer an die Sache herangeht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen haben wir eine brave Stoffsammlung konservativer Weltsicht gehört, voller Worthülsen und Plattitüden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man reibt sich die Augen und fragt sich: Warum musste Stoiber eigentlich gehen? – Doch nicht dafür, meine Damen und Herren – doch bitte nicht dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte fast sagen: Edmund, hilf in dieser Situation!

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Vieles, Herr Ministerpräsident, was Sie gesagt haben, ist richtig. Vieles ist wahr. Wenn Sie zum Beispiel sagen, dass in Zeiten der Globalisierung nur beste Bildung den Menschen Arbeit und Wohlstand sichert – ja, das stimmt,

einverstanden. Das Problem ist aber, dass Sie mit Ihrer verfehlten Bildungspolitik diesen Anspruch genau nicht einlösen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vieles ist richtig. Sie sagen zum Beispiel – ich zitiere Sie wörtlich –: „Unterricht muss für Schüler und Eltern verlässlich sein." – Einverstanden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass Sie das aber als Ziel Ihrer Politik formulieren müssen, das ist das Problem, weil nämlich der Unterricht in Bayern nicht zuverlässig stattfindet, sondern viel zu oft ausfällt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und das ist auch Ihre Verantwortung nach 50 Jahren Alleinregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Oder wollen Sie abstreiten, Herr Spaenle, dass Unterricht in unserem Land ausfällt?

Vieles ist richtig. Sie haben viele wichtige Tugenden beschworen. Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Disziplin – einverstanden. Aber der Unpünktlichste von allen war doch Edmund Stoiber. Und ist er ein schlechter Mensch? – Nein, er ist kein schlechter Mensch, aber unpünktlich war er immer. Heute waren Sie pünktlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben als Leitmotiv Ihrer Regierungserklärung formuliert – ich zitiere –: „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft". Ich nehme Sie beim Wort und nehme Ihre Einladung gerne an. Ich fange gleich hier und heute damit an, Ihnen überall dort, wo wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die besseren Vorschläge und Konzepte für die Zukunft Bayerns haben, diese vorzutragen. Wenn Ihr Leitmotiv mehr sein soll als sonntägliche Gemeinsinnslyrik für das Poesiealbum, dann sollten Sie aufhören, unsere vielen guten Vorschläge und Anträge in altbekannter Manier niederzumachen, nur weil sie nicht auf Ihrem Mist gewachsen sind. Auch hier: mehr Demut statt immer nur Hochmut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen ernst ist mit Bayern und nicht nur um blinde Rechthaberei geht, dann sollten Sie uns zuhören und nicht wieder jahrelang warten, bis irgendeine Kommission bei uns abschreibt und Ihnen dann die Vorschläge präsentiert, die Sie vorher bei uns in diesem Hause abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Noch eines vorweg, sehr geehrter Herr Beckstein: Sie sollten auch aufhören mit infamen Unterstellungen in der Bildungs-, in der Schul- und in der Familienpolitik, die Sie auch heute wider besseres Wissen für die Zuschauer draußen am Bildschirm unters Volk streuen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie uns in den Mund legen, wir würden sagen – wörtlich –, Kinder sind in der Krippe besser aufgehoben als bei den Eltern, dann ist das eine Lüge und eine infame Unterstellung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Lassen Sie so etwas; lassen Sie so etwas bleiben. Wenn Sie sagen, wir würden behaupten, in der vierten Klasse der Schulen entscheidet sich endgültig das Schicksal der Menschen, dann ist auch das eine infame Unterstellung.

Das hat niemand von uns behauptet. Wir wollen aber, dass es den Kindern in unserem Bildungssystem nicht so schwer gemacht wird, einen Aufstieg zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Machen Sie es den Hauptschülern nicht so schwer, wie es in Bayern ist. Warum glauben Sie denn, dass die Eltern fast alles daran setzen, um ihre Kinder in weiterführende Schulen, in die Realschulen und in die Gymnasien, zu bringen? Die Eltern wissen genau, dass der leichtere Weg für ihre Kinder über die Realschule und über das Gymnasium führt. Das ist das Problem. Die Eltern wissen das. Deshalb entscheiden sie sich so oft gegen die Hauptschule. Der Grund ist nicht, dass wir die Hauptschule schlechtreden, sondern dass Sie die Hauptschule schlecht machen. Das ist das entscheidende Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch nie zuvor hatte der Freistaat Bayern aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung in Deutschland so günstige finanzielle Rahmenbedingungen wie heute. Die Bayerische Staatsregierung kann nach der jüngsten Steuerschätzung in diesem und im kommenden Jahr auf Mehreinnahmen in Höhe von sage und schreibe 4,2 Milliarden Euro zurückgreifen. Das ist genügend Geld, um die Investitionsquote in Bayern endlich wieder auf 15 % zu erhöhen, eine Investitionsquote, die Sie in den Keller gefahren haben. Mit einer Quote von 15 % wären wieder mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in unserem Lande möglich.

(Alexander König (CSU): Das sagt der Richtige!)

Erhöhen Sie die Quote! Herr Faltlhauser selbst verlangt das seit vielen Jahren. Sie bleiben aber auch diesmal wieder weit dahinter zurück. Mit den 4,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen wäre es möglich, endlich die gewaltigen Defizite im Bildungsbereich, an unseren Schulen, bei der Kinderbetreuung und an unseren Hochschulen, anzugehen und zu beseitigen. Auch hier Fehlanzeige. Es war geradezu ein Debakel, was Sie heute hier für unsere Schulen und Hochschulen angekündigt haben. Das war ein Debakel. Ich werde auch darauf noch zurückkommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben das Geld der Steuerzahler zur Verfügung, aber es fehlt Ihnen die Kraft, damit die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft Bayerns vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte heute gerne von Ihnen gehört, welches Konzept Sie haben, damit jeder Jugendliche in Bayern einen Ausbildungsplatz bekommt. Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie es schaffen wollen, mehr Frauen in Bayern in Führungspositionen zu bringen. Kein Wort und kein Halbsatz dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die Stellung der Landwirtschaft angesprochen. Ich hätte gern von Ihnen gehört, wie Sie zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft stehen. Kein Wort dazu. Wie wollen Sie es schaffen, das zu erreichen, was wir fordern, nämlich Bayern zu einem gentechnikfreien Land in der Landwirtschaft zu machen? Wie wollen Sie das schaffen? Kein Wort dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie es konkret schaffen wollen, die benachteiligten Landesteile Bayerns an unsere Boom-Regionen heranzuführen. Auch dazu Fehlanzeige. Ich hätte gerne gehört, wie Sie es schaffen wollen, dass der Freistaat als öffentlicher Arbeitgeber endlich die Schwerbehindertenquote erfüllt. Auch dazu Fehlanzeige, kein Satz und kein Wort. Das waren nur einige wichtige Punkte.

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie zu aktuellen bundespolitischen Fragen stehen, zu denen Ihre Stimme und Ihre Entscheidung in den nächsten Wochen im Bundesrat gefordert ist. Wie stehen Sie zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose? Wie stehen Sie zur Pendlerpauschale? Wie stehen Sie eigentlich zur Bahnreform? Das ist für unser Land ein existenzielles Thema, weil mit der Privatisierung der Bahn, mit dem Einstieg eines privaten Investors, natürlich Streckenstilllegungen in diesem Lande drohen. Ich erwarte hier Ihren Einsatz an unserer Seite. Aber auch dazu Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie zu einem Mindestlohn für die Postdienstleister stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wollen Sie es wirklich allen Ernstes zulassen, dass private Briefzusteller aus anderen Ländern mit Dumping-Löhnen auf unseren Markt kommen, mit 5 oder 6 Euro in der Stunde, während unsere Bundespost ihre Dienste nicht in anderen Ländern anbieten kann, weil dort das Briefmonopol verlängert wird? Wollen Sie das allen Ernstes?

(Beifall bei der SPD)

Franz Josef Strauß – wenn ich ihn zitieren darf – hätte in einem solchen Fall gesagt: Liberal sind wir schon, aber nicht blöd. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollten wir auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht einmal zu aktuellen Streitthemen in der Landespolitik etwas verlauten lassen. Wie steht es eigentlich mit dem Büchergeld? Wollen Sie es allen Ernstes dabei belassen, dass die Kommunen, die Städte und die Landkreise in Bayern jetzt dafür aufkommen müssen, wofür ausschließlich Sie zuständig sind? Das ist ein dreister Griff in die Taschen der bayerischen Kommunen. Wollen Sie es wirklich dabei belassen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sagen: „Wir werden auch künftig an der Seite der Kommunen stehen." Ich sage Ihnen: Das ist wie Hohn und Spott. Sie überlassen den Kommunen die Finanzierung des Büchergeldes, obwohl das einzig und allein staatliche Aufgabe ist.

(Walter Nadler (CSU): Schmarrn! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Informieren, Herr Kollege! Sie haben keine Ahnung!)

Herr Dr. Beckstein, Sie sagen, Bayern sei ein kommunalfreundliches Land. Das stimmt. Das Problem ist: Wir haben eine kommunalfeindliche Regierung. Das muss sich in diesem Freistaat Bayern ändern.

(Beifall bei der SPD – Renate Dodell (CSU): So ein Quatsch!)

Ein zweites Beispiel, der Transrapid. Der Transrapid, ein Leuchtturm, der fährt. Das war interessant. Die Münchner CSU sagt Ja zum Transrapid, aber komplett untertunnelt. Wollen Sie das auch? Die Oberpfälzer CSU sagt: Transrapid ja, aber bis Regensburg. Das ist ein wunderbarer Vorschlag. Ich habe auf den Kalender geschaut, ob das zufällig am 11. November war, dem Faschingsanfang. Nein, das war ein ernst gemeinter Vorschlag. Was sagen Sie eigentlich dazu? Heute sagen Sie zum Transrapid: „Wir lassen uns in kein finanzielles Abenteuer treiben." Was soll das heißen? Edmund Stoiber und Erwin Huber haben

erklärt, die Finanzierung des Transrapids stehe. Sie sagen dagegen, Sie ließen sich in kein finanzielles Abenteuer treiben. Was wollen Sie uns mit solchen Sätzen sagen? Das ist keine klare Auskunft und keine klare Position.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Beckstein, Sie haben am 22. September in der „Süddeutschen Zeitung“ Folgendes gesagt: „Nachdem Stoiber noch nichts gesagt hat, weiß ich nicht, was mein Wille ist.“ Herr Dr. Beckstein, diese Zeiten sind vorbei. Jetzt sind Ihre Entscheidung und Ihr Wille gefragt. Sie dürfen nicht länger warten, bis Herr Stoiber Ihnen sagt, wo es lang geht, sondern Sie müssen endlich auch eigene Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema „Transrapid“ passt ein sehr guter Vorschlag, den Sie gemacht haben, nämlich der Vorschlag eines Bürgergutachtens. Sie möchten ein Bürgergutachten auf den Weg bringen, damit die Meinung der Bürger genauso in politische Entscheidungen über die Zukunft Bayerns einfließen kann wie die Meinung von Politikern. Das ist ein guter Vorschlag. Das machen wir beim Transrapid. Wir lassen die Meinung der Bürger in die Entscheidung der Politik einfließen. Tun Sie das. Nehmen Sie den Bürgerwillen ernst. Respektieren Sie den Willen der Bürger. Ich sage Ihnen: Die Menschen in diesem Land wollen Ihr Prestigeprojekt nicht. Wenn Sie nicht selbst zur Vernunft kommen, werden wir Sie mithilfe eines Volksbegehrens eben zur Vernunft bringen.

(Alexander König (CSU): Selbstüberschätzung!)

– Ob das Selbstüberschätzung ist? Da würde ich erst einmal warten, wie das ausgeht. Hochmut kommt vor dem Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen zur Familienpolitik, das bayerische Landeserziehungsgeld gebe Sicherheit und Wahlfreiheit für die Familien.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! Bei nur 150 Euro!)

– Respekt. Das bayerische Landeserziehungsgeld gibt also Sicherheit und Wahlfreiheit für die Familien. Toll. – Wissen Sie eigentlich, in welchem Umfang Ihre Staatsregierung, der Sie immerhin 14 Jahre angehört haben, auch als Stellvertretender Ministerpräsident, das Landeserziehungsgeld gekürzt und zusammengestrichen hat? Wissen Sie das eigentlich? – Es betrug im Jahr 2004 188 Millionen Euro. Heute beträgt es noch 113 Millionen Euro. 75 Millionen Euro haben Sie beim Landeserziehungsgeld gestrichen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das gibt Sicherheit!)

Doch jetzt sagen Sie, das Landeserziehungsgeld schaffe Sicherheit für die Familien. Dreister kann man den Menschen wirklich nicht Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So viel weniger Kinder sind es schließlich auch nicht geworden!)

Die Wahrheit ist doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie den Familien in Bayern in den letzten Jahren Geld genommen haben. Sie haben Leistungen gekürzt und den Familien gleichzeitig mit Büchergeld und Studiengebühren neue Belastungen auferlegt. Das ist Ihre Familienpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Schöne Phrasen helfen nicht, wenn die konkrete Politik familienfeindlich ist.

Die vorgetragene Regierungserklärung reiht sich übrigens nahtlos in die schwache Vorstellung ein, die Sie seit Ihrem Amtsantritt gegeben haben. Die Kabinettsbildung wurde von den Medien wie folgt aufgenommen: „Anfang ohne Zauber“, „Große Enttäuschung“, „Mittelmaß“, „Trostlose Notlösung“. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „Beckstein traut sich nicht, umso blasser sieht er nun aus.“ Auch die dringende Neuordnung von Zuständigkeiten in den einzelnen Ressorts sind Sie nicht angegangen. Sie haben erklärt, dafür sei keine Zeit gewesen. Das ist doch lächerlich. Wer 14 Jahre lang Minister und die letzten Jahre Stellvertretender Ministerpräsident war,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und dann noch neun Monate designierter Ministerpräsident!)

wer dann noch neun Monate designierter Ministerpräsident war und dann sagt: Jetzt hab’ ich leider keine Zeit gehabt, mir Gedanken zu machen, der ist doch eine Fehlbesetzung auf diesem Platz! Herr Beckstein, wer das sagt, der ist der Rolle und dem Amt des Ministerpräsidenten schlichtweg nicht gewachsen. Der ist überfordert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Tun Sie nicht so, als wären Sie ein Frischling. Sie sind ein alter Hase auf diesem Gebiet und in diesem Hause.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie hätten deshalb beispielsweise den Verbraucherschutz neu ordnen können. In unserem Untersuchungsausschuss „Gammelfleisch“, den Sie übrigens als den überflüssigsten Untersuchungsausschuss aller Zeiten bezeichnet haben, kommt praktisch täglich etwas Neues ans Licht. Dieser Untersuchungsausschuss beweist, dass der Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit in Bayern nicht gewährleistet sind und dringend einer Neuordnung

bedürfen. Das hätten Sie zumindest organisieren können. Aber noch nicht einmal das haben Sie sich getraut.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch schwach, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns über eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Bayern. Auch in unserem Land wirkt sich die allgemeine konjunkturelle Situation positiv aus: Es gibt mehr Arbeitsplätze, die Beschäftigung wächst, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. In Teilen Bayerns sind wir tatsächlich auf dem Weg in die Vollbeschäftigung. Ein Problem, das wir nicht gelöst haben, sind die großen regionalen Unterschiede, die es nach wie vor in unserem Land gibt. Wir haben in der Stadt Eichstätt eine Arbeitslosenquote von 1,5 %. Das ist Vollbeschäftigung. In der Stadt Hof haben wir aber nach wie vor eine Quote von 10,1 % und in der Stadt Weiden ebenfalls 10,1 %. Es wäre die Aufgabe Ihrer Politik, hier nicht nur allgemeine, gute Arbeitsmarktzahlen zu verkünden, sondern Konzepte vorzulegen, wie Sie die schwachen Regionen in Bayern stärken wollen und wie Sie dort Arbeitsplätze realisieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

In vielen Regionen Bayerns besteht übrigens deutlicher Fachkräftemangel. Da gibt es dann die Klagen, es fehlten Fachkräfte. Wer aber heute über mangelnde Fachkräfte klagt, der muss sich schon fragen, was er in den letzten Jahren für die Ausbildung junger Leute getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Fachkräftemangel von heute ist die Folge fehlender Ausbildungsplätze in der Vergangenheit. Ich möchte größere Anstrengungen in der beruflichen Bildung sehen. Ich möchte, dass jeder Jugendliche in Bayern einen Ausbildungsplatz bekommt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben 34 000 registrierte arbeitslose Jugendliche. 34 000! Wir haben Jugendliche ohne Schulabschluss. Fast 10 % der Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Übrigens sind das häufig Hauptschulabgänger. Wir haben an den Volkshochschulen und in der Erwachsenenbildung Kurse voll mit jungen Leuten, die den Hauptschulabschluss nachholen wollen, weil ihnen die Hauptschule diesen Abschluss nicht gegeben hat. In den Berufsschulen haben wir zu Tausenden Jugendliche, die ohne Ausbildungsvertrag sind. Das gerät aber deshalb in Vergessenheit, weil wir in den schul- und bildungspolitischen Fragen meist über Gymnasien und Realschulen reden, jedoch nur selten über die Berufsschulen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir kümmern uns um die Berufsschulen. Tun Sie deshalb nicht so, unterstellen Sie uns nicht, als würde der Mensch erst beim Abitur anfangen. Das ist eine dieser infamen Unterstellungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir in diesem Hause, meine sehr geehrten Damen und Herren, kümmern uns um Förderschulen, um Hauptschulen, um Berufsschulen, Berufsoberschulen und um Fachoberschulen mehr, als Sie das tun. Sie jedoch vernachlässigen diese Schulen! Das ist das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie tun nichts für die Förderschulen. Sie tun auch nichts für die Hauptschulen. Darauf komme ich noch zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist bitter, sehen zu müssen, dass viele Menschen vom Aufschwung leider nichts haben und davon nicht profitieren. Wir wollen Bayern gerechter machen. Ich will, dass der Aufschwung für alle Menschen im Land spürbar wird und bei allen Familien ankommt. Es ist höchste Zeit dafür, dass es für alle Menschen in Bayern aufwärts geht. Das ist übrigens auch ein Auftrag unserer Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Land hören täglich gute, erfreuliche Nachrichten über die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie sehen, es gibt wieder mehr Arbeitsplätze im Angebot. Die arbeitenden Menschen in unserem Land verdienen aber zu wenig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es!)

Die Löhne sind zu niedrig: Die Reallöhne in Bayern sind in den letzten zehn Jahren um fast 1 % gesunken, nicht gestiegen. Immer mehr Menschen arbeiten in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, in Leih- und Zeitarbeit. Immer mehr junge Menschen werden von einem Praktikum in das andere weitergeschoben. Sollen die jungen Menschen in dieser unsicheren Situation denn an Familiengründung denken? Wir beklagen, dass es zu wenige Kinder in diesem Land gibt. Wir sollten zuerst einmal für mehr Sicherheit für die jungen Menschen und die jungen Familien sorgen. Dann werden diese auch wieder leichter Ja zu einem Kind sagen können.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Thema der Mindestlöhne noch einmal aufgreifen. Auch dazu gibt unsere bayerische Verfassung einen guten Hinweis. Ich zitiere Artikel 169 der Bayerischen Verfassung. Dort heißt es wörtlich, Herr Ministerpräsident:

> Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wunderbarer Satz! – Ludwig Wörner (SPD): Aha!)

Mindestlöhne, um den Familien und den Arbeitnehmern eine auskömmliche Situation sicherzustellen. Das ist der Auftrag der Bayerischen Verfassung!

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Auftrag der Bayerischen Verfassung passt es nicht, dass wir Menschen mit fünf oder sechs Euro in der Stunde nach Hause schicken und dass in Vollzeit erwerbstätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 800 Euro netto verdienen. Das widerspricht der Würde des arbeitenden Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordere ich Sie auf, an unserer Seite im Bundesrat endlich für Mindestlöhne zu kämpfen, anstatt sie dort immer wieder abzulehnen und zu blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht in Ordnung. Wir werden den Menschen draußen auch sagen, wem das recht ist und wer es zulassen will, dass in diesem Land weiterhin für fünf oder sechs Euro gearbeitet werden muss. Es ist doch lächerlich, wenn man die Behauptung aufstellt, ein Mindestlohn von 7,50 Euro für eine Reinigungsfrau gefährde den wirtschaftlichen Aufschwung. Das ist doch lächerlich! Genauso lächerlich oder noch schlimmer ist es, wenn diese Sätze aus dem Mund von Managern kommen, die selbst 13 Millionen Euro im Jahr verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Eher gefährdet das den wirtschaftlichen Aufschwung als ein Mindestlohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Einkommensunterschiede in unserem Land stehen in keinem Verhältnis mehr zur oft beschworenen Leistung. Gut verdienen, ja, aber sich die Taschen vollstopfen, nein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es muss nicht sein, dass ein Manager in Deutschland ebenso viel verdient wie 300 Lehrer in diesem Land. Da ist etwas aus dem Lot geraten, und wir müssen das dringend korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich ganz kurz zur Vermögensverteilung in unserem Land Bayern. Da gab es in der letzten Woche eine Untersuchung eines wirtschaftswissenschaftlichen Instituts, aus der hervorgeht, dass fast die Hälfte der Bayern über gar kein oder nur über ein äußerst geringes Vermögen verfügt. Im Gegensatz dazu besitzen die Reichsten, 10 % der bayerischen Bevölkerung, knapp 60 % des gesamten Vermögens in Bayern. Viele der Landkreise mit den meisten Einkommens- und Vermögensmillionären befinden sich im Freistaat Bayern. Wenn ich das anspreche, so ist das kein Sozialneid und kein Aufruf zum Klassenkampf.

(Georg Schmid (CSU): Was denn?)

– Ich sage Ihnen, was es ist: Das ist eine Spaltung dieser Gesellschaft, die mit einer solidarischen Leistungsgesellschaft nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist obszön, wenn die Unterschiede bei Vermögen und Einkommen mittlerweile derart krass sind, wie es in Bayern der Fall ist. Wir wollen das nicht hinnehmen, Herr Kollege Schmid. Wir sagen nicht, dass das eine Neiddebatte ist, sondern wir sagen: Das ist eine Herausforderung für Menschen, die immer noch in Gerechtigkeitskategorien denken. Wir wollen das. Für uns ist Solidarität modern, zeitgemäß und das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen – das sage ich Ihnen ganz offen – bin ich für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer in unserem Land,

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Oh Gott!)

damit die Superreichen wenigstens einen kleinen Beitrag zum Gemeinwesen und zum Gemeinwohl leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Vermögensteuer ist im Übrigen eine reine Landessteuer. Das Aufkommen käme ausschließlich dem Freistaat Bayern zugute, und es könnte dazu genutzt werden, endlich die Kinderarmut in unserem Land zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nämlich eine Schande, Herr Faltlhauser, dass es in unserem reichen Land Kinderarmut gibt, dass 150 000 junge Menschen und Kinder in Armut leben müssen, was Ihnen anscheinend egal ist.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Uns ist das nicht egal; uns treibt das um, und wir fühlen uns durch Kinderarmut herausgefordert.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich bei der bayerischen Sozialpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Da kannst du gleich aufhören!)

Herr Dr. Beckstein hat in gewisser Weise versucht, einen Imagewechsel in der Sozialpolitik zu erreichen. Deshalb möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, Herr Dr. Beckstein, dass Sie nicht beiläufig, sondern als stellvertretender Ministerpräsident einer der Hauptverantwortlichen für drastische und unsoziale Kürzungsmaßnahmen in den letzten Jahren gewesen sind. Es wurden gekürzt: das Blindengeld, die Obdachlosenhilfe, die Flüchtlingshilfe, die Mittel für die Familienberatung, für die Schuldnerberatung, für den Sport, die Altenhilfe, die Hilfe für psychisch Kranke, die Hilfe zur Pflege usw. Sie haben heute die Aktion des Bayerischen Jugendrings gelobt „Drei Tage Zeit für Helden“. Das ist eine tolle Aktion, Respekt und Anerkennung für die jungen Leute und für den Bayerischen Jugendring!

(Beifall bei der SPD)

Lob ist aber zu wenig.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Notwendig wäre auch eine finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit. Aus Dankbarkeit für die Aktion, die Sie heute gelobt haben, haben Sie dem Bayerischen Jugendring die Mittel um Millionen gekürzt. Das ist eine unsoziale und unanständige Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU))

Nichts von dem, was Sie in den letzten Jahren den sozialen Einrichtungen und den Verbänden der Wohlfahrtspflege weggenommen haben, haben Sie zurückgegeben. Ihr einziges Versprechen ist: Wir überfallen euch nicht schon wieder; aber das, was wir euch damals beim Überfall aus der Tasche genommen haben,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das behalten wir!)

das geben wir nicht mehr her.

(Engelbert Kupka (CSU): Maget, was erzählst du uns heute denn?)

Wenn daraus der Anspruch einer neuen sozialen Ethik abgeleitet werden soll, dann bin ich wirklich skeptisch.

(Beifall bei der SPD)

4,2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen erfordern eine radikale Wende in der bayerischen Sozialpolitik. Lediglich 5 % des bayerischen Etats werden für Soziales ausgegeben.

(Engelbert Kupka (CSU): Wachstum nächstes Jahr Null!)

In Ihrer Regierungserklärung – Kollege Wahnschaffe hat nachgezählt – finden sich genau zehn Zeilen zu diesem Thema. Ich greife nur ein einziges Thema davon heraus: die Pflege in unserem Land. Ich bin als junger Zivildienstleistender mit 19 Jahren zum ersten Mal schwerstkranken und schwerstpflegebedürftigen Menschen begegnet. Ich habe damals menschenunwürdige Situationen in der Pflege erlebt. Ich habe Menschen gesehen, die mit einem dicken Dekubitus in ihren Betten lagen. Ich habe mir damals geschworen: Wenn ich einmal etwas auf dieser Welt bewirken und ändern kann, dann muss Schluss sein mit menschenunwürdigen Verhältnissen in der Pflege.

(Beifall bei der SPD)

Da ist vieles passiert; da hat sich einiges verbessert. Es muss aber noch vieles getan werden, und davon habe ich heute nichts gehört, Herr Dr. Beckstein. Die Arbeiterwohlfahrt und auch der Landescaritasverband fordern dringlich eine Rückkehr zur Investitionsförderung für stationäre Einrichtungen der Altenhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie sich komplett aus dem Staub gemacht. Ich habe nicht gehört, dass Sie diesen verfehlten Kurs korrigieren wollen. Die Wohlfahrtsverbände erwarten zu Recht eine Aufstockung der Investitionsmittel auch für die ambulante Pflege. Ich habe nicht gehört, ob Ihnen das ganz allgemein ein Anliegen ist – das würde ich noch glauben –, und ich habe nicht gehört, wie Sie diese Situation konkret in den Pflegeeinrichtungen tatsächlich verbessern wollen.

Wir brauchen auch eine gerechte und solidarische Finanzierung der Pflege. Bleiben Sie bei Ihrem Vorschlag, eine Kopfpauschale der Finanzierung der Pflegeversicherung einzuführen? – Frau Stewens sagt Ja, das sei der richtige Weg, Herr Seehofer sagt Nein, mit der CSU niemals. Wo ist eigentlich Herr Beckstein? Auf solche Fragen hätte ich gerne eine Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Auch an dieser Stelle sind Sie uns alle Antworten schuldig geblieben.

(Engelbert Kupka (CSU): Wenn wir da was gesagt hätten, hätte euch woanders was nicht gepasst!)

– Das hätte mir schon gut gefallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den größten und schwierigsten Zukunftsthemen unseres Landes gehört die Frage, wie wir mit Menschen mit Migrationshintergrund umgehen, wie wir es also schaffen wollen, die Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen in unser Land zu bewältigen und wie wir Ausländerfeindlichkeit in unserem Land bekämpfen wollen. Sie haben dazu auch Stellung genommen. An dieser Stelle muss man vorsichtig sein; denn die Gefahr neuer Ausländerfeindlichkeit im Land ist groß.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich bitte dringend darum, alles zu unterlassen, was dieser Ausländerfeindlichkeit auch noch Nahrung geben könnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einen Satz vorhalten, den Sie im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der Arbeitslosengeldleistungen für ältere Arbeitnehmer in einem dpa-Gespräch jüngst gesagt haben. Sie haben gesagt:

> Ich verstehe schon, wenn langjährige Beitragszahler ein längeres Arbeitslosengeld verlangen, und zwar länger als jemand, der etwa aus der Türkei, Bosnien oder aus dem Fernen Osten zu uns gekommen ist und nur wenige Jahre Beitrag gezahlt hat.

Ich frage mich, was soll eine solche Einlassung an dieser Stelle?

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Es geht doch in der Frage des Bezugs von Lohnersatzleistungen nicht um die Staatsangehörigkeit oder um die Herkunft eines Menschen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nur um das, was einer gearbeitet hat!)

sondern es geht um die Frage, ob er einen Anspruch auf Lohnersatzleistungen in der Sozialversicherung hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie an einer solchen Stelle ausgerechnet – –

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Sie wollten das bewusst missverstehen! – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da kann man nichts missverstehen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Was kann man da missverstehen?)

– Wenn man sagt, ich verstehe schon, dass langjährige Beitragszahler für sich einen längeren Arbeitslosengeldbezug verlangen als für jemand, der nur wenige Jahre eingezahlt hat, dann ist es in Ordnung. Wenn Sie dabei aber wieder auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger abstellen, dann schüren Sie – ich sage es einmal ganz vorsichtig – Missverständnisse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Davor sollten wir uns hüten. Menschen, die in unser Land kommen und hier mitarbeiten wollen, die sich an Recht und Gesetz halten, sind uns herzlich willkommen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie sind eine Bereicherung für dieses Land. Wir haben keine Toleranz für Kriminalität und für Verbrechen. Ich sage Ihnen aber auch: Menschen mit Migrationshintergrund müssen wir besser aufnehmen und integrieren. Ich will keine Feindseligkeit in diesem Land, sondern eine Perspektive auch für diese Menschen.

Sie sprechen die deutschen Sprachkenntnisse an. Tun Sie an dieser Stelle bitte nicht so, als sei schon einmal irgendjemand in diesem Hause dagegen gewesen, den Kindern ausländischer Familien Deutsch beizubringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist wieder eine Ihrer üblen und infamen Unterstellungen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Allerdings! – Widerspruch des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Die Wahrheit ist, sehr geehrter Herr Kollege, dass Sie jahrzehntelang mit einer Lebenslüge durch das Land gegangen sind. Sie haben den Leuten gesagt, Bayern sei kein Einwanderungsland, und deswegen müssten Sie für Einwanderer auch nichts tun. Das war der Fehler in Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Wenn Sie heute hier zu Recht beklagen, dass Kinder aus ausländischen Familien eingeschult werden, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, dann ist das nicht die Schuld der Roten und der GRÜNEN, sondern das ist das Versagen Ihrer Politik, Ihrer Schul- und Gesellschaftspolitik, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum holen Sie denn die ausländischen Kinder nicht mit vier oder fünf Jahren aus dem Kindergarten heraus, prüfen ihre Deutschkenntnisse, und wenn sie nicht ausreichend sind, schulen Sie sie dann nach und bringen ihnen Deutsch bei? Dazu hatten Sie 50 Jahre lang Gele-

genheit; aber das Schicksal dieser jungen Menschen war Ihnen egal. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit bin ich bei einem zentralen Thema der bayerischen Landespolitik, nämlich der Schul- und der Bildungspolitik. Ich habe Ihre Aussagen dazu als Desaster empfunden. Werfen wir doch einen Blick auf unsere Schulen und beleuchten wir das, was diejenigen uns berichten, die den Schulalltag kennen. Eltern haben Ihnen einen Brief geschickt und antworten darin auf die Frage: „Wie schwierig ist zurzeit die Lage an den Schulen?“ Da sagt eine Elternbeiratsvorsitzende: „Ich würde sagen, es ist katastrophal“.

Das sagen nicht wir, sondern das sagen Elternvertreter. Eine weitere Elternvertreterin sagt: „Wir wollen die Entwicklung nicht länger hinnehmen“. Andere Elternvertreter sagen zum Unterrichtsausfall in Bayern – Unterrichtsausfall!, Herr Beckstein und Herr Spaenle, ich zitiere wörtlich, diesmal aus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ –: „Nicht einmal das Pflichtprogramm im Unterricht können viele Schulen noch anbieten“. Eine weitere Elterninitiative schreibt an Sie: „Der bereits im vergangenen Schuljahr bestehende Lehrermangel hat einen neuen Höhepunkt erreicht“.

Das steht in Briefen an Sie, und Sie beschönigen immer noch die Lage an unseren Schulen. Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Max Schmidt, sagt: „Ich bin seit 20 Jahren Lehrer, ich habe schon vieles erlebt, aber so schlimm wie in diesem Schuljahr war es noch nicht“.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das wird noch schlimmer!)

Die Berufsschullehrer klagen noch viel mehr als die Realschul- und die Gymnasiallehrer. Der Vorsitzende der Landeselternvereinigung der Gymnasien, Herr Lillig, der Ihnen nahe steht, sagt:

> Es braucht mehr Lehrerstunden für intensive und individuelle Förderung in möglichst kleinen Klassen. Die besonders schwierige Aufgabe der Hauptschullehrer macht es erforderlich, dass mittelfristig die Höchststärke bei Hauptschulklassen auf 15 bis 20 Schüler gesetzt wird.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das wäre richtig!)

Sie, Herr Dr. Beckstein, sagen in einem Interview im „Bayerischen Fernsehen“, das seien überhaupt nicht realisierbare Wege, wir müssten schauen, dass die ganz großen Klassen mit 35 und 36 Schülern nicht mehr möglich werden, aber mehr gehe nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Armutszeugnis! – Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist eine Bankrotterklärung bayerischer Schulpolitik schon kurz nach Beginn Ihrer Amtszeit. In dem gleichen Interview sagen Sie – da muss man aufmerksam werden, ich zitiere Sie wörtlich –: „Ich trete auch dafür ein, dass wir in bestimmten Bereichen weniger Unterricht geben; denn ich weiß von mir, dass ich zum Beispiel in meiner Jugendgruppe durch Sport auch ganz entscheidend geprägt worden bin“.

Was will uns dieser Satz sagen? – Dieser Satz will uns sagen: Wenn wir Unterricht, den wir in unseren Lehrplänen stehen haben, nicht mehr gewährleisten können, dann streichen wir die Stunden bei Sport, vielleicht noch bei Musik und bei Kunst, weil das alles überflüssiger Krempel ist – bei der Religionslehre wären Sie vielleicht etwas zurückhaltender, zu Recht –, das können sich die Kinder so wie ich vor 40 Jahren selber auch am Nachmittag aneignen, sollen sie doch in den Sportverein oder in die Musikschule gehen. Das ist Ihre Antwort auf den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel in Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist armselig!)

Ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt, Herr Kollege Dr. Beckstein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Nicht kapiert, worum es da geht!)

– Vielleicht liegt es an meiner mangelnden Intelligenz, das kann sein.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

Ich habe vorher gesagt: wenig Mut, viel Hochmut. Das spürt man leider.

Weil Sie immer wieder behaupten, wir würden nur über die Gymnasien und über die Realschulen reden, ein Zitat des Landeselternbeirates für Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung; dieser Landeselternbeirat sagt wörtlich folgendes: „Wegen der viel zu großen Klassen werden die Kinder an unseren Schulen nicht mehr gefördert, sondern lediglich aufbewahrt“. Das ist ein wörtliches Zitat der Landeselternvertretung, nicht der Opposition in diesem Hause. So sieht es bei den Kindern aus, wobei Sie hier sagen, es komme darauf an, wie es den Schwächsten in dieser Gesellschaft geht.

Genau darauf kommt es auch uns an. Fördern Sie endlich die Schulen für die schwächsten Kinder in diesem Lande, wie sich das gehört!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir fordern mehr Bildungsgerechtigkeit, Lernmittelfreiheit und mehr individuelle Förderung. Die privaten Ausgaben für die Nachhilfe in der vierten Grundschulklasse – wohlgemerkt: vierte Grundschulklasse! – sind im Mai

2007 im Vergleich zum Zeitraum vor fünf Jahren um 38 % gestiegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Warum steigen die privaten Ausgaben für Nachhilfe bei neunjährigen Kindern? – Ich kann Ihnen sagen, warum. Sie steigen, weil das vierte Schuljahr nicht – wie Sie uns unterstellen – endgültig über die Zukunft der Kinder entscheidet, sondern weil dort eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Kinder vorgenommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das wissen die Eltern, sonst würden sie diese Ausgaben für die Nachhilfe nicht leisten. Sie wissen es.

Ursache dafür ist, dass es die Durchlässigkeit, die Sie hier beschwören, in unserem dreigliedrigen Schulsystem eben nicht gibt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es ist das Problem, dass jemand, der erst einmal auf der Hauptschule ist, es sehr viel schwerer hat, seinen Weg in die Zukunft zu gehen. Das bedauern wir, und das wollen wir ändern.

Wir wollen mehr Ganztagsschulen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und Betreuungseinrichtungen!)

Sie geben Lippenbekenntnisse zu den Ganztagsschulen ab. Aber wenn eine Stadt die Einrichtung von Ganztagsschulen beantragt – in dem Fall Ganztagsgrundschulen, wie die Landeshauptstadt München –, dann bekommt sie folgende Antwort des Staatlichen Schulamtes. Am 9. Oktober 2007 teilte die Regierung von Oberbayern mit, dass derzeit vonseiten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus nicht beabsichtigt sei, weitere Grundschulen in den Schulversuch „Gebundene Ganztagsgrundschulen“ für das Schuljahr 2008/2009 aufzunehmen. Ein weiterer quantitativer Ausbau sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Anträge von Sachaufwandsträgern für Grundschulen könnten deshalb nicht angenommen werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Ganz einfach gesagt: Es gibt keine weiteren Ganztagsgrundschulen.

Und hier im Hohen Haus geben Sie Lippenbekenntnisse zu mehr Ganztagsschulen ab.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Volksverdummung!)

Ich fordere Sie auf, auch an der Grundschule Ganztagsangebote zu machen und es nicht bei dem zu belassen, was hier vorgetragen wurde. Das ist doch erbärmlich: Ein verlängerter Mittagstisch bis 16 Uhr und Hausaufgabenhilfe. Das ist Pädagogik der Vorzeit und nicht der modernen Gegenwart.

(Beifall bei der SPD)

Das hat es zu meiner Zeit schon gegeben, dass man länger in der Schule bleiben durfte, um die Hausaufgaben zu machen. Das ist kein Fortschritt. Fortschritt ist, dass Ganztagsschulen überall dort, wo sie gewünscht und gebraucht werden, den Eltern auch angeboten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: keine Zwangsbeglückung, kein Zwang zur Ganztagsschule! Wer nicht will, braucht dieses Angebot nicht anzunehmen, aber wer ein solches Angebot möchte

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Braucht!)

oder braucht, der muss dieses Angebot auch bekommen. Das aber verwehren Sie den Eltern und Familien. Deswegen sagen wir: Wer mehr Ganztagsschulen in Bayern will, bekommt sie nur mit der SPD in Regierungsverantwortung, sonst eben nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich erspare mir meine Aufzeichnungen zum Thema Erwachsenenbildung, bei dem Sie sich auch in die Büsche geschlagen haben – Sie finanzieren mittlerweile nur noch 8 % der Ausgaben für Erwachsenenbildung – und komme zu den Hochschulen in Bayern.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein trauriges Bild!)

Das ist allerdings ein trauriges Kapitel. Der zuständige Minister, Herr Dr. Goppel, beziffert den Investitionsbedarf an unseren Hochschulen auf 3 Milliarden Euro. 3 Milliarden Euro Investitionsbedarf an unseren Hochschulen! Wir hören Herrn Dr. Beckstein heute und staunen: Es ist vorgesehen, dafür 236 Millionen Euro aufzuwenden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! – Staatsminister Dr. Thomas Goppel: Obendrauf!)

– Ja, obendrauf, zu den 350 in vier Jahren. Das ist ein Debakel für die Hochschulen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es an den Hochschulen denn aus? Auch hier nur einige wenige Beispiele. Die Ludwig-Maximilians-Universität in München verfügt über 25 000 Studienplätze; es studieren dort aber 44 000. Die Überlast beträgt 190 %. Die Universität Bamberg hat 3500 Studienplätze; es stu-

dieren dort 8300 Studierende. Das ist eine Überlast von über 200 %. An der Universität Würzburg beträgt die Überlast 150 %. Mein Sohn ist dort jetzt Student und hat in seiner ersten Vorlesung mit 635 anderen Kommilitonen in einem Kinosaal gesessen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Dafür nehmen Sie dann auch noch 500 Euro Studiengebühren. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Sie sollten sich ehrlich schämen. Bayerns Universitäten sind gut, sie sind hervorragend, und bei den Elitewettbewerben haben sie hervorragend abgeschnitten. Aber was nützt eine Eliteuniversität, wenn der Student bei der Vorlesung auf dem Boden sitzen muss?

Was schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ über die Universität Regensburg? – Sie sei eine erfolgreiche Bruchbude,

(Lachen bei der SPD)

die den Charme eines Heizungskellers verströme. Das sind Ihre Universitäten, Herr Dr. Beckstein!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So sieht es aus!)

Charme eines Heizungskellers! Das haben nicht wir geschrieben, sondern das hat ein guter Journalist treffend formuliert. Es heißt dort weiter:

> Vereinzelt stehen auf dem Gelände bereits Schilder vor Gebäudeteilen mit der Aufschrift „Betreten auf eigene Gefahr“.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ein universitäres Gebäude auf eigene Gefahr betreten! Mein lieber Schwan, da wäre ich schon ein bisschen vorsichtig mit Lobliedern auf die bayerische Hochschulpolitik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Dahin kommt kein Minister zur Besichtigung! – Gegenrufe von der CSU)

Das ist wahrlich kein großer Wurf. Wenn es durch die Decke einer Universität hineinregnet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dann dürfen Sie nicht nur Putzeimer aufstellen und das Regenwasser sammeln, sondern

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Dächer reparieren!)

Sie müssen endlich das Dach reparieren. Das schlage ich Ihnen vor.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zum Thema Universitäten und Hochschulen gehört auch kurz das Thema Kultur. Bayern ist ein Kulturstaat. Richtig! Auch das ist eine Forderung der Bayerischen Verfassung.

(Ludwig Wörner (SPD): Exzellenzinitiative!)

Herr Dr. Beckstein sagt zu diesem Kapitel lapidar: Wir sind Spitzenreiter in der Kulturförderung. Dankenswerterweise hat Ihr Vorgänger eine Expertenkommission auf den Weg gebracht, die sogenannte Henzler-Kommission, die zum Thema Kulturstaat Bayern ebenfalls kurze Ausführungen macht. Daraus will ich Ihnen ein paar Dinge vortragen, weil Sie sagen, wir seien Spitzenreiter. Schauen wir mal, was die Henzler-Kommission dazu meint. Ich zitiere aus der Seite 405 eines Exemplars, das mir die Staatskanzlei freundlicherweise überlassen hat. Dort heißt es:

> Seit dem Jahr 2004 liegt der Freistaat Bayern bei den Kulturausgaben der Länder pro Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

> 2005 lagen die Kulturausgaben des Freistaates Bayern pro Einwohner knapp 10 % unter denen des Jahres 2002. So wurden in Bayern beispielsweise im Bereich des Denkmalschutzes die staatlichen Mittel für den Erhalt von Kunst- und Geschichtsdenkmälern von rund 25 Millionen Euro im Jahre 2002 kontinuierlich auf 17 Millionen Euro im Jahre 2006 abgesenkt. Infolge dieser

– jetzt kommt eine schöne Formulierung –

> zurückhaltenden Förderpolitik des Freistaates droht mittelfristig ein langsames Wegbrechen des kulturellen Angebotes, Erscheinungsbildes und Selbstverständnisses in Bayern.

Das sagt die Henzler-Kommission! Das hat Ihnen Ihre eigene Regierungskommission zum Zustand der Kulturförderung und des Denkmalschutzes aufgeschrieben. Und Sie behaupten einfach: Wir sind Spitze, weil wir immer Spitze sind und weil wir immer die Besten sein müssen. Aber das bleibt ohne jeden Beleg!

(Manfred Ach (CSU): Sie behaupten hier, wie Sie es immer tun! Sie behaupten doch immer nur!)

Und Ihre eigene Kommission beweist Ihnen glatt das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich beim Thema Familienpolitik in Bayern. Wenn sich junge Familien, junge Menschen entscheiden, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, dann gibt es für uns ein Grundprinzip:

Nicht der Staat, sondern sie allein, sie selber, haben zu entscheiden, wie sie ihr Leben führen und gestalten wollen – sie allein ohne jede staatliche Bevormundung. Deswegen verbietet es sich, Männer oder Frauen, die zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben wollen, als „Heimchen am Herd“ zu diffamieren.

(Manfred Ach (CSU): Wer hat denn das gemacht?)

– Niemand? Na!

(Widerspruch bei der CSU)

Dann hören Sie auf mit diesen Beleidigungen, dann liefern Sie mir einen einzigen Beleg dafür.

(Beifall bei der SPD)

Liefern Sie mir einen einzigen Beleg, bevor Sie wieder solche Unverschämtheiten hier in den Raum stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wenn eine junge Frau oder ein junger Mann zur Kindererziehung zu Hause bleibt, dann ist das weder ein Heimchen am Herd – wenn es eine Frau ist –, und es ist auch kein Schlappschwanz, wenn es ein Mann ist.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Das hat auch niemand gesagt!)

Wenn aber – und jetzt kommen wir einmal zum Thema – eine junge Familie sich dafür entscheidet, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen,

(Susann Biedefeld (SPD): Dann wird es schwierig!)

weiter erwerbstätig zu sein, und zwar Mann und Frau, weil auch Frauen den Anspruch haben, erwerbstätig zu sein,

(Beifall bei der SPD)

selbst dann, wenn sie Kinder haben, sind die beiden – bitte! – auch keine Rabeneltern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe: Genau!)

Schauen Sie: Ich unterstelle Ihnen doch nichts – aber Sie unterstellen uns laufend etwas.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU)

Ich ziehe daraus nur eine Konsequenz, Herr Unterländer: Wenn die Wahlfreiheit für die Eltern unser oberstes gemeinsames Prinzip ist, dann muss diese Wahlmöglichkeit auch konkret bestehen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es!)

Und sie besteht nur dann, wenn wirklich ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden sind, und das sind sie in Bayern eben genau nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Und wie ist es mit der Landeshauptstadt München?)

– Ja, jetzt kommt die Landeshauptstadt München. Gott sei Dank, sonst hätte ich mich auf das beziehen müssen, was Herr Beckstein gesagt hat. Gut, dass dieser Zwischenruf kommt. Das ist schön.

Die Münchner CSU plakatiert im Augenblick „Mehr Krippenplätze für München!“ Toll!

(Lachen bei der SPD)

Wissen Sie, wie viele Krippenplätze die CSU in München in den sechs Jahren, in denen sie in „Regierungsverantwortung“ in der Stadt war, geschaffen hat? – Gott sei Dank waren es nur sechs Jahre CSU-Regierung in München,

(Zurufe von der CSU)

1978 bis 1984!

(Große Unruhe bei der CSU)

Wissen Sie, wie viele Krippenplätze in diesen sechs Jahren in München entstanden sind?

(Thomas Kreuzer (CSU): Und wie viele sind in den Jahren davor entstanden?)

– Null, Herr Kreuzer, in Worten: null Krippenplätze in sechs Jahren.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Und wie ist es in den Jahren 1973 bis 1978 gewesen?)

Noch eine Frage, Herr Dr. Beckstein: Wie hoch ist der Anteil der Krippenplätze in der Landeshauptstadt München im Vergleich zum Freistaat Bayern?

(Zurufe von der SPD: Richtig! – Gegenrufe von der CSU)

München hat 10 % der Einwohner, und fragen Sie einmal, wie hoch der Anteil der Krippenplätze ist!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern sind in der Landeshauptstadt München.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall den GRÜNEN)

Und da wollen Sie mit dem Finger auf die Stadt München zeigen? Das ist doch lächerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist genauso lächerlich, wie wenn ich im Programm der Münchner CSU lese – –

(Zuruf von der CSU: Wie viele Eltern suchen denn in München Krippenplätze und wie viele fehlen in München? – Gegenruf von der SPD: Wie viele fehlen denn in Bayern?)

Darf ich einmal vorlesen, was die CSU in München fordert? – Ja, es fehlen Krippenplätze in München, aber in München fehlen weniger Krippenplätze als anderswo.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

München musste die Krippenplätze ganz allein fördern, ganz alleine,

(Anhaltende große Unruhe)

weil sich der Freistaat Bayern aus ideologischen Gründen jahrzehntelang

(Glocke des Präsidenten)

mit null Cent an der Förderung von Kinderkrippen beteiligt hat.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Richtig!)

Die Kommunen mussten das ganz allein finanzieren, weil Sie es nicht wollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU und der SPD)

Und es geht so weiter. Moment! – Es geht munter so weiter: Weil Krippenplätze fehlen, muss jetzt der Bund Gas geben, obwohl er keinerlei Zuständigkeit dafür hat.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Die Bundesrepublik Deutschland – Frau Ministerin und Frau Staatssekretärin! – musste – muss nicht, aber sie tut es. Der Bund muss nicht, aber wenn er zahlt, neh-men wir es gern, oder?

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Fragen Sie einmal beim Transrapid!)

– Ja, wunderbar! – Weil wir einen so großen Rückstand in der Kinderbetreuung haben – sage ich es einmal so –, sieht sich der Bund herausgefordert und legt – ohne eigene Zuständigkeit – Geld auf den Tisch.

(Manfred Ach (CSU): Nicht nur für Bayern!)

– Nein, für alle Länder – warten Sie nur ab!

(Weitere Zurufe von der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Die anderen brauchen nicht so viel, weil sie schon mehr Krippenplätze haben!)

Für Bayern springen heraus – Moment, ich muss nachschauen – 340 Millionen Euro bis zum Jahr 2013, 340 Millionen des für Krippenplätze in Bayern nicht zuständigen Bundes.

Und was zahlt der zuständige Freistaat Bayern? 100 Millionen Euro.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): 100 Millionen!)

Der zuständige Freistaat Bayern zahlt ein Drittel dessen,

(Susann Biedefeld (SPD): Ein Armutszeugnis!)

was der nicht zuständige Bund, aus der Not geboren, auf den Tisch legt.

(Beifall bei der SPD)

Lesen Sie dazu einmal die Pressemitteilung Ihres Parteifreundes Schaidinger, was der zu diesem Thema sagt.

(Georg Schmid (CSU): Dann ist alles klar!)

Von wegen kommunalfreundlicher Freistaat! Ich sage Ihnen: Da schaut es zappenduster aus!

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Jetzt wollte ich Ihnen, Herr Spaenle, noch etwas vorlesen, und zwar aus Ihrem Wahlprogramm für München;

(Glocke des Präsidenten)

aus Ihrem kommunalen Wahlprogramm für München möchte ich Ihnen noch schnell etwas vorlesen. Dort heißt es folgendermaßen – Münchner CSU –: „Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ist das vorrangige familienpolitische Anliegen. Wir streben ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr an.“

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Toll! Tolle Sache! Wie oft haben wir das in diesem Hause gefordert und beantragt? Und wie oft haben Sie das in namentlicher Abstimmung selber abgelehnt? Wie oft?

(Anhalte Zurufe von der SPD)

Sie belügen doch die Leute, dass es nur so rauscht! Hier lehnen Sie ab, und in München schreiben Sie das in Ihr Programm.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen in Bayern ein klares Programm, um die Folgen des Klimawandels und der Erderwärmung in Grenzen zu halten. Die Industriestaaten müssen weltweit – dazu haben Sie sich verpflichtet – bis 2020 eine Senkung der Emissionen um rund 30 % schaffen. Deutschland hat eine Minderung der Emissionen um mindestens 40 % bis zum Jahre 2020 zugesagt. Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben, aber es ist machbar – und es ist vor allem auch unverzichtbar, wenn wir unseren Planeten Erde retten und die Schöpfung bewahren wollen.

Es ist aber nur dann zu schaffen, wenn auch die Länder – und damit auch Bayern – ein eigenes Klimaschutzprogramm auflegen und sich auf die notwendigen Maßnahmen verpflichten. Dieser Auftrag ist durch Ihre Ankündigungen heute bei Weitem nicht erfüllt. Sie wollen 350 Millionen Euro in vier Jahren für Ihr Programm ausgeben; das sind 87 Millionen pro Jahr. Damit können Sie kein Klimaschutzprogramm finanzieren, das dem gerecht wird, was die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverpflichtung auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nichts zum Erneuerbare-Energien-Gesetz gesagt. Das überrascht mich, weil Sie es über Jahre massiv auf Bundesebene bekämpft haben.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das haben wir gegen Ihren erbitterten Widerstand durchgesetzt. Heute erweist sich diese Kurskorrektur in der deutschen Energiepolitik als segensreich. Es ist im Grunde genommen bisher das einzige wirklich wichtige und funktionierende gesetzliche Mittel, das wir gegen Ihren massiven Widerstand durchgesetzt haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Eine Erfolgsgeschichte ist das!)

Ich begrüße es, dass Sie in die energetische Gebäudesanierung eintreten wollen. Das kommt um Jahre zu spät.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben Haushaltsstellen mit null Euro gehabt; jetzt machen Sie einen ganz kleinen, leichten, zögerlichen Anfang. Mehr würde gut tun,

(Zurufe von den GRÜNEN)

würde mehr Arbeitsplätze schaffen, würde Energie einsparen und Kosten für Wärme und Strom bei den Privathaushalten senken. Alles, was Sie da gesagt haben, ist gut gemeint, aber es ist nicht gut genug.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Regierungserklärung war, wie ich gesagt habe, eine große Enttäuschung. Herr Beckstein hat eine große Chance vertan: Er hat die Gunst der Stunde – hohe Steuermehreinnahmen; die Chance, neu anzufangen und mutig die Weichen in Richtung einer besseren Zukunft für Bayern neu zu stellen – zu nutzen versäumt, die Chance nicht ergriffen.

Es ist zwar gut, am Bewährten festzuhalten, Herr Dr. Beckstein. Aber es ist immer auch notwendig für eine neue Regierung, Neues mutig auf den Weg zu bringen, für ein modernes Bayern. Auf diesem Gebiet haben Sie komplett versagt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Stärke Bayerns beruht auf der Tatkraft und dem Fleiß seiner Menschen. Wir wollen das erhalten und fortführen, was Bayern stark gemacht hat, und da aufholen, wo vieles versäumt wurde. Ich will ein modernes Bayern, in dem die Menschen sicher leben können und unsere Kinder beste Bildungs- und Zukunftsaussichten erhalten. Ein modernes Bayern benötigt aber eine Politik, der ein zeitgemäßes Familien- und Frauenbild zugrunde liegt. Dieses zeitgemäße Frauen- und Familienbild haben Sie nicht. Davon sind Sie Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will, dass Männer und Frauen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Wir schreiben niemandem etwas vor, und wir respektieren ihre Wahlfreiheit. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für unsere Kinder, mehr individuelle Förderung und bessere Schulabschlüsse. Es darf nicht so bleiben, dass der Zugang zu Bildung vor allem vom sozialen Stand und vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es darf nicht dabei bleiben, dass fast zehn Prozent der Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine letzte Bitte, Herr Dr. Beckstein: Wir leben in der Mitte Europas. Die Europäische Union ist unsere große

Chance, wirtschaftlich und kulturell. Meine Bitte ist: Bringen Sie das Verhältnis mit unseren nächsten Nachbarn in der Tschechischen Republik endlich in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es darf nicht so sein, dass ein bayerischer Ministerpräsident 14 Jahre im Amt ist und keine einzige offizielle Begegnung mit den Repräsentanten der Tschechischen Republik hat. Wir wollen im gemeinsamen europäischen Haus friedlich und im Hinblick auf einen gemeinsamen Erfolg zusammenarbeiten, ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident Beckstein! Wir haben ohnehin nur sehr geringe Erwartungen an Ihre heutige Regierungserklärung gehegt. Aber was Sie uns gerade abgeliefert haben, war schon wirklich mehr als ernüchternd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Rede, Herr Beckstein, war altbacken, altväterlich und provinziell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inhaltlich war sie dünn, intellektuell seicht und, was das Gesellschaftsbild angeht, absolut spießig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Vergleich zu Ihrem angestaubten Weltbild war Ihr Vorgänger, Herr Stoiber, geradezu ein junger Wilder. Das muss man im Rückblick so feststellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben keinerlei Aufbruch, keinerlei Visionen für ein Bayern des 21. Jahrhunderts entwickelt. Sie haben nur die alten Rezepte aus den 50er-Jahren aus der Mottenkiste geholt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, das Motto Ihrer Rede sei Mut und Demut. Tatsächlich ist das Motto Ihrer Rede: Muff statt Mut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist, welche Entwicklungen in unserer Gesellschaft Ihnen, Herr Beckstein, Anlass zur Sorge geben. Sie haben am Anfang Ihrer Rede aufgezählt, dass vieles in Bayern gut sei, es aber ein paar Dinge gebe, die Ihnen Anlass zur Sorge bereiten. Was gibt Ihnen Anlass zur Sorge? Das ist das unflätige Verhalten von Menschen in der U-Bahn oder der S-Bahn, die Unpünktlichkeit oder die Unhöflichkeit. All das macht Ihnen Sorgenfalten.

Wenn ich darüber nachdenke, was mir in der heutigen Gesellschaft, in der heutigen Zeit, wirklich Sorge bereitet, dann komme ich zunächst einmal zum Beispiel auf die Wirtschaftskriminalität, dann komme ich auf die Korruption, zum Beispiel bei einem großen Unternehmen in München. Dann komme ich auf Themen wie Frauenhandel und Menschrechtsverletzungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich auf Themen wie Störfälle in Atomkraftwerken und die bedrohliche Klimaveränderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann denke ich über die wachsende Armut und über die Ausgrenzung von immer mehr Menschen in unserem Lande nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann fallen mir der Schnüffelstaat ein und die zunehmenden Eingriffe des Staates in die Privatsphäre von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern. Schmutzige Stiefel auf Sitzkissen – dazu muss ich ehrlich sagen: Das macht mir weniger Sorgen als blank polierte Springerstiefel und blank polierte Glatzen auf unseren Straßen und vor unseren Schulen, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ganz offensichtlich die kleingeistige und kleinbürgerliche Vorstellung, wenn alle nur ordentlich, fleißig, pünktlich und bescheiden sind, dann ist alles gut, und die Uneinsichtigen und die Störenfriede werden mit harter Hand und Leitkultur auf Linie gebracht.

Offensichtlich haben Sie sich nicht einen einzigen Gedanken darüber gemacht, woher es denn kommt, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, woher es denn kommt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft immer größer wird, woher es denn kommt, dass die soziale Unsicherheit immer größer wird. Hat das nicht vielleicht auch etwas mit den massiven Kürzungen im Sozialbereich zu tun, die Sie, Herr Beckstein, auch mit zu verantworten haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hat das nicht vielleicht auch etwas mit Ihrer aggressiven Ablehnung eines Mindestlohns zu tun? Hat das nicht vielleicht auch etwas mit unserem bayerischen Bildungssystem zu tun, das die soziale Ungerechtigkeit mit Blick auf die Zukunft noch verschärft, statt sie abzubauen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Ihre Blindheit gegenüber den wirklichen Problemen in unserem Land muss einen mit großer Sorge erfüllen. Inhaltlich sind Ihre Ankündigungen dünn und meist vage. Was Sie uns bieten, sind längst überfällige Nachbesserungen, Reparaturen, zum Beispiel bei der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude oder beim Ausbau der Breitbandanschlüsse für den ländlichen Raum.

Sie bieten uns unzureichende Reaktionen auf Ihre eigenen Versäumnisse der letzten Jahre, wie beim Krippenausbau, bei der Mittagsbetreuung oder der Schulsozialarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind zögerliche und kleine Korrekturen im Bestehenden, aber Fehlanzeige hinsichtlich längerfristiger Perspektiven, Fehlanzeige hinsichtlich struktureller Weichenstellungen und absolute Fehlanzeige hinsichtlich gestalterischer Kraft und gestalterischem Anspruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, in den letzten Tagen wurde viel darüber spekuliert, was Sie in Ihrer Regierungserklärung wohl präsentieren würden. Sie haben sie lange gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Wenn ich mir anschaue, was Sie heute abgeliefert haben, dann sage ich: Ich kann verstehen, dass Sie das so lange geheim gehalten haben. Das hätten Sie auch heute tun sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war kleinstes Karo, und das war Becksteins bayerisches Biedermeier.

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist denn das für ein Niveau?)

Das qualifiziert Sie nicht einmal als Mann des Übergangs. Das zeigt Sie als Mann von gestern, der seinem Amt und seiner Verantwortung in keiner Weise gewachsen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche sind denn heute die wirklichen, die großen Herausforderungen in Bayern? Anstatt den Muff der 50er-Jahre wieder aufzuwärmen, müssen wir endlich die Modernisierungsdefizite in Bayern überwinden. Wir haben erhebliche Modernisierungsdefizite im ökologischen Bereich, im gesellschaftlichen Bereich. Sie haben sich heute als Protagonist genau dieser Modernisierungsdefizite dargestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt sich schon an Ihrem Frauen- und Familienbild. Sie verfechten das ideologische Projekt eines Betreuungsgeldes, das zu Recht „Herdprämie“ genannt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, unsere Kritik sei unsäglich. Lieber Herr Beckstein, ich dachte, Sie reden so viel mit den Abgeordneten Ihrer eigenen Fraktion, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Ist denn die Kritik von Frau Stamm auch unsäglich? Was sagen Sie denn zu den Äußerungen der CSU-Abgeordneten Männle?

In der „Staatszeitung“ von dieser Woche – es ist nicht gerade das revolutionärste Blatt in Bayern, aber kritisch – lesen wir auf der ersten Seite: „Verwirrung um die Herdprämie“. Dort heißt es, dass sie in Ihrer eigenen Partei und Fraktion durchaus umstritten ist. Nicht nur Frau Stamm wird zitiert; Frau Männle wird mit dem Zitat wiedergegeben, wenn jemand die S-Bahn nicht nutze, bekomme er schließlich auch kein Geld heraus.

(Widerspruch des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

– Das ist nicht mein Vergleich. Bitte reden Sie mit Ihrer Kollegin, Herr Fraktionsvorsitzender Schmid.

Die direkteste Kritik am Betreuungsgeld kommt von der Ehefrau des Bundeswirtschaftsministers, der, soweit ich weiß, immer noch Ihrer Partei angehört. Frau Glos sagt ganz offen und ehrlich, das sei eine Schnapsidee der Männer innerhalb der CSU, und recht hat Frau Glos. Hören Sie endlich auf sie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Staatszeitung“ kommentiert diese Schnapsidee auch noch und fordert Sie auf, endlich von Ihrer Scheuklappenpolitik Abschied zu nehmen:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ideologie!)

„Am besten wäre es, wenn sich die CSU vorbehaltlos und ohne ideologische Scheuklappen zu einer modernen Familienpolitik bekennen würde, es sei denn, es ist das Ziel, bestimmte Schichten von der frühkindlichen Bildung fernzuhalten.“ Genau das scheint mir der Fall zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, widmen Sie sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, und stecken Sie Ihre Energie in die Lösung der Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen.

Was sagt dazu die neueste Umfrage, die uns gestern auf den Tisch kam? – 88 % der Bevölkerung in Bayern wollen, dass die Schulen mehr Geld und mehr Lehrer bekommen. 67 % sagen: Wir brauchen mehr Kinderbetreuungsplätze in Bayern. 64 % wollen, dass mehr für den Klimaschutz getan wird. 88 % sagen: Wir müssen mehr Arbeitsplätze schaffen.

Wenn Sie mehr für den Klimaschutz tun, wenn Sie mehr für die Schulen tun, wenn Sie mehr Kinderbetreuungs-

plätze schaffen, dann schaffen Sie auch mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich mit dem Klimaschutz beginnen. In Ihrer Regierungserklärung sind Ihnen dazu dürftige zwei Seiten eingefallen. Die Liste der Versäumnisse und der Fehlentscheidungen in Sachen Klimaschutz, die Sie zu verantworten haben, ist lang, und die Liste ist alt. Die Probleme sind seit Langem bekannt. Sie sind jahrelang nach dem üblichen Muster verfahren: Erst leugnen, dann schönreden und schließlich noch die kleinsten Trippelschrittchen als riesige Meilensteine verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit versagen Sie bei der größten Herausforderung, vor der wir aktuell stehen.

Sehen wir uns einmal das Trauerspiel um die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude an. Seit mehr als 20 Jahren sitzt Ihnen der Rechnungshof im Nacken und sagt Ihnen, dass es Schwachsinn ist, staatliche Gelder zum Fenster hinauszuheizen. Dies gilt allein schon unter Finanzaspekten und noch mehr unter Klimaschutzaspekten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit 1991 haben wir Grüne hier im Landtag mit permanenten parlamentarischen Initiativen versucht, diesen Missstand zu beheben, damit wir bei der energetischen Sanierung endlich vorankommen. Was ist in 20 Jahren geschehen? – Sie haben es gerade einmal geschafft, von den rund 7000 energierelevanten staatlichen Liegenschaften 350 zu sanieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kläglich!)

Das ist kläglich. Das sind lächerliche 5 %. Und heute? Kaum sind 20 Jahre ins Land gegangen, verkünden Sie uns Ihre großen Errungenschaften. Worin bestehen sie? – Sie wollen 150 Millionen in vier Jahren für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude ausgeben. In einem Jahr gibt Bayern 1 Milliarde für Neubauten im staatlichen Bereich aus. Das macht 4 Milliarden in vier Jahren. 150 Millionen in vier Jahren sind davon gerade einmal 4 %. Das ist kaum mehr als das, was Sie für die Kunst am Bau auszugeben verpflichtet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, Herr Beckstein, können Sie sich nun wirklich nicht blicken lassen. Sie sollten den irreführenden Begriff „Klimaprogramm“, den Sie in Ihrer Regierungserklärung verwendet haben, schnellstmöglich streichen.

Wenn der Vorsitzende Ihrer Klimakommission, Herr Prof. Graßl, der vor Kurzem auch bei Ihrer Klausur in Kloster Banz zugegen war, hört und liest, was Sie uns heute geboten haben, dann muss er den Bettel hinschmeißen und sagen: Es gibt schönere Möglichkeiten, meine Zeit zu vertun; in dieser Klimakommission der Staatsregierung bin ich fehl am Platz; da mache ich lieber etwas anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Ausbau erneuerbarer Energien. Sie schaffen es, das größte Potenzial, das wir in Bayern haben, die Windenergie, mit keinem Wort zu erwähnen. Wir sind bei der Windenergie Schlusslicht bei den Flächenländern. Nicht einmal 1 % schaffen wir. Wir versuchen, dabei Baden-Württemberg den Rang abzulaufen, das genauso schlecht ist. Andere Flächenländer mit der gleichen Struktur, mit den gleichen Windlagen, weisen das Zehn- bis Zwanzigfache auf. Würden wir engagiert einsteigen, die Hindernisse für die Windenergie abbauen, könnten wir auf einen Schlag das Potenzial an Windenergie mindestens verzehnfachen, wenn nicht gar verzwanzigfachen. Steigen Sie hier ein. Fördern Sie endlich die Windenergie. Das sind die richtigen Maßnahmen, nicht Ihre halbherzigen Lippenbekenntnisse, von denen wieder nichts zu erwarten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Wort über Energieeinsparung, kein Wort über Effizienzsteigerung! Kein Wort über Kraft-Wärme-Koppelung, kein Wort über ein Umsteuern im Verkehr, im Flugverkehr, im Straßenverkehr, keine Angabe, welche verbindlichen Klimaziele in welcher Zeit und mit welchen Maßnahmen Sie erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeilen Ihres Regierungsprogramms in diesem Bereich sind ein Dokument der Inkompetenz, wie es entlarvender kaum sein könnte, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können uns aber eine solche Inkompetenz und Saumseligkeit nicht länger leisten. Seit 1990 sind die CO_2-Emissionen in Bayern um gerade einmal 3 % zurückgegangen. Nach dem Kyoto-Protokoll, auf das Sie sich eigentlich auch verständigt haben, müssen wir in Bayern bis zum Jahre 2012 21 % einsparen, und wir wissen heute, dass das längst nicht ausreicht, dass wir damit unsere Klimaschutzaufgaben nicht erfüllen. Wir müssen noch sehr viel ehrgeiziger sein.

Leider haben Sie, Herr Beckstein, bis heute nicht begriffen, worum es wirklich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor fördern und subventionieren Sie den Luftverkehr und den Autoverkehr in geradezu unverantwortlicher Art und Weise. Ich erwähne die dritte Startbahn des Münchener Flughafens, den widersinnigen Ausbau von Regionalflughäfen, Autobahnen durch Fichtelgebirge und Isental.

Auch vor Ihrer eigenen Haustür, Herr Beckstein, beweisen Sie, dass Sie vom Klimaschutz überhaupt nichts verstehen. Da gibt es das Projekt, das vom Volksmund „Beckstein-Tunnel“ genannt wird. Das ist die Autobahnanbindung des Nürnberger Flughafens. Um einer lächerlichen Zeitersparnis von fünf Minuten willen wollen Sie den Reichswald roden, wollen Sie wertvolle Naturschutzgebiete zerstören und gleichzeitig 60 Millionen Euro versenken. Das ist das absolut falsche Signal. Herr Beckstein, wenn Sie schon nicht im Kleinen zur Umsteuerung fähig sind, wie wollen Sie dann die wirklich großen Aufgaben in Bayern anpacken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer Verkehrs- und Ihrer Strukturpolitik setzen Sie nach wie vor auf die alten, klimaschädlichen Konzepte. Für wirksamen Klimaschutz braucht es eine konsequente Gesamtstrategie aller Politikfelder. Ein paar Reparaturmaßnahmen hier und dort reichen bei Weitem nicht aus. Wir brauchen eine Trendumkehr in der Wirtschafts- und Strukturpolitik, in der Forschungs- und Verkehrspolitik sowie in der Landwirtschaft. Wir brauchen eine umfassende ökologische Innovationsstrategie für Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu habe ich bei Ihnen überhaupt nichts gehört.

Wir müssen den Mut zu einem neuen ökologischen Aufbruch mobilisieren. Wir müssen aber auch selbst dazu Mut und Ideen haben, wie die Innovationsstrategie aussehen könnte. Da gibt es bei Ihnen, Herr Beckstein, leider auf der ganzen Linie Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN haben zu Beginn dieser Woche unsere Klimaschutzstrategie für Bayern vorgelegt. Wir haben zusammen mit dem renommierten Öko-Institut ein umfassendes Klimakonzept für Bayern erarbeitet mit dem Ziel, den Pro-Kopf-Ausstoß an CO_2 in Bayern von 7 auf 5 Tonnen zu senken.

Wir stehen in Bayern vor einer doppelten Herausforderung durch Ihre verfehlte Energiepolitik. Wir müssen bis 2020 gesetzeskonform aus der Atomenergie aussteigen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und gleichzeitig müssen wir den CO_2-Ausstoß deutlich reduzieren. Da reichen Ihre lächerlichen Goodwill-Maßnahmen bei Weitem nicht aus. Man muss mit einer klaren, ehrgeizigen Strategie an die Arbeit gehen.

In unserem Gesamtkonzept setzen wir verbindliche Klimaziele für Bayern. Wir führen viele Bausteine aus den verschiedensten Bereichen unter dem Dach eines Klimaschutzrahmengesetzes zusammen. Wir brauchen ein Klimaschutzrahmengesetz für Bayern mit klar definierten Zielmarken zum Beispiel für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen eine jährliche Berichtspflicht gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit darüber, was in dem Bereich getan wurde, wie viel CO_2 eingespart wurde, wo es noch Probleme gibt und wo wir nachbessern müssen. Außerdem brauchen wir eine Weiterentwicklung in den einzelnen Bereichen.

Wir haben fünf konkrete Aktionspakete für den Klimaschutz geschnürt: in der Wirtschaft, in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Bereich, in der Verkehrspolitik sowie in verschiedenen anderen Bereichen.

Wir machen deutlich, dass die Politik den entsprechenden Rahmen setzen kann und muss, damit sich ein klimafreundliches Verhalten für alle lohnt. Wir wollen eine klare Ansage an die Industrie, insbesondere an die Automobil- und Energiekonzerne. Da reichen Ihre Show-Veranstaltungen mit BMW in Nürnberg nicht aus. So etwas führt nur dazu, dass weiterhin Klimakiller produziert werden. Wir sind nach wie vor weit weg davon, unsere Mobilität wirklich klimafreundlich umzuorganisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Der Staat ist beim Klimaschutz selber Akteur, und zwar nicht nur durch den politischen Rahmen, den er setzt. Der Staat ist auch selber Verbraucher. Er hat ein großes staatliches Beschaffungswesen. Gehen Sie im staatlichen, im öffentlichen Bereich doch mit gutem Beispiel voran. Wechseln Sie im staatlichen Bereich den Stromanbieter. Gehen Sie weg von Eon, gehen Sie in den Ämtern und Behörden zu ökologischen Stromanbietern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kaufen Sie in Zukunft sparsame Dienstfahrzeuge. Nutzen Sie zum Beispiel die Möglichkeiten, die Sie durch die staatlichen Banken haben. Ich denke zum Beispiel an die Landesbank. Stellen Sie die Förderkriterien um auf ökologische Kriterien. Dadurch könnten Sie mit all den staatlichen Handlungsmöglichkeiten, die Sie zur Verfügung haben, etwas für den Klimaschutz tun.

Wie Sie sehen, gibt es jede Menge Handlungsmöglichkeiten. Faule Ausreden können nicht gelten. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Wir sagen Ihnen, wie es geht. Handeln Sie endlich, Herr Beckstein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handeln Sie endlich auch beim Transrapid! Stoppen Sie endlich dieses Unsinnsprojekt, Herr Beckstein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Langsam dämmert es Ihnen doch selber, wie groß und wie teuer der Unsinn ist, den Sie da betreiben.

Vor allem wird Ihnen langsam klar, wie groß der Widerstand dagegen ist. Die eben erwähnte Umfrage brachte klipp und klar das Ergebnis: Zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung wollen den Transrapid nicht. Die können an Ihren Leuchtturmverheißungen mit Schmerzgrenzen überhaupt nichts Positives finden.

Sie suchen jetzt verzweifelt nach Hintertürchen oder überzeugenden Argumenten. Ich sage Ihnen: Lassen Sie es bleiben. Sie werden keine überzeugenden Argumente für den Transrapid finden. Auch hier gilt: Stecken Sie Ihre Energie und Ihr Geld lieber in den Ausbau des ÖPNV, in klimafreundliche Mobilität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, es ist erbärmlich, wenn Sie als Ministerpräsident verzweifelt nach Hintertürchen, nach Auswegen suchen, wie Sie den Transrapid jetzt vielleicht doch loswerden können, wie Sie sich davon verabschieden können. Sie sind doch zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Sie brauchen keine Hintertürchen. Gehen Sie offensiv durch die Vordertür, und sagen Sie: Wir machen das nicht; das ist Blödsinn. Haben Sie den Mut, sich von Dummheiten zu verabschieden, und sagen Sie endlich, dass der Transrapid hier nicht realisiert wird!

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Dann bleibt nur das Auto!)

– Das sieht Ihnen ähnlich, Herr Kreuzer, dass für Sie die Alternative das Auto ist. Es gibt aber auch eine S-Bahn, vielleicht auch eine Express-S-Bahn oder eine beschleunigte S-Bahn. Es gibt viele Möglichkeiten. Sie werden vielleicht einwenden: Dann dauert es bis zum Flughafen 45 Minuten. Aber wie lange warten Sie denn häufig am Flughafen? Die Zeit, die Sie auf dem Weg dorthin einsparen, brauchen Sie am Flughafen, damit Sie dort einchecken können. Die Rechnung, die Sie hier aufmachen, ist absoluter Blödsinn.

Das Beispiel Nordrhein-Westfalen sollte Ihnen zu denken geben. Vor einigen Jahren hat sich dort ein Ministerpräsident sehr vehement für den Transrapid eingesetzt. Er war von der SPD. Kaum war er nicht mehr Ministerpräsident, stellte sich heraus, dass der Scheck ungedeckt und die Halbwertszeit des Projekts gering war. In Nordrhein-Westfalen hat es nach dem Abgang von Clement acht Monate gedauert, bis der Metrorapid beerdigt wurde. Wir helfen Ihnen gern, diese Zeit in Bayern zu verkürzen, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die nächste Herausforderung ist die Bildungspolitik. Mit diesem Bereich haben Sie sich zumindest ein kleines bisschen intensiver beschäftigt, Herr Beckstein, als mit dem Klimaschutz. Aber das Ergebnis ist auch hier: zu wenig, zu spät, zu umständlich und zu ideologisch.

Sie haben am Wochenende in Nürnberg mit Recht gesagt: Bei der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung haben wir in Bayern – das ist Originalzitat – unhaltbare Zustände. Jawohl, so ist es! Wo er recht hat, hat er recht. Sie haben gesagt: Die heutige Situation der Kinderbetreuung ist ein Armutszeugnis. Richtig! Dieses Armutszeugnis, Herr Beckstein und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Ihr Armutszeugnis, von sonst niemandem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben doch jahrelang aus ideologischen Gründen den Krippenausbau verhindert. Sie haben in den Bereich nicht investiert. Sie haben das bayerische Kindergartengesetz zu verantworten, welches die Qualität in den Kindereinrichtungen mindert und die Eltern gängelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum müssen wir denn in Bayern mehr investieren? Sie betonen: Wir investieren doch mehr als anderswo.

(Georg Schmid (CSU): Alles Blödsinn!)

– Sie können dazu gerne reden, Herr Schmid, und hier alles widerlegen. Darauf bin ich schon sehr gespannt.

Warum müssen wir hier denn mehr investieren als andere Bundesländer? – Weil wir einen so riesigen Nachholbedarf in diesem Bereich haben! Sie haben die Zeichen der Zeit verschlafen. Wir haben heute noch nicht einmal einen Deckungsgrad von zehn Prozent bei den Kinderkrippenplätzen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis. Sie haben hier heute nicht deutlich gemacht, dass Sie in diesem Bereich wirklich etwas gelernt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie reden von mehr Qualität – wunderbar! Dann ändern Sie aber bitte schön als Erstes einmal das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Das wäre der erste Punkt. Das ist nämlich die Ursache dafür, dass die Qualität nachlässt und die Erzieherinnen immer weniger Zeit für die Betreuung, für den Umgang und für die Bildung der Kinder haben. Das ist der Grund dafür, dass die Gruppen immer größer werden und dass es immer schwieriger wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ändern Sie erst einmal diese gesetzliche Grundlage. Da könnten Sie für die Verbesserung der Qualität in den Kindererziehungseinrichtungen viel tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie zur Schulpolitik gesagt haben, ist zumindest insofern richtig, als Sie sagen, Bildungspolitik sei die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Das steht so in unseren Bildungsbroschüren – wunderbar! Aber Ihre bildungspolitischen Vorstellungen, Herr Beckstein, sind nicht die Vorstellungen des 21. Jahrhunderts, sondern allenfalls die Vorstellungen des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

– Ja, natürlich. Wir fordern hier seit Jahren mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall, kleinere Klassen, mehr Ganztagsschulen und mehr individuelle Förderung. Sie haben diese Forderungen in den letzten Jahren abgelehnt. Die kleinen Fortschrittchen, die Sie uns hier als große Meilensteine verkaufen, können uns mitnichten beruhigen. Ihre

Vorgaben müssen da bedeutend ehrgeiziger sein, insbesondere wenn ich sehe, in welch guter Lage Sie sind, was die Steuereinnahmen und die Möglichkeiten im Haushalt angeht. Es ist doch lächerlich, was Sie uns angesichts dieser Haushaltslage zur Verbesserung der Situation in unseren Schulen und Hochschulen bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, nichts gesagt haben Sie allerdings dazu, wie Sie die Schulen auf dem Land erhalten wollen. Sie haben das Hohelied des ländlichen Raums gesungen, aber von Bildungseinrichtungen, von Kindergärten und Schulen, vom Erhalt der Schulen im Dorf habe ich nichts vernommen. Sie haben nicht gesagt, was Sie tun wollen, um die zunehmenden Schulschließungen zu verhindern. Sie haben auch dazu nichts gesagt, wie Sie die Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit in den Schulen stärken wollen. Sie haben nicht gesagt, wie Sie in Zukunft die Lehrerausbildung praxisnäher gestalten wollen.

Herr Beckstein, völlig daneben liegen Sie mit Ihren ideologischen Aussagen zur angeblichen Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems und zur begabungsgerechten Schulwahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir in Bayern in der Bildungspolitik am allerwenigsten brauchen, ist Ihr Rückfall in die schulpolitischen Schützengräben der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben uns leider nicht richtig verstanden.

Herr Traublinger, reden Sie mit dem Ministerpräsidenten bitte schön später, das ist ziemlich unhöflich. Herr Beckstein plädiert ja immer für Höflichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU): Deswegen schreit der Herr Dürr dauernd rein! Das ist alles Höflichkeit!)

Sie haben offenbar überhaupt nicht verstanden, warum wir eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler brauchen. Sie haben nicht verstanden, dass unser Bildungssystem nicht nur sozial ungerecht ist, sondern dass es die bestehende soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft verschärft,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass es die Kinder fördert, die schon vom Elternhaus unterstützt werden, wo sich die Eltern kümmern können und Geld haben, Nachhilfe zu finanzieren. Kollege Maget hat die immensen Summen, die hierfür von Privathaushalten jährlich aufgewendet werden, genannt. Das können aber nur die Haushalte machen, die sich das finanziell leisten können. Und: Was ist mit den Kindern aus Familien, die da leider zu kurz gekommen sind, deren Eltern das vielleicht nicht finanzieren können oder gar nicht finanzieren wollen oder deren Eltern nicht so genau wissen, wie wichtig für die Kinder eine gute Ausbildung ist? Haben diese Kinder von Anfang an keine Chance? Wo ist gerade in Bezug auf die Kinder aus diesen benachteiligten Familien, aus den Migrantenfamilien Ihr soziales Gewissen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, die soziale Herkunft dürfe nicht über Bildungschancen entscheiden. In dem von Ihnen propagierten Schulsystem passiert aber genau das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie werden die Ungerechtigkeit im Bildungssystem und die Bildungsarmut in Bayern, die für unser reiches Land wirklich ein Armutszeugnis sind, im Rahmen Ihres so hochgepriesenen dreigliedrigen Schulsystems nicht überwinden. Dieses dreigliedrige Schulsystem verschärft nämlich die ungerechten gesellschaftlichen Strukturen und führt dazu, dass gerade die Kinder aus den benachteiligten Familien und Schichten die schlechten Chancen haben, die Sie hier beklagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben im Rahmen der Integration die Migrantenkinder angesprochen. Die Migrantenkinder sind die Verlierer dieses bayerischen Bildungs- und Schulsystems. Mit den Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben – ein paar Sprachtrainer in die Kindergärten zu schicken –, werden Sie an den Zukunftschancen gerade der Migrantenkinder überhaupt nichts verändern. Da müssen Sie wirklich strukturelle Änderungen vornehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen die strukturellen Benachteiligungen überwinden, sonst kurieren Sie auch in Zukunft nur an den Symptomen herum, erreichen aber keine längerfristigen, grundlegenden Verbesserungen.

Wenn wir von einer längeren gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder und von einer Schule für alle Kinder sprechen, dann sprechen wir nicht von einer Neuauflage der Gesamtschule alten Musters, Herr Beckstein. Lassen Sie sich das gesagt sein und merken Sie es sich endlich! Wenn Sie es selber nicht verstehen, versteht es vielleicht Ihre Frau. Vielleicht lassen Sie sich auch von anderen Leuten beraten, die im Bildungssystem tätig sind.

Es geht nicht um die Wiederbelebung dieses alten Schulkampfes. Es geht nicht um die Neuauflage der Gesamtschule, wie sie in einigen Bundesländern praktiziert wurde, die im Kern auch nur die Abbildung der Misere des dreigliedrigen Schulsystems unter einem Dach war.

Wir sprechen von innovativen Reformschulen, die die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt. Wir sprechen davon, dass es in diesen Schulen eben kein Aussortieren und kein Abschieben

gibt, dass in diesen Schulen keinem Kind bedeutet wird: Du bist hier falsch. Die Schule ist schon richtig, blöderweise bist du falsch. Wenn dies einem Kind in der Schule gesagt wird, dann stimmt mit dem Bildungssystem etwas nicht. Nicht die Kinder sind falsch, sondern dieses Bildungssystem ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen auch davon, dass die Kinder in unseren Schulen ermutigt werden müssen und nicht frühzeitig als Versager abgestempelt werden dürfen.

Herr Beckstein, wir sprechen von Leistung: Auch wir wollen bessere Leistung. Aber auch hier sind Sie auf dem Holzweg. Sie meinen immer noch, bessere Leistungen bekomme man mit einem schärferen Notendruck, mit billigen Moralpredigten und härterem Durchgreifen. Lesen Sie doch einmal die aktuellen pädagogischen Erkenntnisse! Fragen Sie einmal zum Beispiel Neurobiologen und Naturwissenschaftler! Die sagen, es sei der absolute Holzweg, wenn man in Deutschland meine, Kindern mit Druck und Angst etwas beibringen zu müssen. Da ist der Weg zur Schule wie der Gang zum Zahnarzt: Ein bisserl Angst hat noch keinem geschadet. Aber das Gegenteil ist der Fall: Wir wissen, dass Kinder umso besser lernen, je mehr sie sich in einer Umgebung wohlfühlen, je mehr sie sich aufgehoben fühlen, je mehr sie angespornt werden, je mehr sie unterstützt werden und je weniger Angst sie haben. Das ist moderne Bildungspolitik! Aber Sie predigen hier die verfehlten Konzepte der 50er-Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Genau das Gegenteil hat er gesagt! Ihr bleibt nur bei eurem Vorurteil!)

– Herr Kupka, ich lade Sie ein, denn wir haben heute Abend hier in den Bayerischen Landtag unten im Filmsaal – der Weg ist nicht weit – eine hervorragende Referentin eingeladen, die ehemalige Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, Frau Enja Riegel. Von ihr haben Sie vielleicht schon einmal gehört. Frau Riegel hat es geschafft, eine in Bezug auf die Leistungen und die sozialen Schwierigkeiten ziemlich schlechte Schule in Wiesbaden aus der Misere herauszuführen. Dieses Gymnasium war damals in einer sehr schwierigen Situation. Frau Riegel hat es geschafft, dort eine Schule für alle zu organisieren. Mit welchem Ergebnis? – Diese Schule in Wiesbaden ist Pisa-Sieger, und zwar im internationalen Vergleich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Frau Riegel könnte Ihnen sagen, wie heute Reformpädagogik ausschaut, wie moderne pädagogische Erkenntnisse ausschauen und wie man es schafft, die unterschiedlichen Begabungen der Kinder nicht einem Mittelmaß anzugleichen – wie es in Ihrem dreigliedrigen Schulsystem der Fall ist –, sondern wie man es schafft, Kinder wirklich individuell zu fördern, den unterschiedlichen Begabungen Rechnung zu tragen, die Vielfalt anzuerkennen und jedem einzelnen Kind mit einer modernen Pädagogik gerecht zu werden.

Reden Sie nicht länger diesen Schwachsinn. Informieren Sie sich erst. Ich lade Sie ein. Kommen Sie heute Abend in diese Veranstaltung und hören Sie sich von einer Praktikerin an, wie ein wirklich modernes Schulsystem aussehen müsste und aussehen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Das ist ein Einzelfall, der nicht übertragbar ist!)

– Ein Einzelfall! War Erwin Huber, den Herr Beckstein so lobte, kein Einzelfall? Der hat es doch auch geschafft. Sie predigen hier nur: Die Besten schaffen es schon. Survival of the fittest: Ich glaube nicht, dass das eine angemessene sozialpolitische Strategie im 21. Jahrhundert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das funktioniert überhaupt nicht! – Engelbert Kupka (CSU): Mit euch würde Bayern sauber ausschauen!)

– Allerdings, mit uns würde Bayern gut ausschauen. Mit uns würde Bayern auf jeden Fall besser fahren als mit Ihrem überkommenen Muff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Integrationspolitik: Herr Beckstein, Sie haben Integrationsdefizite beklagt. Woher kommen die? Wer hat die zu verantworten? – Diese Integrationsdefizite haben doch Sie zu verantworten. Jahrelang haben Sie gepredigt, dass wir kein Einwanderungsland seien. Sie haben keine aktive Einwanderungspolitik, keine aktive Integrationspolitik gemacht. Sie haben immer nur gemeint, diese Menschen würden irgendwann nach Hause zurückkehren. Diese Menschen leben hier seit Jahrzehnten. Sie zahlen Steuern, sie zahlen Sozialabgaben. Ihre Kinder leben hier schon in der dritten Generation. Sie haben aber absolut schlechte Chancen in unserer Gesellschaft und in unserem Bildungssystem. Da müssen Sie sich fragen lassen, wie Sie diese Situation verbessern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind wieder nach dem alten Muster vorgegangen. Sie haben die Opfer zu Schuldigen gemacht und versucht, sich selbst aus der Verantwortung zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den letzten Jahren die Beratungsangebote, die Unterstützungsangebote und die zusätzlichen Integrations- und Ausbildungsangebote gekürzt. Alles haben Sie zusammengestrichen. Heute sagen Sie hier aber, Sie würden diese Leute verpflichten, an den Kursen teilzunehmen. Stellen Sie erst einmal ausreichend Kurse zur Verfügung, dann reden wir weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt. Herr Beckstein, Sie haben vom Bürgerstaat und von Bürgerbeteiligung gesprochen. Sie sagten, dass Sie die Bürgerbeteiligung stärken und unterstützen wollen. ihr Ziel sei ein Bürgerstaat in der Verantwortung der Bürger. „Bürgerinnen“ haben Sie nicht gesagt, aber das sage ich jetzt.

Herr Beckstein, wenn Sie vom Bürgerstaat reden, sollten Sie erst einmal Ihr grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ablegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten die Bürgerrechte stärken und nicht permanent abbauen. Sie sollten die Flut an Überwachungsmaßnahmen und Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürger eindämmen. Sie sollten als Erstes dafür sorgen, dass die unsägliche Vorratsdatenspeicherung nicht gesetzlich verankert wird. Im Bundesrat sollten Sie dagegen stimmen, wenn Sie vom Bürgerstaat reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Vorratsdatenspeicherung hat überhaupt nichts mit Vertrauen in die Selbstbestimmung und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Sie stellt jeden Bürger und jede Bürgerin von vornherein unter Verdacht. Sie praktizieren die unerträgliche Ausweitung der staatlichen Überwachung in den gesamten Privatbereich hinein. Sie sollten die Telekommunikationsüberwachung reduzieren. Sie sollten auf heimliche Online-Durchsuchungen verzichten. Sie sollten die Rasterfahndung einschränken. Sie sollten den Datenschutz bei den Mautdaten und den Fluggastdaten sicherstellen. Ihr Ziel ist doch gerade nicht der unabhängige, starke, informierte und kritische Bürger. Solche Bürgerinnen und Bürger sind Ihnen doch im Kern suspekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Ihr Ziel ist nicht der Bürgerstaat, Ihr Ziel ist der Schnüffelstaat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Renate Dodell (CSU): So ein Schwachsinn!)

Ich kündige Ihnen aber auch an, dass wir mit allen politischen und mit allen rechtlichen Möglichkeiten um unsere Freiheitsrechte kämpfen werden – bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Zum Schluss wird Ihnen das Bundesverfassungsgericht zum Glück einen Strich durch diese unsägliche Rechnung machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss.

(Renate Dodell (CSU): Gott sei Dank!)

Herr Beckstein, von den zentralen Herausforderungen haben Sie wirklich nichts begriffen. Sie sind Ihrer Verantwortung und ihrem Amt in keiner Weise gewachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen fehlen der Mut und die Ideen für ein tatkräftiges Gestalten der zukünftigen Aufgaben. Stattdessen wollen Sie sich bis zur Landtagswahl durchwursteln. Das hat Bayern weder verdient noch kann es sich das leisten. Wir GRÜNE werden Ihnen das auch nicht durchgehen lassen. Wir kündigen Ihnen eine offensive, tatkräftige und selbstbewusste Auseinandersetzung an. Bayern braucht keinen Kuschelkonservatismus à la Beckstein. Bayern braucht Mut statt Muff.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Renate Dodell (CSU): Traurig! Traurig! Traurig!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe geglaubt, ich lebe in Bayern, einem wunderbaren Land, einem Land, auf das viele mit Bewunderung, manche aber auch mit Neid blicken. Lieber Herr Maget und liebe Frau Bause, in den letzten zwei Stunden haben Sie mir aber ein völlig fremdes Land beschrieben, ein Land, in dem Not und Elend herrschen, ein Land, in dem alle in Sack und Asche gehen, ein Land, in dem die Menschen traumatisiert durch die Straßen laufen.

(Beifall bei der CSU)

Sie malen ein Bild von einem Land ohne Optimismus. Sie reden nur von Klagen und Pessimismus.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das ist nicht unser Land. Das ist nicht der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben nur schlechte Stimmung gemacht. Sie haben kein gutes Wort für Bayern und seine Menschen gefunden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Sie sind weit entfernt von der Realität dieses Landes.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das stimmt!)

Bayern ist ein wunderbares und weltoffenes Land mit aktiven und positiv eingestellten Menschen. Unsere Mit-

bürgerinnen und Mitbürger sind fleißig und hoch engagiert. Sie sind Menschen mit einer großen Lebensfreude. Sie würden ihnen diese Lebensfreude nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dass Bayern heute so dasteht, ist auch ein Verdienst der CSU und der von ihr geführten Staatsregierung.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Was wäre aus diesem Land geworden, wenn sich Ihre Politik durchgesetzt hätte,

(Franz Maget (SPD): Etwas Besseres!)

wenn das Realität geworden wäre, was Sie uns heute alles erzählt haben?

(Günter Gabsteiger (CSU): Ein armes Land!)

Wir haben zu Recht immer wieder den Auftrag der Menschen zur Gestaltung dieses Landes erhalten. Wir werden uns weiterhin für dieses Land einsetzen und uns engagieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Aufträge werden aber weniger!)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Opposition das bleibt, was sie ist, nämlich Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung den erfolgreichen Kurs für dieses Land neu dokumentiert und fortgesetzt. Bayern ist weiterhin auf einem guten und soliden Weg.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber ohne Alternativen!)

– Frau Kollegin Bause hat vorhin von Höflichkeit geredet und den Versuch unternommen, auch von Werten zu sprechen. Damit sollte sie zunächst beim Oberschreihals Dürr anfangen, damit er lernt, wie man sich in einem Parlament benimmt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wollen Sie uns umerziehen?)

Da wir über Erziehung reden, Herr Kollege Dürr: Sie brauchen die als Allererster.

(Zuruf von der CSU: Er ist unerziehbar! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe zweieinhalb Stunden lang ohne Zwischenrufe sowohl dem Kollegen Maget als auch der Kollegin Bause zugehört.

(Franz Maget (SPD): Es gibt auch Schwererziehbare!)

– Das ist der einzige Punkt, in dem ich Ihnen zustimme, Herr Kollege Maget. Dann erwarte ich aber auch, dass nicht alle zwei Sekunden unqualifizierte Zwischenrufe gemacht werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die sind qualifiziert! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wer entscheidet darüber, ob die qualifiziert sind? – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Der Sepp disqualifiziert sich zumindest selber!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten 14 Jahre unter Edmund Stoiber waren für die Entwicklung unseres Landes ein gutes Fundament.

In dieser Zeit hat sich unser Land exzellent entwickelt. Das Ansehen Bayerns in der Welt ist hervorragend. Die ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten enorm gestiegen. In Vergleich zu den anderen Ländern Deutschlands liegen wir bei den wichtigsten Parametern auf den vordersten Plätzen. Meist führen wir die Rangordnung an. Geringe Arbeitslosigkeit, hohes Wirtschaftswachstum, geringe Kriminalität, hohe Aufklärungsquoten, geringste Staatsverschuldung, hoher Anteil an Frauen im Erwerbsleben.

(Simone Tolle (GRÜNE): In Teilzeit!)

Für seine großartige Lebensleistung danke ich Edmund Stoiber im Namen der gesamten CSU-Fraktion sehr herzlich. Herzlichen Dank, lieber Edmund Stoiber!

(Beifall bei der CSU)

Günther Beckstein hat heute mit seiner Regierungserklärung klare Signale gesetzt. Wir brauchen keine Veränderung der Regierungspolitik. Unsere Regierungspolitik hat sich in den letzten 50 Jahren in exzellenter Weise bewährt. Unser Land ist exzellent vorangekommen. Günther Beckstein hat heute mit seiner Regierungserklärung diesen erfolgreichen Kurs der CSU der letzten 50 Jahre neu dokumentiert, und er wird ihn erfolgreich fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Es war im Übrigen immer die große Leistung der CSU, Richtung vorzugeben, Veränderungen aufzugreifen und Perspektiven und Visionen zu eröffnen, ohne die Menschen in ihren politischen Vorstellungen und in ihren Alltagsanliegen zurückzulassen. – Eben „näher am Menschen“.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber nicht zu nah, bitte!)

Das ist unser großer Vorteil: „Näher am Menschen“.

Dass Günther Beckstein, dass der Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung die Bildungspolitik in ganz besonderer Weise in den Mittelpunkt gerückt hat, hat offensichtlich auch Ihrer Intention entsprochen. Wenn ich die Reden noch einmal Revue passieren lasse, stelle ich fest: Er hat genau den richtigen Schwerpunkt gesetzt, den Sie gefordert haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber kein Geld gibt es!)

Wenn der Ministerpräsident heute dem Thema des Klimaschutzes ein besonderes Augenmerk geschenkt hat, dann hat er damit auch dokumentiert, dass er genau das Thema angesprochen hat – Frau Kollegin Bause, wenn ich Ihrer Rede richtig gelauscht habe –, das Sie in besonderer Weise bewegt hat. Er hat nicht nur geredet, sondern auch gehandelt. Er hat zu den zusätzlichen Mitteln, die bereits beschlossen waren, noch einmal 350 Millionen Euro dazugelegt. Da hätte ich auch ein Wort des Dankes von Ihnen erwartet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Bevor ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Dingen mache, die mir heute etwas zu kurz gekommen sind – ich habe aber genügend Zeit, um sie an dieser Stelle anzusprechen –, will ich auf das kommen, Herr Kollege Maget, was Sie gesagt haben. Sie haben das Wort „Lüge“ heute verwendet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mit Recht!)

– Passen Sie halt ein bisschen besser auf, hören Sie erst einmal zu, was ich sage, und reden Sie erst nachher.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich passe genau auf!)

– Das ist genau das Problem, das auf Oppositionsseite und insbesondere bei Ihnen, Herr Dürr, spürbar ist. Sie schreien, bevor Sie wissen, worum es geht. Solchen Menschen können wir das Land nicht anvertrauen. Solchen Leuten können wir das Land nicht anvertrauen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, Edmund Stoiber habe es versäumt, mit der Tschechischen Republik in Kontakt zu treten.

(Franz Maget (SPD): Offiziell!)

Herr Kollege Maget, er hat sich zweimal mit Klaus getroffen, mit Havel getroffen und mit Zeman getroffen. Ich glaube schon, dass das die offiziellen Leute der Tschechischen Republik waren. Aber Sie sagen, er habe sich um dieses Thema nicht gekümmert. Das ist eine Lüge, Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden von der Beschäftigungsquote für Behinderte. Sie sagen, diese wäre nicht erreicht. Sie ist aber erreicht. Die 5,0 % sind überschritten. Ich gebe Ihnen noch einmal die Zahlen.

(Franz Maget (SPD): 6 % ist die Quote! – Staatsministerin Christa Stewens: 5 % ist die Quote; die ist abgesenkt worden! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn man die Quote absenkt, kann man mehr erreichen!)

– Kollege Maget, das macht nichts. Dass die Opposition immer nicht so genau informiert ist, spielt gar keine Rolle.

Herr Kollege Maget, das, was mich am meisten gestört hat, war, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede den Ministerpräsidenten in einer Art und Weise attackiert haben, wie es sich nicht ziemt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hoppla!)

Vor allem sollten Sie bedenken, da sind Sie ganz allein. 75 % der Menschen in diesem Land sind nämlich der Auffassung, dass Günther Beckstein dieses Land in exzellenter Weise vertritt. Da sind Sie ein einsamer Kämpfer auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Ein bisschen weniger Arroganz wäre manchmal auch gut.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das müssen Sie sagen!)

Wenn der Ministerpräsident zu Beginn seiner Rede Tugenden hervorgehoben hat, die in unserem Land wichtig sind – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Respekt zum Beispiel!)

– Respekt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Vor der Opposition zum Beispiel!)

– Das ist meine letzte Sorge. Das ist angesichts Ihres Verhaltens meine letzte Sorge, Herr Kollege.

Es geht um Respekt vor den Menschen, Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Disziplin. Dann wird gesagt: Warum stellt der Ministerpräsident solche Werte an den Beginn seiner Rede? – Ich glaube, weil dieses Land diese Tugenden neu braucht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen hat er das zu Beginn seiner Rede heute gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind nicht unwichtige Sekundärtugenden, wie das einmal despektierlich behauptet worden ist.

(Franz Maget (SPD): Von wem?)

Dieses Land braucht in ganz besonderer Weise eine Neuorientierung. Deswegen bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er gerade diese Punkte an den Beginn seiner Rede gestellt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema Bildungspolitik ist heute zu Recht in den Mittelpunkt gerückt worden, und zwar von allen, die bisher gesprochen haben. Natürlich müssen wir nachjustieren. Auch die gesellschaftlichen Veränderungen fordern uns in ganz besonderer Weise.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Krippenplätze brauchen wir!)

Es geht auch darum, dass wir uns zunächst neu orientieren und auch über etwas reden, über das an diesem Tag noch gar nicht gesprochen worden ist. Es ist heute nur darüber geredet worden, was auf staatlicher Seite noch gemacht werden müsse. Herr Kollege Dürr hat gleich zu Beginn aller Aussprachen in den Saal hineingerufen: Gibt's a Geld a? – Aber damit machen wir keine Politik im Lande, indem wir schreien: Gibt's a Geld a? – Wir müssen auch darüber reden: Wie bringen wir dieses Land voran?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr habt weder Ideen noch Geld!)

Haben wir heute auch schon über Elternverantwortung geredet? – Auch darüber müssen wir sprechen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Eltern sind schuld, dass wir kein Geld haben!)

– Natürlich sind alle schuld, vor allem der Staat. Man sollte, man müsste – das ist doch genau die Debatte, die wir heute in unserem Lande haben. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen, und ich werde meine Redezeit heute auch voll ausschöpfen in dieser Frage.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist das eine Drohung?)

Das ist dringend notwendig angesichts der Beiträge der Opposition in der Debatte. Wir müssen über das Koordinatensystem in unserem Land reden und über die Verantwortung. Wo liegt sie? Wer hat an welcher Stelle welche Verantwortung? – Und wenn es um die Frage der Erziehung geht, müssen wir als Erstes auch über die Verantwortung der Eltern reden.

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie doch dieses Schulsystem nicht so schlecht. Es ist gut. Wir werden einiges nachzujustieren haben. Wir werden das gemeinsam tun. Aber Sie machen es so schlecht, wie dieses System noch niemals gewesen ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Hauptschule, lieber Herr Kollege Traublinger, sorgt dafür, dass wir exzellente Fachkräfte in unseren Handwerksbetrieben haben. Wir alle sind bei vielen Freisprechungsfeiern, wo wir spüren, dass junge Leute, die aus unseren Hauptschulen kommen, exzellent ausgebildet sind, dass sie exzellente Chancen haben bei den Handwerksbetrieben. Wir sollten allerdings nicht nur Problemsituationen – diese Sorge habe ich – als Maßstab nehmen, wir sollten auch dokumentieren, wie viele hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer wir in den Hauptschulen haben. Die Hauptschule ist keine Restschule, sondern über ein Drittel der Kinder geht in diese Schule. Das ist ein wichtiger Teil unseres Bildungssystems.

(Beifall bei der CSU)

In Rheinland-Pfalz wurde eine unverdächtige Umfrage durchgeführt: Soll man die Hauptschule lassen, oder soll man sie abschaffen? Gegen die Abschaffung waren 67 %. Wenn wir heute in Bayern eine Umfrage machen würden, kämen wir zum gleichen Ergebnis. Wir brauchen das gegliederte Schulsystem, und wir brauchen die Hauptschule. Wer erklärt, dass ein neues Schulsystem mit einer neuen Gliederung die Lösung wäre, sodass wir nur noch zwei Teile hätten, einen Teil A und einen Teil B, der würde den Leuten den größten Blödsinn dieser Welt erzählen. Wir müssen den Menschen sagen, dass wir eine Gliederung nach der Leistungsfähigkeit der Kinder brauchen und sie entsprechend betreuen und begleiten müssen. Hier hat die Hauptschule in unserem gegliederten Schulwesen eine ganz besondere Bedeutung. Wir lassen uns das auch nicht mies- und kaputtreden.

(Beifall bei der CSU)

Die Durchlässigkeit des Schulsystems ist heute noch einmal dokumentiert worden.

(Simone Tolle (GRÜNE): Wo denn?)

Unser Finanzminister Erwin Huber ist dafür das beste Beispiel. Sehen wir uns einmal die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen an. Herr Kollege Maget hat darauf besonders hingewiesen. In den Berufsoberschulen und Fachoberschulen bestehen besondere Durchgangsmöglichkeiten. Junge Leute, die aus der Hauptschule kommen, können in die Berufsoberschule eintreten und dort einen Aufstieg bis ganz oben machen. Das ist die Durchlässigkeit des Schulsystems, wie wir sie wollen. Jeder junge Mensch bekommt in seinem Leben eine Chance, auch derjenige, der sich später entwickelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das lassen wir uns nicht miesreden.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Fachkräften: Gott sei Dank haben wir momentan wieder mehr Lehrstellen, die unseren jungen Leuten eine

Chance bieten. Für Fälle, in denen wir die jungen Menschen noch nicht unterbringen können, haben wir zum einen das Berufsvorbereitungsjahr und zum anderen das Berufseinstiegsjahr neu kreiert. Das ist eine gute Ergänzung. Wir wissen aber auch, dass die Zahl der Ausbildungsplätze von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Nur wenn die Wirtschaft prosperiert, wenn die Menschen in Arbeit kommen und wenn Arbeitsplätze geschaffen werden, haben wir die Möglichkeit, junge Leute in Lehrstellen zu bekommen.

Liebe Barbara Stamm und liebe Christa Stewens, wir waren viel unterwegs. Wir haben viele Bündnisse geschlossen. Ich selbst war vom Kabinett beauftragt, vier Jahre lang herumzufahren, mit Betrieben und mit Unternehmen zu sprechen, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Wer uns vorwirft, in diesem Bereich hätten wir Defizite und wir hätten nichts gemacht, weiß nicht, was wir alles für die jungen Menschen getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, für das Landeserziehungsgeld stehen 114,9 Millionen Euro zur Verfügung. Sie können natürlich kritisieren, dass dafür noch mehr zur Verfügung gestellt werden müsste. Das ist zulässig. Ich frage Sie, welche Bundesländer in Deutschland überhaupt ein Landeserziehungsgeld haben. Neben Bayern sind das noch drei Länder, also vier Länder insgesamt. Hier sollten Sie sagen: Danke, Bayern. Es ist gut, dass Bayern diese finanziellen Mittel für die Familien zur Verfügung stellt.

(Simone Tolle (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Ich weiß, dass diese Mittel nicht die Probleme der Familien lösen. Ich sage aber: Sie dokumentieren, dass wir an der Seite der Familien stehen. Das lassen wir uns nicht schlechtreden. Das Landeserziehungsgeld ist eine gute und sinnvolle Einrichtung.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die SPD hat die Abschaffung beantragt!)

– Herr Kollege Kreuzer hat eben zugerufen, dass die SPD offensichtlich mit einem Antrag die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes im Landtag gefordert hat. Sie haben kritisiert, dass das Landeserziehungsgeld im Jahr 2004 reduziert werden musste. Wir haben es jetzt neu strukturiert und neu konzipiert. Jetzt fordern Sie die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Meine Damen und Herren, das ist scheinheilig.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Und wofür sollte dieses Geld verwendet werden?)

Deswegen sind Sie in der Opposition.

Herr Kollege Maget, Sie haben eine höhere Investitionsquote gefordert. Wir alle wollen eine höhere Investitionsquote, zum Beispiel 20 oder 25 %.

(Franz Maget (SPD): 15 %, wie das Herr Faltlhauser fordert!)

Wir alle wollen eine höhere Investitionsquote. Wenn Sie aber am nächsten Tag höhere konsumtive Ausgaben haben und mehr verbrauchen wollen, können Sie weniger investieren. Der Kuchen bleibt der gleiche. Deshalb haben wir uns entschlossen, mehr zu investieren, weil damit Arbeitsplätze im Land entstehen.

(Franz Maget (SPD): Wo? An den Unis?)

Sie erheben demgegenüber jeden Tag neue Forderungen.

(Beifall bei der CSU)

Vor 14 Tagen war ich mit Herrn Kollegen Maget und Herrn Kollegen Dr. Dürr in Eggenfelden bei der Sendung „Bürgerforum“ des Bayerischen Fernsehens. Diese Sendung hat nur 45 Minuten gedauert, ohne den Vorspann vielleicht sogar nur 40 Minuten. In diesen 40 Minuten haben die Kollegen Maget und Dr. Dürr so viele Forderungen erhoben, dass ein zweistelliger Milliardenbetrag zur Umsetzung dieser Forderungen kaum gereicht hätte. Das ist die Wahrheit.

Heute hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein den Vorschlag gemacht, ein Bürgergutachten zu installieren, um die Menschen noch stärker einzubeziehen.

(Franz Maget (SPD): Transrapid!)

– Lieber Kollege Maget, auf Ihre Forderungen zum Transrapid werde ich heute noch in besonderer Weise eingehen. Sie werden zu diesem Thema heute noch einmal im Mittelpunkt der Debatte stehen. Bleiben Sie hier. Sie würden sonst etwas versäumen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Wir halten es für gut, nicht nur Wissenschaftler und Fachleute einzubinden, sondern ein Bürgergutachten einzuführen. Wir machen also das, was die Opposition immer wieder gefordert hat. Stellen Sie sich doch einfach einmal hierher und sagen: Herr Ministerpräsident, eine gute Idee, wir stimmen zu. Stattdessen kritisieren, maulen und schimpfen Sie. Sie loben uns nicht dafür, weil Sie das nicht übers Herz bringen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben Probleme!)

Wenn Sie das schon immer gefordert haben und das eine gute Idee ist, sollten Sie feststellen, dass das eine gute Idee ist, auch wenn sie vom Ministerpräsidenten oder von der CSU kommt.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Bürgergutachten für mehr Lehrer wäre gut!)

Nun zu den Hochschulen und zur Hochschulpolitik. Sie haben gesagt, was in der Hochschulpolitik alles im Argen

liegt. Das gleiche Bild: Not und Elend über diesem Land. Die Menschen an den Universitäten seien traumatisiert. Es gebe keine Bildung und schlechte Abschlüsse. Das ist doch nicht die Realität. Wenn Sie ehrlich sind, dürfen Sie kritisieren, dass wir noch mehr investieren müssen, mehr, als bislang für die Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Staatsminister Dr. Thomas Goppel würde es freuen, wenn er noch mehr Mittel erhielte. Aber sagen Sie bitte auch, dass die TU und die LMU als Elite-Universitäten ausgezeichnet worden sind. Dann würden Sie die ganze Wahrheit sagen.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Exzellenzruinen!)

– Herr Kollege Wörner hat es kapiert: Exzellenz. Darum geht es.

Zur Familienpolitik. Herr Kollege Maget, dürfte ich kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

(Franz Maget (SPD): Entschuldigung, ich wurde gerade von einem Kollegen angesprochen!)

In der Familienpolitik bin auch ich dafür, dass nicht der Staat entscheidet. Da stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu. Ich glaube, dass wir miteinander auf einem guten Weg sind, wenn wir sagen: Wir müssen alle Voraussetzungen schaffen, dass Wahlmöglichkeiten gegeben sind. Wir brauchen Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren, für Kinder von drei bis sechs Jahren und eine Begleitung der Kinder nach der Schule, wenn sie nach Hause oder in den Hort gehen. Ich freue mich, dass Sie damit einverstanden sind.

Weil wir in unserer Gesellschaft so unterschiedliche Situationen haben, müssen wir auch an die Fälle denken, wo diese Betreuungseinrichtungen nicht in Anspruch genommen werden, wo die Eltern ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause betreuen und vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr in den Kindergarten geben.

Wissen Sie, was wir zu wenig machen? – Wir reden heute zu wenig über den Normalfall. Wir reden zu wenig über den Fall, dass jemand zu Hause ist und seine Kinder erzieht.

(Beifall bei der CSU)

Wir achten das nicht. Wir müssen aber auch das achten. Ich habe das auch erst lernen müssen, liebe Barbara Stamm.

(Simone Tolle (GRÜNE): Echt? Sind Sie auch zu Hause gewesen?)

– Ich sage das, weil ich früher noch einer anderen Meinung gewesen bin. Ich gebe das auch zu. Ich habe früher geglaubt, wir brauchen für die Kinder unter drei und über sechs Jahren nicht so viele Betreuungseinrichtungen. Wir brauchen diese Einrichtungen aber, weil wir besondere gesellschaftliche Situationen haben. Wir haben viele Alleinerziehende. Deshalb brauchen wir diese hohe Zahl an Betreuungseinrichtungen, und da haben wir doch in den letzten Jahren Exzellentes geleistet. Bei den Kindern unter drei Jahren sind wir mittlerweile von einer Versorgungsquote von 5,7 % auf 10,1 % gekommen. Das ist doch eine gute Leistung, die wir auch gemeinsam honorieren müssen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Es wurde gesagt, es werde Politik gegen diejenigen gemacht, die das Betreuungsgeld als Normalfamilien in Anspruch nehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

„Normalfamilien“ heißt, es besteht die Möglichkeit, dass jemand zu Hause bleibt und die Kinder erzieht. Wenn ich heute so manches Gesetzgebungsvorhaben aus dem Hause Zypries ansehe, dann habe ich den Eindruck: Die Tendenz geht eher dahin, nicht die Familie, bei der ein Elternteil zu Hause bleibt und die Kinder erzieht, in besonderer Weise in den Mittelpunkt zu rücken und in den Fokus zu nehmen. Wir brauchen beides. Ich bin für die absolute Gleichwertigkeit. Die Eltern sollen freie Hand haben.

(Franz Maget (SPD): Genau! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das meinen wir auch!)

Diese Entscheidung geht den Staat überhaupt nichts an. Die Eltern sollen entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen. Wir sollten in der politischen Diskussion aber beide Seiten gleich behandeln. Wir sollten nicht von einer „Herdprämie“ und dem „trauten Heim“ reden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Franz Maget (SPD) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Kollege Maget, in München fehlt es an Kindergartenplätzen.

(Staatsministerin Christa Stewens: Genau! 5000 Plätze!)

Bei den Kindergartenplätzen in der Landeshauptstadt München fehlt es „vom Boa weg“, wenn ich das auf bayrisch so sagen darf. Reden Sie doch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien. Die bekommen in München keinen Kindergartenplatz. Das mache ich der Landeshauptstadt München zum Vorwurf. Ich wende hier keine Rechenkünste an, bundesweit und im Durchschnitt, wie Sie das gemacht haben.

(Franz Maget (SPD): In Bayern!)

Schauen Sie doch einmal, ob Sie in der Landeshauptstadt München einen Kindergartenplatz bekommen. Sie haben hier Probleme, und um die soll sich die Landeshauptstadt München richtig kümmern!

(Beifall bei der CSU)

Aus Sicht der Bildungspolitik möchte ich noch folgendes Thema aufgreifen: Herr Kollege Maget, schauen Sie doch einmal, dass in Ihrer Partei eine klare Meinung herrscht, damit Herr Pfaffmann nicht etwas anderes als Frau Strobl sagt. Wahrscheinlich werden beide dann in die Zange genommen, dann haben sie am nächsten Tag die gleiche Meinung, was das gegliederte Schulwesen anbelangt.

(Franz Maget (SPD): Da sehen Sie Führung!)

An diesem Punkt merken wir, dass auch noch in der Opposition vernünftige Menschen sind. Wir spüren aber auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass das gegliederte Schulsystem die richtige Lösung ist.

(Franz Maget (SPD): Na ja!)

Klimaschutz. Tja der Klimaschutz. Der Klimaschutz war das zentrale Thema von Frau Kollegin Bause. Darauf möchte ich antworten, und zwar ausführlich: Wir sind in dieser Frage hervorragend aufgestellt.

(Lachen bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): So so!)

Der Pro-Kopf-Ausstoß von CO_2 liegt in Bayern knapp unter sieben Tonnen. Das heißt, er liegt gut ein Drittel niedriger als der Bundeswert. Sehr gut! 84 % der Stromerzeugung in Bayern ist CO_2-frei, und zwar auch deswegen, weil wir Atomstrom und Kernkraftwerke haben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch ist mit 8 % deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Mehr als die Hälfte des deutschen Wasserkraftstroms wird in Bayern produziert. Über ein Drittel der in Deutschland installierten Solarkollektoren steht wo?

(Zuruf von der CSU: In Bayern!)

– In Bayern! Danke!

(Heiterkeit bei der CSU)

Der Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch liegt mit einem Anteil von etwa 5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir haben uns in dem Programm „Bayern 2020“ – lieber Edmund Stoiber – neue Ziele für die nächsten 15 Jahre gesetzt. Wir setzen heute einen wichtigen Markstein, wenn es um die energieeffiziente Sanierung von staatlichen Gebäuden geht. Hier, Herr Ministerpräsident, ist der Staat zu Recht Vorbild für die privaten Haus- und Grundstücksbesitzer. Da haben wir eine klare Linie, und bei diesem Thema haben wir auch die Marktführerschaft. Frau Kollegin Bause, Herr Kollege Maget, wir gehen nicht in Detailprobleme hinein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ja ganz neu!)

Herr Kollege Wörner hat zum Thema Klimaschutz beispielsweise folgenden Antrag gestellt: „Bekämpfung von Unkraut, Moos und Gräsern in den Pflasterfugen“. – So kann man keine Klimaschutzpolitik machen, meine Damen und Herren.

(Lachen und lebhafter Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Was soll das für ein Antrag sein? Lüge!)

Und die GRÜNEN? Ich zitiere aus dem „Fränkischen Tag“ vom 13.11.2007: „Bayerns GRÜNE für 1800 neue Windkraftanlagen“.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nennen Sie die Drucksachennummer des Antrags! Den würd’ ich gern mal sehen! – Ludwig Wörner (SPD): Du lügst schlimmer als du redest!)

– Wo kommen Sie denn her?

(Anhaltende Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Der Mann aus dem Nichts!

(Heiterkeit bei der CSU)

Die GRÜNEN haben 1800 neue Windkraftanlagen beantragt.

(Ludwig Wörner (SPD): Herr Schmid, Sie lügen, wenn Sie den Mund aufmachen!)

Liebe Freunde, ich muss sagen, Windkraftanlagen kann man nicht überall hinstellen. Wir haben draußen große Debatten, und zwar zu Recht. Die Windkraftanlagen passen nicht an jede Stelle. Vielleicht passen sie an die Nordsee, weil dort mehr Wind ist. Ich will aber nicht auf jedem Hügel Bayerns eine Windkraftanlage stehen haben.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Bravo! – Beifall bei der CSU)

Da passen die nämlich nicht alle hin, Frau Kollegin Bause.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Georg Schmid (CSU): Sonst mache ich das gerne, aber heute nicht. Herr Kollege Wörner, das machen wir später.

Vorratsdatenspeicherung, innere Sicherheit: Frau Kollegin Bause – – Bitte, Herr Kollege Wörner, ziehen Sie sich wieder zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es gibt keinen Antrag! Sie sollten da mal besser recherchieren!)

Frau Kollegin Bause, Sie haben heute die Vorratsdatenspeicherung kritisiert. Sie haben von einem Überwachungsstaat gesprochen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann mich noch sehr wohl an die Diskussionen im Innenausschuss des Bayerischen Landtags erinnern. Da wurde diskutiert, ob und wo man Videoanlagen auf öffentlichen Plätzen neu installieren muss.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

– Genau. Damals haben die GRÜNEN zu uns gesagt: keine Videoüberwachung, kein gläserner Bürger. George Orwell ist täglich beschworen worden.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Nach den Anschlägen in London waren Sie aber die Ersten, die mehr Videoüberwachungsanlagen in Bayern gefordert haben. Das ist die Politik der Opposition, das ist die Politik der GRÜNEN in Bayern, liebe Frau Kollegin Bause!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Was war in den vergangenen Jahren das wichtigste Thema überhaupt? – Das Thema Haushaltspolitik. Dazu wollte ich noch ein paar Bemerkungen machen. Ich glaube, dass es in der Politik und auch in einer Regierungserklärung darum geht, Herr Ministerpräsident, dass wir klare Schwerpunkte setzen, dass wir keine Illusionen, dass wir keine Ideologien brauchen, sondern klaren Realitätssinn und tragfähige Konzepte für die Zukunft. Sie, Herr Ministerpräsident, haben uns heute gezeigt, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung keine Illusionen und keine Ideologien haben, sondern dass Sie dieses Land mit Realitätssinn in die Zukunft führen wollen. Dafür danken wir Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich danke Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion. Sie haben immer erkannt, worauf es ankommt. Sie sind in schwierigen Zeiten einen geraden Weg gegangen. Sie haben unsere Politik den Menschen erklärt, auch die Notwendigkeit dieser Politik. Es war nicht leicht, die notwendigen Strukturreformen einzuleiten und angesichts der schlechten Konjunkturlage Einschnitte vorzunehmen. Wir sind aber nicht in eine unverantwortliche Verschuldung des Staatshaushalts ausgewichen, sondern wir haben uns der Verantwortung einer zukunftsgerechten Politik gestellt.

Gerade in solchen Situationen zeigt sich Führungsstärke. Die Menschen haben dies erkannt und daher in den letzten fünf Jahrzehnten die Führungsverantwortung für unser Land zu Recht der CSU übertragen, 2003 sogar mit einer Zweidrittelmehrheit. Die CSU-Fraktion – das möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich sagen – wird auch weiterhin an der Seite des Ministerpräsidenten in der Gesamtverantwortung für unser Land stehen. Die CSU-Fraktion wird weiterhin das Sprachrohr der Menschen in Bayern sein. Wir können das, weil jeder einzelne Kollege und jede einzelne Kollegin das Ohr am Bürger hat und dessen Sorgen und Anliegen kennt. Ich bin stolz auf diese, auf meine Fraktion. Ich bin stolz auf alle Kolleginnen und Kollegen, von A wie Manfred Ach bis Z wie Thomas Zimmermann. Vielen Dank für eure Arbeit!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten greift auch ganz bewusst in vorbildlicher Weise die ordnungspolitischen Leitlinien auf, welche die Arbeit der CSU-Fraktion in den letzten Jahren so erfolgreich gemacht haben. Wir müssen sie für die neuen Herausforderungen in der Zukunft fortentwickeln. Lassen Sie mich hierzu noch einige wenige Bemerkungen machen.

Erstens. Wir brauchen wieder mehr annehmende Verantwortung in unserer Gesellschaft.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was ist das? – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Anmahnende Verantwortung?)

Was wir nicht brauchen können, ist ein Wegducken. Ich höre immer wieder „man sollte“ und „man müsste“. Viele meinen damit, der andere oder der Staat soll oder muss etwas tun. Das widerspricht dem christlichen Menschenbild, das von der Verantwortung des Einzelnen für sich und für den anderen und die Gemeinschaft geprägt ist. Es ist notwendig, selbst anzupacken – für sich, für den Nächsten und für die Gemeinschaft. Gelebte Subsidiarität ist gefragt. Das heißt, zunächst ist jeder für sich selbst verantwortlich. Jeder soll dort gefordert sein, wo und soweit er selbst Leistung erbringen kann. Selbst wenn das nicht so gut geht, muss er versuchen, aus eigener Kraft aus seiner Bedürftigkeit herauszukommen. Das christliche Menschenbild kennt kein Versorgungsdenken sozialistischer Machart. In der sozialen Hängematte lässt sich die Zukunft nicht gestalten; Versorgungsmentalität macht abhängig.

Annehmende Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt aber auch gelebte Solidarität. Der Stärkere oder die Gemeinschaft muss für den Schwächeren da sein. Wer sich nicht selbst helfen kann, muss auf die Unterstützung der Allgemeinheit vertrauen dürfen. Dies gilt in besonderer Weise für die Menschen, die trotz Behinderung versuchen, ihren Platz im Leben zu finden. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität, auf unser Mit-

fühlen und auf tatkräftige Unterstützung. Auch hier gilt aber: Der Staat allein wäre damit überfordert. Gefordert sind wir alle, als Nachbarn, Vermieter, Arbeitgeber, Kollegen, in welcher Rolle auch immer. Annehmende Verantwortung heißt auch Wir-Gefühl und Gemeinschaft anstatt Ich-AG. Bayern ist nur deshalb lebens- und liebenswert, weil sich die Menschen für ihr Land und für ihre Gemeinschaft einsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Wenn wir echte Wohlfahrt im Sinne des englischen Welfare haben wollen, dann brauchen wir die Mithilfe aller Menschen, ihren Einsatz und ein Miteinander. Ohne bürgerschaftliches Engagement gibt es keine Wohlfahrt.

Wir können dankbar dafür sein, dass wir so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger haben. Rund ein Drittel der Bevölkerung ist im Ehrenamt tätig. Jeden Monat werden 72 Millionen freiwillige Arbeitsstunden von unseren Bürgerinnen und Bürgern erbracht. Ist das denn nicht eine großartige Leistung, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU)

Ein echter Bürger ist nur, wer Bürger ist für das Gemeinwesen und wer Bürgschaft übernimmt für sein Land. Das Ehrenamt ist auch der Ort, an dem die Generationen zusammenfinden, wo Jung und Alt zusammenwirken. Wir müssen sehr wohl darüber nachdenken, wie sich rüstige ältere Bürger künftig noch stärker zum Wohle aller einbringen können. Das verstehe ich unter annehmender Verantwortung.

Die zweite Leitlinie erfolgreicher CSU-Politik ist die Balance zwischen dem ökonomischen Erfolg eines Landes und sozialer Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger. Starkes Wirtschaftswachstum, hoher Grad an Beschäftigung und ein kräftiges Steueraufkommen sind Markenzeichen Bayerns, und dies seit Jahrzehnten. Gerechte Politik muss aber auch sozialen Ausgleich schaffen. Keiner darf sich an den Rand gedrängt und ausgegrenzt fühlen. Auch in unserer globalisierten Welt muss es Raum für Solidarität, Wärme und Geborgenheit geben. Sozialer Friede und sozialer Fortschritt sind nur gewährleistet, wenn diese Balance stimmt. Der Sozialstaat ist nicht umsonst zu haben. Nur solide Wirtschaftsgrundlagen schaffen Wertschöpfung für eine leistungsfähige Sozialpolitik. Das Gegenkonzept, das ich gerade im SPD-Grundsatzprogramm nachgelesen habe, heißt offenbar „demokratischer Sozialismus“.

(Henning Kaul (CSU): Hört, hört!)

Ich dachte eigentlich, diese Zeit wäre ein für allemal vorbei. Die SPD sieht das wohl anders. Sie hat sich mit ihrem neuen Grundsatzprogramm zur Vorkämpferin für den demokratischen Sozialismus stilisiert. Damit befindet sich die SPD wieder einmal auf dem völlig falschen Dampfer. Der Sozialismus mit seiner menschenfeindlichen Gleichmacherei zerstört die Wurzeln unseres Wohlstandes und damit auch die Möglichkeit, für die soziale Seite zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Der Niedergang der DDR und aller anderen sozialistischen Experimente sollte der SPD eigentlich eine Lehre sein.

(Unruhe)

Der Sozialismus ist Vergangenheit.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sogar die PDS hat sich in „Linkspartei“ umbenannt. Nur die SPD hat das noch nicht bemerkt.

(Franz Maget (SPD): Ach Gott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten Ihre Parteizeitung nicht „vorwärts“ nennen, sondern „rückwärts“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Soziale Stabilität und sozialen Frieden kann es nur dort geben, wo jemand bereit ist, Leistung zu erbringen. „Zukunft ist Leistung“, hat zu Recht unser langjähriger bayerischer Wirtschaftsminister Anton Jaumann in einem Buch geschrieben. Das ist eine bis heute gültige Wahrheit. Der Begriff der Leistung muss wieder stärker in den Blick genommen werden. Die Zeiten, in denen Leistung etwas Negatives war, müssen vorbei sein. Wir müssen die Leistungsträger in unserem Lande fördern, begleiten und unterstützen. Unsere Politik muss sich auch an den Leistungsträgern dieses Landes ausrichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer sind die Leistungsträger? – Das sind zum Beispiel die gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere selbstständigen Handwerker und unsere bäuerlichen Familienbetriebe, die hart arbeiten und mit ihren Betrieben und Unternehmen die Grundlage dafür schaffen, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Das sind zum Beispiel auch die Spitzenforscher an unseren Universitäten; das sind auch die Polizistinnen und Polizisten, die einen anstrengenden Dienst leisten und für Sicherheit in unserem Land sorgen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ausländer müssen Sie auch erwähnen!)

Der tatkräftige Einsatz all dieser Leistungsträger – die Liste ließe sich fortsetzen – prägt unser Land. Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht definitiv fest: Wir müssen wieder mehr leisten, damit wir uns das

leisten können, was wir uns momentan leisten. Darum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Tolle?

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Georg Schmid (CSU): Nein, wir haben auch nicht dazwischengefragt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Maget, die Vermögensteuer ist aus meiner Sicht der falsche Weg; denn sie bedeutet, Menschen, die etwas leisten, noch einmal in die Pflicht zu nehmen und noch einmal zu bestrafen. Wir brauchen in diesem Lande mehr Leistungsträger, damit wir eine gute Sozialpolitik machen können und die Balance zwischen ökonomischem Erfolg auf der einen Seite und sozialer Teilhabe auf der anderen Seite erreichen. Darum geht es in einer guten Politik.

Ich möchte noch eine weitere Leitlinie in unserem politischen Koordinatensystem ansprechen: Die Menschen wollen eine Politik der Wahrhaftigkeit und der Verlässlichkeit.

(Ludwig Wörner (SPD): Und das sagt ausgerechnet ihr!)

Die Menschen wollen klare Positionen, die konsequent verfolgt werden. Zu oft heißt es „sowohl – als auch“. Zu oft haben die Bürger den Eindruck, die Politik traue sich nicht, unangenehme Wahrheiten deutlich auszusprechen. Die Menschen wollen aber die Wahrheit hören. Sie vertragen mehr Wahrheit, als wir manchmal glauben.

Wir müssen den Menschen deshalb sagen, was geht und was nicht geht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was geht hier?)

Letztendlich zahlt sich eine glaubhafte Politik aus; denn die Menschen sind bereit, die Wahrheit zu akzeptieren. Jedem Wunsch nachzugeben, mag zwar bequem sein, führt aber ins Nichts. Kompromisse sind oft der falsche Weg. Schon ein arabisches Sprichwort sagt zu Recht: Der goldene Mittelweg verläuft mit Vorliebe im Sande. – Sie müssen das nicht gleich verstehen, das macht nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Sand im Getriebe!)

CSU-Fraktion und Staatsregierung hatten 1998 den Mut, einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu einem zentralen Punkt ihrer Politik zu machen. Wir waren von der Richtigkeit dieses Ziels überzeugt und haben das von Anfang an auch deutlich gesagt. Wir hatten den Mut und das Stehvermögen, an dieser Linie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen festzuhalten. Ergebnis: Wir haben unser Ziel erreicht, und immer mehr Menschen waren im Laufe der Zeit von der Richtigkeit dieses Ziels überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ausgeglichene Haushalt ist die größte finanzpolitische Leistung der CSU-Fraktion und der Staatsregierung in den vergangenen Jahren. Der harte Kurs von Edmund Stoiber und Kurt Faltlhauser hat sich für unser Land ausgezahlt.

(Beifall bei der CSU)

Aber lassen Sie mich noch ein zweites Beispiel für die Klarheit und die Verlässlichkeit unserer Politik anführen, auf das Herr Kollege Maget schon lange wartet: das Bekenntnis zum technologischen Fortschritt.

(Franz Maget (SPD): Sie meinen den Transrapid!)

– Kollege Maget, ein bisschen Geduld. Sie kommen gleich dran.

Ein Land ist nur dann zukunftsfähig, wenn es Neues wagt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Neue Regierung! – Renate Dodell (CSU): Dürr ist aufgewacht!)

– Herr Kollege Dürr, guten Morgen, Sie sind wieder aufgewacht. Ich habe Sie in der letzten Viertelstunde schon vermisst.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Zu Ihrem Zwischenruf sage ich: Das können Sie sich abschminken, da müssen Sie noch lange hier sitzen.

Dem Ängstlichen gehört nicht die Zukunft. Ohne unseren mutigen Einsatz gäbe es heute in München keinen Flughafen mit Verbindungen in alle Welt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Es gäbe kein Forschungszentrum von Weltrang in Garching; es gäbe keine sichere und CO_2-freie Stromversorgung durch unsere Kernkraftwerke; es gäbe kein flächendeckendes Netz von Universitäten und Fachhochschulen. Wir haben immer gesagt, wir wollen das flächendeckend. Immer wieder wurde von Konzentration gesprochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Cluster!)

Wir sind auch in die ländlichen Räume hinausgegangen. Wir hätten sonst den Wandel vom Agrarstaat zum High-

tech-Land in den Sechziger- und Siebzigerjahren nicht geschafft. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die heute anstehenden Entscheidungen zu technologischen Leitprojekten sehen. Wer nur auf Emotionen setzt, hat einen ganz schlechten Ratgeber. Fakten müssen die Grundlagen unseres Handelns sein. Ich sage Ihnen: Wir sind bereit, auch an dieser Stelle Neues zu wagen, wenn es um Leitprojekte in diesem Land geht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie haben heute und in den vergangenen Tagen dokumentiert, dass dieses neue technologische Leitprojekt von Ihnen abgelehnt wird. Sie sagen, es sei nicht notwendig. Ich will Sie aus dem Plenarprotokoll vom 13. Februar 2003 zitieren:

> Die Pluspunkte des Transrapid liegen auf der Hand: Das sind technische Vorteile, das ist die Geschwindigkeit, das sind energetische Vorteile, und er ist eine technologische Chance für Deutschland, und er schafft Arbeitsplätze.

Der Transrapid

> …ist eine Exportchance, und wir haben bewiesen, dass wir sie nutzen. Ich bin auch davon überzeugt,

– daran habe ich noch gar nicht gedacht –

> dass der Transrapid ein Besuchermagnet in München und auch anderswo sein würde.

(Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Außerdem ermahnte Herr Maget die GRÜNEN.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das sind wir!)

– Herr Kollege Dürr, Sie sollten jetzt die Mahnung des Herrn Maget hören:

> Ich darf daran erinnern,

– sagt Herr Maget –

> dass SPD und GRÜNE im Koalitionsvertrag in Berlin verabredet haben, dass wir die Bundesmittel für dieses Projekt weiterhin bereitstellen wollen. (…) „Für die finanzielle Unterstützung für den Bau von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebebahntechnologie stehen auch weiterhin Bundesmittel in einer zugesagten Gesamthöhe bis zu 2,3 Milliarden €zur Verfügung."

Lieber Herr Ministerpräsident, fahren Sie nach Berlin, holen Sie das Geld ab, das dort noch liegt!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Maget, Sie halten große Reden bei Demonstrationen. Sie sollten den Bürgerinnen und Bürgern aber auch sagen, was Sie vorher gesagt haben. Das ist keine glaubhafte Politik. Denen darf man die Geschicke des Landes nicht in die Hand geben, die so reden und so denken.

(Alexander König (CSU): Bravo! – Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ein zentrales Leitprinzip unserer Politik muss auch der Respekt im Umgang miteinander sein.

(Zurufe von der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Scheinheiligkeit! – Ludwig Wörner (SPD): Darum stellt er sich dort hin und lügt, dass sich die Balken biegen! – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wir glauben eurem Franz!)

– Herr Kollege Wörner, ich rede gerade von Respekt im Umgang miteinander. Wir Politiker sind als Vorbilder gefordert. Unser christliches Menschenbild verlangt den Respekt vor dem Nächsten. In der politischen Auseinandersetzung muss es Grenzen geben. Die Bundesvorsitzende der GRÜNEN überschreitet mit ihrer maßlosen, verunglimpfenden und unbeherrschten Kritik an Bischof Walter Mixa diese Grenzen und verletzt die religiösen Gefühle vieler Menschen in diesem Land. Wir dürfen dazu nicht schweigen, so etwas dürfen wir nicht dulden. Das ist nicht der Respekt, den wir meinen.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in diesem Land haben Anspruch auf eine aufrichtige Politik.

(Lachen des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Was wir tun und was wir sagen, muss sich zusammenfügen; Wort und Tat müssen übereinstimmen. CSU-Fraktion und Bayerische Staatsregierung haben ihre Versprechen gehalten.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie bei der 42-Stunden-Woche!)

Davon profitieren die Menschen in Bayern. Unser Ministerpräsident hat in seiner heutigen Regierungserklärung den Weg für die kommenden Jahre gewiesen. Die CSU-Fraktion wird ihn dabei mit aller Kraft unterstützen, zum Wohle der Menschen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht auf alle Bemerkungen eingehen,

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das lohnt sich auch nicht!)

insbesondere nicht auf die Polemik der Opposition. Einerseits hat hier unser Fraktionsvorsitzender Georg Schmid das Notwendige gesagt, zum anderen können sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Urteil bilden und ein Bild von der Realität in Bayern machen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hoffe ich!)

Ich will lediglich auf neun Punkte kurz und knapp eingehen.

Erstens. Herr Kollege Maget, Sie beanstanden – das ist in der Tat richtig –, dass ich weder zum Arbeitslosengeld I noch zur Pendlerpauschale, zur Bahnreform, zum Mindestlohn und auch nicht zu Ihrem Vorschlag zur Vermögensteuer Stellung genommen habe. Jedenfalls hier im Hohen Hause habe ich es jetzt nicht getan. Ich denke allerdings, es ist auch Ihnen nicht völlig verboten, Zeitung zu lesen. Dort können Sie meine Meinung finden; denn über diese Fragen habe ich mich oft genug in allen möglichen Interviews geäußert. Etwas Neues hätte ich heute im Hohen Haus dazu nicht sagen können.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Dr. Thomas Beyer (SPD))

Für das Arbeitslosengeld I ist am Sonntag ein Kompromiss, den Kollege Huber mit herbeigeführt hat, gefunden worden, und es hat ein vorläufiges Ergebnis gegeben. Ich begrüße es nachdrücklich, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 % abgesenkt worden sind. Dadurch haben Millionen von Bürgern mehr Geld in ihren Taschen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dir, lieber Erwin Huber, Dank und Anerkennung, dass du das durchgesetzt hast. Ich weiß von der Schaltkonferenz am Montag früh zur Vorbereitung entsprechender Runden, dass alle Kolleginnen und Kollegen der CDU eigentlich gedacht hatten, unter 3,5 % könne man nicht kommen. Dagegen war es das Anliegen der CSU, möglichst viel Geld beim Bürger zu belassen. Dadurch haben die Arbeitnehmer ein paar hundert Euro mehr in ihrer Tasche.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein paar hundert? – Franz Maget (SPD): 0,2 %!)

– Herr Kollege Maget, ich möchte Ihnen Nachhilfe geben. Die Berechnungen ergeben bis zu 260 Euro bzw., wenn man das insgesamt nimmt, bis zu 400 Euro pro Jahr, die damit mehr in den Taschen der Bürger bleiben.

(Franz Maget (SPD): Gesamtrechnung!)

Deswegen sage ich: Diese Haltung der CSU war auch die Haltung der Bayerischen Staatsregierung. Das ist richtig, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Die Kritik an meinen Äußerungen zur Verlängerung der Arbeitslosengeldzahlung weise ich nachdrücklich zurück; ich meine die Kritik an einer Äußerung von mir, mit der Sie mich in die Nähe der Ausländerfeindlichkeit stellen. Ich habe in der Tat die Meinung – wie es übrigens insgesamt als Meinung der CSU sowohl in entsprechenden Beschlüssen im Präsidium als auch im Vorstand zum Ausdruck gekommen ist –, dass wir einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes nicht in erster Linie an das Lebensalter knüpfen dürfen, sondern an die Beitragsdauer binden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es in der Tat für eine Ungerechtigkeit, wenn derjenige, der 30 oder 35 Jahre lang eingezahlt hat, das Arbeitslosengeld nicht länger bekommt als derjenige, der nur wenige Jahre einbezahlt hat.

(Franz Maget (SPD): Dazu brauchen Sie doch keine Ausländer! – Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich stehe dazu, dass ich das Beispiel eines Arbeitnehmers aus der Türkei deswegen gebracht habe, weil das in der Tat das häufigste Beispiel dafür ist.

(Engelbert Kupka (CSU): So ist es!)

Der Fünfzigjährige fällt ja nicht vom Himmel, sondern er lebt entweder in Deutschland – da gibt es welche, die früher selbstständig waren und später in Arbeitsverhältnisse gekommen sind – oder, was viel häufiger der Fall ist, er ist in höherem Lebensalter nach Deutschland gekommen und hat dann Arbeitslosengeld bezogen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Da war es unsere allgemeine Meinung, die Verlängerung sollte man nicht – wie von der SPD ursprünglich angedacht – an das Lebensalter, sondern an die Länge der Beitragszahlung knüpfen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Ich weise allerdings auf das Schärfste zurück, dass solche Überlegungen etwas mit Ausländerfeindlichkeit zu tun haben.

(Franz Maget (SPD): Ferner Osten!)

Das ist dummes Geschwätz.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt darf die Tatsache, dass wir irgendwelche unterschiedlichen Meinungen haben und berechtigte Kritik üben, nicht immer gleich zu dem politisch inkorrekten Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit führen. Ich meine vielmehr, dass wir solche Diskussionen ganz selbstverständlich führen müssen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): So weit wird es selten kommen!)

So geschieht dies auch bei der ganz überwältigenden Mehrheit der anständigen Bürger in unserem Lande. Wenn wir eine Politik machen wollen, in der sich der normale Bürger wiederfindet, müssen wir so etwas berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist auch dummes Geschwätz!)

Herr Kollege Maget, es war letztlich auch Ihr Parteivorsitzender Herr Beck, der in einem ähnlichen Zusammenhang eine andere Meinung vertrat als Herr Müntefering. Da sollen Sie nicht einem Ministerpräsidenten auf der anderen Seite des Regierungsspektrums Ausländerfeindlichkeit unterstellen.

Zweitens, zur Integration. Ich freue mich darüber, dass nun von Ihnen massiv verlangt wird: Wer in Deutschland lebt, soll Deutsch sprechen lernen. Dass das allerdings über Jahre und Jahrzehnte bei Ihnen die Hauptthematik gewesen wäre, ist mir neu, obwohl ich diesem Hohen Haus seit Langem angehöre. Was haben wir Diskussionen darüber gehabt, als Bayern als einziges Land in Deutschland bei der Einbürgerung deutsche Sprachkenntnisse geprüft hat! Haben Sie das etwa unterstützt? Hat nicht vielmehr die SPD erbittert massive Vorwürfe in Richtung Zwangsgermanisierung erhoben?

(Beifall bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Wie beim Transrapid!)

Erinnern Sie sich nicht mehr an das ganze Multikulti-Geschwätz, das von Rot-Grün gekommen ist und unserem Land massiv geschadet hat? Ich sage auch ganz deutlich, dass das den Persönlichkeiten, die aus dem Ausland gekommen sind, geschadet hat. Hätte man ihnen ehrlich gesagt, wer in Deutschland lebt, hat nur dann auf Dauer Chancen, wenn er Deutsch kann, hätten viele junge Menschen und viele ältere Migranten sehr viel mehr für ihre Integration getan und wären heute die Profiteure davon.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Völliger Quatsch!)

Ich erinnere gern daran, was schon im Jahre 2000 von mir und dem CDU-Kollegen Rüttgers auf den Weg gebracht worden ist unter dem Motto: Wir wollen weniger Zuwanderung und mehr Integration. Das können wir auch heute noch brauchen. Jetzt sehen wir so richtig, wie schwierig Integration auch in der zweiten und dritten Generation ist. Deswegen müssen wir uns in diesem Punkt mehr anstrengen. Das war ein wesentlicher Punkt der Regierungserklärung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da gab es keine wesentlichen Punkte!)

Drittens, zur Pflege. Lieber Kollege Maget, aber auch liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich leugne nicht, dass da wegen der demografischen Probleme noch eine Menge Arbeit auf uns zukommt. Wir müssen sehen, wie wir sowohl das System der ambulanten als auch das System der stationären Hilfe für ältere Menschen erweitern. Das muss uns ein großes Anliegen sein; ich hebe hervor, dass der Pflegekompromiss mit 0,25 % Erhöhung ein Kompromiss ist, der nicht alle Wünsche erfüllt, sondern manches offen lässt. Es gibt einen Einstieg in eine Verbesserung der Situation bei Demenz. Aber es ist noch nicht das, was von den Wohlfahrtsverbänden gefordert wird.

Ich selbst bin im Bereich der Rummelsberger Anstalten seit vielen Jahren tätig, und ich kenne auch andere diakonische Werke in Bayern sehr genau. Ich habe in meiner Rede bei der ConSozial ausführlich darüber gesprochen, welche riesigen Leistungen die Pflegekräfte erbringen. Das hat mich immer sehr bewegt; denn ich habe selbst mitbekommen, in welch aufopfender Weise meine Schwiegermutter in einem Pflegeheim gepflegt wurde. Ich weiß auch ganz genau, wie hilflos ich war, als mein Vater im Alter pflegebedürftig wurde und ich keine Lösung dafür gefunden habe, mit einem Menschen zu reden, der einen nicht mehr versteht. Da ist man sehr hilflos. Und deshalb habe ich auch sehr großen Respekt vor den Persönlichkeiten, den Frauen und Männern, die hauptberuflich oder auch ehrenamtlich in der Pflege mitarbeiten, sei es im Pflegeheim, sei es in ambulanten Diensten, sei es als Vorlesehilfen. All diese Tätigkeiten verdienen eine ausdrückliche Würdigung.

Trotzdem konnte ich in einer Regierungserklärung nicht alles breit darstellen. Ich wollte Schwerpunkte setzen, und ich werde bei anderer Gelegenheit Schwerpunkte auch in diesem Bereich setzen. Aber es war mir ein Anliegen, heute in der Öffentlichkeit zu sagen, wie wichtig diese Punkte sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden uns in diesem Hause noch genügend über Fragen der Organisation von Pflege zu unterhalten haben: Wer macht das am Besten, die Bezirke, die Landkreise oder die Gemeinden? Wir werden uns auch darüber zu unterhalten haben – was meine persönliche Meinung ist – , dass alle Beteiligten aufgerufen sind, hier noch viel mehr auch Ehrenamtliche mit hineinzubekommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war in Martha-Maria, einer evangelischen Einrichtung in Nürnberg, in der mir ganz stolz gesagt wurde, dass man 370 „Grüne Frauen“ habe. Diese Grünen Frauen haben nichts mit Ihnen da drüben zu tun, sondern das sind Leute, die ehrenamtlich ins Pflegeheim kommen, dort vorlesen oder sich einfach Zeit nehmen, mit den alten Menschen zu sprechen und so die Einsamkeit zu überwinden, die bei vielen alten Menschen das größte Problem ist.

Wir müssen in diesen Bereichen miteinander ringen, wie wir die verfügbaren Ressourcen möglichst gut umsetzen und wie wir auch ohne noch viel mehr Geld – das wir nicht in dem Umfang zur Verfügung stellen können, wie es notwendig wäre – die humane Behandlung alter Menschen möglichst gut gestalten können. Das ist des Schweißes der Edlen wert, hier nicht zu polemisieren, sondern hart zu arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Punkt, Schulpolitik und Unterrichtsausfall. Natürlich ist das etwas, was zu kritisieren ist, und trotzdem weiß jeder, der sich seriös damit beschäftigt, dass es mit dem Unterrichtsausfall immer gewisse Probleme geben wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn nämlich ein Lehrer oder eine Lehrerin in der Früh krank wird – ich weiß, wovon ich rede, der ich mit einer Lehrerin verheiratet bin – und es im Extremfall so ist, dass diese oder dieser trotz gesundheitlicher Bedenken in die Schule kommt, aber dann nach der ersten Stunde nach Hause gehen muss, dann ist es halt schwierig, sofort eine Ersatzkraft bereitzustellen. Ich habe mit Herrn Stadler von Audi gesprochen und ihn gefragt, wie das eine Automobilfirma macht. Er sagt, wir haben zusätzlich Leute, die als Springer bereitstehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Wir rechnen das in den Preis mit ein. Das kann beim Staat nicht ohne Weiteres gemacht werden. Aber welche Anstrengungen wir unternehmen, sieht man daran, dass in Bayern seit 2001/2002

(Franz Maget (SPD): Wir haben keine Mobile Reserve mehr!)

6500 Lehrerkapazitäten geschaffen wurden, und zwar ohne dass dabei die Arbeitszeitverlängerung berücksichtigt worden ist, und über 2000 Leute in der Mobilen Reserve sind. Jetzt werden noch einmal 33 Millionen Euro an die Schulen gegeben, damit man sich dort selber kurzfristige Aushilfen beschaffen kann. Wer da dem Kultusminister und auch uns den guten Willen abspricht, der handelt, glaube ich, nicht seriös. Wir strengen uns da wirklich an.

(Beifall bei der CSU)

Noch zu diesem vierten Punkt: Mir ist völlig unerfindlich, Kollege Maget, wie Sie das Interview, in dem ich die Bedeutung der Jugendarbeit bei der Bildung und Erziehung junger Menschen herausgestellt habe, hier in dieser polemischen Weise kritisieren können. Ich selbst – ich habe es in der heutigen Regierungserklärung auch gesagt – weiß, welche Bedeutung es hat, wenn junge Menschen beispielsweise in der konfessionellen Jugendarbeit sind, musische Bildung bekommen oder in Sportvereinen tätig sind. Ich habe durch meine Tätigkeit beim CVJM – ich sage das auch so salopp – mindestens dieselbe Prägung erfahren wie in der Schule, und ich bin dankbar dafür, weil ich nämlich eine Menge sozialer Kompetenz erworben habe. Bildung ist eben nicht nur Wissen und erschöpft sich nicht darin, dass man für irgendwelche Fächer lernt.

Deswegen hat die Jugendarbeit, hat Sport, hat musische Erziehung eine große Bedeutung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Deshalb ist die Ganztagsschule so wichtig!)

Dafür haben wir uns immer wieder eingesetzt. Jeder von uns weiß doch, dass es zum Bereich der Ganztagsschule erhebliche Klagen gibt.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich beschäftige mich gerade in dieser Woche mit dem Brief der Frau eines Landtagsabgeordneten aus Mittelfranken, in dem sie aufführt, wann ihre Kinder von der Schule nach Hause kommen, weil der Schulbus nicht immer nach Schulschluss abfährt.

(Franz Maget (SPD): Was ist denn das jetzt?)

Wenn dann der Schulweg in dem ganz konkreten Fall noch 40 Minuten dauert, ist es kaum mehr möglich, den geliebten Sport zu betreiben oder dass die Tochter – wie in diesem Fall – noch Klavierunterricht besuchen kann.

Wir überlegen solche Probleme mit, und wir meinen, dass bei den Ganztagsangeboten die Integration des Nachmittagsbereichs zu berücksichtigen ist.

(Franz Maget (SPD): Das ist doch selbstverständlich!)

Trotzdem wird – beispielsweise auf der Synode der Evangelischen Kirche, im katholischen Bereich bzw. beim Sport – intensiv darüber diskutiert, dass auch und gerade durch die Erweiterung des Unterrichts hier die Möglichkeiten dramatisch zurückgeführt worden sind.

(Franz Maget (SPD): Was ist denn jetzt los?)

Dass das von vielen als Problem angesehen wird, ist meine Meinung, und das habe ich öffentlich gesagt.

(Franz Maget (SPD): Nein! Sie haben gesagt, dass in bestimmten Bereichen weniger Unterricht gegeben wird! In welchem, bitte? Wo wollen Sie Stunden kürzen?)

– Herr Maget, das dürfte nicht eine Richtlinienentscheidung des Ministerpräsidenten sein, aber es ist ein Problem, wenn in der 10. Klasse 34 Stunden, mit den fakultativen Intensivierungsstunden sogar 36 Stunden, gegeben werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ihre Stundentafel! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie haben es erst eingeführt!)

Es ist ein Problem, wobei ich hervorhebe, dass die Intensivierungsstunden ein ganz wichtiger pädagogischer Wunsch sind.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Ja, wir können es nicht in dieser Oberflächlichkeit und Polemik behandeln, wie Sie das machen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

Ich erlebe es, dass Eltern

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Franz Maget (SPD) – Glocke des Präsidenten)

sagen, wir wollen Intensivierungsstunden, weil da die Chance ist, dass Wissen vertieft wird, und dieselben Eltern auch sagen, trotzdem ist es schwierig, wenn unsere Kinder Jugendarbeit nicht mehr machen können.

Da muss man sich beispielsweise auch darüber unterhalten, – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo waren Sie die letzten fünf Jahre? Das ist keine neue Erkenntnis!)

– Kollege Dürr, ich bin nicht bereit, das in dieser simplen Weise, wie Sie das immer machen, zu diskutieren,

(Beifall bei der CSU)

sondern ich meine schon,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

dass man, wenn man Jugendarbeit für etwas Richtiges hält, das in einer abwägenden Form gestalten muss. Ich weiß, wie schwierig das ist. Das habe ich in einer öffentlichen Diskussion aufgeworfen.

(Franz Maget (SPD): Nein!)

– Ja, selbstverständlich.

(Franz Maget (SPD): Sie haben gesagt, Sie wollen weniger Unterricht haben!)

Ich habe das in einer öffentlichen Diskussion aufgeworfen, und ich sage Ihnen, Herr Maget, wenn Sie das in Zusammenhang mit dem Lehrermangel bringen, dann fühle ich mich in grober Weise verfälschend zitiert, und ich fordere Sie auf, das in Zukunft zu unterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Punkt, Hochschulausbau. Ja, da gibt es Schwierigkeiten und Probleme. Natürlich weiß jeder, dass es teuer ist, wenn die Hochschulen, die wir in Bayern haben – übrigens flächendeckend, lieber Georg Schmid; es war eine große Zielsetzung, Hochschulen flächendeckend zu haben, Fachhochschulgründungen sind schon in einer Zeit, als ich in die Staatsregierung kam, beschlossen worden – nach 30 Jahren in einen erheblichen Sanierungsbedarf kommen. Es sind in der Tat Milliardeninvestitionen. Wir unternehmen hier größte Anstrengungen, wenn wir jährlich Investitionen zwischen 340 und 350 Millionen Euro tätigen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD) – Allgemeine Unruhe)

Das sind die Planungen. Wir versuchen, noch mehr Geld in die Hochschulen zu geben. Daran wird, glaube ich, deutlich, dass wir diese Anstrengungen außerordentlich ernst nehmen. Es geht uns darum,

(Glocke des Präsidenten)

sowohl im internationalen Wettbewerb – Stichwort: Exzellenz – zu bestehen als auch insgesamt für die Ausbildung unserer jungen Menschen das Beste zu tun. Das ist unser Ziel. Ich stehe auch hier nicht an zu sagen: Es war richtig, Studiengebühren einzuführen, die dafür zu verwenden sind, dass die Serviceangebote für die Studenten verbessert werden. Solange es Kindergartengebühren gibt, kann man Studiengebühren in jedem Umfang auch sozial rechtfertigen.

Das ist jedenfalls meine Überzeugung – als Vater von drei Kindern, die auch in diesem Alter sind.

(Franz Maget (SPD): Wir können uns das leisten!)

Sechster Punkt, Kultur. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Untersuchung, die zitiert worden ist, tatsächlich alle Leistungen des Staates erfasst. Das betrifft zum Beispiel die Leistungen, die wir über die Landesstiftungen

oder sonstige Ausgliederungen erbringen, etwa über den Kulturfonds. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Zahlen stimmen. Ich sage aber: Derjenige, der Kultur ausschließlich auf Geld reduziert, hat überhaupt nichts vom Wesen der Kultur verstanden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben Höchstleistungen – übrigens nicht nur in München –, zum Beispiel in Bayreuth oder auf anderen Plätzen. Die Bayreuther unternehmen Anstrengungen dafür, dass die Feuilletonseiten Bayreuth im Moment immer wieder erwähnen. Dass wir neben der Hochkultur auch vielfältige andere kulturelle Initiativen haben und wir diese nach Kräften, aber im Rahmen der Möglichkeit einer seriösen Haushaltsplanung, unterstützen, war mir ein Anliegen. Ich habe das Thema in der Regierungserklärung deshalb relativ knapp gehalten, weil ich in den letzten vier Wochen vier größere Reden zu diesem Thema halten durfte und mich darauf freue, hier weiter zu diesem Thema sprechen zu dürfen, sodass das Themengebiet an anderer Stelle und auf andere Weise zu erweitern ist.

Siebter Punkt, Familie. Ich will nicht mehr die generelle Frage des Familienbildes ansprechen. Wenn man in einer Familie lebt, die drei Kinder großgezogen hat und in der die Ehefrau mit Ausnahme von zwei Jahren immer berufstätig war, braucht man von niemandem irgendwelche Belehrungen über das Familienbild. Deswegen sage ich auch an Ihre Adresse, Frau Bause: Die entsprechende Passage in Ihrer Rede ist aus meiner Sicht ziemlich peinlich.

(Beifall bei der CSU)

Mir geht es darum, zu den Krippenplätzen noch etwas zu sagen. Ich stehe dazu, dass ich bei der ConSozial scharf kritisiert habe, dass es an vielen Plätzen an der Möglichkeit außerfamiliärer Betreuung für Kinder fehlt; übrigens im Alter von einem Jahr bis drei Jahren. Es ist eine Notwendigkeit – ich sage das an vielen Stellen –, dass die unmittelbar zuständigen Kommunen auf diesem Gebiet einen Schwerpunkt setzen und die Hilfen des Bundes und des Landes annehmen. Das Land hat übrigens seit mehreren Jahren schon ein sehr fortschrittliches Gesetz, wonach ein Rechtsanspruch auf eine Förderung im Umfang von 40 % der Personalkosten besteht, nämlich das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Das ist seit dem Jahr 2004 in Bayern vorgesehen. Es gibt nur wenige andere Länder, die hier so umfangreich gefördert haben. Die Investitionskosten werden nach dem genannten Ausgleichsgesetz gefördert. Das ist eine Aufgabe für alle Kommunen, und deswegen werden wir uns anstrengen und haben das im Zuge der Erklärung selber auf den Weg gebracht.

Ich halte es aber nicht für ein Zeichen von Stärke, dass eine der reichsten Gemeinden in Deutschland, die Stadt München, immer noch massive Defizite hat.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht so, Herr Kollege Maget, dass in München eine junge Frau oder ein junger Mann, die oder der einen Betreuungsplatz braucht, einen entsprechenden Platz findet. Eine Mitarbeiterin des Innenministeriums, Herr Fraktionsvorsitzender, damals noch Staatssekretär im Innenministerium, ist gekommen und hat gesagt: Ich tue mich so furchtbar schwer, einen Betreuungsplatz für mein Kind zu finden. Dann habe ich gesagt: Sie haben doch über neun Monate und ein Jahr Zeit gehabt. Darauf sagte sie: Herr Beckstein, das hat nicht gereicht. Wir hätten es schon lange, bevor wir das Kind gezeugt haben, in München anmelden müssen, um einen Platz zu bekommen.

(Franz Maget (SPD): Geht es um einen Krippenplatz?)

– Um einen Krippenplatz, ja.

(Franz Maget (SPD): Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern sind in München!)

– Herr Maget, München ist eine Stadt, die eine Milliarde Euro mehr hat. Wenn sie trotzdem einen Mangel an Krippenplätzen aufweist, dann ist das kein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen des Versagens.

(Beifall bei der CSU)

Ich räume öffentlich ein, dass München bei den Krippenplätzen mehr getan hat als andere, aber ich weiß auch ebenso wie Sie, dass die Münchner Bevölkerung aufgrund ihrer Struktur sehr viel mehr auf Krippenplätze angewiesen ist als die Bevölkerung irgendwo im ländlichen Raum. Dass München eine unterdurchschnittliche Versorgung bei der Kinderbetreuung aufweist – jedes fünfte Kind in München hat keinen Kindergartenplatz –, ist ein Skandal ersten Ranges.

(Beifall bei der CSU)

Der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen in München beläuft sich auf 81,1 %.

(Georg Schmid (CSU): Der Schlechteste in Bayern!)

Hören Sie doch auf, davon zu faseln, dass jedes Kind in den Kindergarten gehen soll, sondern schaffen Sie in München, in der Stadt, in der Rot-Grün die Mehrheit hat und ein Oberbürgermeister da ist, der sich schon fast heiligsprechen lässt, Kinderbetreuungsplätze. Der Oberbürgermeister soll seine Hausaufgaben machen und zu vielen kleineren Gemeinden gehen. Da kann er lernen, wie man einen Versorgungsgrad von 100 % bei Kindergärten erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Achter Punkt, Klimaprogramm. Ich habe ganz bewusst nicht Themen der generellen Energiepolitik angesprochen.

Landtagspräsident Glück hat mich in vielen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, dass Energie eine zentrale Zukunftsfrage für Deutschland und Bayern in den nächsten Jahren sein wird. Wir wissen das. Aber ich weiß, dass die Fragen bezüglich Windenergie, der Solarenergie und der Verlängerung der Restlaufzeiten für Kernkraftwerke nicht in erster Linie hier entschieden werden. Ich wollte Schwerpunkte bei denjenigen Themen setzen, die ich selber entscheidend mit beeinflussen kann und die nicht Diskussion der allgemeinen Politik sind, zumal jeder weiß, dass wir auf Bundesebene in der Schlussphase der Abstimmung zwischen verschiedenen Bundesministerien sind. Wir wollen natürlich nicht deren Diskussionen wiederholen, sondern wir wollen das Bundesprogramm ausnützen. Darum haben wir beispielsweise auch Geld in unser Klimaprogramm aufgenommen, damit wir das Klimaprogramm des Bundes zur Verbesserung energetischer Sanierungen bei Schulen, Kindergärten und Sporthallen vollständig abrufen können, einschließlich der von anderen Ländern nicht abgerufenen Mittel. Wir nehmen das gerne auf.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage schon: 350 Millionen Euro als zusätzliche Mittel erlauben uns zu sagen: Ein derartig umfangreiches Programm hat kaum ein anderes Land. Ich bin zurückhaltend, weil die Diskussion im Moment sehr dynamisch ist. Mir ist jedenfalls kein anderes Land in Deutschland bekannt, das ein derartig umfangreiches Programm auf den Weg gebracht hat. Deswegen sage ich auch hier, ohne großsprecherisch zu sein: Wir stehen jedenfalls an der Spitze der Bemühungen aller Länder in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Etwas anderes fällt mir noch auf: Mir fällt auf, dass man über den Klimaschutz in Deutschland, in Europa und auf globaler Ebene redet, seitdem wir eine Bundeskanzlerin, Frau Merkel, haben, wogegen das während der Regierungszeit von Rot-Grün überhaupt kein Thema war.

(Beifall bei der CSU)

Trittin, Schröder und Fischer haben auf diesem Feld versagt. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sage: Das ist richtig, zumal das Thema auch ethische Aspekte hat.

Neunter und letzter Punkt, innere Sicherheit – Frau Bause hat ihn bereits angesprochen. Ich hatte in meiner Regierungserklärung die Thematik nur deswegen mit einem einzigen kleinen Satz behandelt, weil ich annehme, dass nahezu jeder, der sich für Politik interessiert – jedenfalls jeder in diesem Haus –, genau die Haltung des früheren Innenministers zu diesen Themen kennt. Jeder weiß auch, dass es eine große Übereinstimmung in der gesamten Staatsregierung und der CSU-Fraktion gibt.

Deswegen sage ich nur: Dazu braucht man jetzt keine Auseinandersetzung. Wir kennen die politischen Grundzüge, die lauten: Wir sind das Land, das Marktführer im Bereich der inneren Sicherheit ist, und zwar deswegen, weil innere Sicherheit auch ein soziales Grundrecht ist.

(Margarete Bause (GRÜNE): Freiheitsrechte auch!)

Die allermeisten Menschen haben nicht Angst vor dem Staat, sondern sie haben Angst vor den Verbrechern.

(Lachen des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Frau Bause, dass das bei manchen Leuten etwas anders ist, soll uns dabei nicht entscheidend aufregen. Wir selber sind glühende Verfechter des Rechtsstaats. Aber der Rechtsstaat verlangt auch, dass nicht in die Wohnungen eingebrochen werden soll,

(Margarete Bause (GRÜNE)): Dass die Wohnungen nicht überwacht werden dürfen, das verlangt der Rechtsstaat auch!)

dass Autos nicht gestohlen werden sollen und dass wir mithalten können mit organisierter Kriminalität. Dass wir auch mit den technischen Fortschritten der Islamisten mithalten müssen, ist bedauerlich, aber Faktum.

Das Generalthema dieser Regierungserklärung lautet: Wir wollen die Gesellschaft stabilisieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen Werte. Ich sage: Jawohl, ich bekenne mich dazu. Wir wollen die bürgerlichen Tugenden stärken. Die große Mehrheit der Bürger in diesem Land, die diese Tugenden hoch schätzt, verdient Unterstützung. Diese braven, anständigen Menschen sagen: Jawohl, wir arbeiten hart; wir strengen uns an. Diese bürgerlichen Tugenden wurden gestern in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angesprochen: sich für das Wohlergehen der Familie einzusetzen, zuverlässig und vertrauenswürdig zu sein, ein anständiger Mensch zu sein, verlässliche Staatsbürger zu sein, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, fleißig zu sein und viel zu arbeiten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!)

Diese guten Tugenden verdienen Unterstützung, weil jeder weiß: Ohne die Menschen, die nach diesen Grundsätzen leben, könnte ein Gemeinwesen auch keine anständige Sozialpolitik betreiben; denn nur die Bürger, die sich anstrengen, helfen uns, dass wir dann auch viel Geld ausgeben können. Wir bemühen uns, dies in einer sehr zweckmäßigen und sachgemäßen Weise zu tun. Wir schaffen den Rahmen, und dieser Rahmen ist in Bayern offensichtlich so beschaffen, dass es den Menschen hier gut gefällt, sonst würden nicht so viele in unser Land kommen. Nur ganz wenige haben gesagt, sie seien nach Bayern zwangsverschleppt worden. Die Menschen, die hierher kommen, sagen: Die Lebensbedingungen sind so, dass man hier besser leben kann als anderswo.

Wir wollen also möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen. Aber letzten Endes ist der Einzelne dafür verantwortlich, was er daraus macht. Deswegen, glaube ich, war es richtig, diese Regierungserklärung unter das Motto zu stellen: Es kommt auf jeden an – Gemeinsam für Bayerns Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Die Fraktionsführungen haben sich darauf verständigt, dass nur die ersten drei Dringlichkeitsanträge im Plenum behandelt werden. Ich darf in Erinnerung rufen, dass nach der probeweise geltenden Redezeitregelung die Redezeit insgesamt 30 Minuten je Fraktion beträgt.

Wir kommen zum:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung aktueller Energie- und Klimadaten (Drs. 15/9299)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Paulig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte darum, dass auch die Gespräche an der Regierungsbank eingestellt werden. – Herr Abgeordneter König! – Ich darf die gesamte Front an der Regierungsbank darauf hinweisen, dass die Gespräche draußen und nicht im Plenarsaal zu führen sind. – Ich unterbreche die Sitzung, bis die Gespräche beendet sind.

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Herr Ministerpräsident Beckstein, Ihre letzten Worte waren toll: Bayern ist beim Klimaschutz wieder einmal an der Spitze. Ich muss nicht nur feststellen, dass Ihre Ausführungen in der Regierungserklärung dürftig waren, sondern auch: Bayern steht inzwischen beispielsweise, was den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien betrifft, im Vergleich der Bundesländer an fünfter Stelle. Das, meine ich, ist keine Spitzenstellung.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): „Spitze“ wäre vorn!)

Sie sagen, unter Rot-Grün habe es keine Debatte zum Klimaschutz gegeben. Dazu muss ich sagen: CDU und CSU haben diese Debatte damals negiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer hat denn das Erneuerbare Energien-Gesetz – EEG – abgelehnt, das den wirtschaftlichen Boom auf diesem Sektor für die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht hat? Wir sind immer noch Marktführer bei Wind und Solarzellen. Wir haben allerdings zu befürchten, hierbei einzubrechen, wenn es keine vernünftige Folgeregelung des EEG gibt. Sie werden mir zustimmen. So schaut es aus im Bund. Ja, heuer haben wir Einbrüche zu verzeichnen. Durchaus steht die Drohung im Raum, dass andere Länder uns jetzt überholen und dass uns die Spitzenposition genommen wird, wenn wir nicht durch die Novelle des EEG vernünftige Anschlussregelungen bekommen. So sieht es aus.

Außerdem: Wer hat denn das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz auf den Weg gebracht, das jetzt allerdings dringend fortgeschrieben werden muss, weil es zu zahm war, weil die SPD damals nicht mitgemacht hat und die Große Koalition jetzt noch nicht handlungsfähig ist? Wer hat denn die novellierte Energieeinsparverordnung mit dem Energiepass auf den Weg gebracht, der verschärfte Anforderungen zum Klimaschutz in den Gebäuden bringt? Das waren die Grünen. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf Sie daran erinnern: Bereits im Jahre 1986, als die Grünen zum ersten Mal in den Landtag kamen, sind wir mit einer Vortragsreihe zum Klimaschutz quer durch Bayern gezogen. Dr. Christian Magerl, Prof. Dr. Armin Weiss und ich haben die vielfältigen Bereiche, in denen Klimaschutz umzusetzen ist, angesprochen. Was ist geschehen? 20 Jahre lang hat die CSU in Bayern dieses Thema verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

20 wertvolle Jahre sind verstrichen. Jetzt haben wir ein knappes Zeitfenster von nur mehr 12 Jahren bis zum Jahre 2020, in dem dringend wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden müssen. Dieses Thema haben Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, verschlafen. Leider ist es auch in der heutigen Regierungserklärung nicht wirksam eingebracht worden. Wir werden Sie weiter auf die Dringlichkeit dieses Themas hinweisen.

Unser Dringlichkeitsantrag passt wunderbar dazu. Veröffentlichen Sie doch endlich die aktuellen Energie- und Klimadaten für Bayern! Das ist in der Tat überfällig.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Es gibt dieses nette Heftchen „Daten zur bayerischen Energieversorgung 2006“. Wir haben es im Februar 2007

erhalten. Die aktuellsten Daten, die darin enthalten sind, stammen aus dem Jahr 2003.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nicht zu fassen!)

Beispielsweise geht die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern in Bayern gerade einmal bis 2002 in die Bilanz ein. Die aktuellsten Zahlen stammen hierbei von 2003. – So geht es nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Schauen wir uns dann noch die Szenarien für die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Bayern, aufgeteilt nach Energieträgern, bis zum Jahre 2020 an. Diese enthalten als aktuellste Zahlen sogar nur jene von 1998. Ich bitte Sie: Aktualisieren Sie endlich diese Daten!

Im Internet könnte das Wirtschaftsministerium vielleicht aktueller sein als diese Broschüre. Aber auch hier sind das Aktuellste, was wir finden – gestern heruntergeladen –, die Zahlen von 2002. Gerade einmal beim Kapitel Fernwärme finden wir eine Zahl von 2004. Das ist aber die aktuellste Zahl.

Schauen wir uns sodann die Bilanzen an; denn es heißt immer: Bayern ist vorn. Nehmen wir doch einmal die Energiebilanzen des Länderarbeitskreises.

Im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ sind das Wirtschaftsministerium und Vertreter des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung vertreten. Schauen wir uns einmal an, was im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ vorgelegt worden ist. Da wird es für Bayern besonders peinlich. Alle Bundesländer mit Ausnahme von drei schwarzen Alleinregierungen haben die Zahlen aktuell vorgelegt. Nicht vorgelegt wurden sie von Bayern, aber auch von Hessen und Saarland. Wollten Sie sich damit immer vergleichen? Alle anderen Länder haben im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ ihre aktuellen Zahlen wenigstens von 2004 vorgelegt. Aber Bayern ist hinten. Bayern hat die Zahlen für den Primärenergieverbrauch nicht vorgelegt, auch nicht die Zahlen zu den CO_2-Emissionen aus dem generellen Endenergieverbrauch der Verursacherbilanz, ebenso nicht bezüglich des Verkehrs, nicht die Emissionen aus der Gewinnung von Steinen und Erde, auch nicht die Zahlen zum verarbeitenden Gewerbe, keine aktuellen Daten zu CO_2-Emissionen aus den Sektoren Haushalte, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

Sie trifft die Schuld vielleicht nur bedingt, Frau Staatsministerin. Aber wir müssen schon sagen: Wenn wir heute über Klimaschutz und notwendige Maßnahmen diskutieren, dann brauchen wir die Zahlen zur aktuellen Entwicklung.

Dann brauchen wir – das steht in unserem Antrag – zum einen die endgültigen Energie- und Klimadaten für Bayern aus dem Jahr 2004. Wie gesagt, alle anderen Länder mit Ausnahme von Bayern, Hessen und Saarland haben die aktuellen Zahlen vorgelegt. Da darf man sich nicht hinstellen und sagen: Bayern ist spitze. Bayern ist hintendran. Bayern hat sogar diese Statistik verschlafen.

Nach dieser dringend notwendigen Bekanntgabe der Zahlen für 2004 brauchen wir aber zum Zweiten ebenso dringend die vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006. In der Antwort auf die Anfrage der Kollegin Frau Biedefeld von der SPD-Fraktion haben Sie angedeutet, dass da teilweise Zahlen vorliegen.

Aus dem Landwirtschaftsministerium kommen, wenn zur Biomasse geredet wird, große, mutige Zahlen, die die Nutzung von Biomasse betreffen. Stellen Sie diese Zahlen doch offiziell ein. Sagen Sie, dass das die vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006 sind. Stellen Sie das ins Internet. Dann können wir hier auf einer guten Datengrundlage die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz besprechen.

Ich glaube, dies ist überfällig, um zu vernünftigen Prognosen zu kommen. Dann können wir vielleicht auch einmal feststellen, dass CO_2-Emissionen – davon gehe ich fast aus – gerade im Verkehrssektor enorm ansteigen.

Weiter müssen wir über Ihre Planungen im Sektor Verkehr sprechen: neue Autobahnen, neue Bundesstraßen, neue Staatsstraßen, neue Regionalflughäfen, dritte Start- und Landebahn im Erdinger Moos. Das alles wird den Klimaeffekt verschärfen und zu einer weiteren Steigerung der Klimagase führen. Diese Maßnahmen sind zu unterlassen. Wir müssen heute mit der Umsteuerung beginnen, um die internationalen Anforderungen einigermaßen zu erfüllen. Diese sind: maximaler Temperaturanstieg um bis zu zwei Grad bis 2050, weltweite Reduktion der Klimagase um 50 %, als besondere Aufgabe der Industrieländer eine Reduktion der Klimagase um 80 %. Mit dem, was Sie hier bieten, sind wir in Bayern mit unserem Anteil davon weit, weit entfernt.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir machen jetzt keine Replik auf die Regierungserklärung, sondern wir behandeln den Dringlichkeitsantrag. Dieser ist nach unserem Dafürhalten völlig überflüssig.

Selbstverständlich ist es üblich, richtig und notwendig, Datenbasen für politische Entscheidungen über Maßnahmen zu haben. Die haben wir auch und werden sie nutzen. Ich habe gerade erst heute Vormittag telefonische Auskunft über Zahlen – auch was die Energiebilanz anlangt, Frau Kollegin Paulig – für das Jahr 2004 bekommen. Nur ist auch Folgendes klar: Wir müssen abwägen. Frau Kollegin Paulig, Sie haben so vollmundig gesagt, wir bräuchten für unsere Maßnahmen auch eine entsprechende Datenbasis. Wir haben zu entscheiden, ob wir eine belastbare Datenbasis haben wollen, die seriös ist, auf die wir unsere Entscheidungen, auch die

Entscheidungen über Steuergelder stützen können, oder ob wir vorläufige, nicht belastbare Daten als Grundlage nehmen.

Ich denke, es ist schon ein Zeichen verantwortlicher Politik, zu sagen: Wir lassen diese Daten abklären. Das macht nicht irgendeine Fraktion, sondern das macht federführend – das wissen Sie, Frau Kollegin Paulig – das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Es kann die Datenbasis federführend, sachlich und seriös abklären.

Frau Kollegin Paulig, Sie haben hier immer wieder Krokodilstränen vergossen. Was Sie gesagt haben, ist immer wieder die gleiche Leier: Man tue nichts, man tue zu wenig, man tue es zu langsam, man komme nicht in die Gänge. Sie haben sich am 18. Juli in der Plenarsitzung darin verrannt, zu sagen, hieraus entstehe eine ideologisch veraltete Energiepolitik. Ich möchte Ihnen vorhalten, dass Sie eine umfangreiche Antwort am 14. August seitens des zuständigen Wirtschaftsministeriums von über fünf Seiten zur Energieversorgung bekommen haben.

(Henning Kaul (CSU): Das lesen die nicht!)

Wenn Sie hier eine ehrliche, seriöse Politik machen wollen, dann lese ich Ihnen eine Passage vor, die Sie womöglich nicht gelesen haben. Dann können Sie klar argumentieren, warum für eine seriöse Datengrundlage ein entsprechendes Zeitfenster notwendig ist. Ich zitiere also:

> Zusätzlich zu der bayerischen Energiebilanz werden selbstverständlich auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Energiebilanzen“ mit den Methoden der Wirtschaftsforschung zeitnahe Schätzungen zum deutschen Primärenergieverbrauch abgegeben.

Das wird durch Sie pressewirksam vermarktet.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Paulig?

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Nein, Herr Präsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können und wollen wir nicht als Grundlagen für so weitreichende Maßnahmen aufgrund politischer Entscheidung im Bereich der Energiepolitik oder der Klimaschutzpolitik machen.

Eine Aufteilung der Schätzwerte auf die Bundesländer erfolgt nicht. Das heißt, wir greifen hier aus Prognosen und Wirtschaftsforschungsgrundlagen mehr oder weniger willkürlich Zahlen, Daten und Fakten heraus, die uns gerade passen. Sie wollen, wie es Ihr Antrag beabsichtigt, das zur Grundlage weitreichender politischer Entscheidungen machen. Das können Sie ruhig wollen. Wir machen das aber nicht mit. Denn das ist keine Grundlage für eine saubere, seriöse Politik.

Ich zitiere weiter:

> Diese Schätzungen führen dann aber auch zu Missverständnissen über die Aktualität der vorliegenden Daten in den Bundesländern, zumal dort in der Regel in vergleichbarer Form nur die auf der amtlichen Statistik basierenden endgültigen Bilanzdaten einschließlich des jeweiligen Primärenergieverbrauchs und keine Vorabschätzwerte veröffentlicht werden.

Dies ist gut so. Das wollen wir auch so.

Im Gegensatz zur amtlichen Statistik werden die Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung, die ich eben genannt habe, von der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ regelmäßig revidiert. Dies heißt, dass wir sie nicht zur Grundlage für politische Entscheidungen machen können, wenn wir dementsprechend mittel- und langfristig eine Effizienz in Sachen Klimaschutz erreichen und energiepolitische Entscheidungen treffen wollen. Daher sind wir selbstverständlich mit Ihnen d’accord, wenn Sie sagen, dass wir eine möglichst aktuelle Datenbasis benötigen, aber unter der Maßgabe, dass hier wirklich belastbare Zahlen und Fakten genannt und als Grundlage gegeben werden, um dementsprechend entscheiden zu können. Dieser Antrag ist daher überflüssig. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Hintersberger. Ich erteile Frau Kollegin Paulig zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt ganz schön herumgedruckst, und sich gewunden, warum die Zahlen noch nicht vorliegen. Ich habe jetzt wirklich keine Antwort heraushören können, warum wir die Zahlen für Bayern für das Jahr 2004 noch nicht vorliegen haben. Warum haben es denn alle anderen Länder geschafft? Dort liegen die Zahlen vor. Wollen Sie vielleicht behaupten, die sind nicht belastbar, nicht korrekt, nicht statistisch vernünftig abgeklärt? Bayern hat es nicht geschafft. Bayern ist wieder unter den drei Letzten. Gut, Sie stellen sich auf die gleiche Stufe wie das Saarland, das sei Ihnen unbenommen. Ich habe eigentlich gedacht, Bayern will Spitze sein, Bayern hat die Zahlen schnell vorliegen.

(Henning Kaul (CSU): Wir brauchen doch keinen Antrag, um die Zahlen zu bekommen!)

– Das haben Sie heute nicht gesagt. Ich kann Ihnen sagen, dass der damalige Staatssekretär, Herr Dr. Bernhard, diese Zahlen bereits für Juni dieses Jahres angekündigt hat – für Juni! Ich habe dann im Juli nachgefragt und ein ebenso windungsreiches Schreiben vom Wirtschaftsministerium erhalten, aus dem Sie zitiert haben, warum die Zahlen immer noch nicht vorliegen. Aber auch dieses Schreiben liegt jetzt schon circa vier Monate zurück, und wir haben die Daten immer noch nicht. Heute sagen Sie, in wenigen Wochen hätten wir sie. Sagen Sie einmal: Was ist denn das hier in Bayern für eine Arbeitsweise? Wirt-

schaftsministerium, Statistisches Landesamt – andere Länder können es.

Ich möchte jetzt von Ihnen eine klare – keine gewundene – Antwort: Wann bekommen wir diese Daten und warum sind sie bis heute nicht auf dem Tisch, wenn Sie schon den Antrag ablehnen wollen?

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Paulig! Ich habe hier eindeutig zitiert, ob wir aktuelle Daten oder eine dementsprechend seriöse Datenbasis haben. Es ist uns wichtig, dass wir hier belastbare Daten haben.

Frau Paulig, da können Sie noch so mit dem Kopf schütteln. Wenn Sie dies nicht wollen, dann sagen Sie, dass Sie keine belastbaren Daten wollen. Dann ist es in Ordnung, und ich nehme es so zur Kenntnis. Dies ist allerdings nicht der Standpunkt, den wir hier vertreten. Ich sage Ihnen heute, dass wir in wenigen Wochen – so die Auskunft von heute Vormittag – auch im Printbereich diese aktuellsten Zahlen haben. Im Internet haben wir bereits einige Zahlenreihen von 2004 vorliegen. Dies ist wirklich nicht das Niveau, auf dem wir hier diskutieren.

Wir brauchen diese Zahlen. Wir sind auch da beieinander, wenn Sie fordern, dass wir sie möglichst aktuell bekommen. Es ist wichtig, dass wir belastbares Zahlenmaterial haben. Darauf legen wir Wert. Diese Zahlen sind unter der Federführung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung derzeit wohl in der Endabstimmung. Damit haben wir auch die Grundlage für politische Entscheidungen. Wegen 14 Tagen hin oder her werden wir in keinster Weise große Diskussionen führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Drei Jahre sind das, Herr Hintersberger!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe noch die Bitte, dass die Gespräche auf der Regierungsbank eingestellt werden. Das gilt vor allem auch für Jungstaatssekretäre, Herr Fahrenschon.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! So rückständig, wie die Energiepolitik und die Klimapolitik der CSU-Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion sind, genauso rückständig sind die Zahlen und die Datenbasis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Hintersberger, es geht nicht um 14 Tage. Ich verweise auf folgende Drucksachen meiner Schriftlichen Anfragen: Drucksache Nummer 15/6812 vom 11.12.2006 und Drucksache Nummer 15/8815 vom 03.09.2007. Dort habe ich nach wichtigen Eckdaten für den Energiesektor in Bayern gefragt, genau nach dem, was in dem Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN enthalten und hier von Frau Kollegin Paulig dargelegt wurde, nämlich was wir an Zahlenmaterial haben wollen.

Es geht in diesen Schriftlichen Anfragen darüber hinaus um die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs unterschiedlicher Energieträger. Es geht darin auch um die Entwicklung des Endenergieverbrauchs auf den verschiedenen Sektoren – Industrie, Verkehr, Haushalte, Kleinverbraucher – und die Entwicklung der energiebedingten CO_2-Emissionen nach Verbrauchssektoren etc. Sie sagen: 14 Tage – ich sage: mindestens vier Jahre. Teilweise werde ich Ihnen jetzt nachweisen, dass die Zahlen immer noch nur geschätzt sind und man Bezugsdaten von 2001 und den Vorjahren nimmt. Wenn Sie nämlich in den Antworten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums auf meine Anfragen und in den genannten Drucksachen nachlesen, werden Sie feststellen, wie das mit absolutem, aktuellem und zeitnahem Datenmaterial ist, wie Sie sagen. Da ist nichts von Aktualität und Zeitnähe zu erkennen.

Ich wiederhole die Frage von Frau Kollegin Paulig, weil Sie immer noch keine Antwort darauf gegeben haben. Vielleicht können Sie sie gar nicht beantworten, dann geben Sie es halt zu. Vielleicht kann sie dann die Frau Ministerin beantworten, wenn Sie es nicht können.

Die konkrete Frage war: Warum liegen in Bayern für das Jahr 2004 noch nicht alle Daten vor, wenn es alle anderen Bundesländer, auch Ihre Unionskollegen in den CDU-regierten Bundesländern, fertiggebracht haben? Warum kann es Bayern nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite Frage war: Wann kommt dieses Zahlenmaterial? Diese beiden konkreten Fragen haben Sie nicht beantworten können. Vielleicht kommt jetzt eine Antwort vonseiten der Wirtschaftsministerin.

Von Seriosität kann überhaupt nicht die Rede sein. Wie können Sie seriös behaupten: Bayern vorne! Bayern Spitze! Bayern Nummer 1! Ich frage Sie, wie können Sie das seriös behaupten, wenn Sie sich auf Zahlenmaterial von 2004, 2003 und noch weiter zurück beziehen, aber in anderen Bundesländern aktuelles Zahlenmaterial vorliegt? Sie können überhaupt keinen vernünftigen Vergleich ziehen. Sie können gar nicht feststellen, dass Sie hier in der Champions League spielen, um einen Vergleich mit dem Fußball heranzuziehen, wenn es darum geht, in der Klima- und Energiepolitik wirklich Vorreiter zu sein – im Gegenteil.

Schauen Sie sich die Antworten einmal an. Ich zitiere aus den Antworten auf meine Anfrage:

> … statistische Daten zum Primärenergieverbrauch … und zu den CO_2-Emissionen in den Jahren 2005 und 2006 liegen noch nicht vor.

Das war die Antwort vom 03.09.2007. Weiter heißt es zu meiner Abfrage etwa über installierte Leistungen, Windenergie, Fotovoltaik, Biogas etc.:

> Es wird darauf hingewiesen, dass amtliche Erhebungen im Bereich der erneuerbaren Energien nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden. … Genauere Angaben zu Fotovoltaik mit Aufschlüsselung der installierten Anlagenleistung nach Bundesländern liegen derzeit nur für das Jahr 2005 vor.

Diese liegen auch für 2006 noch nicht vor, geschweige denn für 2007.

Es heißt hier weiter, etwa in Bezug auf andere Bereiche wie Wärmeenergie: Nach den hiesigen Abschätzungen auf der Basis von Daten des Bundesumweltministeriums würden entsprechende Zahlen ausgegeben. Ich darf weiter kurz vorlesen: „Nach vorläufigen Abschätzungen, u. a. auf der Basis der derzeit verfügbaren Zahlen …“ Diese gehen auf das Jahr 2001 zurück. Ich kann dies zitieren. Sie können es nachlesen, ich habe Ihnen die Drucksachennummern gesagt.

Beim Bereich Kraft-Wärme-Kopplung heißt es: „Für den Anlagenbestand im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung gibt es keine laufende statistische Erhebung und daher keine aktuelle Statistik.“

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist aber ein ganz wichtiger Aspekt einer effektiven Klimaschutzpolitik und einer nachhaltigen Energiepolitik. Hier heißt es, dass die installierte Leistung bei der Kraft-Wärme-Kopplung seit 2001 rund 3000 Megawatt betrug. Das ist Ihre aktuellste Zahl, das ist zeitnah. Daher sind die Aussagen, die Sie hier gemacht haben, unseriös. Das, was in den Antworten steht, ist wohl auch unseriös. Das ist ein Armutszeugnis. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich künftig mit Ihren Lobhudeleien über Ihre eigene Energie- und Klimapolitik zurückzuhalten. Sie können so etwas nicht seriös behaupten. Ich finde es schade, dass Sie die Länder, die seriöse und aktuelle Daten haben, als unseriös bezeichnen. Nichts anderes haben sie gemacht. In anderen Ländern, in denen die CDU regiert, ist es so. Vielleicht sollten Sie Ihre Hausaufgaben machen und sich bei diesen Ländern eine Scheibe abschneiden, statt Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Union als unseriös hinzustellen. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Emilia Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe, dass es Unmut gibt, weil die Daten noch nicht vorliegen. Das möchte ich am Anfang gleich vorausschicken. Die Daten der Energiebilanz Bayern basieren zu einem großen Teil auf den Ergebnissen von statistischen Erhebungen. In Bayern werden die Erhebungen wie auch die Erstellung der Energiebilanz vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durchgeführt. Aufgrund der verschiedenen durchzuführenden Arbeitsschritte wie Erhebung, Auswertung, Aufteilung auf Bundesebene hat sich die amtliche Statistik unvermeidbar etwas verzögert. Das möchte ich hier auch zugeben.

In die Energiebilanz fließen die Daten der Verbände ein, zum Beispiel auch die Daten der Mineralölwirtschaftsverbände. In der Regel liegen diese Daten bundesweit und damit auch in Bayern erst nach mehreren Jahren vor. Deshalb reden wir jetzt über das Jahr 2004. Sie reden von 2005 und 2006. Daher hinkt die vollständige Energiebilanz in allen Ländern – übrigens auch beim Bund, Frau Paulig – zwei bis drei Jahre hinterher.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist in anderen Ländern auch so!)

– Nicht in allen, Sie haben es vorhin selber gesagt, aber zwei Jahre sind es auf jeden Fall.

Sie werden jetzt mit Sicherheit einwenden, dass der Bund schon die aktuelleren Zahlen publiziert hat. Dazu kann ich nur sagen, dass das nur Vorabschätzungen einzelner Energiedaten, aber nicht die gesamten Daten sind. Mit einer vollständigen Energiebilanz sind diese Zahlen nicht vergleichbar. Es werden nur einzelne Werte publiziert. Die vollständige Energiebilanz liegt auch beim Bund erst für das Jahr 2003 vor. Kein Land hat bislang – von sporadischen Einzelfällen abgesehen – solche Abschätzungen, wie sie der Bund macht, in Auftrag gegeben.

(Susann Biedefeld (SPD): Stimmt nicht!)

Die Basistabellen für die Energiebilanz 2004 wurden erst kürzlich vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung an das bayerische Wirtschaftsministerium übermittelt. Ich kann nichts anderes mitteilen als das, was sich derzeit bei uns im Haus abspielt. Derzeit werden die Daten für die Veröffentlichung aufgearbeitet. Ich gehe davon aus, dass wir Mitte Dezember die Bilanz auch ins Internet einstellen werden. Spätestens bis Ende des Jahres werden wir also die Energiebilanz veröffentlicht haben, und damit kommen wir auch Ihrem Anliegen entgegen, Frau Paulig.

(Susann Biedefeld (SPD): Die Zahlen für 2004?)

– Ja, für 2004. Dabei soll natürlich auch die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach unterschiedlichen Energieträgern und Verbrauchssektoren aufgezeigt werden, wie es von Ihnen verlangt wird. Es sollen aber auch die energiebedingten CO_2-Emissionen nach Verbrauchssektoren aufgelistet werden. Die amtlichen statistischen Erhebungen und Zahlen für die Jahre 2005 und 2006, die Sie mit Ihrem Antrag auch einfordern, liegen uns derzeit nicht vor. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung rechnet mit einer Fertigstellung der Energiebilanz für das Jahr 2005 nicht vor Mitte 2008. Woher sollen wir denn die Daten haben, wenn sie nicht professionell zusammengestellt werden?

Man kann allerdings schon heute sagen, dass der Primärenergieverbrauch im Jahr 2006 wie schon in den vergangenen Jahren wohl bei 2000 Petajoule gelegen hat. Die CO_2-Emissionen lagen in den vergangenen Jahren bei etwa 83 Millionen Tonnen. Bei einem nahezu unveränderten Primärenergieverbrauch dürften die CO_2-Werte für 2006 in einer ähnlichen Größenordnung liegen.

Klimaschutzmaßnahmen wie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien werden sich bei der endgültigen amtlichen Bilanzierung natürlich auch bemerkbar machen. Da bin ich zuversichtlich.

Frau Paulig, Sie haben mich bei der Forderung nach einem intelligenten Energiemix an Ihrer Seite. Wir müssen mehr in erneuerbare Energien investieren. Wir müssen mehr in Energieeffizienz investieren. Wir müssen beim Klimaschutz etliches voranbringen. Ich werde meine Aufgabe als Wirtschaftsministerin auch auf diesem Gebiet ernst nehmen. Deshalb stehe ich dazu, dass die Bilanz bis Mitte Dezember im Internet stehen wird. Für die Jahre 2005 und 2006 können wir aber noch keine endgültigen Daten liefern. Deshalb können wir dem Antrag so nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich nehme es Ihnen gerne ab, dass Sie sich für die Statistik einsetzen werden. Sie haben allerdings ein fatales Erbe übernommen. Bayern liegt enorm weit hinten.

Ich habe nicht gesagt, dass die Zahlen vom Bund vorliegen, sondern ich habe gesagt, dass von 16 Bundesländern 13 die aktuellen validierten Zahlen für 2004 vorgelegt haben. Es ist mir unverständlich, dass Bayern diese Zahlen erst Ende dieses Jahres vorlegen kann. Das erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu der Altlast, die Sie übernehmen, Frau Ministerin. Im Mai hat Herr Staatssekretär Bernhard angekündigt, dass die Zahlen im Juni vorliegen werden. Vielleicht war es auch Herr Schnappauf. Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Für Juni waren die Zahlen für 2004 zugesagt. Irgendwann im Juli habe ich einen Brief von Herrn Huber bekommen. Darin hieß es, es würde noch dauern, die Zahlen müssten gründlich berechnet werden. Das war auch schon vor vier Monaten so. Jetzt heißt es Ende 2007. Mit Aktualität, die wir als Grundlage für Entscheidungen zum Klimaschutz brauchen, hat das nichts zu tun.

Der Bund wartet ganz dringend auf die Zahlen von Bayern. Die anderen Länder haben die Zahlen schon vorgelegt. Sie sprachen heute von den vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006, die in Bayern bei 83 Millionen Tonnen CO_2-Ausstoß liegen werden. Wenn diese Zahlen so bleiben und nicht noch höher werden, müssen wir leider feststellen, dass wir gegenüber 1990 keine Reduktion der CO_2-Emissionen erreicht haben. Vielleicht sind es ein oder zwei Prozent. Wenn ich die Zahlen für 1990 etwas höher setze, sind es vielleicht 3 %. Das ist nicht viel, wenn wir in Bayern die Treibhausgase reduzieren wollen. Weiter auf der Höhe von 83 Millionen Tonnen zu bleiben, ist schlecht. Das bestätigt, dass die Klimaschutzbemühungen, die Sie in Bayern angeblich unternehmen, nichts bringen. In der Tat wollen wir für 2005 und 2006 vorläufige Zahlen. Diese Zahlen brauchen wir, um die Entwicklungen im Verkehr abschätzen zu können. Wir werden mit diesen Zahlen als vorläufige Zahlen rechnen, aber wir brauchen sie, um heute die Maßnahmen für morgen ergreifen zu können.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9299 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion, ganz oder zum Teil?

(Heidi Lück (SPD): Ganz!)

– Ganz. Dann bitte ich aber auch alle, die Hand zu heben. – Das ist nett. Das sind beide Fraktionen. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess (Drs. 15/9300)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsmarktsituation für viele ältere Arbeitnehmer ist nach wie vor verbesserungswürdig. Denn zu viele Arbeitslose in Deutschland sind 50 Jahre oder älter. Viele Unternehmen beschäftigen keine älteren Arbeitnehmer, und ältere Mitarbeiter partizipieren nach wie vor zu wenig an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus zeigt ein Blick ins Ausland, dass in Deutschland weniger Ältere erwerbstätig sind als in vielen anderen europäischen Ländern. Die Erwerbsquote von Personen über 55 Jahren ist mittlerweile bei uns – Gott sei Dank – auf 52 % angestiegen. Schweden hingegen hat hier eine Erwerbsquote von über 69 %, Dänemark nahezu 59 % und Finnland 55,4 %. Die demografische Entwicklung verschärft die Problematik zunehmend.

Negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland und auf die Finanzierbarkeit unserer Sozialsysteme sind die Folge. Der Handlungsbedarf ist – denke ich – zwischen allen Parteien unbestritten. Doch kann eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer nur erreicht werden, wenn zum einen die

Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Krankenkassen wie die Politik gemeinsam aktiv daran arbeiten, die tariflichen wie gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, und wenn zum anderen der notwendige Bewusstseinswandel in der Gesellschaft bei Arbeitgebern und Beschäftigten stattfindet. Denn die Ursachen für die schwierige Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer sind vielschichtig. Sie reichen teilweise von der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Jahre über hemmende gesetzliche und tarifliche Regelungen bis hin zu Vorbehalten bei Arbeitgebern gegenüber älteren Mitarbeitern.

Wir wollen mit unserem Dringlichkeitsantrag „Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess“ die verbesserte Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsprozess verstetigen. Die Frühverrentungspraxis in den Neunzigerjahren ist sowohl im Hinblick auf das Selbstwertgefühl älterer Arbeitnehmer als auch im Hinblick auf die Kostenbelastung unserer Sozialversicherungssysteme abzulehnen. Notwendige und richtige Ansatzpunkte für eine bessere Beschäftigungssituation bei älteren Arbeitnehmern sind Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Fort- und Weiterbildung sowie Maßnahmen auch zur präventiven Gesundheitsförderung.

Bayern ist mit seinem Neun-Punkte-Programm, das die Bayerische Staatsregierung mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erarbeitet hat, bereits auf einem guten und – wie wir meinen – richtigen Weg. Die Arbeitsmarktreformen, zu denen wir nach wie vor uneingeschränkt stehen, sind ein Schritt in die richtige Richtung; denn die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation insgesamt wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern aus. Ich erwähnte es schon, wir konnten eine Steigerung um 10 % auf mittlerweile 52 % erreichen.

Regelungen wie etwa der befristete Zuschlag auf das ALG II nach Bezug von ALG I, die einen Anreiz für eine Überbrückungsphase der Erwerbslosigkeit vor dem Renteneintritt setzen, sind daher kontraproduktiv. Eine weitere Erhöhung der Zahlen ist erforderlich. Wir können alle nicht auf die Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten. Es ist die gemeinsame Aufgabe der Tarifparteien, der Wirtschaft, der Krankenkassen und des Staates, hier weiter voranzukommen.

Bei unserer Informationsreise nach Finnland konnten wir interessante Ansätze wie insbesondere eine größere Individualisierung der Arbeitsbedingungen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Arbeitnehmers, und ein umfangreiches Schulungsprogramm kennenlernen. Gute Beispiele anderer Länder können nicht unbesehen übernommen werden. Wichtig ist vielmehr die Gesamtheit der Rahmenbedingungen, insbesondere der arbeitsrechtlichen Bedingungen und der Sozialversicherungssysteme. Trotzdem sollten wir überprüfen, was für uns hier passt und was wir übernehmen können.

Wir sollten das Älterwerden nicht nur mit Defiziten verbinden, sondern müssen es vor allem auch als gesellschaftliche wie persönliche Chance nutzen und anerkennen. Unsere Gesellschaft kann es sich meines Erachtens nicht leisten, auf die Kompetenzen, Erfahrungen und Ressourcen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verzichten. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ältere Arbeitnehmer und ältere Arbeitnehmerinnen in Beschäftigung zu bringen, zu halten und sie auch zu qualifizieren, ist nicht nur eine Frage der demografischen Entwicklung und der steigenden Nachfrage nach Fachkräften, sondern hat vor allem zu tun mit Würde, Menschenwürde, dem Recht auf Arbeit und dem Erfahrungsschatz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die wir nicht verzichten können. Insofern sind wir uns einig, Herr Kollege. Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, dass es in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern Betriebe gibt, die kaum mehr Beschäftigte über 45 oder 50 haben. Auch wenn die Maßnahmen der vorhergehenden und der jetzigen Bundesregierung und die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit hier schon Erfolge zeigen, muss noch mehr getan werden. Das ist keine Frage.

Die alte wie auch die derzeitige Bundesregierung haben eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt auf den Weg gebracht. Ich erwähne nur das Projekt „50 plus“ und – ganz aktuell – mit Wirkung vom 01.01.2007 das Gesetz zur Verbesserung von Beschäftigungschancen älterer Menschen, und zwar in Bezug – weil es um den Antrag geht, den die CSU hier als Dringlichkeitsantrag eingebracht hat – auf Qualifizierung und Weiterbildung. In diesem Gesetz steht unter anderem, dass Beschäftigte in Betrieben bis zu 250 Mitarbeitern – bisher war es auf 100 begrenzt – künftig bereits ab dem 45. Lebensjahr – vorher war es ab dem 50. Lebensjahr – Bildungsgutscheine für zertifizierte Weiterbildungen erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt. Das nur als Vorbemerkung.

Nun zu Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Man reibt sich manchmal schon sehr verwundert die Augen, wenn man hört, was bei Ihnen dringlich ist. Vor sage und schreibe einem Jahr fand der Kongress „Aufbruch mit 50!“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit der Staatsregierung statt. Der damalige Ministerpräsident hat das eben erwähnte Neun-Punkte-Programm vorgestellt. Der Inhalt waren Appelle an Unternehmen, Tarifpartner und den Bund. Zielgerichtete Maßnahmen der Staatsregierung – keine, Fehlanzeige. Vor einem Jahr haben wir von der SPD-Fraktion – federführend war Frau Kollegin Dr. Kronawitter, die sich mit dem Thema älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt intensiv beschäftigt hat – ein Antragspaket vorgelegt mit dem Titel: „Beschäftigungschancen für ältere Erwerbstätige erhöhen“. Wissen Sie überhaupt noch, was Sie damit gemacht haben? – Sie haben es abgelehnt. Sie haben unsere Initiativen nicht gewollt. Einzig für den Bereich der Gesund-

heit waren Sie gnädig und bereit zu einer Umwandlung in einen Berichtsantrag.

Vor einem Jahr haben Sie diese Initiativen also abgelehnt, und jetzt kommen Sie mit einem Dringlichkeitsantrag zur gleichen Thematik. Sagen Sie bitte jetzt nichts. Ich kenne sämtliche Argumente, die Sie immer anführen, wenn es um Anträge der SPD geht.

Sie kommen immer zur Unzeit und sie sind vor allem nicht von Ihnen. Ich weiß, Sie brauchen Zeit. Das ist ganz klar. Im Januar kam es zur Rücktrittsforderung gegen Herrn Stoiber. Es gab den Pauli-Ärger und die Frage, wer Ministerpräsident und wer Parteivorsitzender wird, war zu klären. Sie hatten eine ganze Menge zu tun. Sie waren sehr mit sich selbst beschäftigt. Das ist aber jetzt vorbei. In der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist zum Thema „Weiterbildung älterer Arbeitnehmer“ auf der Seite 22 zu lesen:

> Zusätzliche Anstrengungen sind besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Ich möchte dazu die Hand in Richtung Arbeitgeber und Gewerkschaften ausstrecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von einer ausgestreckten Hand hat man herzlich wenig.

(Beifall bei der SPD)

Eine ausgestreckte Hand ist im Allgemeinen leer. Wir kranken immer noch an den Folgen des Nachtragshaushalts 2004, weil gerade bei der Arbeitsförderung, den Berufsförderungswerken überproportional gekürzt worden ist. Das Landesarbeitsmarktprogramm, das wir immer wieder gefordert haben, haben Sie immer wieder abgelehnt. Wer finanziert in Bayern das Nachholen der Schulabschlüsse? Die Arbeitsagentur? Welche Mittel werden für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt? Unser Fraktionsvorsitzender Franz Maget hat es Ihnen vorhin gesagt: Nur 8 % dieser Mittel werden vom Freistaat getragen. Was ist mit der ausgestreckten Hand des Ministerpräsidenten – der sie gerade nach hinten in Richtung der Tarifpartner und der Gewerkschaften gereicht hat – hinsichtlich eines Weiterbildungsgesetzes?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hier ist nichts vorhanden.

Nun zu den konkreten Projekten für die Krankenkassen und Betriebe zur präventiven Förderung für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Auch hier stellt sich die Frage, wie sich der Freistaat daran beteiligt. Was tut der Freistaat Bayern zum Beispiel in seinem eigenen Bereich, dem öffentlichen Dienst?

(Ludwig Wörner (SPD): Polizei, Feuerwehren!)

Hier gilt die 42-Stunden-Woche und außerdem müssen Nachtschichten geleistet werden. Wo gibt es hier Projekte der präventiven Gesundheitsfürsorge?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ansatz der SPD im Bund und im Land war immer die Stärkung der Prävention. Hier hatten Sie immer eine sehr merkwürdige Haltung. Ich erinnere Sie nur daran, dass ein gewisser Herr Seehofer – damals noch als Bundesminister – die Präventionsmodelle der Krankenkassen massiv abgelehnt hat. Ich möchte jetzt gar nicht zitieren, was er dazu gesagt hat.

Zur Prävention und zur Gesundheitsförderung gehört in den Betrieben und im Gewerbe die Gewerbeaufsicht. Im letzten Bericht über die Gewerbeaufsicht im sozialpolitischen Ausschuss wurde eindeutig festgestellt, dass den Gewerbeaufsichtsämtern das Personal fehlt, um in die Betriebe zu gehen, aufsuchende Prävention zu betreiben und Kontrollen durchzuführen. Auch das ist eine Folge des Kürzungshaushalts und der Verwaltungsreform. Man kann die heutige Regierungserklärung übrigens drehen und wenden wie man will: Dort steht kein Wort und kein Satz zur Gesundheitsvorsorge, auch nicht zur Prävention.

(Beifall bei der SPD)

Was tut der Freistaat für die Qualifikation, die Weiterbildung und die Gesundheitsvorsorge? Sie ziehen sich wieder aus der Affäre nach dem Motto: Lassen wir es die anderen machen. Wir haben schließlich die Tarifpartner, die Sozialpartner und den Bund. Das muss ich Ihnen lassen: Das machen Sie wirklich perfekt. Sie haben kreative Vorschläge, aber immer für die anderen. Bei Ihnen selbst hapert es jedoch gewaltig.

Nun zu Ihrem Wunsch, das Finnland-Konzept zu prüfen. Das ist sicherlich sinnvoll. Es gibt in den Niederlanden, in Dänemark und Schweden Programme zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Ich könnte mir das sehr gut als Modell für eine Region in Bayern vorstellen, wo die demografische Entwicklung zu einer besonders starken Abwanderung führt, wo die Arbeitslosenquote immer noch am höchsten ist und wo wir einen hohen Anteil von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, nämlich in Nordostbayern, sprich, dem nördlichen Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz. Wir werden diesem Prüfwunsch zustimmen, wenn Sie bereit sind, den letzten Absatz mit den Frühverrentungsanreizen zu canceln bzw. zu streichen. Ansonsten werden wir Nein sagen, vor allem zum letzten Absatz.

Sie erinnern sich sicher: Die von Ihnen so genannte Frühverrentungskultur, also das vorgezogene Altersruhegeld, wurde von der Regierung Helmut Kohl eingeführt. Es war eine verheerende Entwicklung, als sich Unternehmen auf Kosten der Sozialversicherten und der Rentenkassen ihrer älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entledigt haben. Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir keinen Handlungsbedarf; denn wir haben folgende Regelung, die im Koalitionsausschuss verhandelt worden ist: Die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer wird ab dem 50. Lebensjahr bei 15 Monaten, ab dem 55. Lebensjahr bei 18 Monaten und ab dem 58. Lebensjahr bei 24 Monaten liegen.

Von den bisher nicht verwendeten Eingliederungsmitteln der Bundesagentur in Höhe von 700 Millionen Euro wird ein Betrag von rund 500 Millionen Euro für folgende Maßnahmen eingesetzt: Jeder, der einen Anspruch auf das verlängerte Arbeitslosengeld hat, bekommt einen Eingliederungsgutschein, entweder gekoppelt mit den konkreten Arbeitsangeboten oder mit dem Auftrag, sich um dessen Einlösung zu bemühen. Gelingt ihm das nicht, wird ihm für die Verlängerung die Zahlung des Arbeitslosengelds gewährt. Das ist Konsens.

Keinen Konsens gibt es hingegen bei der so genannten Zwangsverrentung. Arbeitslose, die mindestens 58 Jahre alt sind, haben die Möglichkeit, weiterhin Arbeitslosengeld zu beziehen. Danach können sie auch ohne Abschläge in Rente gehen. Dieser erleichterte Leistungsbezug wird häufig ab dem 31. Dezember 2007 ausfallen. Im Jahr 2008 können die Träger Arbeitssuchende, soweit die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, auch gegen ihren Willen in eine abschlagsgeminderte vorzeitige Altersrente verweisen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat das Bundesarbeitsministerium einen Gesetzentwurf mit einer wirkungsvollen Regelung zur Vermeidung der Zwangsverrentung mit Rentenabschlag eingebracht. Die Union hat diesen Gesetzentwurf im Koalitionsausschuss am 12. November zurückgewiesen. Das nehmen wir so nicht hin. Hier muss neu verhandelt werden. Das Thema muss in den nächsten Koalitionsausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen deshalb Ihren Dringlichkeitsantrag ab, es sei denn, Sie würden sich Ihrer sozialen Komponente besinnen und den letzten Absatz streichen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildungsurlaub ist eine Form der bezahlten Freistellung von der Arbeit zum Zwecke der Weiterbildung. Er fällt in die Ländergesetzgebung. In 12 von 16 Bundesländern gibt es eine solche landesgesetzliche Regelung, die den Arbeitnehmern das Recht zuspricht, in der Regel eine Woche pro Jahr bezahlten Bildungsurlaub zu nehmen. In Bayern gibt es dieses Recht nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die CSU-Fraktion vor diesem Hintergrund heute einen Antrag vorlegt, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sie möge ihre Bemühungen um Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen noch weiter verstärken – das ist wahrscheinlich das Maximum an sprachlichem Wulst –, ist das eine ziemlich absurde Aktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns vor Augen halten, dass im öffentlichen Dienst entweder gar keine Angebote bestehen – Frau Kollegin Steiger hat darauf hingewiesen –, oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich weiterbilden wollen, von ihren Kollegen schief angesehen werden, weil der öffentliche Dienst bereits so klein gespart ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die ganze Mehrarbeit zu tragen haben. Auch das ist Ihr Versagen.

Deshalb ist der heutige Antrag nicht wirklich ernst zu nehmen. Ein absurdes Stück führen Sie auch damit auf, dass Sie noch vor wenigen Tagen im Koalitionstheaterausschuss der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer zugestimmt haben, während Sie hier und heute materiell genau das Gegenteil fordern, nämlich dass der Zuschlag für Ältere zum Arbeitslosengeld II abgeschafft wird. Das Ganze soll dann dazu dienen, ich zitiere aus Ihrer CSU-Sprachregelung, „der Frühverrentungskultur entgegenzuwirken“. Ich finde, das ist ein ziemlich verächtlicher Begriff,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn man bedenkt, dass Sie es waren, die konservativen Regierungen, die in den Neunzigerjahren systematisch ältere Erwerbspersonen in den Vorruhestand zu schieben begannen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer schriftlichen Antragsbegründung wird auch das Prinzip klar, dass Sie ältere Erwerbstätige nach wie vor lediglich als Verschiebebahnhof für unternehmerische Arbeitsnachfrage ansehen. Es geht Ihnen nicht um ältere Menschen und deren Bedürfnisse.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Die haben Sie schon längst zu einer Funktion der demografischen Entwicklung degradiert, und die funktionieren dann je nach Bedarf. Vor einigen Jahren wurden sie hinausgeschoben, jetzt werden sie wieder hereingeholt. Von Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern in der CSU hätte ich mir etwas mehr Respekt für die ältere Erwerbsgeneration erhofft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bleibt an Materiellem von Ihrem Antrag? – Der sogenannte 9-Punkte-Plan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer, den Sie vor eineinhalb Jahren – eineinhalb Jahre ist das jetzt schon her – mit der Vereinigung der Deutschen Wirtschaft unterzeichnet haben, ist im Wesentlichen belanglose Prosa. In Punkt 1 beispielsweise heißt es: Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern. Oder es hat nichts mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu tun, sondern schlicht damit, die Lebensarbeitszeit zu verlängern oder Rentenabschläge einzuführen. Oder, wie Sie in Punkt 6 schreiben, ist die Politik gar nicht zuständig, weil Sie die Änderungen tarifvertraglicher Regelungen anmahnen. Oder Sie wollen als neoklassische Überzeugungstäter arbeitsrechtliche

Schutzklauseln für Arbeitnehmer außer Kraft setzen wie beispielsweise das Sozialauswahl-Kriterium für Ältere im Kündigungsschutzgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Inhalt verwundert es nicht, dass Sie mit Ihrem Vertragspartner für diesen 9-Punkte-Plan, mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw –, einen Partner gefunden haben, der wie Sie vorgibt, als Bock der bessere Gärtner zu sein. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben im Schnitt aller Leistungsparameter nämlich eine höhere Leistungsfähigkeit als jüngere. Ich verweise auf einschlägige Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dennoch haben, so die jüngsten mir vorliegenden Untersuchungen, über 50 % der Unternehmen, wenn sich ältere Erwerbspersonen bei ihnen für einen Job beworben haben, diese nicht eingestellt. In über 50 % der Fälle wurden, wenn Ältere in der Auswahl waren, diese nicht genommen. In 40 % aller Unternehmen ist niemand jenseits der 50 beschäftigt. Dieser Widerspruch zwischen den guten Leistungsparametern der älteren Arbeitnehmer einerseits und einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe andererseits, zeigt vor allem eines: Die schlechten Jobchancen beruhen vor allem auf Vorurteilen, die von den Unternehmen und ihren Personalchefs beharrlich gepflegt werden. Mit den Mitgliedern der vbw einen Pakt zu schließen, ist unsinnig. Die sollten sich lieber an der eigenen Nase packen und für die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer sensibel werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, die Potenziale älterer Menschen zu erkennen und von den skizzierten lieb gewordenen Vorurteilen und Stereotypen endlich Abschied zu nehmen. Dabei müssen uns die vielen aktiven Alten, von denen ich auch hier im Hohen Haus den einen oder anderen zu erblicken vermag, längst eines Besseren belehrt haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Zahl 60 steht weder für Leistungsabfall noch für Rückzug ins Privatleben. Diese Potenziale müssen aber auch aktiviert und stimuliert werden, und dazu braucht es mehr als die Lippenbekenntnisse Ihres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Konkret wären das zum Beispiel flexible Übergangsregelungen von Erwerbs- in die Nacherwerbsphase. Das will die Mehrheit aller Menschen, die in diesem Alter sind. Hier müssten also die gesetzlichen Regelungen weiter entwickelt werden. Weiter entwickelt werden muss auch die Möglichkeit, mit verringerter Arbeitszeit gleitend in den Ruhestand zu kommen. Das nur zu diesem Komplex.

Nun zu einem anderen, zur Weiterbildung. Bei der Weiterbildung liegt vieles im Argen: ich habe einleitend mit dem Beispiel Bildungsurlaub darauf hingewiesen. Dramatisch aber ist, wenn ich der „Süddeutschen Zeitung“ glauben darf, dass die Firmen heute an der Weiterbildung immer mehr sparen. So sanken, ausweislich der Zahlen des Statistischen Bundesamtes, seit 1999 sowohl die Bereitschaft der Unternehmen, Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, als auch die hierfür bereitgestellten Mittel. Auch deshalb ist die Wirtschaft, ist die vbw, Bock und nicht Gärtner.

Der Hinweis des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, die Arbeitnehmer sollten ihre Ferien zur Weiterbildung nutzen, wird vor diesem Hintergrund zu einem unverschämten Abschieben in die Eigenverantwortung. Ich verstehe nicht, warum Sie diese Positionen übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Konstellation geht vor allem zulasten älterer Arbeitnehmer. Deren Teilnahme an beruflicher Weiterbildung sinkt ab Ende 50 rapide in Richtung Null. Deshalb müssen die politischen Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen weiter verbessert werden, was im Übrigen nicht nur den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute käme, sondern auch für das inkooperierte Wissen von Bedeutung wäre, auf das unsere Gesellschaft existenziell angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund reicht uns dieses kleine Antragssätzchen nicht, Herr Kollege Winter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme aber zu einem versöhnlichen Ende. Sehr originell und wirklich gut finde ich, dass die CSU offensichtlich bereit ist, von den finnischen Erfahrungen zur Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu lernen. Ich gehe davon aus, Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion, dass Sie wissen, dass es in Finnland ein ausgeprägtes Individualarbeitsrecht gibt, mit einer sehr hohen Schutzregelung, beispielsweise im Kündigungsschutz. Ich nehme an, Sie wissen, dass das Niveau der sozialen Sicherung in Finnland sehr hoch ist.

Die OECD, und damit komme ich zu meiner Anfangsüberlegung, dem Bildungsurlaub, zurück, schreibt in ihrer Studie mit dem bezeichnenden Titel: „Beyond rhetoric – adult learning policies and practices“ wörtlich: „In Finnland ist der Anspruch auf Bildungsurlaub ein bedeutender Anreiz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich fort- und weiterzubilden.“ Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass Bayern zu den ganz wenigen Bundesländern gehört, wo dieser Anspruch nicht verwirklicht ist. Angesichts der Diskrepanz von Rhetorik und politischer Wirklichkeit bei Ihnen kann ich es nur begrüßen, wenn Sie nach Finnland blicken. Ganz nebenbei bemerkt, ich sehe gerade Frau Kollegin Tolle. Wir wären sehr froh, wenn Sie nicht nur in der Arbeits- und Sozialpolitik, sondern auch in den anderen Politikfeldern, wo die Überlegenheit der Nordmänner und der Nordfrauen ebenso offenkundig ist, anfangen könnten, nach Finnland zu schauen. Ich nenne nur die Schulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Lieben, das ist sehr zukunftsvisionär, das ist so im Antragstext nicht konkretisiert. Das kann Ihren heutigen Antrag deshalb nicht mehr retten. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Hallitzky, vielen Dank. Nachdem Sie mit Blick auf mich von einem älteren Arbeitnehmer gesprochen haben, gebe ich für das Protokoll noch bekannt, dass das Durchschnittsalter der vier Redner zu diesem Antrag 47 Jahre beträgt. Ich stelle weiter fest, dass jetzt auch bei den Jüngeren das Wort Jugendwahn angekommen ist.

(Allgemeine Heiterkeit – Peter Winter (CSU): Sehr gut, Herr Präsident!)

Die nächste Wortmeldung: Frau Staatssekretärin Huml.

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit senke ich sozusagen den Altersdurchschnitt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Da haben Sie recht, Frau Staatssekretärin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Lassen Sie mich, bevor ich zum eigentlichen Antrag komme, mit einigen allgemeinen Ausführungen zur Arbeitsmarktsituation beginnen. Zu den Darlegungen von Frau Steiger möchte ich sagen, dass das 9-Punkte-Programm im Sommer des letzten Jahres vereinbart wurde. Man musste eine gewisse Zeit abwarten, um sagen zu können, welche Bilanz wir ziehen.

(Christa Steiger (SPD): Ich sprach vom Kongress, der vor einem Jahr stattgefunden hat! Nicht vom 9-Punkte-Programm! – Allgemeine Unruhe – Margarete Bause (GRÜNE): Bringt sie doch nicht so durcheinander!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin Huml hat das Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Der bayerische Arbeitsmarkt profitiert in hohem Maße von der anhaltend guten Konjunktursituation. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt kontinuierlich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt beständig zu. Im Oktober waren in Bayern rund 298 000 Arbeitslose registriert.

Damit wurden erstmals seit sieben Jahren in einem Oktober weniger als 300 000 Arbeitslose gezählt. Die Arbeitslosenquote betrug 4,5 %. Zu meiner großen Freude beschränkt sich diese positive Entwicklung nicht auf bestimmte Regionen oder Personengruppen. Zwischenzeitlich profitieren alle von der ungebremsten Dynamik, auch die Älteren, deren Anteil, wie ich vorhin gehört habe, 52 % beträgt und die im Mittelpunkt des Dringlichkeitsantrags betreffend „Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess“ stehen. Zwar ist derzeit noch sowohl bundesweit als auch in Bayern jeder vierte Arbeitslose älter als 50 Jahre, doch sinkt die Zahl der älteren Arbeitslosen seit ein paar Monaten überdurchschnittlich stark. Je stärker die Arbeitslosigkeit also sinkt und der Fachkräftebedarf steigt, umso mehr Chancen gibt es auch für Ältere. Wir können es uns auch nicht leisten, auf das Wissen, die Erfahrung und die Tatkraft älterer Arbeitnehmer zu verzichten.

(Susann Biedefeld (SPD): Seit Jahren sagen wir das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen wichtigen Anstoß für eine stärkere Beschäftigung Älterer hat die Bayerische Staatsregierung im Sommer 2006 gegeben mit dem gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erarbeiteten 9-Punkte-Plan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer. Dieser 9-Punkte-Plan enthält eine Reihe von Vorschlägen zum Abbau von Frühverrentungsanreizen und Einstellungshemmnissen, zur Verstärkung der Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen sowie zur präventiven Gesundheitsförderung.

Lassen Sie mich kurz einige der Bereiche nennen, die wir in den vergangenen Monaten in Angriff genommen haben bzw. an deren Umsetzung wir beteiligt waren. Dazu gehören die Verlängerung der Lebensarbeitszeit schrittweise auf 67 Jahre, die Unterstützung des Bewusstseinswandels bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit Podiumsdiskussion im Dezember 2006 oder die Beseitigung von Frühverrentungsanreizen und die Schaffung von Anreizen für eine rasche Eingliederung Älterer. Hierzu zählen unter anderem der erweiterte Eingliederungszuschuss für Ältere im Rahmen der „Initiative 50plus“ oder die Nichtverlängerung der sogenannten 58er-Regelung. Mit der im Koalitionsausschuss vereinbarten Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere wurde ein durchaus akzeptabler Kompromiss – aber eben ein Kompromiss – gefunden.

(Christa Steiger (SPD): Das ist bekannt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 9-Punkte-Plan muss jedoch noch weiter mit Leben erfüllt werden. So gilt es zum einen – daher auch der Antrag –, die betriebliche Weiterbildung Älterer zu forcieren. Hier sind alle Beteiligten dazu aufgefordert, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – wie Kollege Peter Winter schon angesprochen hat –, einen Beitrag zu leisten. Wir können nicht akzeptieren, dass die Zahl der Betriebe in Bayern, die Maßnahmen für ältere Beschäftigte anbieten, in den letzten Jahren sogar zurückgegangen ist, nämlich von 23 % im Jahr 2002 auf 20 % 2006. Neben einem verstärkten Engagement der Arbeitgeber müssen auch die Beschäftigten ihren Teil beitragen. Dabei denke ich an einen Tausch von Freizeit gegen Bildung. Wir sind schon der Meinung, dass Arbeitnehmer auch einen Teil ihrer Freizeit in Weiterbildung investieren können.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ immer wichtiger. Mit einer gesünderen und motivierteren Belegschaft sowie mit einem besseren Arbeitsklima können Unternehmen die arbeitsbedingten Kosten senken und die Produktivität dadurch steigern. Neben Maßnahmen des Arbeitsschutzes trägt dazu auch ein umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement bei. Hier sind insbesondere die Krankenkassen gefordert. Ihr verstärktes Engagement in der betrieblichen Prävention zeigt, dass sie deren Stellenwert erkannt und als Geschäftsfeld begriffen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Blick über den Tellerrand zeigt uns, dass für dieses Problem auch in anderen Ländern Lösungsmöglichkeiten gesucht wurden. Beispielsweise wurde in Finnland im Zeitraum von 1998 bis 2002 ein Programm für ältere Arbeitskräfte durchgeführt. Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich gemeinsam auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in relevanten Bereichen verständigt. Damit war ein großer Erfolg verbunden. Die Erwerbsquote der über 55-Jährigen konnte deutlich gesteigert werden. Sie lag 2006 mit rund 55 % klar über dem Lissabon-Ziel von 50 %. Auch wenn wir in Bayern mit dem angesprochenen 9-Punkte-Plan bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und realisiert haben, sollte uns das nicht daran hindern, auch Ideen von unserem europäischen Partner aufzugreifen. Dazu ist es erforderlich, die Übertragbarkeit des finnischen Ansatzes auf unsere Gegebenheiten zu prüfen. Geeignete Maßnahmen sollten wir in Zusammenarbeit mit dem Bund umsetzen. Sie werden mir darin zustimmen, dass das Problem der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland besteht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9300 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die beiden anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe den dritten heute zu beratenden Dringlichkeitsantrag auf und stelle vorweg fest, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, nur die ersten drei Dringlichkeitsanträge zu behandeln. Danach fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich rufe jetzt auf den

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)
Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts (Drs. 15/9301)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)
Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen (Drs. 15/9310)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag zum Thema „Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts“ hat einen eindeutigen Grund und eine klare Zielsetzung. Anlass sind die Strompreiserhöhungen in der Vergangenheit und die jetzt von Eon angekündigte Strompreiserhöhung von 9,9 %, also von rund 10 %. Diese Strompreiserhöhungen der Energiekonzerne sind nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)

Um die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch hier in Bayern, zu schützen und die preistreibenden Konzentrationen in der Stromwirtschaft aufzubrechen, muss das Wettbewerbsrecht deutlich verschärft werden. Die Schmerzgrenze der Verbraucherinnen und Verbraucher, auch in Bayern, ist längst überschritten. Die Stromkosten führen inzwischen zu einer erheblichen Belastung der privaten Haushalte und auch der Wirtschaft. Das kann nicht sein.

Ich habe mir einmal die Zahlen herausgesucht. Die jährlichen Stromkosten pro Haushalt betragen im Bundesdurchschnitt 690 Euro. Die Strompreise sind in Bayern derzeit noch relativ gut, das gebe ich zu. Sie betragen im Jahr pro Haushalt 664 Euro. Am teuersten ist Strom in Baden-Württemberg – es hat wie wir viel Kernkraft – mit jährlichen Stromkosten pro Haushalt von 746 Euro. Rechnen Sie zu den relativ günstigen Stromkosten, die wir in Bayern noch haben, 9,9 % hinzu – mit 10 % lässt sich leichter rechnen –, also rechnen Sie zu den 664 Euro noch 66 Euro hinzu, dann sind wir bei 730 Euro. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Dann muss man berücksichtigen, dass andere Energieversorgungsunternehmen nicht wie Eon in Bayern um 9,9 bzw. um 10 % erhöhen, sondern nur um durchschnittlich 5 oder 5,5 %. Dann wird Bayern keine gute Position mehr haben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern werden massiv belastet. Das trifft Baden-Württemberg und Bayern. Bayern, das derzeit noch relativ gute Strompreise hat, wird künftig über dem Bundesdurchschnitt liegen. Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher werden durch diese Strompreise also unzumutbar belastet.

Die Staatsregierung wird in unserem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich für eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts und für eine Stärkung des Kartellamtes einzusetzen. Wir führen darin konkrete Maßnahmen auf: Das Kartellamt muss und soll das Recht erhalten, der Marktkonzentration im Strommarkt entgegenzutreten. Wir wollen auch, dass das Kartellamt das Recht erhält, den Nährboden für mögliche Absprachen und Preismanipulationen zu beseitigen. Vonseiten der EU-Kommis-

sion und von Verbraucherschutzzentralen wird angeführt, dass es möglicherweise Absprachen und Preismanipulationen der vier großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland gegeben hat. Das Kartellamt sagt – das ist keine Aussage von mir oder von der SPD –, dass es starke Indizien für Preismanipulationen gibt. Das muss abgestellt werden. Es geht um den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Strompreise dürfen nicht ins Unermessliche steigen.

Wir wollen außerdem, dass die Staatsregierung prüft – im Weiteren handelt es sich um einen Prüfantrag –, wie die Trennung von Produktionsstätten und Verteilernetzen in der Stromwirtschaft vorangetrieben werden kann, ob man notfalls die vier Stromkonzerne in Deutschland zum Verkauf einzelner Kraftwerke zwingen kann, wie es auch vonseiten der EU schon diskutiert wird. In der Bundesratsinitiative des CDU-regierten Bundeslandes Hessen – von Ihrem Kollegen Rhiel – wird angesprochen, dass die Stromkonzerne notfalls gezwungen werden sollen, ihre Kraftwerke zu verkaufen.

Geprüft werden soll auch, ob Aktiensplits und die Abspaltung ganzer Unternehmensteile durchgesetzt werden können, ob die CO_2-Verschmutzungszertifikate von 2008 bis 2012 komplett versteigert und die Erlöse für eine Senkung der Stromsteuer eingesetzt werden können.

Ein weiterer Bestandteil des Prüfantrags ist die Frage, ob das Ziel der Dezentralisierung der Stromversorgung und der Trennung von Stromproduzenten und Stromanbietern vorangebracht werden kann.

Wir meinen, dass wir mit Initiativen infolge des Prüfantrags den Wettbewerb stärken können. Das Problem ist nämlich: Dadurch, dass Netz und Energieproduktion in den Händen von vier großen Stromkonzernen liegen, kann Wettbewerb gar nicht stattfinden. Trotz verschiedener Maßnahmen auf Bundesebene und auf EU-Ebene findet nach wie vor kein Wettbewerb statt. Ohne Wettbewerb gilt bei den Strompreisen das Diktat der Monopolisten. Wir haben kaum noch Möglichkeiten, dagegen anzugehen, schon gar nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher, deren Stromrechnungen immer weiter steigen. Wir müssen dieses Monopol knacken und für mehr Wettbewerb kämpfen; wir müssen auch für mehr Transparenz sorgen. Hier ist sowohl das Kartellamt als auch der Gesetzgeber verstärkt gefordert.

Das Ganze hängt auch mit der Zielsetzung einer kommunalen Daseinsvorsorge bei der Energieversorgung zusammen. Beim Parlamentarischen Abend der bayerischen Energieversorgungsunternehmen kürzlich kam deutlich heraus: Diejenigen, die unabhängig von den Energiemonopolisten sind, die ihren Strom nicht von Eon beziehen, haben nicht den Druck; denen geht es relativ gut. Aber diejenigen, die bereits mit Eon zusammenarbeiten und Strom von dort beziehen, geraten immer mehr unter Druck. Wenn Sie sich die Gewinnspannen der kommunalen Stadtwerke anschauen, werden Sie feststellen, dass diese immer geringer werden. Das heißt, es fließt auch immer weniger Geld in den Querverbund und immer weniger Geld in den öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV – oder in Energieeffizienzmaßnahmen oder den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Gewinne der kommunalen Energieversorgungsunternehmen werden immer geringer, weil Eon dort ebenso drückt, immer mit dem Argument, die Beschaffungskosten für Strom seien so enorm gestiegen.

Wenn die kommunalen Energieversorgungsunternehmen aufgeben müssen, weil ihre Betätigung nicht mehr wirtschaftlich möglich ist, kaufen wiederum die vier großen Monopolisten, in Bayern Eon, diese Unternehmen. Die Gefahr besteht, dass unsere Daseinsvorsorge, die in kommunaler Hand gut aufgehoben war, damit auch noch an die großen Energiekonzerne fallen könnte.

Ich möchte noch kurz zum Dringlichkeitsantrag der CSU Stellung nehmen. Sie sagen: „Es muss deshalb politisches Ziel sein, eine Senkung der Strompreise zu erreichen“. In diesem Ziel stimmen unsere Dringlichkeitsanträge überein; wir haben das zum wiederholten Male gefordert. Sie lehnen unsere Anträge aber immer ab, in denen wir konkrete Maßnahmen aufzeigen, mit denen man so etwas erreichen kann. Der Wille ist bei Ihnen vielleicht vorhanden – dahinter stelle ich ein Fragezeichen –, aber die Umsetzung fehlt, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Sie nennen in der Nummer 2 die Verschärfung der Missbrauchsaufsicht als Voraussetzung. Ich hoffe, dass Bayern eine eigene Bundesratsinitiative zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht einbringt. Ich bin sehr gespannt, wie weit diese Bundesratsinitiative gehen wird. Wir erwarten zumindest, dass Bayern die hessische Bundesratsinitiative unterstützt.

Zu Nummer 3 brauche ich nichts weiter zu sagen.

Zu Nummer 4, betreffend die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie. Sie schreiben: „Die Verknappung des Stroms hat zu steigenden Strompreisen geführt“. Das ist Volksverdummung. Die Atomkraftwerke in Deutschland, insbesondere in Bayern sind abgeschrieben. Abgeschriebene Atomkraftwerke sind die reinsten Gelddruckmaschinen. Eon verdient pro Tag eine Million Euro pro Kraftwerk mit den bayerischen Atomkraftwerken. Die Gewinnspannen werden immer größer. Heute ist wieder die Umsatzmeldung zu lesen: Auch in diesem Jahr ist Eon größter Energieversorger. In den ersten neun Monaten des Jahres hat Eon zweistellige Zuwachsraten verzeichnet. Enorme Aktiengewinne werden an die Aktieninhaber ausgeschüttet.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Zeche zahlen, weil Eon nicht bereit ist, die Gewinne einzusetzen, um die Strompreise zu senken. Ihr Antrag ist in diesem Punkt reine Volksverdummung. Wenn nämlich die Atomkraftwerke den Strompreis tatsächlich verringern würden, hätten in den letzten Jahren die Strompreise massiv fallen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Atomkraftwerke sind reine Gelddruckmaschinen.

Was die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie betrifft, kann ich nur sagen: Sie behalten nach wie vor die Rolle der Innovations- und Investitionsbremse. Wenn Sie sagen, dass man den CO_2-Ausstoß nur bei weiterer Nutzung der Kernenergie senken könnte und allein die Kernenergie geeignet sei, die angestrebte CO_2-Reduzierung, die auf Bundesebene vorgegeben ist, zu erreichen, dann ist das ebenso Volksverdummung. Schauen Sie sich die Studie an, die die Große Koalition über das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat. In der E-Prognos-Studie werden die Szenarien durchgespielt. Ein Szenario nennt auch die Kernenergie, wobei klar wird, wie es sich wirklich darstellt, wenn man an der Kernenergie festhalten würde, welcher CO_2-Ausstoß dann stattfände und wie hoch die CO_2-Reduzierung dann wäre. Durch Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien könnte das CO_2-Reduktionsziel auch ohne Festhalten an der Kernkraft erreicht werden. Die Atomenergie kommt in der Studie nicht gut weg. Sie zeigt, dass man eine 40-prozentige CO_2-Reduzierung, wie sie auf Bundesebene zum Ziel gesetzt worden ist, auch bei Ausstieg aus der Kernenergie erreichen kann.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern. Wir lehnen den Antrag der CSU ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Richter.

Roland Richter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Äußerungen von Frau Kollegin Biedefeld sind hoch interessant. Bei der Gasversorgung wird von Alt-Kanzler Schröder von der SPD genau das betrieben, nämlich die Monopolstellung von Gazprom in Europa und in Deutschland zu etablieren, was Sie kritisieren. Hier wird also ein Weg kritisiert, den die SPD noch vor zwei Jahren als das Nonplusultra angesehen hat.

Aber lassen Sie mich nun zu den Dringlichkeitsanträgen kommen, die sich auf die Strompreise direkt beziehen. Wir sind uns sicherlich einig, dass die derzeit hohen Strompreise nicht gerechtfertigt sind. Allerdings glaube ich, dass die Art und Weise des Herangehens an dieses Szenarium bei der CSU eine andere ist als bei der SPD.

(Susann Biedefeld (SPD): Eindeutig!)

Herr Kollege Georg Schmid hat die SPD heute Morgen schon sehr deutlich mit der Form eines demokratischen Sozialismus in Verbindung gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Da ist in dem Antrag der SPD zu lesen, dass „notfalls die vier großen Stromkonzerne in Deutschland zum Verkauf einzelner Kraftwerke gezwungen werden können“, und dass „Aktiensplits und die Abspaltung ganzer Unternehmensteile durchgesetzt werden können“.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist ein Prüfantrag!)

Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist klipp und klar Kommunismus. Der ist seit 1989 vorbei und ich bin froh, dass wir diese Staatswirtschaft so nicht haben, sondern dass es hier die freie Marktwirtschaft gibt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Und noch eines: Ich würde gerne wissen, was Ihr Oberbürgermeister Ude in München sagen würde, wenn aufgrund Ihres Dringlichkeitsantrages der Stadt München die Stadtwerke einfach weggenommen würden. Ich glaube, Ihr Oberbürgermeister wäre da nicht so sehr begeistert. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Nun noch einige grundsätzliche Gedanken meinerseits. Die Stromendverbraucherpreise unterliegen grundsätzlich weiterhin der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht. Zum Jahreswechsel 2007/2008 ist eine bis 2012 befristete Verschärfung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht über die Strom- und Gaspreise durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbbeschränkungen geplant. Das haben Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnt. Die Verschärfung wurde mit der Stimme Bayerns im Bundesrat gebilligt und soll am 15. November, also heute, in Zweiter und Dritter Lesung im Bundestag behandelt werden.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe von Maßnahmen gesprochen, die zu prüfen sind!)

Da sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen wie beispielsweise eine Beweislastumkehr zulasten des Unternehmens insbesondere bezüglich einer missbräuchlichen Preisgestaltung – das ist Ihnen bekannt – und die Einführung einer Gewinnbegrenzung, basierend darauf, dass die Differenz zwischen Kosten und Preisen nicht unangemessen hoch sein darf. Sie wissen ferner, dass das Bundeskartellamt im Bereich der Fusionskontrolle aktiv der Marktkonzentration entgegenwirkt. Es untersagt zum Beispiel heute schon regelmäßíg weitere Beteiligungen der großen Energieversorger an Stadtwerken, da dies deren marktbeherrschende Stellung weiter verstärken würde.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben wir dann eine Strompreiserhöhung von rund 9 % in Bayern?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner? – Nein.

Bitte, Herr Kollege Richter.

Roland Richter (CSU): Zwar sind die kurzfristigen politischen Handlungsmöglichkeiten auch nach der Verschär-

fung des Kartellrechts begrenzt, dennoch haben wir einige Möglichkeiten, auf die wir gerne zurückgreifen wollen.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum die 9,9 % Erhöhung?)

Schauen wir uns nun einmal den Antrag der CSU an. Auch wir wollen die Strompreise senken und wollen dahin kommen, dass keine Monopole entstehen. Im Gegensatz zu Ihnen versuchen wir das allerdings nach demokratischen Grundregeln. So soll eine genaue Prüfung der aktuellen Preiserhöhung durch das Bundeskartellamt vorgesehen werden sowie eine Verschärfung der Missbrauchsaufsicht.

Ferner soll es die von der Bundesregierung bereits beschlossene Maßnahme für mehr Wettbewerb geben bzw. die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie weiter forciert werden.

Ich bin kein Freund der Kernenergie, aber man muss auch sagen: Bis heute haben Sie im Bereich der regenerativen Energien und der alternativen Energien in der Summe des Ausstiegsszenarios keine belastbaren Faktoren vorgelegt, weder in energetischer noch in umwelttechnischer Hinsicht.

Lassen Sie mich noch einen Blick über den Atlantik werfen. Selbst die GRÜNEN in den Vereinigten Staaten gehen wieder auf die Atomkraft als eine alternative Versorgung zu. Auch deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Richter, bleiben Sie stehen, denn der Kollege Wörner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Richter, ist Ihnen bekannt, dass die Wirtschaftsministerin auf meine Schriftliche Anfrage, wie sie die Preisentwicklung bei Eon sehe, erst kürzlich schriftlich geantwortet hat, dass das der Markt regle? Was soll da Ihr Getöse? Wenn das zuständige Haus der Meinung ist, dass das sowieso der Markt regle und wir merken, dass er das nicht tut, dann stimmt doch Ihre Aussage nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Roland Richter (CSU): Frau Kollegin, ich habe bei Ihnen auch nicht reingequatscht. Ich bitte also, ein bisschen Anstand hier im Hohen Hause zu wahren und auch mich ausreden zu lassen. Herzlichen Dank dafür.

Kollege Wörner, wenn Sie die Forderungen in unserem Dringlichkeitsantrag lesen, dann werden Sie merken, dass sie kongruent sind mit den Aussagen unserer Wirtschaftsministerin. Ich glaube, damit ist Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Bedeutungsschwere der beiden Anträge erlauben wir uns an dieser Stelle, vor allem auf den Antrag 15/9301 der SPD-Kolleginnen und Kollegen einzugehen, der den Titel trägt „Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts“. In diesem Antrag der SPD-Fraktion sind viele richtige und wichtige Punkte enthalten und auch wichtige Forderungen aufgestellt. Gestatten Sie uns aber, dass wir uns bei diesem Antrag trotzdem der Stimme enthalten. Der Grund ist Folgender: Sie rekurrieren in diesem Antrag – so geht er gleich los – auf niedrigere Strompreise. Wir akzeptieren keine ausbeuterischen Preise und wollen auch keine Wucherpreise. Wir sind dagegen, dass hier Monopolrenditen eingefahren werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber selbstverständlich sind wir dafür, dass gerade beim Strom der Staat Abschöpfungen vornimmt, und wir sagen an dieser Stelle auch ganz klar, dass ein Umsteigen und ein Umbau in der Energiewirtschaft notwendig sind, das heißt: weg von der Kernenergie, weg von den fossilen Brennstoffen und hin zu etwas anderem.

(Engelbert Kupka (CSU): Hin zu CO_2!)

Das kostet selbstverständlich und deswegen wollen wir nicht die Eier legende Wollmilchsau versprechen, sondern wir sagen: Hohe Preise können durchaus auch angemessen sein.

Frau Biedefeld, Sie fordern eine Senkung der Stromsteuer, die Sie selbstverständlich ausgeglichen sehen wollen durch Einnahmen für Zertifikate. Das können wir lesen. Aber auch diesem Punkt können wir nicht zustimmen. An dieser Stelle muss noch einmal eine ganz grundsätzliche Feststellung angebracht werden. Wir haben immer – Sie waren mit dabei – das Missverhältnis in unserem ganzen Staatswesen, in unserer ganzen Gesellschaft von Steuern und Abgaben auf die menschliche Arbeitskraft einerseits und Steuern und Abgaben auf Energie und den Verbrauch von Ressourcen andererseits beklagt. Das gilt im Grunde für alle westlichen Gesellschaften, aber insbesondere für Deutschland, und hier gilt es ganz einfach, die Schere zu schließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Runge, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Biedefeld? – Bitte, Frau Kollegin!

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Runge, stimmen Sie mir in der Überlegung zu, dass man durch gesetzliche Rahmenbedingungen und gesetzliche Vorgaben wie zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG – nicht nur entspre-

chende Belastungen bringt, wie es die Energiekonzerne immer anführen, sondern auch entsprechend positive Gewinne einfahren kann? Der Anteil am Strompreis nach EEG sind 2 bis 3 %; das sind 2 bis 3 Milliarden Euro. Demgegenüber steht eine Wertschöpfung von 23 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Ist es nicht möglich, hier auch mit gesetzlichen Vorgaben Positives zu bewirken?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Selbstverständlich stimme ich Ihnen hier zu und zwar mit großer Freude. Allerdings muss man da noch ein bisschen weiterdenken und darf nicht nur schauen, was sich auf dem Strommarkt abspielt. Man muss vielmehr auch sehen, was es da an Arbeitsplätzen, an Steuereinnahmen und vieles mehr gibt. Da, denke ich, hat Rot-Grün einiges Positives auf den Weg bringen können.

Jetzt aber wieder zum Antrag der SPD-Fraktion. Ich habe schon gesagt, warum wir uns der Stimme enthalten. Ein Grund dafür ist vor allen Dingen die Forderung nach der Senkung der Stromsteuer.

Zur grundsätzlichen Problematik, zum Anliegen, welches hinter diesem Antrag steckt, muss man ganz klar sagen – ich denke, das stellen wir unisono hier im Hohen Hause fest –, dass das, was hier läuft, äußerst misslich ist. Von Wettbewerb im Strommarkt kann nicht ansatzweise die Rede sein. Die Europäische Union, die Kommission, mahnt hier zu Recht Handlungsbedarf an und zwar schon seit vielen Jahren.

An dieser Stelle muss ich allerdings auch feststellen, dass sich hier Rot-Grün mitnichten mit Ruhm bekleckert hat; ich denke da nur an die Netzentgeltverordnung, die Netzzugangsverordnung, an den Übergang von der Kostenregulierung hin zur Anreizregulierung. Das alles genügt nicht. Das legal unbundling ist zu wenig; es ist zu zahm. Es war – das ist für mich das Ärgerlichste gewesen – ein Riesenfehler zu sagen „Ihr bekommt die Verschmutzungsrechte unentgeltlich“, ohne gleichzeitig zu verhindern, dass diese Verschmutzungsrechte eingepreist werden. Das ist ein großer Fehler. Daran gilt es massiv zu arbeiten.

Nun zu den einzelnen Instrumenten, wie wir zu mehr Markt und mehr Wettbewerb kommen können.

Der Vorschlag der zuständigen EU-Kommissarin auf Trennung von Netz und Betrieb ist angesprochen worden. Es ist vorgeschlagen worden – Herr Richter, hier bitte ich Sie doch einfach einmal aufzupassen, weil Sie hier so schön unterschieden haben zwischen Markt und Plan und Staatswirtschaft und demokratischem Sozialismus; wir wissen alle, woher der Vorschlag kommt –, Möglichkeiten zu schaffen, den großen Vier Erzeugungskapazitäten wegzunehmen. Er kam von Herrn Riehl, und Herr Riehl hat bekannterweise nicht das SPD-Parteibuch, sondern ist der hessische Wirtschaftsminister und hat das Parteibuch der CDU.

Die Monopolkommission sagt: Neue Kapazitäten dürfen durch die großen Vier nicht mehr geschaffen werden. Und dann gibt es eben den Vorschlag auf Stärkung der Wettbewerbsbehörden, sprich: Preisaufsicht, Missbrauchskontrolle und vieles mehr.

Die SPD-Fraktion bietet in ihrem Antrag ein buntes Potpourri, im Grunde genommen all diese Maßnahmen zu prüfen. Das ist eigentlich nichts, wogegen Sie sich wenden können, wenn man erst einmal sagt, die Staatsregierung möge die einzelnen Instrumente prüfen, und dann einzuschätzen, was etwas bringt und was nichts bringt.

Unser Ansatz ist nicht der des hessischen Wirtschaftsministers. Wir setzen immer die größte Hoffnung in die Trennung von Netz und Betrieb, so wie wir das im Übrigen auch bei der Bahn tun. Vielleicht finden wir da ja auch noch zu irgendeinem Moment zusammen.

Was der Aktiensplit in dem Zusammenhang im Antrag verloren hat, erschließt sich mir überhaupt nicht, weil ein Aktiensplit nichts anderes ist, als wenn man sagt: Wir machen aus einem Anteilsschein vier oder zehn. Das hat vor allem börsenpsychologische, anlegerpsychologische Gründe, hängt aber mit unserem Thema eigentlich nicht originär zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Fazit: Wir brauchen Wettbewerb, wir brauchen Transparenz. Dazu gibt es viele Wege. Es muss aber endlich ein Weg einmal wirklich in Heftigkeit eingeschlagen werden. Wir sagen auch ganz klar: Wir brauchen einen Umstieg in Richtung mehr regenerative Energien, in Richtung mehr Energieeffizienz. Das – sagen wir auch ganz deutlich – wird und kann selbstverständlich auch kosten.

(Susann Biedefeld (SPD): Kostet und wird kosten!)

Jetzt nicht mehr Sätze, als er wert ist, zum Antrag der CSU-Fraktion „Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen“. An und für sich wollte ich gar nichts dazu sagen, weil er so einfach gestrickt und so falsch ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass man sich schon fast schämen muss, den Antrag an dieser Stelle zu behandeln, aber wenn ich ihn als falsch bezeichne, dann möchte ich schon auch ausführen, was ich damit meine. Da ist tatsächlich die Rede von der „Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie“, und dann heißt es wortwörtlich: „Die Verknappung des Stroms hat zu steigenden Strompreisen geführt.“ Fantasieren Sie? Wo soll denn das passiert sein? Herr Richter, schauen Sie sich einmal an, wann welche Kraftwerke aus dem Netz abgeschaltet bzw. ins Netz zugeschaltet worden sind. Schauen Sie sich gleichzeitig einmal die Entwicklung an der Leipziger Börse an. Selbst wenn sechs AKWs vom Netz sind, verändert sich in Leipzig der Preis überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich einmal die Situation in Deutschland an. Da ist es schlicht und ergreifend so, dass wir in den meisten Fällen viel mehr Strom haben, als überhaupt ins Netz gebracht werden kann. – Das sind die Fakten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zu Ihrer Forderung, auch im Zusammenhang mit den Strompreisen die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, länger am Netz zu haben: Wir sind uns einig, aus den abgeschriebenen AKWs kommt Billigstrom – gar keine Frage. Da sagen wir nur ganz klar: Dieser Billigstrom aus den abgeschriebenen AKWs schützt vor Innovation, schützt vor Zukunft; um Ihnen das zu übersetzen: verhindert Innovation und verhindert Zukunft.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Herr Schmid hat sich vorhin an dieser Stelle vor Lachen geschüttelt und den schönen Scherz gebracht, bezogen auf die SPD-Kolleginnen und Kollegen, sie sollten Ihr Organ „Vorwärts“ doch lieber „Rückwärts“ nennen. Dazu muss man einmal ganz klar sagen – obwohl vorwärts vor einem Abgrund vielleicht auch nicht immer zu empfehlen ist –: In dem Fall sind Sie diejenigen, die völlig rückwärtsgewandt sind

(Susann Biedefeld (SPD): Rückständig!)

und hier sinnvolle Innovationen zu verhindern suchen. Da machen wir – ganz klar – nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile das Wort jetzt Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte die Strompreiserhöhungen der letzten Jahre, besonders der letzten Zeit, für ein ernst zu nehmendes Problem für die Wirtschaft

(Zuruf von der SPD: Wirtschaft!)

und für die Verbraucher. So ist es.

Deshalb sind wir uns in der Forderung nach mehr Wettbewerb in diesem Bereich mit Sicherheit einig,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

und ich halte es auch für schon sehr schwierig, wenn Eon jetzt eine Erhöhung um 9,9 % zum 01.01.2008 ankündigt.

Wir hatten ja vorher eine Vereinbarung mit Eon, den Lech-Werken, Energy und natürlich auch den größten Kommunalversorgern – das wissen Sie –, dass die Strompreise vernünftig geregelt sein sollen. Zum 01.07.2007 ist der Markt geöffnet worden; wir haben eine Liberalisierung und deshalb eine andere Voraussetzung. In ihrem Dringlichkeitsantrag schlägt die SPD eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor. Diese Forderung hat sich mittlerweile überholt. Das hat der Kollege Richter

(Susann Biedefeld (SPD): Das fordert die CDU doch auch!)

vorhin auch gesagt.

Heute wird im Bundestag in Zweiter und Dritter Lesung der Vorschlag von Bundesminister Glos zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht behandelt. Dies wurde auch mit den Stimmen von Bayern im Bundesrat gebilligt und soll zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Geplant ist eine bis 2012 befristete Verschärfung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht über Strom- und über Gaspreise. Im Vergleich zu dem für alle Branchen geltenden Missbrauchsverbot des § 19 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung weist der neue § 29 zwei wesentliche Neuerungen auf, nämlich eine Beweislastumkehr zulasten des Unternehmens, insbesondere bezüglich der Missbräuchlichkeit seiner Preisgestaltung – das ist das, was Sie wollen, Frau Biedefeld –, und die Einführung einer Gewinnbegrenzung.

(Susann Biedefeld (SPD): Das reicht nicht aus!)

Die Differenz zwischen Kosten und Preisen darf nicht unangemessen hoch sein.

Im Bereich der Fusionskontrolle wirkt das Bundeskartellamt weiteren Marktkonzentrationen bereits derzeit aktiv entgegen. Bei internem Wachstum ist ein kartellrechtliches Eingreifen erst bei Missbrauch dieser marktbeherrschenden Stellung oder beim Vorliegen von Nachweisen für Absprachen oder sonstige Preismanipulationen möglich.

(Susann Biedefeld (SPD): Das wird ja jetzt schon geprüft!)

Entgegen anderslautenden Darstellungen in der öffentlichen Berichterstattung liegen dem Bundeskartellamt derzeit keine Beweise im juristischen Sinne für Absprachen bzw. Preismanipulationen vor. Die entsprechenden Verfahren laufen derzeit noch auf der europäischen Ebene, und ich glaube, dass das ein wichtiger Ansatz ist,

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

um das Ganze zu überprüfen.

Zum Vorschlag der Trennung von Produktionsstätten und Verteilernetzen. Das ist der Vorschlag des Kommissars Andris Piebalgs in Kombination auch mit Frau Kroes. Ich

kann nur ganz einfach sagen: Damit meinen Sie auch in Ihrem Antrag mit Sicherheit die von der EU-Kommission vorgeschlagenen eigentumsrechtlichen Entflechtungen, das sogenannte ownership unbundling. Allerdings möchte ich klarstellen, dass der EU-Vorschlag nur die Trennung der Stromübertragungs- und Ferngasleitungsnetze von Erzeugung und Vertrieb vorsieht. Die von Ihnen erwähnten Verteilernetze der kommunalen Energieversorgung sind in diesem Vorschlag der Kommission ausdrücklich ausgenommen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Die eigentumsrechtliche Entflechtung ist jedenfalls nicht geeignet, die bestehenden Wettbewerbsdefizite zu beseitigen, und der Kollege Rhiel aus Hessen – den ich ansonsten sehr schätze – kann ja gar nicht der Auffassung sein, dass ein neuer Eigentümer etwas verändert. Wir setzen auf mehr Wettbewerb, und ein neuer Eigentümer bringt nicht mehr Wettbewerb, Frau Biedefeld.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Vergleichende Untersuchungen der Energiemärkte der Mitgliedstaaten haben auch ergeben: Diskriminierungsfreier Wettbewerb und niedrige Netzentgelte hängen von einer effektiven und dauerhaften Regulierung ab und nicht von den Eigentumsverhältnissen der Netze.

Völlig unklar ist übrigens auch, wer die Netze kaufen soll. Das ist schon die große Frage. Fragen Sie einmal im Vereinigten Königsreich nach. Da ist man gleich dabei, diese Netze zu kaufen. Dann haben wir wieder die Situation, dass zum Beispiel die Briten das Netz in der Europäischen Union besitzen und hier eine Vorrangposition einnehmen.

Das halte ich für wenig sinnvoll.

(Susann Biedefeld (SPD): Das Netz müsste in staatliche Hand!)

Ich kann nur sagen: Es kämen nur wenige kapitalkräftige Unternehmen oder Fonds in Frage, um ein Netz zu erwerben. Der Käufer wird den bezahlten Kaufpreis aber auch möglichst bald wieder erwirtschaften wollen. Was bedeutet das in der Folge? Das würde bedeuten, dass wir steigende Netzentgelte hätten und rückläufige Investitionen in die vorhandenen Netze.

Zur Zerschlagung, zum Zwangsverkauf von Kraftwerken: Einem Zwangsverkauf oder einer Zerschlagung können wir nicht zustimmen. Das lehnen wir ab, weil ein solches Vorgehen weder den Wettbewerb fördert noch zu günstigeren Strompreisen führt. Was wir brauchen, ist vielmehr eine Verbreiterung des Angebotes auf dem deutschen Stromgroßhandelsmarkt sowie eine klare Regulierung.

(Susann Biedefeld (SPD): Alle bisherigen Maßnahmen haben nicht dazu geführt!)

– Wir haben, glaube ich, letzte Woche, Frau Biedefeld, schon einmal darüber geredet. Wir haben einen europäischen Strommarkt und müssen auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Angebote bei uns größer werden. Das bedeutet aber auch, dass wir die Netze grenzüberschreitend in der Art und Weise ausbauen müssen, dass der Strom in Europa fließen kann. Das trägt auch dazu bei, dass die Strompreise niedriger sein können.

Zur Versteigerung der CO_2-Zertifikate auch eine kurze Anmerkung: Für die Periode 2008 bis 2012 hat die Bundesregierung die Zuteilung der CO_2-Zertifikate bereits entschieden. So ist es. Nach längerer Diskussion und einer heftigen Auseinandersetzung mit Brüssel hat der Bundestag am 22. Juni dieses Jahres das Zuteilungsgesetz 2012 beschlossen. Sie kennen das als Expertin bei der SPD für den Energiemarkt zur Genüge. Bis spätestens nächsten Montag müssen die Unternehmen ihre Anträge auf Zuteilung einreichen. Es wäre keine verantwortungsvolle Politik, nun das Rad wieder zurückzudrehen. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Bei diesem merkwürdigen Spiel würde Brüssel auch überhaupt nicht mitspielen. Nach EU-Recht dürfen in dem Zeitraum höchstens zehn Prozent der Zertifikate versteigert werden. Die Versteigerungserlöse sollen nach Vorstellung der Bundesregierung aber nicht für die Senkung der Stromsteuer verwendet werden, sondern für die Klimaschutzinitiative, die auch Sie, ebenso wie wir, fördern wollen.

Zum Thema Dezentralisierung der Stromversorgung: Wir stimmen mit Sicherheit darin überein, dass wir eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Stromversorgung brauchen. Umweltverträglich: Da haben Sie mich auf Ihrer Seite. Als Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bin ich bereits für eine umweltverträgliche Stromversorgung eingetreten. Dazu brauchen wir das eine und das andere; die zentrale und die dezentrale Energieversorgung. Die Größe der Kraftwerke richtet sich dabei nach dem Bedarf. Es macht einen Unterschied, ob ich eine Großstadt wie München versorge oder nur einen kleinen Weiler im Allgäu, in der Oberpfalz, in Oberfranken oder wer weiß wo. In einem Fall sind große Kernkraftwerke sinnvoll, in einem anderen Fall sind kleine Kraftwerke sinnvoller, die wir auch nutzen wollen.

Fazit: Ihr Anliegen der Förderung des Wettbewerbs ist wichtig und richtig. Ihre Vorschläge sind aber nicht geeignet, die bestehenden Wettbewerbsdefizite zu beheben. Dazu brauchen wir vielmehr eine forcierte Entwicklung wettbewerblicher Strukturen auf dem Stromgroßhandelsmarkt, zum Beispiel durch die Errichtung neuer wettbewerbsfähiger Kraftwerke. Wir brauchen einen intelligenten Energiemix – Sie kennen das –, einen Verzicht auf ideologisch motivierte Kraftwerksstilllegungen und den Ausbau der grenzüberschreitenden Leitungen. Wir setzen auf Energieeffizienz, wir setzen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, wir setzen auf Innovation und neue Technologien bei den alten Kraftwerkparks. Wir setzen insgesamt auf neue Technologien, die umweltschonend und energieeffizient sind. Deshalb empfehle ich, den SPD-Dringlichkeitsantrag abzulehnen, und unterstütze den Antrag der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung und dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9301 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9310 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 7 – das sind die Dringlichkeitsanträge – erledigt. Die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge 15/9302, 15/9303 und 15/9304 werden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. u. Frakt. (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/8885)
– Zweite Lesung –

Bevor wir in die Aussprache eintreten, darf ich bekannt geben, dass die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD namentliche Abstimmung beantragt haben. Wir geben das schon einmal im Haus durch, damit wir dann gleich im Anschluss an die Beratungen in die namentliche Abstimmung eintreten können.

Ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache. Redezeit: 15 Minuten pro Fraktion. Ich darf zunächst Herrn Kollegen Strobl das Wort erteilen – ich sehe, er ist nicht da.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Gut, wenn die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN entgegenkommt, dann nehmen wir die Frau Kollegin Tolle. Dieser Antrag scheint sehr wichtig zu sein.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt sicherlich daran – können wir den Kollegen vielleicht, er wäre jetzt – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt nicht mehr, Frau Kollegin. Jetzt sind Sie dran.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Das liegt auch daran, dass die Zweiten Lesungen für 16.45 Uhr angekündigt waren. Da wir alle einen geregelten Tagesablauf mit Terminen haben, kann das schon einmal vorkommen.

Den Gesetzentwurf wird dann Kollege Strobl vorstellen. Ich denke, ich fange erst einmal mit dem Satz an, mit dem ich immer anfange, nämlich: Das Büchergeld ist ein falsches bildungspolitisches, ein falsches familienpolitisches und falsches sozialpolitisches Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten es, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nie einführen dürfen. Das haben Sie nach zwei Jahren auch eingesehen. Durch eine undichte Stelle wurde dieser Umstand dann im September zu früh bekannt. Das hat dazu geführt, dass die Neigung der Eltern, den bayerischen Bücherbestand ein weiteres Jahr durch Entrichtung des Büchergeldes zu finanzieren, gegen Null ging und geht. Sie von der CSU haben jetzt einen Gesetzentwurf in die Debatte eingeführt, der wohl im nächsten Plenum behandelt wird und der den Kommunen den Schwarzen Peter zuschiebt. Sie stellen die Erhebung des Büchergeldes in das Ermessen der Kommunen. Faktisch haben die Kommunen aber keinen Ermessensspielraum, weil die Eltern einen Aufstand produzieren würden, würde das Büchergeld noch einmal erhoben werden.

Unser Lösungsvorschlag besteht nun darin, dass man den aussetzenden Kommunen die Kosten in der gleichen Höhe wie vor der Erhebung des Büchergeldes ersetzt. Das wäre aus meiner Sicht eine einfache und unbürokratische Lösung.

Sie haben das leider abgelehnt, weil die CSU immer noch nicht bereit ist, selbst und mit eigenem Geld für ihre Fehler einzustehen.

Der Gesetzentwurf der SPD zeigt einen Ausweg. Mit ihm soll die Situation vor Einführung des Büchergeldes wiederhergestellt werden. Mir persönlich erscheint es aufgrund der Medienlage so zu sein, dass auch die Kommunen mit diesem Gesetzentwurf einverstanden sind. Deswegen stimmen wir diesem Gesetzentwurf ebenfalls zu. Er sorgt im Übrigen auch dafür, dass das Büchergeld endlich abgeschafft wird. Das, Herr Kollege Fischer, hat die CSU nämlich immer noch nicht fertiggebracht. Mir persönlich liegt daran, dass man Rechtssicherheit herstellt und die Kommunen, die jetzt ihre Haushalte aufstellen und die wissen müssen, was sie für die Bücherbestände einstellen müssen, ins Benehmen darüber setzt, wie es weitergehen soll.

Das, was Sie jetzt tun, tun Sie bereits seit geraumer Zeit: Sie sitzen da, warten und nichts passiert. Das ist die schlechteste Lösung. Für unsere Fraktion ist die Rückkehr zu den ursprünglichen Zuständen akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich dem Herr Kollegen Strobl das Wort erteilen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir wollen es heute großzügig handhaben. Sein Rederecht ist nicht verfallen. – Bitte sehr, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte wirklich um Entschuldigung. Ich habe die ganze Zeit auf den Bildschirm geschaut.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das war das falsche Programm! – Heiterkeit)

– Ich verstehe die Unruhe nicht. Ich habe die Rednerliste angeschaut, und dabei ist es passiert.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, wir freuen uns, dass Sie jetzt da sind und nicht mehr am Bildschirm.

(Heiterkeit)

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Das Büchergeld ist eine weitere Baustelle in der bayerischen Politik. Ich hatte eigentlich erwartet, dass der Ministerpräsident heute etwas dazu sagt. Er hat sich aber nur zu den Kinderkrippen geäußert, und ich muss sagen: Respekt, wie man von eigenen Versäumnissen ablenken und auf die Stadt München zeigen kann. Ich könnte das nicht. Dazu gehört schon etwas.

Das Büchergeld ist von der CSU eingeführt worden. Ich darf einen CSU-Stadtrat aus meiner Region zitieren. Er hat gesagt: Die Einführung des Büchergeldes ist Blödsinn hoch drei. Dazu kann ich nur sagen: Wo er recht hat, da hat er recht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erinnern wir uns: Der von der Staatsregierung angezettelte Wirrwarr war unglaublich. Erst hat das Kultusministerium gesagt, grundsätzlich stehe es einer Kommune frei zu entscheiden, ob Sie das Büchergeld übernehmen will. Dann hat es geheißen, innerhalb der Staatsregierung sei man sich darüber einig, dass das Büchergeld zwingend zu erheben sei. Der Bayerische Städtetag hat sich von Anfang an gegen das Büchergeld gewehrt. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl hat den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber aufgefordert, für eine Klarstellung zu sorgen. Er hat vor längerer Zeit gesagt, es könne nicht sein, dass der Gesetzgeber verpflichtende Gesetze erlasse und deren Vollzug dann in das Belieben der ausführenden Kommunen stelle. Ein Gesetz, das eine Verpflichtung festlegt und diese dann in das Belieben der Schulaufwandsträger stellt, macht keinen Sinn. Der rechtstreue Bürger versteht dann die Welt nicht mehr.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer)

Gemeinden, die das Büchergeld von den Eltern nicht eintrieben, sondern es aus dem eigenen Haushalt bezahlten, verhielten sich rechtswidrig, hat damals Innenminister Beckstein gesagt. Er hat sogar Konsequenzen angekündigt, und er hat auf den Tatbestand der Untreue hingewiesen.

Also ist das Büchergeld nach dem Motto „Augen zu und durch“ eingeführt worden. Man hörte nicht auf uns, man hörte nicht auf CSU-Kommunalpolitiker, man hörte nicht auf die Lehrerverbände, man hat nicht auf die Eltern gehört. Der Ministerpräsident hat heute das Bürgergutachten angepriesen, mit dem die Meinung der Bürger in politische Entscheidungen einfließen soll. Ich bin der Meinung, es wäre ein erster Anfang gewesen, hätte man auch hierbei an so etwas gedacht.

Man hat sich nicht um Petitionen geschert, die wir übrigens fast jede Woche im Ausschuss beraten haben und die immer wieder von der CSU abgelehnt wurden. Man hat auch nicht auf die heimliche Vernunft in sich selber gehört, die es vielleicht bei dem einen oder anderen CSU-Kollegen gab. Man hörte nicht, weil man nicht hören wollte oder nicht hören durfte. Man hörte nicht, weil man meinte, sich in Bayern alles leisten zu können. Denn man hat ja schließlich die Zweidrittelmehrheit.

Warum die CSU dieses Büchergeld so durchpeitschte, wird ihr Geheimnis bleiben. Man blieb dabei, obwohl immer wieder auf den Verwaltungsaufwand hingewiesen wurde. Man blieb dabei, obwohl sogar eigene Leute es – man möge mir das unparlamentarische Wort verzeihen, aber ich zitiere hier – als Mist bezeichneten. Wir wiesen darauf hin, dass die Zeit, in der das Büchergeld eingesammelt werden muss, von Schülern und Lehrern mit Sicherheit besser genutzt werden könnte.

Wie gesagt, ist dieses sogenannte Büchergeld auf Vorschlag der Staatsregierung und durch Beschluss der Landtagsmehrheit eingeführt worden. Wie schlecht muss es der Staatsregierung gegangen sein, dass sie sich wegen der eigentlich geringen Summe von 15 Millionen Euro mit allen anlegte, mit den Eltern, mit den Lehrern, mit den Kommunen usw. Erst letzte Woche haben sich zwei CSU-Kollegen aus der Oberpfalz für den Weiterbau der Transrapid-Strecke bis nach Regensburg und in die Oberpfalz ausgesprochen. Dabei ist in etwa geäußert worden: Na und? Das kostet nur die Kleinigkeit von 4 Milliarden Euro. So konnte es das erstaunte Publikum lesen. Aber 15 Millionen Euro für das Büchergeld sind nicht vorhanden.

Wir haben damals schon das Büchergeld abgelehnt, weil damit die Lehrmittelfreiheit in Bayern de facto abgeschafft wurde. Die finanzielle Belastung der Familien für die Ausbildung ihrer Kinder stieg damit weiter. Es kann durchaus sein, dass Familien pro Schüler bzw. pro Schülerin bis zu 1.000 Euro an Kosten pro Schuljahr haben. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur einmal das Kopiergeld, Arbeitshefte, Sportkleidung, den Schullandheimaufenthalt usw. Gerade finanziell schlechter gestellte Familien wurden damit in besonderem Maße zusätzlich mit Schul- und Bildungskosten belastet.

Das wollten und wollen wir damals wie heute nicht. Wir sind der Meinung, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Herbst ist es dann in Kloster Banz zum Dammbruch gekommen. Dr. Günther Beckstein hat angekündigt, das Büchergeld abschaffen zu wollen. Es gab größte Verunsicherung: Soll das für das laufende Schuljahr zu erhebende Büchergeld noch von den Eltern verlangt werden oder nicht? Muss das eingesammelte Geld zurückgezahlt werden? Können Kommunen für den Fall, dass es erst für das Schuljahr 2008/2009 abgeschafft wird, dennoch den Vollzug des Gesetzes bereits für das laufende Schuljahr aussetzen? Drohen ihnen in diesem Fall gegebenenfalls staatliche Sanktionen? Wieder ist es zu einem selbstverschuldeten Wirrwarr gekommen.

Dann hat das Kabinett tatsächlich beschlossen, das Büchergeld im laufenden Schuljahr generell nicht mehr zu erheben, obwohl entsprechende Anträge am Tag zuvor noch im Bildungsausschuss abgelehnt wurden. Der Wirrwarr wurde immer größer. Die Entscheidung über das Einziehen des Büchergeldes sollte den jeweiligen Schulträgern, den Kommunen und Landkreisen, überlassen bleiben.

Wir sagen: Die den Kommunen durch das Aussetzen des Büchergeldes entstandene Lücke im Haushalt sollte der Staat ausgleichen. Wir sehen uns mit dieser Forderung im Einklang mit den Kommunen, welche fordern, dass der Freistaat den Kommunen im Rahmen des Konnexitätsprinzips den Büchergeldaufwand zu 100 % erstatten soll.

Die großen Kreisstädte, Herr Kollege Fischer, zum Beispiel auch Neumarkt, haben auf ihrer Jahrestagung am 11. Oktober in Deggendorf ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass der Freistaat Bayern die Kosten für den Ausfall des Büchergeldes übernimmt.

Edmund Stoiber ist nicht mehr Ministerpräsident. Das Büchergeld gibt es nicht mehr. Was spricht dagegen, die alte Regelung der Finanzierung wiederherzustellen?

Wir fordern die CSU auf: Lassen Sie die Kommunen nicht allein. Es muss klar geregelt werden, wie die Streichung des Büchergeldes im Sinne der Lehrmittelfreiheit finanziert wird. Das heißt für uns, dass der Freistaat die Finanzierung voll und ganz trägt und für die Kommunen diese finanzielle Belastung nicht bleibt. Stellen Sie das bisherige System der Finanzierung lernmittelfreier Schulbücher ausschließlich durch die öffentliche Hand bei den öffentlichen Schulen wieder her. Lassen Sie – das ist nochmals meine Bitte – die Eltern und Kommunen nicht allein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Herr Kollege Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass für die SPD heute nicht Kollege Pfaffmann zum Büchergeld geredet hat. Wahrscheinlich ist er müde, immer das Gleiche zu wiederholen. Aber Herr Kollege Strobl, Sie haben das gut gemacht.

Ich möchte zu diesem Thema einige Dinge im Rückblick sagen. Ich spreche zu den Realitäten. In dieser Debatte wurde die Realität des Öfteren ausgelassen.

Ich weise auf die Situation hin, wie sie in den Jahren 2004 und 2005 war. Wir hatten zum Teil veraltete Bücherbestände und eine schwierige finanzielle Lage. In den Jahren 2004 und 2005 hat die rot-grüne Bundesregierung regiert. Niemand wünschte sich eine Rekordarbeitslosigkeit, aber wir hatten sie, und wir mussten mit schwierigen finanziellen Bedingungen fertig werden. Das haben Sie in Ihren Ausführungen leider immer außer Acht gelassen.

Unser Ziel war von Anfang an eine Erneuerung der zum Teil veralteten Bücherbestände. Wir mussten uns damals leider – es war notwendig – zu einer Elternbeteiligung durchringen. Das bedeutete, keine Abschaffung der Lehrmittelfreiheit. Die Elternbeteiligung war maßvoll und sozial abgefedert. Sie haben als Opposition eine „Wünsch dir was"-Politik gemacht und Forderungen wie in allen anderen Bereichen erhoben. Wir mussten aus finanzpolitischen Gründen unsere Entscheidung aber leider so treffen.

Ich wiederhole, dass dies kein bayerischer Sonderweg war. Ich wiederhole auch, obwohl Sie es schon öfter gehört haben – aber anscheinend nicht oft genug –: Auch andere Bundesländer haben eine Elternbeteiligung. Das sind die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und die Heimat Ihres SPD-Vorsitzenden, Rheinland-Pfalz.

Zu den Realitäten gehört auch, dass das Büchergeld den Schulen gut getan hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber nicht den Schülern!)

– Selbstverständlich auch den Schülern, weil sie gute, neue Bücher bekommen haben. Das hat den Schulen und den Schülern gut getan.

Es ist Ihnen trotz Ihrer Bemühungen nicht gelungen, dieses Thema ständig am Leben zu erhalten. Um das Büchergeld ist es vielmehr erstaunlich ruhig geworden, weil die Eltern und die Schüler vor Ort gesehen haben, dass die Erneuerung des Bücherbestandes voranschreitet.

Sie haben mit Ihrem Vorwurf, dass es sich hier um ein Bürokratiemonster handle, ein Fabelwesen geschaffen, das außer in der Stadt München nirgends in diesem Land existiert hat. Nur in München war dies tatsächlich ein Bürokratiemonster. Aber da waren wohl die politischen Freunde hilfreich.

Zur Realität gehört auch, dass sich Bayern in den letzten Jahren durch eine solide Finanzpolitik einen finanziellen Spielraum erarbeitet hat, sodass wir die Mittel nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden müssen, sondern für Investitionen verwenden können. Ein Bereich ist jetzt die Abschaffung des Büchergeldes für das nächste Schuljahr. Das ist eine gute Nachricht. Die brauchen wir uns von niemandem in diesem Hause schlechtreden zu lassen. Wir können auf sie stolz sein.

Wir können darauf auch deshalb stolz sein, weil Bayern von den aufgeführten Ländern, die eine Elternbeteiligung haben, das einzige Bundesland ist, das die Elternbeteiligung wieder abschafft.

Deswegen möchte ich auf einen Vorwurf des Kollegen Pfaffmann eingehen, der in einer der letzten Ausschusssitzungen gesagt hat – nachzulesen im Protokoll –, das Büchergeld sei eine unendliche Geschichte der bayerischen Schulpolitik. Dies ist falsch. Es ist eine endliche Geschichte, weil das Büchergeld zum nächsten Schuljahr wieder abgeschafft wird.

Aber wissen Sie, wo die Elternbeteiligung eine unendliche Geschichte ist? Das ist sie unter anderem in Rheinland-Pfalz, weil dort schon seit Jahren und Jahrzehnten eine Elternbeteiligung vorhanden ist, die nicht abgeschafft wurde. Herr Kollege Pfaffmann sollte doch einmal mit seinen Parteifreunden in Rheinland-Pfalz reden.

Jetzt komme ich zum Ausblick und zur Umsetzung. Das Büchergeld soll nach unseren Plänen also zum nächsten Schuljahr abgeschafft werden. Jetzt haben wir eine Übergangsphase von einem Jahr. Für dieses Jahr sind wir auf den Wunsch der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände eingegangen. Zurzeit haben wir die Pflicht zur Erhebung der Beträge. Durch das laufende Gesetzgebungsverfahren wird diese Erhebungspflicht abgeschafft. Damit soll der Wunsch realisiert werden, den Kommunen ein Ermessen zu ermöglichen. Das heißt, die Kommunen sollen vor Ort flexibel entscheiden können, ob das Büchergeld notwendig ist oder nicht. Wenn es notwendig ist, sollen die Kommunen auch darüber entscheiden, in welcher Höhe dies in Frage kommt.

Der Freistaat Bayern zahlt für dieses Jahr weiterhin vier Euro. Das ist die Situation, die wir jetzt in der Übergangsphase haben.

Ich komme zu der Regelung für das nächste Schuljahr. Die Elternbeteiligung soll wieder abgeschafft werden. Entsprechend der bestehenden Revisionsklausel müssen zunächst der Bücherbedarf und der Finanzbedarf festgestellt werden.

Zur Feststellung gehört auch, dass für den Sachaufwand die Kommunen zuständig sind. Wir wollen diese Last aber nicht den Kommunen allein überlassen, sondern zu einer gemeinsamen Finanzierung durch Freistaat und Kommunen zurückkehren. In den nächsten Wochen und Monaten muss über die Aufteilung diskutiert werden.

Die in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Rückkehr zu der Regelung, dass ein Drittel der Kosten von den Kommunen und zwei Drittel vom Freistaat Bayern getragen werden, ist gut. Die Rückkehr zur alten Regelung ist auch unser Ziel.

Ich hoffe, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, dass Sie, wenn unser Gesetzentwurf für das nächste Schuljahr eingebracht wird, der Aufteilung der Kosten in ein Drittel – Kommunen – plus zwei Drittel – Freistaat Bayern – zustimmen werden. Jedenfalls können wir als Ergebnis feststellen: Wir können dem Gesetzentwurf jetzt nicht zustimmen, aber nicht wegen der vorgesehenen Aufteilung in ein Drittel und zwei Drittel, sondern weil Sie die Neuregelung schon für das laufende Schuljahr verwirklichen wollen. Da besteht ein Dissens. Sie wollen es schon im laufenden Schuljahr verwirklichen, wir wollen dies erst im nächsten Schuljahr erreichen. Aber dann soll es eine Rückkehr zur alten Regelung geben: ein Drittel Kommunen, zwei Drittel Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Tolle gebeten.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Manches kann man nicht so stehen lassen, Herr Kollege Eisenreich. Sie haben sich eben widersprochen. Sie haben gesagt, Sie verhandeln mit den Kommunen, verkünden hier aber schon, was dabei herauskommen soll. Das finde ich merkwürdig. Warum verhandeln Sie denn, wenn Sie schon wissen, wie es ausgehen wird?

Es ist noch eine unendliche Geschichte, deren Ausgang Sie jetzt prophezeien. Ich möchte anmahnen, dass wir, wenn wir zur alten Regelung zurückkehren – worauf ich sehr gespannt bin –, etwas einbauen müssen, das verhindert, dass der Bücherbestand wieder veraltet. Darauf möchte ich nochmals hinweisen.

Ich möchte auch Ihren Ausspruch nochmals kommentieren, den Schulen habe das Büchergeld gutgetan. Der Begriff „Bürokratiemonster“ stammt weder von der SPD noch von den GRÜNEN; vielmehr haben die kommunalen Spitzenverbände diesen Begriff ins Spiel gebracht, aber auch die Lehrer- und Lehrerinnenverbände, die als unmittelbar Betroffene damit zu tun haben. Wenn Letztere Ihnen einen solchen Vorwurf machen, müssen Sie schon versuchen, darauf zu reagieren, denn faktisch ist das Büchergeld eigentlich noch ein Bürokratiemonster.

Herr Kollege Eisenreich, Sie sagen, das Büchergeld habe den Schulen gutgetan. Ich möchte aber in diesem Parlament darauf hinweisen, dass das Büchergeld, wenn es den Schulen gutgetan hat, weil die Bücherbestände zwar nicht überall, aber teilweise aufgefrischt wurden, nicht der Freistaat Bayern bezahlt hat, sondern dass Sie diese Aufgabe auf die Eltern abgewälzt haben. Die Eltern, die in diesen zwei Jahren dran waren, haben quasi die Aufgabe des Freistaats Bayern übernommen, diese Bücher zu finanzieren. Jetzt fällt Ihnen ein, das Büchergeld wieder

abzuschaffen. So kann es nicht gehen, wenn es der CSU danach ist, weil sie meint, sie habe andere Prioritäten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere nur daran, dass Sie für den Transrapid über Nacht 15 Millionen Euro aus der hohlen Westentasche gezogen haben. Wenn die CSU meint, sie habe andere Prioritäten, kann sie nicht eine Zeitlang die Eltern zur Kasse bitten. Sie senden damit auch das Signal aus, dass nicht gesichert ist, dass Bildung eine staatliche Aufgabe bleibt, sondern Eltern immer damit rechnen müssen, dass sie für Sie in die Bresche springen müssen.

In einem Bundesland, in dem wie in keinem anderen Land dieser Republik Bildungserfolg vom Einkommen der Eltern abhängt, dürfen wir kein solches Signal aussenden. Darauf lege ich großen Wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wohltat stammt nicht aus Ihrem Füllhorn, sofern Sie in den vergangenen Jahren für das Schulwesen eines zur Verfügung gestellt haben. Diese Maßnahme haben die bayerischen Eltern finanziert. Wir müssen wieder dahin zurückkommen, dass Bildung ein freies Gut ist, zu dem jedes Kind Zugang hat, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner Muggendorfer (SPD))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann steht schon bereit. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Kollege Eisenreich, erstens, immer wieder dieselben Sprechblasen und Verweise auf andere Bundesländer! Sie sind immer schnell dabei, wenn es gilt, hier nicht besonders gute Beispiele aus anderen Bundesländern anzuprangern. Ich bin der Meinung, auch die anderen Bundesländer sollten darüber nachdenken, ob Lernmittelfreiheit nicht besser wäre. Aber wenn man schon mit dem Finger auf andere Bundesländer zeigt, muss man sich auch die Frage stellen lassen: Wollen Sie nicht auch einmal die guten Beispiele der anderen Bundesländer übernehmen, zum Beispiel kleinere Klassen und Ganztagsklassen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darin einig sind, dass Sie in Bayern mehr Ganztagsklassen, kleinere Klassen und mehr Lehrer realisieren, dann werden wir gemeinsam nach Rheinland-Pfalz reisen und sagen, sie sollen das Büchergeld abschaffen. Aber sich hier hinzustellen, auf andere Bundesländer zu schimpfen und diese Beispiele nicht zu nennen, das ist unredlich, Herr Eisenreich.

Zweitens. Sie sagen, Sie wollen zu der alten Regelung zurück. Das ist doch nichts anderes, als das, was in unserem Gesetzentwurf steht. Stimmen Sie ihm doch einfach zu.

(Beifall bei der SPD)

Warum um Himmels willen wollen Sie denn erst nächstes Jahr zur alten Regelung zurückkehren? Angesichts von Mehreinnahmen von über 4 Milliarden Euro in diesem Jahr ist es geradezu beschämend, dass Sie die Kommunen ein weiteres Jahr belasten wollen, und das vor dem Hintergrund der großen Worte Ihres Ministerpräsidenten von heute Morgen, die CSU sei Partner der Gemeinden. Von wegen Partner der Gemeinden – Sie schieben jetzt den Schwarzen Peter von den Eltern auf die Gemeinden, die Ihre Politik bezahlen müssen, und das ist das Schlimme.

(Beifall bei der SPD)

Die Abschaffung des Büchergeldes ist übrigens schon eine unendliche Geschichte, die durch ein Missgeschick Ihres Ministerpräsidenten ausgelöst worden ist; denn er hat gesagt, er würde das Büchergeld abschaffen. Aber er wollte es als Wahlgeschenk abschaffen. Leider ist das jetzt schiefgegangen. Deswegen sind Sie so in der Bredouille.

Die einzige vernünftige Möglichkeit wäre: Machen Sie Schluss mit dem Trauerspiel Büchergeld und schaffen Sie es jetzt ab, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen, lieber Herr Eisenreich. Dann bekommen auch die Kolleginnen und Kollegen in der CSU keine Probleme mehr, die in ihren Stimmkreisen jetzt reihenweise sagen, ich war ja immer schon gegen das Büchergeld. Diese Heuchelei erleben wir hier jeden Tag.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Sie sagen in den Stimmkreisen: „Ich war schon immer gegen das Büchergeld“, haben aber hier drinnen nicht den Mut, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der das Büchergeld sofort abschafft.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Sibler um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ein paar wenige Anmerkungen: Ich bin dem Kollegen Eisenreich sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass der Buchbestand besser geworden ist; das ist objektiv Fakt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Kollegin Tolle redet vom Schwarzen Peter für die Kommunen. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, dass diese Regelung mit den kommunalen Spitzenverbänden so abgesprochen war. Das haben wir bereits letzte Woche bei dem von uns eingebrachten Gesetz zur angestrebten Lösung des Problems betont. Ich möchte es auch heute nochmals betonen.

Herr Kollege Strobl hat auf die Ermessensregelung hingewiesen. Auch dazu sei gesagt: Es gibt hier durchaus Parallelfälle, in denen der Leistungsempfänger im

Ermessen bestimmen kann, ob er sich für die Umsetzung entscheidet oder nicht. Ich verweise auf das Gesetz zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer, wo auch entsprechend differenzierte Regelungen getroffen worden sind und die jeweilige Kommune entscheiden kann.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Selbstverständlich.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Staatssekretär, ich möchte Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Aussetzung des Büchergeldes Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände gibt, in denen sie ausdrücklich fordern, dass für dieses Jahr bei Aussetzung ein Kostenersatz geleistet werden muss. Von diesem Kostenersatz ist aber bei Ihnen nie die Rede. Haben Sie davon Kenntnis?

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die offiziellen Gespräche in eine andere Richtung gegangen sind. Die Positionen werden in den anstehenden Verhandlungen ausgetauscht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Frau Kollegin Tolle, ich möchte nochmals auf die Regelung ein Drittel zu zwei Drittel eingehen, die Herr Kollege Eisenreich angesprochen hat, weil Sie sie so kritisiert haben. Das ist kein Ergebnis, sondern eine Verhandlungsposition, die wir im Gespräch mit den Kommunen beschreiten werden. Ich gehe davon aus, dass wir hier gute Gespräche führen werden. Wir werden die Kommunen nicht allein lassen; wir haben es heute in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Beckstein zum Thema Finanzausgleich gehört. Da sind wir auf einem guten Weg. Lassen Sie uns verhandeln, wir werden eine gute Lösung finden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Pfaffmann, aber ich bin nicht mehr dazu gekommen. Bitte, Sie haben noch Redezeit, können aber auch eine Zwischenintervention machen. Wie Sie möchten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es ist immer wieder interessant. Herr Staatssekretär Sibler hat jetzt gesagt, die Regelung sei mit den Gemeinden abgesprochen. Das erweckt den Eindruck, dass der Städtetag, der Gemeindetag und der Landkreistag damit einverstanden seien, dass sie die Kosten tragen müssen. Lieber Herr Sibler, das ist eine tendenzielle Feststellung. Können Sie mir sagen, ob sich Herr Schaidinger damit einverstanden erklärt hat, dass er die Zeche für das zahlen muss, was Sie hier angerichtet haben? Können Sie mir das sagen?

Bleiben Sie doch bei der Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass Sie die Gemeinden über den Tisch gezogen haben und dass die Gemeinden und Städte das leider mit sich haben machen lassen. Sie haben jetzt den Schwarzen Peter, sie sind jetzt für das Büchergeld verantwortlich. Hören Sie damit auf, immer den Eindruck zu erwecken, dass die Städte und Gemeinden das so gewollt haben, dass sie also das bezahlen müssen, was Sie verbrochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung, die schon rechtzeitig beantragt und auch bekannt gegeben worden ist. Wir können sie jetzt durchführen.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/8885 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Die Urnen stehen bereit. Die Stimmabgabe kann beginnen. Fünf Minuten sind dafür vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.37 Uhr)

Die Zeit ist um. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich darf jetzt die Sitzung wieder aufnehmen. Dazu bitte ich Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets
(Drs. 15/8826)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 15/8826 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf Drucksache 15/9261 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets"

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Gesetzentwurf der Abgeordneten Schmitt-Bussinger und anderer auf der Drucksache 15/8863 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes
(Drs. 15/8211)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zu Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/8211 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf der Drucksache 15/9259 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass in § 2 in Absatz 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2008" und in Absatz 2 als Datum des Außerkrafttretens der „31. Dezember 2007" eingefügt werden.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Ergänzungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei einer Gegenstimme aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Zwei Gegenstimmen aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen?

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

– Es waren zwei gestanden, Frau Kollegin. Es standen zwei. Also zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes".

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) (Drs. 15/7215)
– Zweite Lesung –

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes (Drs. 15/8370)
– Zweite Lesung –

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Unser Gesetzentwurf ist bekanntlich Teil eines Initiativenpaketes zum Thema Vergaberecht bei öffentlichen Aufträgen. Anlass waren zum einen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Tariftreueregelung in Berlin und zum anderen die beiden neuen EU-Verordnungen zum Vergaberecht und deren Umsetzung bzw. deren Nichtumsetzung bzw. fehlende Umsetzung in nationales Recht in Deutschland.

Ganz kurz zum europäischen Vergaberecht: Wir hatten vorher vier Verordnungen, jetzt sind es nur noch zwei. Das Vergaberecht auf europäischer Ebene gibt – konkretisiert und klargestellt durch die beiden angesprochenen Verordnungen – der öffentlichen Hand durchaus die Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen, und zwar als Ausschreibungsbestandteil, als Zuschlagskriterium wie auch als Ausführungsbestimmung, also als Vertragsbedingung. Allerdings sind hier die entsprechenden Rechtsgrundlagen auf nationaler Ebene zu schaffen. Selbstver-

ständlich darf es keine Diskriminierung geben. Das heißt, es muss Wettbewerb und Transparenz geben.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das viele in diesem Raume nach dem BGH-Urteil im Vorlauf in Erstaunen versetzt hat, sagt ganz klar: Es darf eine solche Regelung zur Tariftreue geben. Eine solche Rechtsgrundlage muss eben nicht unbedingt beim Bund verortet sein, sondern auch der Landesgesetzgeber hat hier die Möglichkeit, eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen. Noch einmal in zwei Sätzen: Es ging damals um die Angst, die negative Koalitionsfreiheit, den Eingriff in dieselbige, ermöglicht durch die marktbeherrschende Stellung, die die öffentliche Hand nun einmal vor allem im Tiefbau hat.

Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz ist bekanntermaßen so gestaltet worden, dass die Tariftreue- und Nachunternehmererklärung – diese war einer der glorifizierten Teile des Beschäftigungspakts Bayern – eingedampft worden ist in eine differenzierte und differenzierende Lösung. Das heißt, Hochbau generell, aber Tiefbau nur der Freistaat und nicht die Kommunen. Grund war eben die Befürchtung, die ich vorhin skizziert hatte, nämlich die Kette negativer Koalitionsfreiheit, Eingriff in dieselbige über die marktbeherrschende Stellung.

Jetzt haben wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Verfassungsrichter haben klar gesagt, so etwas geht sehr wohl. Sie haben hier sowohl dem Bundesgesetzgeber als auch dem Landesgesetzgeber relativ freie Hand eingeräumt. Dieses sollten wir nutzen. Das ist Ziel, Zweck und Inhalt unseres Antrags, wobei ich noch einmal darauf verweise, selbstverständlich gilt auch das weitere Eindampfen der entsprechenden Regelung. Da erinnere ich an die Bekanntmachung der Staatsregierung vom 8. Februar 2006, auch dieses wiederum rückgängig zu machen.

Ich verweise an dieser Stelle noch einmal auf das Verhalten der Staatsregierung zu der Thematik. Zum ersten Mal ist das Ganze im Beschäftigungspakt Bayern verkündet worden; man hat sich dafür feiern lassen – wir meinen, an dieser Stelle zu Recht feiern lassen – seitens der Staatsregierung. Dann gab es das eine oder andere Rückzugsgefecht und den Versuch der Regierung Schröder im Jahr 2002, eine entsprechende Regelung auf Bundesebene durchzusetzen. Damals gab es im Bundesrat Widerstand vor allem seitens des Freistaates Bayern und der Staatsregierung. Den betreffenden Herrn sehe ich jetzt nicht – der sitzt üblicherweise hier vorne rechts –, der einer der Wortführer im Bundesrat gewesen ist. Ganz interessant sind die Begründungen gewesen. Da heißt es, der Freistaat Bayern hat deswegen dagegen gehalten, weil man dann, wenn beispielsweise der ÖPNV einbezogen werden würde, unabsehbare Mehrkosten für die Kommunen herbeiführen würde. Das ist interessant vor dem Hintergrund, dass gleichzeitig das bayerische Wirtschaftsministerium den Kommunen eine Tariftreueregelung gerade im öffentlichen Personennahverkehr anempfohlen hat und erfreulicherweise sehr viele dieser Empfehlung nachkommen.

In diesem Zusammenhang noch ein kleiner Verweis auf die anderen Anträge, die in diesem Paket gewesen sind. Das war zum einen ein Antrag zur Ausweitung der Tariftreue auf andere Gegenstände, also über den Bau hinausgehend. Es gab einen weiteren Antrag, welcher hier interessanterweise noch abgelehnt worden ist. Wenige Monate später haben Sie erfreulicherweise zugestimmt. Dort hat es geheißen, der Freistaat bzw. die Staatsregierung soll initiativ werden, dass auf Bundesebene grundsätzlich Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die das Berücksichtigen von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zweifelsfrei möglich machen.

Was steckt dahinter? – Wir sagen ganz klar, fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen ausbildet und das andere nicht. Fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen sich an Umweltstandards hält und das andere Unternehmen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir heute erfahren haben, dass auf der gloriosen Baustelle der „BMW World“ fast 160 Fälle aufgedeckt worden sind von Bezahlung von unter drei Euro die Stunde – also weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes –, dann hängt das nicht mit dem fairen Wettbewerb zusammen, sondern das muss man ganz anders einordnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich wieder auf die öffentliche Hand als Auftraggeber zurück. Wir sagen klar: Die öffentliche Hand muss steuern. Sie muss einen Rahmen setzen. Selbstverständlich muss sie als öffentlicher Auftraggeber auch tätig werden, so sie tätig werden kann.

Man kann es gar nicht oft genug betonen: Wir haben in der letzten Sitzung vor der Sommerpause den gemeinschaftlichen Antrag zum Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit verabschiedet. Ich erinnere Sie an dieser Stelle an den fünften Spiegelstrich. Darin wurde die Staatsregierung aufgefordert, beim Bund für eine entsprechende Rahmensetzung zu sorgen, dass ökologische und soziale Kriterien generell bei den Vergaben berücksichtigt werden dürfen. Wir halten das für einen Meilenstein. Wir warten gespannt und mit großer Freude darauf, wann und wie die Staatsregierung ihren Handlungsauftrag abarbeitet, den ihr das Plenum im Juli dieses Jahres gegeben hat.

Selbstverständlich muss, wenn die Einhaltung einer Tariftreueregelung oder andere Kriterien abgefragt werden, für die Einhaltung dieser Kriterien gesorgt werden. Wir brauchen also eine hinreichende Kontrolle und auch Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb bedauern wir es umso mehr, dass kürzlich an dieser Stelle unsere beiden Anträge bezüglich eines Registers über unzuverlässige Unternehmen abgelehnt worden sind. Dies wäre ein Instrument, mit dem in der Folge weitergearbeitet werden müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterschiede in den beiden Gesetzentwürfen sind nicht so groß. Es gibt eigentlich nur einen entscheidenden Unterschied: Wir sagen, dass unser Gesetzentwurf bezüglich des Hoch- und Tiefbaus für den Freistaat, also den staatlichen Sektor, und die Kommunen insgesamt gelten sollte. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sagt hingegen, dass der Freistaat als Auftraggeber überall verpflichtet ist, wogegen die Kommunen im Tiefbau freiwillig die Tariftreue abfragen können oder nicht.

Meine Damen und Herren von der CSU, wir sind so frei, auch Ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen, weil er ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wir sind froh, dass wir Sie hier angestoßen und angeschoben haben. Es hat einige Monate gedauert, aber dann kam erfreulicherweise Ihr Alternativgesetzentwurf.

Ich erlaube mir, noch einmal auf eine sehr absonderliche Argumentation des damaligen Innenministers einzugehen. Ich hoffe, dass es der jetzige Innenminister besser kann und weiß. Herr Beckstein hat tatsächlich mit dem Konnexitätsprinzip gegen unseren Gesetzentwurf argumentiert. Damals dachte ich mir, Herr Dr. Beckstein ist nicht nur Innenminister, sondern auch Kommunalminister. Er sollte schon wissen, was das Konnexitätsprinzip bedeutet. Vereinfacht übersetzt lautet es: Wer anschafft, zahlt. Das gilt aber nur, wenn wir den Kommunen neue Aufgaben aufdrücken.

Was die Rahmensetzung anbelangt, kann nicht mit dem Konnexitätsprinzip argumentiert werden; denn in diesem Fall hätte es keine Umsatzsteuererhöhung geben dürfen. Wir hätten dann auch keine anderen Standards in der Umweltpolitik und vieles mehr setzen können. Ich empfehle Ihnen, das damalige Protokoll nachzulesen. Herr Dr. Beckstein – damals Kommunalminister – hat gesagt, dass er unseren Gesetzentwurf wegen des Konnexitätsprinzips ablehne. Das war eine sehr eigentümliche Interpretation des Konnexitätsprinzips.

Ich bin gespannt, wie sich die Staatsregierung in diesem Fall verhalten wird. Noch einmal: Wir sind nicht kleinkariert. Wir sagen weiterhin, dass unser Gesetzentwurf der bessere, weil dieser der umfassendere ist. Wir freuen uns aber über den Gesetzentwurf der Staatsregierung, der ein Schritt in die richtige Richtung ist. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zustimmen. Ich möchte Sie aber noch einmal herzlich auffordern, unserem Gesetzentwurf zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Scharf-Gerlspeck.

Ulrike Scharf-Gerlspeck (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz vom 28. Juni 2000 verpflichtet staatliche Vergabestellen, alle öffentlichen Bauaufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Auftragsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistung nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei Nachunternehmen sicherzustellen.

Den Kommunen und weiteren Auftraggebern wird nach Artikel 3 Absatz 2 des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes die Ermächtigung eingeräumt, bei Bauaufträgen im Bereich Hochbau ebenso zu verfahren.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 15/8370 zur Änderung dieses Gesetzes sieht nun vor, die Tariftreueverpflichtung auch auf den Bereich Straßen- und Tiefbau auszuweiten. In diesem Entwurf ist es den Kommunen freigestellt – die Betonung liegt auf „freigestellt“ –, die Tariftreueerklärung bei Bauvergaben zu verlangen, während der Gesetzentwurf der GRÜNEN verpflichtend wirkt.

Meine Damen und Herren, die kommunalen Spitzenverbände sind am Gesetzesänderungsverfahren beteiligt gewesen, begrüßen ausdrücklich diese Freiwilligkeit und wenden sich gegen eine verpflichtende Regelung. Diese Kann-Regelung entspricht der Selbstverwaltung der Kommunen.

Der federführende Ausschuss und die mitberatenden Ausschüsse haben dieser Gesetzesänderung einstimmig zugestimmt. Ich darf Sie hier im Plenum um ein ebensolches Votum bitten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Frau Kollegin Dr. Kronawitter das Wort.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir hatten bereits zu beiden Gesetzentwürfen im Plenum eine Aussprache. Wir haben auch im federführenden Ausschuss sehr ausführlich darüber diskutiert. Deshalb verweise ich auf diese Aussprachen. Ich verweise auch auf den Gesetzentwurf der SPD zu diesem Thema, den Herr Kollege Schieder vor vier Jahren sehr eingehend begründet hat. In diesem Gesetzentwurf hat sich die SPD zum Vergabewesen klar positioniert. Wir begrüßen es, dass jetzt ein weiterer Schritt zum Vergabewesen im Tiefbau gegangen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal daran erinnern, wie alle Fraktionen darum gerungen haben, dass im Sommer ein gemeinsamer Antrag zum Vergabewesen zustande kam, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu erwerben. Das war ein zentrales Thema. Die CSU war schließlich bereit, soziale Kriterien im Vergabewesen ausdrücklich anzuerkennen. Ich möchte das hervorheben, weil das ein wichtiger Schritt war. Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben Recht: Wir müssen jetzt sehen, wie dieser Schritt umgesetzt wird.

Wir haben durch eine Befragung im Ausschuss erfahren, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft – so wurde es dargestellt – bei den Vergaben der Strecken die Tariftreue berücksichtigen würde. Auch hier ist dieses soziale Kriterium aufgenommen worden, wie ich finde, mit gutem Grund.

Zu den beiden Gesetzentwürfen: Wir stimmen gern dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zu, weil wir die Position vertreten, dass nicht nur der Staat, sondern auch die Kom-

munen gebunden werden sollten. Damit wird Einheitlichkeit geschaffen. Viele Kommunen haben signalisiert, dass sie dieses Gesetz gerne umsetzen würden, wenn das in den anderen Kommunen auch der Fall wäre.

Wir werden auch dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zustimmen. Damit wird zumindest die Umsetzung bei staatlichen Auftraggebern sichergestellt. Der weitergehende Gesetzentwurf wäre uns zwar lieber gewesen, wir halten die Berücksichtigung der Tariftreue im Tiefbau und im Hochbau für richtig.

Ich füge noch einmal an: Die gesetzliche Regelung des Rahmens ist das Eine. Leider müssen wir jedoch feststellen, dass es notwendig ist, diese Kontrollen auf den Baustellen auch wirklich durchzuführen.

Die Einhaltung der Vorschriften ist gerade im Baugewerbe ein weiterer notwendiger Schritt. In diesem Sinne werden wir beiden Gesetzentwürfen zustimmen. Wie gesagt, wir müssen auch den nächsten Schritt beobachten, nämlich die Frage, ob die Vorschriften auch wirklich eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun darf ich das Wort Herrn Staatsminister Herrmann erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz vom 28. Juni 2000 verpflichtet die staatlichen Vergabestellen, Bauaufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die ihre Arbeitnehmer nicht unter den in Bayern geltenden Lohntarifen entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmen sicherstellen. Dieses Gesetz war damals in der Tat eine für uns in Bayern beachtenswerte Errungenschaft. Wir haben damals mit diesem Gesetz ein Zeichen gesetzt. Das Gesetz hat sich bewährt. Wir können heute feststellen, dass das Gesetz vielen Arbeitsplätzen in Bayern gut getan hat. Es war gut, dass wir das Gesetz genau so geschaffen haben.

Den Kommunen ist das Recht, die Tariftreue zu verlangen, bisher nur für den Hochbau eingeräumt worden. Durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 2006 zu einer Vorlagefrage des Bundesgerichtshofs zum Berliner Vergabegesetz ist es nunmehr möglich, die Kommunen zu ermächtigen, die Tariftreueerklärung auch bei Bauaufträgen für den Tief- und Straßenbau zu verlangen. Das Bundesverfassungsgericht sieht nämlich in der Ausdehnung des Geltungsbereichs der Tariftreueerklärung auf den Tief- und Straßenbau der Kommunen keinen Verstoß gegen höherrangiges Recht aufgrund marktbeherrschender Stellung auf der Nachfrageseite.

Ich will nicht verheimlichen: In dieser Frage ist noch ein Vorabentscheidungsverfahren des Europäischen Gerichtshofs in der Frage anhängig, ob die Tariftreueverpflichtung mit Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Die europäischen Vergaberichtlinien lassen zu, dass öffentliche Auftraggeber zusätzliche ökologische und soziale Bedingungen für die Ausführungen Aufträgen über Bauleistungen vorschreiben. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Europäische Gerichtshof die Vereinbarkeit der Tariftreueverpflichtung mit Gemeinschaftsrecht feststellen wird.

Nun hat die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN schon zu Beginn dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vorgelegt. Die in diesem Gesetzentwurf enthaltene Regelung, dass die Kommunen künftig zur Einholung der Tariftreueerklärung verpflichtet werden sollen, geht unseres Erachtens zu weit. Eine Verpflichtung der Kommunen, von den Unternehmen bei Bauaufträgen die Tariftreueerklärung zu verlangen, würde nämlich das ihnen verfassungsgemäß garantierte Selbstverwaltungsrecht nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 11 der Bayerischen Verfassung durch eine einfache gesetzliche Regelung tangieren, vielleicht sogar untergraben. Wir halten deshalb eine solche Verpflichtung der Kommunen nicht für richtig.

Was die Konnexität anbetrifft, die Herr Kollege Dr. Runge angesprochen hat, so sage ich hier ausdrücklich und für mich ganz persönlich, dass ich mir diese Argumentation nicht zu eigen mache. Das Konnexitätsprinzip ist ein kompliziertes Feld. Ich persönlich stehe aber, ganz generell, nicht nur was dieses Gesetz anbetrifft, auf dem Standpunkt, wir sollten möglichst im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern einer allzu üppigen Ausweitung dieses Prinzips entgegentreten. Es wäre nicht im Sinne des Erfinders, wenn man bei jedem Gesetz, selbst wenn es nur indirekt oder um drei Ecken herum die finanziellen Interessen einer Kommune berührt, jede Neuregelung mit dem Ruf:„Konnexitätsprinzip“ abblocken könnte. Wir würden uns in diesem Hohen Hause mit einer solchen Auffassung auch mittel- und langfristig keinen Gefallen tun. Wir würden uns selbst nur unnötig Fesseln anlegen.

Der Ministerrat hat das Innenministerium noch im März beauftragt, im ersten Halbjahr dieses Jahres einen Gesetzentwurf zu einer verfassungskonformen Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vorzulegen. Dies ist nun gelungen.

Frau Präsidentin, ich glaube, Herr Kollege Dr. Runge will eine Zwischenfrage stellen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, danke, dass Sie mir behilflich sind. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich bin nämlich gleich fertig, und dann kann der Herr Kollege keine Zwischenfrage mehr stellen.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich habe schon länger auf das Knöpfchen gedrückt, erfreulicherweise ist das Ihnen, Herr Staatsminister, aufgefallen.

Ich möchte Sie bitten, gedanklich drei bis vier Sätze zurückzublättern. Es freut mich unheimlich, dass Sie meiner Auffassung, was die daneben liegende Einschät-

zung des damaligen Innenministers bezüglich des Konnexitätsprinzips betrifft, folgen. Allerdings habe ich eine Frage. Sie haben gesagt, es ginge zu weit, wenn wir auch die Kommunen verpflichten. Ich denke, das ist eine Frage der Einschätzung. Sie haben aber auch rechtliche Bedenken angemeldet und bezweifelt, dass eine einfache gesetzliche Regelung ausreichte, dass eine solche Regelung möglich wäre. Bitte erinnern Sie sich, vor dem Jahr 2002 gab es noch nicht einmal eine einfache gesetzliche Regelung. Damals gab es schlicht eine Bekanntmachung, die kurz nach dem Bayerischen Beschäftigungspakt erlassen wurde. Müsste man die Argumente nicht erst recht danach beurteilen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Dr. Runge, ich bin jedenfalls der Auffassung, dass sich diese Regelung für den Freistaat Bayern bewährt hat. Es gibt niemanden bei uns, der diese Regelung für staatliche Bauaufträge sowohl im Hoch- wie auch im Tief- oder im Straßenbau infrage stellen wollte. Ich bin aber genauso nachdrücklich der Meinung, dass die Kommunen dies selbst entscheiden sollten. Wir sollten den Kommunen da keine Vorschriften machen. Die Stadt München, der Landkreis Erding, der Landkreis Rhön-Grabfeld, sie alle sollten selbst entscheiden können, ob sie dieses aus unserer Sicht sinnvolle Instrument, anwenden wollen, oder ob eine Kommune aus welchen Gründen auch immer vor Ort sagt, wir wenden diese Regelung nicht an. Wir wollen nicht immer neue Zwangsregelungen schaffen. Wir nehmen das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen sehr ernst. Ich halte das für sehr wichtig. Deshalb sollten wir den Kommunen die Möglichkeit geben, das Instrument anzuwenden. Sie können dieses Instrument im gleichen Umfang anwenden wie der Freistaat Bayern, wir zwingen sie aber nicht dazu. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Schritt im Hinblick auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird der Handlungsspielraum der Kommunen in diesem Sinne deutlich erweitert. Ihr Selbstverwaltungsrecht wird gestärkt. Wir geben damit nicht nur für die Rechte der Kommunen ein starkes Signal, sondern wir wenden uns auch entschieden gegen Lohndumping. Wenn unterschiedliche Lohnstrukturen aufeinandertreffen, dann wird der Wettbewerb verzerrt. Solche Wettbewerbsverzerrungen werden durch unseren Gesetzentwurf abgebaut. Die Auftragschancen unserer heimischen Bauunternehmen werden dadurch erhöht und Arbeitsplätze in Bayern werden gesichert.

In den damit befassten Ausschüssen wurde dem Gesetzentwurf der Staatsregierung erfreulicherweise einstimmig zugestimmt. Ich bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 5 abstimmen. Der Abstimmung liegt der Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7215 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 15/9257 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 15/8370 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf Drucksache 15/9258 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass § 2 eine neue Fassung erhält. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/9258. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Somit ist der Gesetzentwurf beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist das ganze Haus. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es trägt den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Eingabe betreffend die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten (EB.2576.15.B)

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich mit dieser Eingabe in der Sitzung am 24.10.2007 befasst und beschlossen, sie gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne hierzu die Aussprache. Es gilt eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Als Erster darf ich Frau Kollegin Scharfenberg das Wort erteilen.

Maria Scharfenberg (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der letzten Plenarsitzung hatten wir Eingaben zum Thema „Villa Trutz“. Heute haben wir es mit einer ebenso pikanten Eingabe zu tun, und zwar mit einer Eingabe aus der Oberpfalz. Die Petition betrifft die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten. Herr Hartwich, ein Petent aus Weiden, errichtete ohne Baugenehmigung mitten im Wald in der Schutzzone „Naturpark Steinwald“, also im Außenbereich, eine Halle mit drei Nebengebäuden, sprich eine Holzlege, einen Schuppen und eine Volière. Herr Hartwich aus Weiden bekommt nach langem Hin und Her nach 15 Jahren eine Beseitigungsanordnung vom Landratsamt, da er noch nie einen Plan eingereicht und damit auch noch nie eine Baugenehmigung erhalten hatte und selbst auch nie privilegierter Landwirt war.

Bis hierher können wir GRÜNE noch folgen und sind der Auffassung: So geht’s nicht. Wie der Herr Landrat verfügte, muss diese Halle samt Nebengebäuden abgerissen werden. Wenn auch das Landratsamt und wir GRÜNE so denken, denkt doch die CSU noch lange nicht so. Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sie beschlossen, den Vorgang ganz anders zu sehen. Das muss man sich einmal vor Augen halten: Die CSU beschließt hier Baugesetze bzw. sorgt für deren Umsetzung, aber in der nördlichen Oberpfalz sieht das alles ganz anders aus.

Herr Zeitler, beigezogener Oberpfälzer Abgeordneter – Berichterstatterin war Frau Stierstorfer – agierte in der Sitzung des Petitionsausschusses am 24.10., engagierte sich über alle Maßen und brachte die CSU dazu, der folgenden abenteuerlichen Argumentation zuzustimmen: Dem Petenten Hartwich liegt die Beseitigungsanordnung vor; das hat sogar Herr Zeitler gesehen. Jetzt hat sich Herr Hartwich den Landwirt Wopperer gesucht, der die Möglichkeit einer Privilegierung hat, die aber absolut in den Sternen steht. Herr Hartwich sagt, Herr Wopperer nutzt eigentlich die Halle, er sei gar nicht derjenige, der die Halle nutze, sondern Herr Wopperer mit einer eventuellen Privilegierung nutze die Halle.

(Hans Joachim Werner (SPD): So ein Zufall! – Karin Radermacher (SPD): Also Ideen haben die!)

Das Ganze sei nun verpachtet. Herr Zeitler meinte nun, gar nicht schlecht, das könne man doch akzeptieren. Die ganze CSU im Ausschuss hat das dann akzeptiert und hat für Berücksichtigung votiert. Die CSU ist also dafür, dass jemand mitten im Wald ohne Genehmigung eine Halle bauen darf und sie dann auch nicht abreißen muss, obwohl das Landratsamt gemäß dem Gesetz handelt, das Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hier beschlossen haben.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Unruhe)

So viel zum Thema Beliebigkeit. Da sage ich: So geht’s nicht. Deshalb wollten ich und auch die SPD Ihnen die Petition noch einmal vorstellen. Sie sind sicherlich nicht der Meinung von Herrn Zeitler.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Da schauen wir mal!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Zeitler wird uns nun aufklären. Lieber Herr Kollege, bitte schön.

Otto Zeitler (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Villa Trutz und ein bisschen Zeitler – und schon hat man eine politische Brühe. Man glaubt, dass man damit ein Süppchen kochen kann, das aber im Petitionsbereich nichts verloren hat. Dann nimmt man noch eine Prise CSU-Gesetze hinzu, aber wenn man sich daran hält, ist es wieder falsch. Dieses Süppchen wollen Sie vor Ort verkaufen.

Frau Kollegin, ich schätze Sie sehr, aber Sie haben da etwas verwechselt. Petent ist nicht Herr Hartwich.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der SPD)

– Der Petent ist Herr Wopperer. Wenn Sie wie ich im Ausschuss gewesen wären, dann wüssten Sie das.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Sie waren da und wissen es trotzdem nicht. Jetzt fällt mir nichts mehr ein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ist der Petent CSU-Mitglied?)

Zurück zur Sache. Hier geht es um einen Bürger, und wir wollen das nicht politisieren.

(Unruhe)

Der Vater von Herrn Hartwich hat vor 15 Jahren diese Halle oder dieses Schüppchen schwarz hingebaut, keine Frage. Nach 15 Jahren bekommt er eine Abrissverfügung; das ist auch in Ordnung.

(Karin Radermacher (SPD), die Eingabe hochhaltend: Petent ist Herr Hartwich!)

– Hartwich und Wopperer nutzen gemeinsam diese Halle seit Jahren für die Bewirtschaftung von etwa sieben bis acht Hektar Wald. Fünf davon gehören Herrn Hartwich, und zwei gehören Herrn Wopperer. Außerdem betreibt Herr Wopperer noch ein landwirtschaftliches Anwesen, mittlerweile im Nebenerwerb. Er ist aber im Sinne des § 35 der Bayerischen Bauordnung privilegiert, sodass er im Außenbereich bauen kann.

(Unruhe)

Der Abbruch dieser Halle würde Herrn Wopperer schaden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

Nach Auskunft des Landwirtschaftsamtes und des Bauernverbandes hat er ohnehin zu wenige Unterstellmöglichkeiten.

Nun ist Wopperer auf eine ganz vernünftige Lösung gekommen. Er sagte: Bevor Hartwich die Halle wegreißt und er, Wopperer, sie dann wieder genehmigen lässt und aufbaut, ist es besser, die Halle gleich stehen zu lassen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Dr. Thomas Beyer (SPD): Jawohl, so ist's richtig!)

Er stellt einen Bauantrag, lässt sich das ordnungsgemäß genehmigen, und dann ist die Sache geheilt. Das ist volkswirtschaftlich ganz vernünftig gedacht.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Dass Sie das nicht begreifen, wundert mich nicht.

Ich will Ihnen aber nichts aufdrücken, was Ihnen momentan nicht zu vermitteln ist. Deswegen stelle ich den Antrag, diese Petition in den Eingabenausschuss zurückzuverweisen – dann kann man sich noch einmal damit beschäftigen –, mit der dringlichen Bitte, dass das Ganze in einen Ortstermin mündet. Dann haben Sie die Möglichkeit, sich vor Ort sachkundig zu machen und sich dem Bürger zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Kollege Zeitler hat den Antrag gestellt, die Eingabe an den Petitionsausschuss zurückzugeben. Gibt es dennoch Wortmeldungen? – Herr Kollege Werner, bitte.

(Engelbert Kupka (CSU): Jetzt lasst doch die Sache beim Petitionsausschuss!)

Hans Joachim Werner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zeitler, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal Mitglied des Petitionsausschusses waren. Wenn ja, dann muss das schon ungefähr 83 Jahre her sein; denn dieses Verfahren, das Sie vorgeschlagen und selbst schon praktiziert haben, ist bei uns im Petitionsausschuss nicht üblich. Wir achten in erster Linie darauf, dass die Behörden nach Recht und Gesetz vorgehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir achten dabei natürlich darauf, dass der Spielraum für die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich ausgenutzt wird. Im vorliegenden Fall gibt es diesen Spielraum eben nicht. Wenn einer mitten im Wald eine Halle schwarz errichtet, dann muss er sie eben wieder abreißen. Das Spielchen, der Petent sei nicht Herr Hartwich, sondern Herr Wopperer, sollten Sie sich sparen. Es kann doch niemand auf dem Grund und Boden eines anderen nach Belieben bauen. Schon gar nicht können Sie eine Privilegierung konstruieren.

Sie haben auf die Vernunft abgestellt: Ich bin dafür, auch diesen Fall mit Vernunft zu betrachten. Ich möchte mir deshalb erlauben, aus der Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung zu zitieren, in der eindeutige Feststellungen getroffen werden, zum Beispiel, dass das Vorhaben in der Schutzzone des Naturparks Steinwald liegt. Da macht man so etwas nicht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Unvorstellbar! – Simone Tolle (GRÜNE): Pfui!)

Auch in Bayern darf nicht schwarz gebaut werden. Der Landtag darf nachträglich ebenso wenig einen Schwarzbau sanktionieren.

Sie sagen, es wäre vernünftig, wenn Herr Wopperer so vorgehe. Ich will Ihnen sagen, was die Staatsregierung dazu sagt:

> Selbst wenn Herr Wopperer privilegiert wäre, würde das Vorhaben an dieser Stelle nicht zustimmungsfähig sein, weil es nämlich seinem Betrieb gar nicht dient.

(Heiterkeit der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

– Das steht wörtlich so in der Stellungnahme. Es heißt weiter:

> Ein vernünftiger Landwirt

– weil Sie von Vernunft gesprochen haben –

würde landwirtschaftlich genutzte Gebäude im Außenbereich so nicht errichten.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Halle ist nämlich über einen Kilometer von seiner Hofstelle entfernt und eben nicht zentral zu den landwirtschaftlichen Flächen des Herrn Wopperer gelegen.

Die Zufahrt ist im Winter nur eingeschränkt nutzbar,

– Haben Sie schon einmal Holz im Sommer geschlagen? –

was eine landwirtschaftliche Zufahrt erheblich erschwert. Ein vernünftiger Landwirt würde eine Maschinenhalle darüber hinaus nicht, wie im vorliegenden Fall geschehen, in fünf baulich unterschiedlich gestaltete Einzelgebäude aufteilen.

Ich zitiere immer noch aus der Stellungnahme der Staatsregierung. Ich bin sehr dankbar für diese wirklich hervorragende Stellungnahme.

Auch die Holzlege ist über die mangelnde Zuordnung zum Betrieb des Herrn Wopperer wegen des nur schuldrechtlichen Pachtvertrags mit Herrn Hartwich planungsrechtlich nicht zulässig.

Meine Damen und Herren, wenn wir das machen, wie wollen wir dann in Zukunft einem Petenten, der im Außenbereich etwas bauen will, sagen: Tut uns leid, das geht nicht? – Den Grundsatz der Gleichbehandlung müssen wir beachten.

Deswegen weiß ich nicht, was der Ortstermin bringen soll. Sie kennen es schon, Sie sind wild entschlossen, sich durchzusetzen. Ich kann mir zwar eine Halle im Wald nicht vorstellen, aber ich kann mir vorstellen, dass ich es mir nicht anschauen muss, um zu sagen: Im Wald baut man solch eine Halle nicht. Deshalb ist Ihr Vorgehen total daneben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Frau Kollegin Scharfenberg, können wir darüber abstimmen, dass zurück überwiesen wird, oder wollen Sie sich trotzdem zu Wort melden? – Gut, wenn es dann noch sein soll, bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, nur ganz kurz noch zur Aufklärung, weil Herr Zeitler meinte, es sei nicht die Eingabe „Hartwich“. Es ist sehr wohl die Eingabe „Hartwich“ hier können Sie es lesen, ich kann es Ihnen gleich nachher geben. Da steht drauf: „Herr Josef Hartwich, Weiden, Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten“. Das ist es, was für mich zählt. Was Sie von einem Herrn Wopperer vorbringen, interessiert mich erst einmal nicht.

Der Landrat des Landkreises Tirschenreuth sagte, falls dem Petitum des Petitionsausschusses entsprochen werden sollte, müsste er, um die Gleichbehandlung sicherzustellen, Antragstellern, deren Bauanträge abgelehnt werden müssten, empfehlen, dagegen vor dem Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags vorzugehen. Er bittet wegen der rechtlich eindeutigen Fakten um Verständnis für seine Position. – Recht hat der Herr Landrat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Antrag des Kollegen Zeitler für die CSU-Fraktion zugrunde, diese Petition an den Petitionsausschuss zurück zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Keine andere Meinung. Dann ist das so beschlossen. Die Eingabe wird dem Petitionsausschuss zurück überwiesen. Dann werden dort die Beratungen fortgeführt.

Ich darf noch außerhalb der Tagesordnung folgende Umbesetzung gemäß Paragraf 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt geben: Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer Herr Kollege Peter Eismann Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sein soll. Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Dann darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes, Drucksache 15/8885 – das war Tagesordnungspunkt 2 –, bekannt geben. Mit Ja haben 39 gestimmt, mit Nein 78. damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Sitzung für heute geschlossen. Ich bedanke mich bei denen ganz herzlich, die bis zum Schluss dageblieben sind. Ich hoffe, dass die Deutsche Bahn Ihnen zuliebe die Notfahrpläne in ihrem Interesse durchführen kann, damit Sie gut und zu einer angemessenen Zeit nach Hause kommen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.27 Uhr)

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 109. Vollsitzung am 15. 11. 2007

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.11.2007 zu Tagesordnungspunkt 2: Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion SPD; zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 15/8885)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar			
Dr. **Beyer** Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer			
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate		X	
Dr. **Döhler** Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Eismann Peter		X	
Ettengruber Herbert			
Prof. Dr. **Eykmann** Walter		X	
Prof. Dr. **Faltlhauser** Kurt			
Dr. **Fickler** Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			
Götz Christa		X	
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans			
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Dr. **Kaiser** Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kreidl** Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. **Kronawitter** Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp			
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Meyer Franz			
Miller Josef			
Dr. **Müller** Helmut			
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp			
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von **Rotenhan** Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob			
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg			
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. **Stockinger** Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. **Stoiber** Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. **Vocke** Jürgen			
Vogel Wolfgang			
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga			
Dr. **Weiß** Bernd		X	
Dr. **Weiß** Manfred			
Welnhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	39	78	0

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 109. Vollsitzung am 15.11.2007

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

(E) **einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A) **Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z) **Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD
Gerecht ist, wenn keiner verloren geht!
Keine Klasse über 25
Drs. 15/8453, 15/9184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Hans Joachim Werner, Susann Biedefeld u.a. SPD
Betriebsstörungen und Vorfälle im Betriebsablauf der GSB
Drs. 15/8587, 15/9178 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Umwelt und Verbraucherschutz	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sicherheit für Polizeieinsatzkräfte, Rettungsdienste, Ersthelfer und Straßenmeister bei Straßenverkehrsunfalleinsätzen
Drs. 15/8590, 15/9161 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster u.a. SPD
Nebentätigkeiten von Polizeibeamten
Drs. 15/8592, 15/9153 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u.a. SPD
Genehmigung von drei zusätzlichen Gymnasien für München
Drs. 15/8593, 15/9185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Robert Kiesel, Reserl Sem u.a. CSU
Vierjähriger Prüfungsturnus für Kleinkläranlagen bei Einschaltung eines Fachbetriebs
Drs. 15/8759, 15/9179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Umwelt und V erbraucherschutz	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Ludwig Wörner, Stefan Schuster u.a. SPD
Bayern, aber gerechter
Staatsaufträge nur an tariftreue Zustelldienste vergeben - Belange der Beschäftigten bei der Vergabe berücksichtigen
Drs. 15/8768, 15/9186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Sicherheits-Check für Hochschulgebäude:

Kontrolle und Instandsetzung der Bausicherheit
Drs. 15/8769, 15/9167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
1. Steigende Studierendenzahlen als Chance nutzen!
Drs. 15/8784, 15/9168 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
2. Gesamtkonzept zur Entwicklung der Universitäten
Drs. 15/8785, 15/9169 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
3. Gesamtkonzept zur Entwicklung der Fachhochschulen
Drs. 15/8786, 15/9170 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
4. Weitere strategische Schwerpunktbildung im Bereich des Ausbaus der Fachhochschulen
Drs. 15/8787, 15/9171 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Christine Haderthauer u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
5. Erprobung von Parametern für die Fachhochschulentwicklung in Bayern am Pilotbeispiel der Fachhochschule Ingolstadt
Drs. 15/8788, 15/9172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Georg Winter, Thomas Kreuzer, Dr. Ingrid Fickler u.a. CSU
Stärkung des historischen und kulturellen Regionalbewusstseins am Beispiel Bayerisch-Schwabens
Drs. 15/8789, 15/9173 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Abschaffung des Büchergeldes - Erhebung sofort aussetzen
Drs. 15/8904, 15/9202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann und Fraktion SPD
Bayern, aber gerechter Büchergeld nicht mehr einsammeln
Drs. 15/8937, 15/9203 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verdächtigungen gegenüber der islamischen Gemeinde in Penzberg
Drs. 15/8974, 15/9162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	Z	Z	Z

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.11.2007

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier